

Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern

Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement

Inhalt

- 5 Dr. Angela Merkel
Vorwort
- 6 Dr. Ursula von der Leyen
Verantwortung übernehmen – Zusammenhalt stärken
- 14 Ilse Aigner
Ländliche Räume durch Bürgerinnen und Bürger gestalten
- 20 Antje Blumenthal
**Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“
im Deutschen Bundestag**
- 28 Prof. Dr. Maria Böhmer
Integration – Schlüsselaufgabe unserer Gesellschaft
- 36 Dr. Michael Bürsch
Engagementpolitik im Dienste der Demokratie
- 44 Dr. Jet Bussemaker
Nachhaltigkeit durch bürgerschaftliches Engagement
- 54 Cornelia Coenen-Marx
Berufung leben, Beteiligung ermöglichen – zum Engagement in der Kirche
- 62 Prof. Dr. Ulrike Detmers
Starke Väter, starke Kinder, starke Managerinnen braucht das Land
- 68 Dr. Warnfried Dettling
Soziale Ökologie – die andere Umweltbewegung
- 76 Dr. Dieter Düsedau
startsocial – eine Initiative für mehr bürgerschaftliches Engagement
- 84 Dr. Ingrid Hamm
**Vordenker, Plattform, Katalysator
Stiftungen und bürgerschaftliches Engagement im demografischen Wandel**
- 92 Dr. Volker Hauff
Mehr Nachhaltigkeit wagen!
- 100 Prof. Dr. Claudia Hübner
Demografischer Wandel: Renaissance oder Ende der Solidarität?
- 108 Prof. Dr. Dr. h. c. Ursula Lehr
Nicht nur dem Leben Jahre, sondern den Jahren Leben geben

- 116 Dr. Reinhard Marx
Nachhaltigkeit – eine Frage der intergenerationellen Gerechtigkeit
- 124 Dr. Claudia Neu
Demografischer Wandel in entlegenen ländlichen Räumen – Herausforderung für die Zivilgesellschaft
- 132 Matthias Platzeck
Engagiert für Brandenburg – Wir sind auf einem guten Weg
- 138 Carola Schaaf-Derichs
Engagement-Lotsen für die Berliner Gropiusstadt
- 148 Dr. Wolfgang Schäuble
Gesellschaftlicher Zusammenhalt und ehrenamtliches Engagement
- 156 Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg
Engagement für den Erhalt eines sozialen Gemeinwesens
- 164 Ulla Schmidt
Gesundheit und Pflege – Aufgabenfelder für bürgerschaftliches Engagement
- 170 Fritz Schramma
Von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger: Engagement auf kommunaler Ebene
- 176 Dr. Vladimír Špidla
Generationenübergreifende Solidarität und bürgerschaftliches Engagement in der Europäischen Union
- 182 Peer Steinbrück
Die wahren Vorbilder unserer Zeit
- 190 Dagmar Szabados
Bürgerschaftliches Engagement in Halle an der Saale
- 198 Wolfgang Tiefensee
Stadt und Land im demografischen Wandel
- 206 Sabine Werth
Berliner Tafel: Erschreckend erfolgreich und langlebig
- 214 Theo Zellner
Eine neue Plattform für das Ehrenamt
- 222 Anhang: Bildquellen

Vorwort

Nachhaltigkeit – ursprünglich auf ökologische Fragen begrenzt, hat sich dieser Begriff im Laufe der Jahre nun längst zu einem Leitprinzip in allen politischen Feldern entwickelt; mehr noch: Das Nachhaltigkeitsprinzip beschreibt eine umfassende Querschnittsaufgabe für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen. So zielen verschiedenste Nachhaltigkeitsstrategien auf den Erhalt natürlicher Ressourcen ebenso wie etwa auf soziale Verantwortung und gerechte wirtschaftliche Entwicklung.



Als Leitbild verlangt Nachhaltigkeit, dass jede Generation ihre Aufgaben möglichst selbst löst und nicht den kommenden Generationen aufbürdet. Somit steht jeder Einzelne in der Pflicht, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Das heißt, gute Lebensperspektiven aufzuzeigen und für gerechte Entwicklungschancen zu sorgen, kann nur über ein breites freiwilliges Engagement der Bürgerinnen und Bürger und mit Hilfe vielfältiger Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft gelingen. Bund, Länder und Kommunen unterstützen dies nach Kräften – finanziell und ideell. Denn wir brauchen das Zusammenspiel aller gesellschaftlichen Kräfte. Das macht letztlich ein lebens- und damit auch liebenswertes Land aus.

Der vorliegende Band verdeutlicht nicht nur die zentrale Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung. Er gibt auch einen Überblick über das breite zivilgesellschaftliche Spektrum unseres Landes mit seiner Fülle an Möglichkeiten, sich für eine gedeihliche gemeinsame Zukunft einzusetzen. Damit ist dieses Buch viel mehr als eine Bestandsaufnahme. Es ist zugleich Anreiz und Ermutigung für alle, die schon gemeinnützig aktiv sind oder es noch werden wollen. So wünsche ich allen Leserinnen und Lesern eine ebenso anspornende und erkenntnisreiche wie unterhaltsame Lektüre.



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Dr. Ursula von der Leyen
**Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend**

Geboren am 8. Oktober 1958 in Brüssel



1980 – 1987 Studium der Medizin, Medizinische Hochschule Hannover (MHH), Staatsexamen und Approbation

1988 – 1992 Assistenzärztin
Frauenklinik der MHH

1991 Promotion

Seit 1990 Mitglied der CDU Deutschlands

1992–1996 Aufenthalt in Stanford,
Kalifornien/USA

1998 – 2002 Wissenschaftliche Mitarbeiterin
an der MHH

2003 – 2005 Mitglied der CDU-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

2003 – 2005 Niedersächsische Ministerin für
Soziales, Frauen, Familie und
Gesundheit

Seit 2004 Mitglied des Präsidiums der CDU
Deutschlands

Seit November 2005
Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Verantwortung übernehmen – Zusammenhalt stärken

Dr. Ursula von der Leyen

Unsere Gesellschaft steht vor einer großen Herausforderung. Wir Deutschen werden immer älter – und es wird immer mehr ältere Deutsche geben. Auf diesen demografischen Wandel müssen wir uns einstellen. Im Rahmen ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat die Bundesregierung einen Schwerpunkt „Demografischer Wandel – Chancen für einen sozialen Zusammenhalt“ gesetzt. Nachhaltigkeit verbindet wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit. Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen – und welche Weichen wir heute richtig stellen müssen, damit die heutigen wie die kommenden Generationen in unserem Land gut leben können. Nachhaltigkeit ist damit eine Strategie, die in vielen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern auf unterschiedliche Weise entfaltet, umgesetzt und „gelebt“ werden muss.

Bezieht man das Konzept der Nachhaltigkeit auf den demografischen Wandel, so gilt es, inmitten deutlicher Verschiebungen in der Altersstruktur unserer Gesellschaft den sozialen Zusammenhalt zu sichern. Wir müssen die Chancen nutzen, die in der demografischen Entwicklung stecken. Dazu gehört das bürgerschaftliche Engagement: das Engagement der Jüngeren und insbesondere die Bereitschaft vieler älterer Menschen, in einer Gesellschaft des langen Lebens ihre Erfahrung, Kreativität, Innovationskraft und Zeit einzubringen. Freiwilliges Engagement stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und bringt zusätzliche Lebensqualität in unseren Alltag. Ob Nachbarschaftshilfe, Sportverein, Kirchengemeinde oder Bürgerstiftung: Sich für andere einzusetzen, hat viele Gesichter. Wenn unser Land von starkem bürgerschaftlichem Engagement geprägt und weiter entwickelt wird, brauchen wir uns um die Nachhaltigkeit des sozialen Miteinanders keine Sorgen zu machen.

In diesem Reader beleuchten prominente Personen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft die Einsatzfelder, Wirkungen und Perspektiven von freiwilligem Engagement unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit. Der Blick über die

Grenzen zeigt auf, wie andere Staaten mit dem demografischen Wandel umgehen und welche Lehren wir in Deutschland daraus ziehen können.

Viele engagieren sich bereits, und noch mehr sind dazu bereit

Freiwilliges Engagement ist in unserer Gesellschaft tief verwurzelt. Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich in Vereinen, Verbänden, Initiativen und Stiftungen einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen, ist groß. Nach Angaben des Engagementatlas 2009 sind mehr als 34 Prozent der über 16-Jährigen, 36 Prozent der Menschen zwischen 55 und 65 Jahren und 26 Prozent der über 65-Jährigen ehrenamtlich aktiv. Die Vielzahl der Engagierten und die Vielfalt des Engagements zeigen, welche Möglichkeiten und Erfolge bürgerschaftlicher Einsatz in Deutschland hat. Untersuchungen zeigen allerdings auch, dass ein nicht geringer Teil dieses Potenzials ungenutzt brachliegt. Außerdem ist das freiwillige Engagement nicht in allen Bevölkerungsgruppen und Schichten gleichermaßen verwurzelt.

Es gibt durchaus Entwicklungen im bürgerschaftlichen Engagement, die nachdenklich stimmen. Seit Jahren schrumpft die Mitgliederzahl in Verbänden, Initiativen und Vereinen. Dies gilt insbesondere für die neuen Bundesländer. Vereinsvorstände klagen, dass sich immer weniger Menschen längerfristig verbindlich engagieren wollen. Auffällig ist auch, dass der Nachwuchs knapp wird. Gerade bei jungen Leuten hat das Interesse abgenommen, sich für Politik, Kultur oder Umweltschutz einzusetzen. An Bedeutung gewinnt hingegen das Private, also Partnerschaft und Familie sowie Erfolg im Beruf. Wir können also keineswegs darauf vertrauen, dass sich auch in Zukunft so viele Bürgerinnen und Bürger freiwillig engagieren wie heute.

Eine im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführte Umfrage vom September 2008 gibt Anlass zu Optimismus und zeigt gleichzeitig Handlungsbedarf auf. Etwa 60 Prozent derjenigen, die zurzeit nicht ehrenamtlich tätig sind, sind nämlich durchaus bereit, sich zu engagieren: 27 Prozent in jedem Fall und 32 Prozent, wenn die Umstände stimmen. Viele Bürgerinnen und Bürger waren früher bereits aktiv, haben aber meist aus beruflichen oder familiären Gründen ihr Engagement eingestellt. Mehr als zwei Drittel dieser „Ehemaligen“ können sich gut vorstellen, erneut aktiv zu werden. Es fehlt offenbar an Gelegenheiten, an Anreizen, vielleicht auch nur an konkreten Anstößen, sich zu engagieren. Die Umfrage gibt auch einen Hinweis darauf,

woher die Anstöße kommen könnten: 82 Prozent der Befragten sind durch ihr persönliches Umfeld zur ehrenamtlichen Tätigkeit gekommen. Orte der Begegnung und Menschen, die sich bereits engagieren, sind also „Katalysatoren“ für weiteres Engagement.

Verantwortungsgesellschaft und ermöglichender Staat

Wer sich freiwillig engagiert, übernimmt Verantwortung: nicht nur für das eigene Leben, sondern auch für andere und für das Gemeinwesen. Deshalb ist freiwilliges Engagement so eng mit sozialem Zusammenhalt und Nachhaltigkeit verbunden. Wer sich engagiert, trägt dazu bei, dass wir eine Verantwortungsgesellschaft sind und bleiben. Nur eine Verantwortungsgesellschaft aber behält das Gemeinwohl im Blick; nur eine Verantwortungsgesellschaft ist in der Lage, mit den Herausforderungen des demografischen Wandels nachhaltig – und das heißt ja eben: verantwortungsbewusst – umzugehen. Damit ist freiwilliges Engagement mehr als eine Privatsache. Es ist immer auch bürgerschaftliches Engagement, Engagement für eine verantwortliche Gesellschaft. Es kann dem Staat, der sich Nachhaltigkeit auf die Fahnen geschrieben hat, nicht gleichgültig sein, ob sich Menschen freiwillig engagieren und ob sie Orte für ihr Engagement finden. Auch der Staat trägt Verantwortung. Er muss als ermöglichender Staat Freiräume und gute Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement schaffen. Wo dies gelingt, lohnt es sich. Denn Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände wissen oft sehr genau, wo es Probleme gibt. Mit ihren Ideen und ihrem Engagement tragen sie dazu bei, Zukunftsaufgaben besser zu bewältigen. Bürgerschaftliches Engagement und staatliche Verantwortung ergänzen sich, um die Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich zu bestehen.

Engagement braucht Engagementpolitik

Was also ist zu tun? Zunächst einmal richtet sich diese Frage an die Vereine, Verbände und Stiftungen, die sich direkt auf Ehrenamtliche stützen. Wenn es keinen Spaß macht, kommt niemand; wenn das Engagement nicht anerkannt wird oder nicht ins eigene Leben passt, wird niemand lange bleiben. Kluge Antworten und an einigen Stellen auch neue Antworten sind gefragt. Denn mit den Veränderungen in unserer Gesellschaft ändern sich auch einige Motive und Erwartungen an bürgerschaftliches Engagement. Zu einer Kultur des Engagements gehören öffentliche Anerkennung und Wertschätzung ebenso

wie passgenaue, zeitgemäße Angebote und Strukturen. Information und Beratung sind wichtig, um die Interessen und Stärken der Engagierten an den richtigen Stellen zur Geltung zu bringen. Und wir brauchen eine gute Vernetzung von Akteuren und Konzepten, von Hauptamt und Ehrenamt, von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Engagement braucht abgestimmte Engagementpolitik. Das ist keine Politik, die reguliert und vereinheitlicht. Engagement ist Eigenverantwortung und Eigeninitiative; die Zivilgesellschaft braucht Freiheit und Luft zum Atmen. Engagementpolitik sorgt eher dafür, dass der eine weiß, was der andere tut – und mitmachen kann. Im politischen Raum gibt Engagementpolitik der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eine neue Bedeutung. Engagementpolitik ist kein Anhängsel anderer Politikfelder, sondern ein eigenständiges Politik- und Handlungsfeld. Engagementpolitik hat in den Diskussionen über die großen gesellschaftlichen Themen eigene Argumente und Antworten – so auch in der Diskussion um Nachhaltigkeit und demografischen Wandel.

Initiative ZivilEngagement „Miteinander – Füreinander“ ein Dach für Engagementpolitik

Im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird die Engagementpolitik in der Initiative ZivilEngagement „Miteinander – Füreinander“ gebündelt. Die Initiative hat unterschiedliche Programme und Schwerpunkte:

- Um für mehr Klarheit und Struktur der Informationen und Angebote zu sorgen, bauen wir mit www.engagiert-in-deutschland.de eine Internetplattform für ziviles Engagement auf. Diese Internetseite soll ein Dach bilden, unter dem verschiedene Angebote übersichtlich und leicht zugänglich sind. Die Vision, die dahinter steht, ist ein Marktplatz für bürgerschaftliches Engagement im Internet, den Engagierte und Organisationen gleichermaßen nutzen können.
- Die mehr als 500 Mehrgenerationenhäuser und eine ebenso große Zahl lokaler Bündnisse, über 300 Freiwilligenagenturen und 250 Seniorenbüros sind Treffpunkte und Orte der Begegnung für Menschen, die sich engagieren möchten. In Mehrgenerationenhäusern sind Angehörige aller Generationen

gemeinsam aktiv und unterstützen einander. Bürgerschaftliches Engagement stiftet Kontakte, Gemeinsamkeiten und gegenseitige Hilfe zwischen Jung und Alt. Täglich besuchen rund 90 000 Menschen in ganz Deutschland die Mehrgenerationenhäuser und zeigen uns, dass wir auf einem guten Weg sind.

- Engagement vor Ort gewinnt durch Vernetzung mit der Wirtschaft. Es gibt heute in Deutschland kaum ein Unternehmen, das sich nicht gesellschaftlich engagiert. Aber fast die Hälfte der engagierten Unternehmen glaubt, dass ihr Einsatz noch verbessert werden kann. Um das bürgerschaftliche Engagement der Unternehmen zu fördern, fördern wir den Aufbau einer hochrangig besetzten Plattform für Unternehmen, fassen Informationen über das Unternehmensengagement in Deutschland zusammen und treiben den Ausbau der Beratung und Unterstützung für Unternehmen, die sich engagieren wollen, voran.
- Ein gutes Beispiel für eine bessere Vernetzung vor Ort sind auch die Bürgerstiftungen. In Bürgerstiftungen nehmen sich Menschen ganz konkrete Projekte meist in ihrer unmittelbaren Umgebung vor, sei es das örtliche Hospiz oder Sportangebote für benachteiligte Kinder. Deshalb fördern wir mit der „Initiative Bürgerstiftungen“ die Gründung von Bürgerstiftungen, die Vernetzung der Stiftungen sowie den Erfahrungsaustausch untereinander. Ziel ist es, dass jede Kommune in Deutschland mindestens eine Bürgerstiftung hat.
- Wir brauchen das Engagement junger Menschen. Wie können wir noch mehr von ihnen zur Übernahme eines Ehrenamtes bewegen? Aus Umfragen wissen wir: Jugendliche wollen das Gefühl haben, „gebraucht zu werden“, sie möchten die „eigene Lebenserfahrung erweitern“ und „Freunde gewinnen“. Freiwilliges Engagement muss sich auf diese Interessen, Bedürfnisse und auch Stimmungen einstellen. Wir haben deshalb die Jugendfreiwilligendienste ausgebaut und flexibler gestaltet und neue Einsatzfelder geschaffen, um neue Zielgruppen wie benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund anzusprechen. Nicht zuletzt fördern wir auch das Engagement von Jugendlichen in Jugendverbänden durch unsere Unterstützung von verschiedenen Trägern der Jugendhilfe.

Auf das bürgerschaftliche Engagement der Älteren stößt uns der demografische Wandel besonders. Es sind die Potenziale älterer Menschen – ihre Kompetenzen, ihre Erfahrungen, ihre Einsatzbereitschaft –, die das Älterwerden zu einer Chance für unser Land machen. Zwischen 1985 und 2005 ist das freiwillige

Engagement der über 50-Jährigen von rund 19 Prozent auf über 30 Prozent gestiegen. Ein weiteres Drittel der Älteren würde sich gern einbringen, wenn sie geeignete Rahmenbedingungen vorfinden. Damit sind vor allem sinnvolle und selbst gewählte Aufgaben gemeint sowie die Möglichkeit, im eigenen Gemeinwesen Projekte mitzugestalten und Interessen einzubringen.

Solche Handlungsspielräume schafft das Programm „Aktiv im Alter“. Insgesamt erhalten 150 Kommunen in Deutschland eine Förderung, unter anderem für die Durchführung lokaler Bürgerforen unter dem Motto „Wie wollen wir morgen leben?“. Aus diesen Diskussionen kristallisieren sich Themen heraus, die an einem Ort gerade für die Bedürfnisse der Älteren besonders angepackt werden müssen. In Projekten zu diesen Themen werden ältere Menschen dann für das Gemeinwesen aktiv.

Die im Januar 2009 gestarteten „Freiwilligendienste aller Generationen“ mit einem Fördervolumen von 24,75 Millionen Euro öffnen die für junge Menschen bewährte Form des Freiwilligendienstes für Menschen aller Altersgruppen. Kern des neuen Dienstes sind die in Abstimmung mit den Ländern ausgewählten 46 Leuchtturmprojekte. Gefördert werden Projekte von Gemeinden, Städten oder Trägern, die den neuen Freiwilligendienst mit besonderer Kreativität in ihrem Ort etablieren. Auch in diesem Programm dient das Internet als „Marktplatz“, der allen Interessierten eine schnelle orts- und themenübergreifende Orientierung anbietet. Außerdem unterstützen Mobile Kompetenzteams den Aufbau des Dienstes und die Gewinnung von Freiwilligen mit Rat und Tat.

Um unsere Bemühungen auf ein stabiles Fundament zu stellen, brauchen wir aussagekräftige Daten. Engagementpolitik muss sich immer wieder daran messen lassen, was sie bewirkt, und anregen lassen von Empfehlungen aus Wissenschaft und Engagementpraxis. Deshalb haben wir einen neuen Freiwilligensurvey in Auftrag gegeben und streben die Vorlage eines regelmäßigen wissenschaftlichen Engagementberichtes durch die Bundesregierung an. Vom Sofa aufstehen muss jeder selbst. Die Entscheidung, ob, wo, wie und wie lange sich jemand engagiert, ist eine ganz individuelle. Die Voraussetzungen dafür sind gut. Alle Menschen haben Stärken und Kompetenzen, die sie in die Gesellschaft einbringen können. Außerdem machen die allermeisten Engagierten die Erfahrung, dass es Gewinn bringt, Gutes zu tun. Wer sich engagiert, zieht auch einen persönlichen Nutzen daraus. Eigennutz und Gemeinnutz sind in der Verantwortungsgesellschaft kein Widerspruch. Gute Rahmenbedingungen aber machen die Entscheidung für Engagement leichter. Wir brauchen einen

Staat, der den Boden bereitet und pflegt, auf dem bürgerschaftliches Engagement gedeiht. Hier setzt Engagementpolitik an. Engagementpolitik ist Investition in Nachhaltigkeit und damit in unsere Zukunft im demografischen Wandel. Denn die Zukunft, das lehrt uns der Begriff der Nachhaltigkeit, wird uns morgen und übermorgen genau das bringen, was wir der Zukunft heute entgegengebracht haben. Die Zukunft hat schon begonnen.

Ilse Aigner
**Bundesministerin für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Geboren am 7. Dezember 1964
in Feldkirchen-Westerham



- 1981 – 1985** Berufsausbildung zur Radio- und Fernsehtechnikerin
- 1990** Abschluss Technikerschule als staatlich geprüfte Elektrotechnikerin
- 1990 – 1994** Entwicklung von Systemelektrik für Hubschrauber bei eurocopter
- 1994 – 1998** Mitglied des Bayerischen Landtags
- Seit 1998** Mitglied des Deutschen Bundestags
- 1999 – 2002** Sprecherin der CDU/CSU in der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“
- Seit 2001** Vorsitzende der Wasserwacht des Bayerischen Roten Kreuzes (ehrenamtlich)
- Seit Oktober 2008**
Bundesministerin für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ländliche Räume durch Bürgerinnen und Bürger gestalten

Ilse Aigner

Ländliche Räume leben vom Engagement der Menschen, von ihren Ideen und ihrer Tatkraft. Diese Kultur des Engagements wird auf dem Land besonders gepflegt und bildet oftmals den Kern des dörflichen Lebens. Dabei sind die Akteurinnen und Akteure in den Regionen selbst Motor der Veränderung. Dort, wo sich die Menschen engagieren, ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und über die Entwicklung ihrer Region mitentscheiden, funktioniert die ländliche Entwicklung am besten. Bürgerschaftliches Engagement bietet Chancen nicht nur zur Entwicklung der Städte, sondern auch in ländlichen Regionen. Das hat schon die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages festgestellt, in der ich mitgewirkt habe. Über 60 Prozent der Bevölkerung unseres Landes leben in Dörfern und Kleinstädten bis 50 000 Einwohner. Ländliche Räume erbringen einen großen Teil der Wirtschaftsleistung und erfüllen zentrale Aufgaben für unsere Lebensqualität: Sie sind Orte der Produktion und des Handels, der Dienstleistungen, der Erholung, der Kultur und des bürgerschaftlichen Engagements.

Viele gesellschaftliche Leistungen werden bereits von ehrenamtlich Tätigen in Sportvereinen und Kirchenchören, in der Freiwilligen Feuerwehr oder Bildungsprojekten und in der Kulturarbeit erbracht. Sorgen bereiten uns allerdings die abnehmende Bindungswirkung der Vereine und ihre Nachwuchsprobleme. Es gilt, nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement anzustoßen und zu sichern. Deshalb sollten gute Beispiele engagierter Vereinstätigkeit noch besser bekannt gemacht werden, um in der Region und darüber hinaus „nachgenutzt“ zu werden.

Bürgerschaftliches Engagement findet auch als Nachbarschaftshilfe oder in der Altenbetreuung statt. So werden Mitbürgerinnen und Mitbürger, die kein Auto zur Verfügung haben, zum Einkaufen und zur gesundheitlichen Betreuung mitgenommen. Mit gemeinsamen Fahrdiensten wird Kindern der Besuch von Veranstaltungen ermöglicht. Solche Formen bürgerschaftlichen

Engagements sind für das alltägliche Leben in ländlichen Räumen von großer Bedeutung.

Es gibt auch Regionen, in denen Kommunen nicht alle Leistungen aufrecht erhalten können. Dort finden sich Menschen zu Bürgerstiftungen und Vereinen zusammen, um selbst Theater, Bibliotheken, Schwimmbäder, Kitas und andere Einrichtungen zu übernehmen oder zu unterstützen. Auch solches Engagement ist bemerkenswert.

Die gesellschaftlichen Veränderungen fordern geradezu heraus, Freiwilligkeit und bürgerschaftliches Engagement erheblich stärker zu unterstützen. Dabei geht es nicht nur um die Aufrechterhaltung freiwilliger Leistungen, sondern auch um neue Formen des Engagements. Ein Beispiel dafür ist das Zukunftsforum „Pro Ehrenamt“ im Emsland. Mit vielfältigen Projekten sind hier bessere Rahmenbedingungen für die kontinuierliche Arbeit ehrenamtlich Tätiger geschaffen worden, indem die für das Ehrenamt notwendige Wertschätzung wuchs, ehrenamtliche Tätigkeiten gebündelt und besser koordiniert wurden. Unsere ländlichen Räume stehen infolge des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. Überalterung und Abwanderung betreffen insbesondere strukturschwache periphere Regionen. Gerade hier brauchen wir mehr Ideen und innovative Vorschläge. Dabei sollte das „soziale Kapital“ unserer Gesellschaft wirksamer von den Kommunen zur Lösung regionaler Probleme einbezogen werden. Ich bin überzeugt, dass die steigende Nachfrage nach öffentlichen und privaten Gütern zur Aufwertung der ländlichen Räume führen wird. Hier ergeben sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten und Betätigungsfelder für Jung und Alt. Die Vielfalt der Regionen ist eine Chance, unterschiedliche Konzepte für die Übernahme von Verantwortung zu entwickeln und zu verwirklichen. Attraktiv ist die Region, wenn das gesellschaftliche Leben pulsiert und die Menschen sich einbringen können. Je reichhaltiger dieses Leben und je mehr die Menschen darin verankert sind, umso mehr kann auch der Abwanderung entgegengewirkt werden.

Vor allem für das Miteinander der Generationen, das gerade in ländlichen Regionen eine lange Tradition hat, ist ein gutes Lebensumfeld zu schaffen. Hier denke ich etwa an eine emsige Gemeinde im Allgäu, die den Kindergarten in unmittelbare Nähe des Altenheims gebaut und eine Wohnanlage „Jung und Alt“ initiiert hat. Ein breit gefächertes Netzwerk aus freiwillig Engagierten bereichert das gesellschaftliche Leben. Solche Initiativen sind wichtig, denn

die Stärkung des Zusammenhalts ist mehr denn je das Erfolgsrezept für die Vitalität von Regionen.

Vernetzung, Integration und Kommunikation mit den Gruppen, Initiativen und den Menschen der Region werden immer wichtiger. Viele sind schon dabei, von Landjugendorganisationen über die Landfrauen, die Wohlfahrtsverbände, die Volkssolidarität und Elterninitiativen bis hin zu Natur- und Umweltgruppen, nicht zuletzt im Rahmen der Agenda 21. Dieses Engagement müssen wir stärken und gleichzeitig mehr Menschen für das Ehrenamt gewinnen.

Freiwilliges Engagement der Menschen stiftet nicht nur sozialen Zusammenhalt, es fördert auch die notwendigen sozialen Bindekräfte, die wir gerade in schrumpfenden Regionen brauchen. Wie schaffen wir eine nachhaltige soziale Infrastruktur für freiwilliges Engagement auf dem Lande? Wie können wir Bürgerbüros, Freiwilligenagenturen und Selbsthilfegruppen stärker unterstützen, ohne in eine Dauerförderung zu kommen? Auf diese Fragen werden wir Antworten finden müssen.

Eine Möglichkeit sind Bürgerstiftungen. Deren Gründung boomt – auch das ist eine Chance. Viele engagieren sich bereits vor Ort. Menschen, die aus beruflichen oder privaten Gründen weggezogen sind, fühlen sich weiterhin mit ihrer Region verbunden. Warum sollte es nicht gelingen, ihr bürgerschaftliches Engagement auf ein „Mäzenatentum ländliche Entwicklung“ auszurichten? Oftmals ist es ein konkretes Objekt im Heimatdorf, für dessen Erhalt es sich lohnt, Stiftungskapital aufzubringen. Wir sollten auch die Bedingungen für ein Regionalsponsoring verbessern, um beispielsweise mit integrierten Regionalfonds Vorhaben zu unterstützen, die über die Entwicklung eines einzelnen Dorfes hinausgehen. Der Bedarf für den Schutz unserer vielfältigen Kulturlandschaft, für den Erhalt ländlicher Kultur und für innovative Projekte ist vorhanden. Mein Haus erprobt einen solchen Regionalfonds, der staatliche und private Mittel vereint, erstmals im Rahmen eines gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt durchgeführten Modellvorhabens „idee.natur – Naturschutzgroßprojekte und ländliche Entwicklung“ ab 2009.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Zusammenhalt der Generationen. Oftmals sind – bedingt durch die Individualisierung unseres Lebens oder zunehmende Mobilität – die Familienbande nicht mehr so fest gefügt wie noch vor Jahrzehnten. Können wir nicht solche Bedingungen in ländlichen Regionen schaffen, die Ältere und Jüngere zusammenbringen und so den Generationenzusammenhalt stärken?

Ein besonderes Augenmerk gilt der Jugend. Die Reduzierung von Schulstandorten und fehlende Ausbildungsplätze, aber auch die Schließung von Sport- und Freizeiteinrichtungen, führen in vielen strukturschwachen Regionen zu Abwanderung, besonders von jungen Frauen. Damit junge Menschen dieser Entwicklung entgegenreten können, ist es – aufbauend auf einer staatlich-kommunalen Grundversorgung – wichtig, sie zu mehr Eigeninitiative und einem stärkeren persönlichen Engagement anzuregen. Deshalb halte ich viel davon, schon Schülerinnen und Schüler für freiwilliges Engagement zu gewinnen. Das stärkt Eigenverantwortung und Mitverantwortung. Außerdem hilft es, sich mit dem Heimatort zu identifizieren und motiviert qualifizierte Jugendliche, in den ländlichen Regionen zu bleiben. Hier sind auch Initiativen, die sich über mehrere Orte erstrecken, zu unterstützen. Zudem sollten wir Bedingungen schaffen, damit es für junge Menschen nach ihrer Ausbildung attraktiv ist, wieder in ihre Heimatregionen zurückzukommen.

Ein besonderes Lob gilt den Landfrauen. Sie sind oftmals die Managerinnen in Haus und Hof und engagieren sich in Vereinen, Kirchen und Netzwerken. Das hält unsere Gesellschaft zusammen und deshalb wollen wir es stärker fördern.

Mein Ministerium wird das bürgerschaftliche Engagement auf dem Lande nachhaltig unterstützen und Anreize setzen für die Weiterentwicklung ländlicher Räume. Folgende Aktivitäten möchte ich besonders hervorheben:

Mit dem Bundeswettbewerb „Junge Menschen gestalten die ländlichen Räume“, der 2009 startet, wollen wir Jugendliche auf dem Lande motivieren, konkrete Vorstellungen und innovative, beispielhafte und übertragbare Maßnahmen zur Zukunftssicherung ihrer Regionen sowie zur Verbesserung ihrer Lebensqualität zu entwickeln. Sie sollen so zu mehr Eigeninitiative sowie verstärktem kommunalpolitischen und ehrenamtlichen Engagement motiviert werden und über den Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinaus wirken.

Auch der alle drei Jahre stattfindende Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ ist ohne Eigeninitiative und gemeinsames Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht denkbar. Der Wettbewerb ist eine Erfolgsgeschichte und motiviert die Akteurinnen und Akteure – weit über eine Verschönerung des Ortsbildes hinaus – Perspektiven für ihr Dorf zu entwickeln und umzusetzen. Im Wettbewerb 2007 haben sich auf Bundesebene 34 Dörfer gemessen, die sich aus knapp 4000 teilnehmenden Dörfern auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene qualifiziert haben. Mein Haus wird diese Initiativen

auch künftig unterstützen und hat für 2010 den nächsten Bundesausscheid ausgeschrieben.

In den letzten beiden Jahren hat ein intensiver Dialog zur Zukunft ländlicher Räume stattgefunden. Die Ergebnisse der zu diesem Thema durchgeführten Konferenzreihe werden in Politik, Fachwelt und Öffentlichkeit kommuniziert. Jährlich findet auf der Internationalen Grünen Woche ein Zukunftsforum zur Ländlichen Entwicklung statt. Mit dieser Veranstaltung werden die Betroffenen in die Diskussionen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen eingebunden. Auch dadurch wird unterstrichen, dass die ländlichen Räume mittlerweile ein zentrales Thema auf der politischen Agenda sind. Engagement der Bürgerinnen und Bürger und ländliche Entwicklung berühren viele Zuständigkeiten. Deshalb müssen alle Politikbereiche, die den ländlichen Raum betreffen, besser miteinander verknüpft werden. Dazu hat eine Interministerielle Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“ unter Leitung meines Hauses ein Handlungskonzept mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume vorgelegt. Hier gilt es anzuknüpfen und in enger Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden die Menschen vor Ort dabei zu unterstützen, sich ein lebenswertes Umfeld zu schaffen.

Die Menschen für mehr freiwilliges Engagement zu gewinnen, sehe ich auch als meine Aufgabe an. Ich will lebendige Regionen, Vielfalt der ländlichen Räume und attraktive Orte zum Leben und Arbeiten. Dabei können alle Regionen – ob städtisch oder ländlich – unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Entwicklungspotenziale attraktiver werden. Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen ist unverzichtbar und bereichernd für unsere Gesellschaft. Deshalb sollten wir es gemeinsam fördern und die aktive Bürgergesellschaft stärken.

Antje Blumenthal**Mitglied des Deutschen Bundestages**

Geboren am 25. Dezember 1947 in Itzehoe

**1964 – 1966, 1971 – 1973**

Ausbildung in der Steuerverwaltung
für den mittleren und gehobenen
Dienst; Hamburg

2000

Aufstieg in den höheren Dienst
der Steuerverwaltung
Hamburg

1966 – 2001

Arbeit in verschiedenen Finanzäm-
tern und der Oberfinanzdirektion
Hamburg

1974 – 1989

Mitglied der Bezirksversammlung
Hamburg-Mitte

1986 – 1987, 1989 – 2001

Mitglied der Hamburgischen
Bürgerschaft

1993 – 2003

Stellvertretende Bundesvorsitzende
der Christlich-Demokratischen
Arbeitnehmerschaft

Seit 2001

Mitglied des Deutschen
Bundestages

Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ im Deutschen Bundestag

Antje Blumenthal

Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft. Es sichert den Zusammenhalt zwischen den Generationen, fördert die Solidarität und pflegt das Zusammenleben zwischen den Menschen. Das Ehrenamt zeichnet sich aus durch politisches und soziales Engagement, Selbsthilfe, Engagement in Vereinen, Verbänden, Kirchen und öffentlichen Funktionen. Es bietet allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich unabhängig von deren Beruf oder Status auf freiwilliger Basis in selbst gewählten Tätigkeiten zu engagieren. So wird Selbsthilfe zur Hilfe für andere und umgekehrt. Viele Menschen überwinden durch den freiwilligen Einsatz ihre soziale Isolation, entwickeln neue Fähigkeiten, bringen ihre eigenen Kenntnisse und Erfahrungen sinnvoll ein und erfahren soziale Anerkennung. Um die freiwillige Arbeit zu fördern und zu unterstützen, müssen die Rahmenbedingungen weiter verbessert und zusätzliche Angebote entwickelt werden. Der Staat muss unterstützende, rechtliche, finanzielle und organisatorische Voraussetzungen schaffen, um die Menschen zu befähigen und zu ermutigen, sich mit Freude einzubringen.

Die Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ wurde in den Jahren 1999 bis 2002 vom Bundestag beauftragt, Strategien für eine verbesserte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Mit ihrem Abschlussbericht „Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“ hat sie einen Beitrag geleistet, das Ehrenamt zu fördern und insgesamt die Bürgergesellschaft weiterzuentwickeln. Grundlage dafür war zunächst einmal eine Bestandsaufnahme der Situation, ihre Analyse und Bewertung. Es wurden Entwicklungsperspektiven und Empfehlungen erarbeitet, um ein schnelles, unkompliziertes und effizientes Handeln im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zu ermöglichen.

Mit der Bildung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ knüpft das Parlament bewusst an die Arbeit der Enquête-Kommission an. Die Einset-

zung dieses Gremiums durch den Bundestag ist ein Novum. Zum ersten Mal in der Parlamentsgeschichte wurde ein Unterausschuss damit beauftragt, für die Umsetzung der Beschlüsse einer Enquête-Kommission zu sorgen. Seit 2003 begleitet der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ die Initiativen und die Gesetzgebung des Parlaments, die Voraussetzungen für den freiwilligen und aktiven Einsatz vieler Bürgerinnen und Bürger schaffen. Damit haben der Unterausschuss und viele Beteiligte, so genannte „Engagementpolitikerinnen und -politiker“ in der Kommunal- und Landespolitik, sowie im Besonderen auch auf Bundesebene, deutliche politische Spuren hinterlassen und damit die ersten erfolgreichen Schritte einer abgestimmten Engagementpolitik getan.

Der Unterausschuss befasst sich mit verschiedenen Themen, die das Ehrenamt betreffen. Eine seiner wichtigsten Aufgaben besteht darin, die von der Enquête-Kommission erarbeiteten Strategien und Handlungsempfehlungen zu prüfen und ihre Umsetzung durch das Parlament vorzubereiten. Schließlich achten die Mitglieder des Unterausschusses bei allen laufenden Gesetzesvorhaben darauf, ob sie „engagementverträglich“ sind. Besonders wichtig erscheint dabei, die Entwicklung in diesem Bereich zu verfolgen, den Dialog mit der Bürgergesellschaft zu pflegen und, falls erforderlich, politische Initiativen vorzubereiten.

So ist es uns gelungen, den versicherungsrechtlichen Schutz zu verbessern, indem der Kreis der bürgerschaftlich Engagierten, die bei ihrer Tätigkeit in der gesetzlichen Unfallversicherung abgesichert sind, zum 1. Januar 2005 erweitert wurde. Bürgerinnen und Bürger, die in Vereinen und Verbänden im Auftrag oder mit Zustimmung von Kommunen und Kirchen tätig werden, sind gesetzlich unfallversichert. Hierzu zählen privatrechtliche Organisationen, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen, zwischen- und überstaatliche Einrichtungen. Auch gemeinnützige Organisationen, etwa Sportverbände, können ihren gewählten Ehrenamtlichen auf freiwilliger Basis einen gesetzlichen Unfallversicherungsschutz verschaffen. Erweitert wird der Schutz auf Personen, die im Ausland bei staatlichen Institutionen beschäftigt sind. Außerdem hat der Unterausschuss 2007 das Gemeinnützigkeitsrecht vereinfacht. Steuerrechtliche Rahmenbedingungen für Spenden und die Gründung von Stiftungen wurden dadurch attraktiver gestaltet.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, mehr Bewusstsein für das Thema Engagement und seine Bedeutung zu schaffen; denn der Erfolg wird nicht zuletzt von der Gestaltung und Absicherung der strukturellen, institutionellen, finanziellen

und rechtlichen Rahmenbedingungen abhängen, unter denen bürgerschaftliches Engagement stattfindet. Die Entwicklungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements müssen aufmerksam verfolgt werden, um die Anliegen aus der Bürgergesellschaft in die Politik zu tragen und vor allem, um die Umsetzung der Empfehlungen der Enquête-Kommission weiterhin fachkundig zu begleiten.

An der Schnittstelle zwischen Bürgergesellschaft und Parlament haben die Mitglieder des Unterausschusses eine Vielzahl von Gesprächen mit Regierungs- und Ländervertreterinnen und -vertretern, mit Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft geführt. Diese Gespräche dienen nicht nur dem Ziel, Wissen hervorzubringen, sondern auch dazu, über die Reform- und Innovationsfähigkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat sowie den gesamten Bereich der gemeinwohlorientierten Vereine, Verbände und Stiftungen, die den so genannten Dritten Sektor, den Non-Profit-Bereich, darstellen, zu diskutieren und damit neue Perspektiven für die Entwicklung der Bürgergesellschaft zu erschließen.

Aus der Arbeit des Unterausschusses heraus haben sich zahlreiche außerparlamentarische Kontakte entwickelt. So arbeitet der Unterausschuss eng mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sowie mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. Dieser intensive Informations- und Ideenaustausch hat auch neue Impulse für weitere Aktivitäten hervorgebracht. Beispielsweise haben auf Anregung des Unterausschusses Wissenschaft, Verbände und andere Organisationen erfolgreich und intensiv an dem Gesetzentwurf „Zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ mitgewirkt.

Wo besteht Verbesserungsbedarf?

In Zukunft müssen wir noch stärker konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements herausarbeiten. Dabei ist es besonders wichtig, die Leistungen und Potenziale des freiwilligen Engagements noch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Hier spielen die Medien eine große Rolle, weil sie als Informationsvermittler und Teil der Unterhaltungsindustrie maßgeblich die Wahrnehmung und Durchsetzung gesellschaftlicher Strömungen beeinflussen. Ziel ist es, eine Plattform für Engagement zu schaffen, Interessierten Hilfestellung zu geben, wo oder wie sie sich einbringen und an wen sie sich wenden können.

Darüber hinaus müssen Netzwerke auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene geschaffen und weiterentwickelt werden, denn bürgerschaftliches Engagement benötigt Öffentlichkeit und Interessenvertretungen auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen, in den verschiedenen Feldern sowie über die einzelnen Engagementbereiche hinaus. Dafür ist es wichtig, vorhandene Ressourcen zu bündeln sowie Akteurinnen und Akteure, Organisationen und Institutionen der Bürgergesellschaft miteinander zu vernetzen. Netzwerke können dazu beitragen, bürgerschaftliches Engagement gesellschaftlich aufzuwerten und geeignete Förderstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Um Engagementförderung als Querschnittsaufgabe hervorzuheben, ist einerseits eine stärkere Kooperation von Verwaltung, Politik und Fachressorts notwendig. Andererseits bedarf es der ressortübergreifenden Vernetzung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und Organisationen.

Obwohl weiterhin noch an einigen Stellen Verbesserungsbedarf besteht, wurden bereits erfolgreiche Projekte und Initiativen auf den Weg gebracht. Im Folgenden möchte ich einige dieser Initiativen vorstellen.

Initiative „für mich, für uns, für alle“

Ohne seine engagierten Menschen wäre Deutschland ein armes Land. Sie zu unterstützen, ist das Ziel der Initiative. Deshalb haben sich aktive Bundestagsabgeordnete, Städte, Landkreise und Gemeinden Deutschlands sowie die Sparkassen in der Initiative „für mich, für uns, für alle“ zusammengeschlossen. Ihr gemeinsames Ziel besteht darin, in ganz Deutschland vor Ort die Freiwilligen zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen das zu verwirklichen, was sie sich am meisten wünschen: mehr Anerkennung und weniger Bürokratie. Dieser Zusammenschluss aus Politik, Wirtschaft und Kommunen ist in seiner Art einmalig in Deutschland. Die Partner der Initiative werden dort aktiv, wo Freiwillige sich engagieren: in den Städten, Landkreisen und Gemeinden. Überall in Deutschland sollen Initiativen auf kommunaler Ebene entstehen, die die Freiwilligen unterstützen. Da die lokalen Initiativen in direktem Kontakt mit den aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmern stehen, kennen sie deren Probleme und können ihnen wirksam helfen. Die Initiative will die Arbeit dieser freiwillig Engagierten unterstützen. Dazu möchte sie die politische Diskussion über die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement anstoßen. Ziel ist es, diese langfristig zu verbessern, um Engagement optimal zu fördern.

Einen konkreten Beitrag dazu lieferte der 2004 veröffentlichte Initiativenbericht „Deutschland aktiv“. Expertinnen und Experten zeigen Probleme und Handlungsbedarf im Bereich Bürgerinnen- und Bürgerengagement auf und erläutern Lösungsmöglichkeiten. Um die Arbeit der Engagierten zu würdigen, verleiht die Initiative regelmäßig einen Preis an Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus will die Initiative weitere Menschen für das Ehrenamt begeistern. Mit einem regelmäßig erscheinenden Newsletter werden Bundestagsabgeordnete und interessierte Vertreterinnen und Vertreter der Städte, Kommunen und Landkreise über aktuelle Themen und Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements sowie lokale Initiativen informiert.

Freiwilligenagenturen als Entwicklungsagenturen

Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen und ähnliche Einrichtungen erleben weiterhin einen Gründungsboom. Sie vermitteln zwischen Menschen, die sich engagieren wollen, und Trägern, die Freiwillige suchen. Aber mehr noch: Durch Fort- und Weiterbildungsangebote, Information, Beratung, Vermittlung von Freiwilligen, Zusammenarbeit mit Organisationen, Vernetzung im Freiwilligensektor und Öffentlichkeitsarbeit geben sie als lokale „Entwicklungsagenturen“ dem bürgerschaftlichen Engagement vielfältige Impulse. Kommunale und regionale Freiwilligenagenturen haben sich unter dem Dach der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) zusammengeschlossen. Die bagfa agiert als bundesweites Netzwerk und unabhängige Interessenvereinigung der Freiwilligeneinrichtungen. Sie versteht sich als Brücke zwischen engagementbereiten Menschen und gemeinwohlorientierten Einrichtungen, die mit Freiwilligen arbeiten. Den lokalen Akteurinnen und Akteuren erleichtert sie den Erfahrungsaustausch in thematischen Arbeitsgruppen und vermittelt gute Erfahrungen oder Praxisideen. Die Möglichkeit sich auszutauschen und zu vernetzen, bieten die Jahrestagungen der bagfa, die mit zahlreichen Workshops Einblicke in unterschiedliche Arbeitsbereiche von Freiwilligenagenturen sowie in aktuelle Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements geben. Einen hohen Stellenwert hat die Begleitung durch die elf Landesarbeitsgemeinschaften (lagfa) für Freiwilligenagenturen. Diese sind Ansprechpartner für die Politik und kommen in regelmäßigen lagfa-Treffen zusammen.

Landesinitiative „Hamburg engagiert sich“

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestags und Mitglied des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ möchte ich nicht nur die bundesweite Situation der vielen Freiwilligen beleuchten, sondern auch ein tolles Projekt aus meiner Heimatstadt Hamburg vorstellen. Mich freut ganz besonders, dass Hamburg ein hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement vorweisen kann. Viele Menschen sind bereits in irgendeiner Form freiwillig engagiert. Bürgerinnen und Bürger wirken in Vereinen, Initiativen, Projekten, Selbsthilfegruppen oder Einrichtungen aktiv, unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung mit. Doch weil weit mehr Menschen bereit wären, sich zu beteiligen, ihre Fähigkeiten und Talente in die Gesellschaft einzubringen, wurde 2003 eine ganz besondere Initiative in Hamburg ins Leben gerufen. Um den bereits zahlreich vorhandenen Initiativen und Aktivitäten unterschiedlicher Gruppen im Bereich des Ehrenamtes mehr Gewicht zu verleihen und deren Interessen zu bündeln, haben die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und das „AKTIVOLI-Netzwerk“ eine Landesinitiative unter dem Motto „Hamburg engagiert sich“ gegründet.

Wer das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern fördern will, muss Angebote machen, die den unterschiedlichen Interessen der Menschen entsprechen. Dafür bedarf es neuer Wege zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements, sowie einer Kooperation von ehrenamtlich Tätigen, Institutionen, Politik und Verwaltung. Mit der Gründung der Landesinitiative „Hamburg engagiert sich“ ist dazu ein wichtiger Schritt getan worden.

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz greift die Herausforderungen, vor denen bürgerschaftlich Engagierte stehen, in Kooperation mit dem „AKTIVOLI-Netzwerk“ auf und legt ein gemeinsames Konzept für eine Landesinitiative vor. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen zu verbessern, gesellschaftlich relevante Gruppen und Akteurinnen und Akteure in einem Netzwerk miteinander zu verbinden, um das bürgerschaftliche Engagement in Hamburg zu fördern und zu unterstützen. Auf diesem Wege soll die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, ein Ehrenamt zu übernehmen, wachsen. Darüber hinaus soll das freiwillige Engagement stärker öffentlich gewürdigt und anerkannt werden. Die bereits bestehenden innovativen Projekte des „AKTIVOLI-Netzwerkes“ werden künftig durch die Landesinitiative unterstützt, weiterentwickelt und gegebenenfalls weiter ausgebaut.

Gerade junge Menschen erhalten dadurch einen besseren Zugang zur Freiwilligenarbeit und erwerben die Fähigkeit, die Gesellschaft aktiv und wirkungsvoll mitzugestalten.

Schlusswort

Bürgerschaftliches Engagement ist aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Für die Zukunft und die vielen Herausforderungen, die auf uns warten, ist es unverzichtbar. Wir müssen uns weiterhin bemühen, dass sich noch mehr Menschen freiwillig engagieren und Probleme, die auf diesem Weg auftreten, konsequent in Angriff genommen werden.

Viel ist erreicht und auf den Weg gebracht. Eine abgestimmte Engagementpolitik hat in der Öffentlichkeit mehr Bewusstsein und Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement geschaffen. Dazu beigetragen haben nicht nur die erfolgreiche Arbeit des Unterausschusses und der Enquête-Kommission, sondern auch die vielen Initiativen und Projekte, die Menschen dazu ermutigt haben, sich tatkräftig zu engagieren und dort Unterstützung zu leisten, wo Hilfe dringend benötigt wird.

Deshalb gilt der Dank, die Anerkennung und Unterstützung den Bürgerinnen und Bürgern, die sich freiwillig und selbstlos für andere einsetzen.

Prof. Dr. Maria Böhmer
Staatsministerin im Bundeskanzleramt und
Beauftragte der Bundesregierung für Migration,
Flüchtlinge und Integration

Geboren am 23. April 1950 in Mainz



- 1968 – 1971** Studium der Mathematik, Physik, Politikwissenschaft und Pädagogik, Staatsexamen
- 1974** Promotion zum Dr. phil. Universität Mainz
- 1982** Habilitation in Pädagogik an der Universität Mainz, Forschungsaufenthalte an den Universitäten Cambridge und Augsburg
- Seit 1990** Mitglied des Deutschen Bundestages
- Seit 2001** Professorin an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg
- Seit 2005** Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Integration – Schlüsselaufgabe unserer Gesellschaft

Prof. Dr. Maria Böhmer

Integration ist eine der zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Wenn wir weiterhin Wachstum, Wohlstand und ein friedliches Zusammenleben in unserem Land sichern wollen, muss es gelingen, allen Teilen der Bevölkerung eine gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft im umfassenden Sinne zu ermöglichen. Diese Aufgabe kann der Staat nicht allein lösen. Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen für gelingende Integration setzen. Integration kann aber nicht „von oben“ verordnet werden. Sie ist eine Schlüssel- und Querschnittsaufgabe nicht nur für die Politik, sondern für die gesamte Gesellschaft. Offenheit, Empathie und Veränderungs- und Verantwortungsbereitschaft sind von allen Seiten gefordert. Integration braucht die Eigeninitiative und Bereitschaft jedes Einzelnen, sich einzubringen, vor allem auch der Migrantinnen und Migranten selbst.

Ein Blick auf die Zusammensetzung unserer Bevölkerung zeigt, dass Zuwanderung das Gesicht unseres Landes dauerhaft verändert hat. Deutschland steht inzwischen nahezu überall vor großen migrationsbedingten Herausforderungen. Mit 15,3 Millionen stellen die Migrantinnen und Migranten – Menschen, die selbst zugewandert sind oder die mindestens einen Elternteil haben, der aus dem Ausland zu uns gekommen ist – fast ein Fünftel der Bevölkerung. Die Mehrheit von ihnen hat den deutschen Pass. In der Altersgruppe der unter 15-Jährigen beträgt der Migrantenanteil bereits ein Drittel. In den Großstädten mit über 200 000 Einwohnern stammen im Schnitt etwa 45 Prozent der Menschen aus einer Zuwandererfamilie. Aber nicht nur dort hat Zuwanderung die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert. Auch in kleineren Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern stellen Migrantinnen und Migranten durchschnittlich rund 19 Prozent der Bevölkerung.

Hinzu kommt, dass die Migrantinnen und Migranten im Durchschnitt jünger sind und dass die Geburtenrate in diesem Teil der Bevölkerung höher ist als bei denjenigen, die bereits seit vielen Generationen in unserem Land heimisch sind. Angesichts dieser demografischen Entwicklung liegt unsere größte Herausforderung darin, die Talente gerade der nachwachsenden Generationen aus Zuwandererfamilien optimal zu fördern.

Nicht auf den Namen, sondern auf die Fähigkeiten und das Leistungsvermögen jedes Einzelnen kommt es an. Es gilt, die Potenziale von Migranten verstärkt zu entdecken und zu schätzen. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen sind klare Pluspunkte für die persönliche und berufliche Entwicklung. Das ist nicht zuletzt eine notwendige Voraussetzung dafür, dass wir weiterhin unseren Platz als eine der führenden Industrienationen in der globalisierten Welt behaupten. Vielfalt als Chance für Migranten und Einheimische. Menschen aus Zuwandererfamilien müssen in Bildung, Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in den Medien, im Sport und in der Bürgergesellschaft die gleichen Teilhabechancen haben wie die einheimischen Deutschen. Zugleich müssen wir uns darauf einstellen, dass insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Pflege neue Anforderungen auf uns zukommen. Immer mehr ältere Migrantinnen und Migranten entscheiden sich dafür, ihren Lebensabend dort zu verbringen, wo auch ihre Kinder und Enkel ihren Lebensmittelpunkt haben: in Deutschland. Die Gesundheits- und Pflegedienste müssen sensibler sein für die spezifischen Bedürfnisse dieser wachsenden Zielgruppe.

Nachhaltige Integrationspolitik

Mit dem Nationalen Integrationsplan haben wir einen Prozess eingeleitet, der nicht nur alle Ebenen der Politik, sondern die gesamte Gesellschaft in die Lösung der Schlüsselaufgabe Integration einbezieht. Auf der Grundlage klarer Analysen und gemeinsamer Zielbestimmungen gehen wir damit neue Wege einer aktivierenden und nachhaltigen Integrationspolitik, die nicht allein auf Defizite fokussiert, sondern die Potenziale der Zugewanderten in den Vordergrund rückt und sie als Akteure und Brückenbauer in die Integrationsarbeit einbezieht.

Dialog, Anerkennung und partnerschaftliche Zusammenarbeit sind die Prinzipien des Nationalen Integrationsplans. Gemeinsam mit über 300 Akteuren von Bund, Ländern, Kommunen und aus der Wirtschaft, den Migrantenorganisationen, den Stiftungen, den Wohlfahrtsverbänden, Frauenorganisationen und vielen weiteren Bereichen der Zivilgesellschaft sind Grundsätze und Maßnahmen der Integrationsförderung entwickelt worden. Rund 400 Selbstverpflichtungen aller Beteiligten machen den Nationalen Integrationsplan konkret und überprüfbar.

Die erste Zwischenbilanz zum Nationalen Integrationsplan im Fortschrittsbericht von 2008 zeigt, dass eine Vielzahl dieser Selbstverpflichtungen umgesetzt, eingeleitet oder weitergeführt wurde. Integration ist in vielen Bereichen der Gesellschaft zum Querschnittsthema weiterentwickelt worden. Migranten und Migrantenorganisationen werden verstärkt von staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen als Partner und Berater angesprochen; gleichzeitig wachsen sie noch stärker in die Rolle der für die Integration Mitverantwortlichen hinein. Die mit der Erarbeitung des Nationalen Integrationsplans seit dem Sommer 2006 begonnene Zusammenarbeit setzt sich so an vielen Orten, in vielen Projekten fort. Heute können wir mit Fug und Recht sagen: So viel Integration war noch nie in unserem Land.

Bürgerschaftliches Engagement und Integration

Dieser Erfolg unserer Integrationspolitik ist nicht zuletzt einer engagierten Bürgergesellschaft gedankt. Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Migrantenorganisationen, Sport-, Bildungs- und Jugendeinrichtungen, Frauenorganisationen, Nachbarschaftsprojekte, kleine Initiativen und große Verbände – alle getragen von einer großen Zahl Ehrenamtlicher – leben Integration vor Ort, in den Kommunen, von Mensch zu Mensch. Das langjährige Engagement und die große Erfahrung der einzelnen Akteure sind von unschätzbarem Wert und ein wichtiges Fundament, auf dem die Politik aufbauen kann. Hier wird Unterstützung im Einzelfall geleistet, werden Chancen eröffnet, Probleme benannt und gelöst.

Erfolgreiche Projekte zeigen uns, was besonders wichtig für das Gelingen von Integration ist: wechselseitiger Respekt, Anerkennung, Aufgeschlossenheit und der Wunsch, gemeinsam ein gutes Zusammenleben zu gestalten.

Aus dieser inneren Einstellung heraus werden Vorurteile abgebaut, entstehen Freundschaften, wird Integration lebendig. Es bleibt daher eines meiner wichtigsten Ziele, das bürgerschaftliche Engagement vor Ort für die Integration zu stärken und insbesondere noch mehr Menschen aus Zuwandererfamilien dafür zu gewinnen.

Ehrenamtliches Engagement in der Integrationsarbeit hat sich gewandelt. Stand in der Vergangenheit vor allem das Engagement für die Zuwanderer der ersten Generation im Vordergrund, so hat sich das Feld heute ausdifferenziert. Neben dem Engagement für Migranten ist das Engagement von und mit Migranten getreten. Auch die Migrantenorganisationen machen heute längst nicht mehr nur Angebote für die eigene ethnische Bevölkerungsgruppe. Viele beziehen die Ausrichtung ihrer Arbeit stärker als früher auf die Aufnahmegesellschaft und sind in übergreifende Netzwerke eingebunden. Spanische Elternvereine lassen Elternvereine anderer Zuwanderergruppen an ihrer sehr erfolgreichen Bildungsarbeit partizipieren, ein Bildungswerk italienischer Einwanderer qualifiziert türkischstämmige Migrantinnen für den Arbeitsmarkt, um nur zwei Beispiele zu nennen. Insbesondere im Sport sind gerade junge Migrantinnen und Migranten heute häufiger in multiethnischen oder deutschen Vereinen engagiert als in herkunftsbezogenen Vereinen.

Migrantinnen und Migranten stehen den seit langem Einheimischen in ihrem ehrenamtlichen Engagement kaum nach. Viele leisten unverzichtbare Arbeit etwa bei der Beseitigung von Sprachproblemen, in der Bildungsarbeit und in der Frauenarbeit für Zugewanderte. In der zweiten und dritten Generation sind die Interessen nicht mehr nur auf migrationsspezifische Themen gerichtet; sie unterscheiden sich kaum noch von denen gleichaltriger Deutscher. Zugewanderte sind aber seltener in feste Vereinsstrukturen eingebunden, und wenn doch, sind sie noch zu wenig in Verantwortungspositionen zu finden. Konkret heißt das beispielsweise: Wir brauchen mehr türkischstämmige Übungsleiterinnen im Sport, mehr russischstämmige Jugendverbandsvertreter, mehr italienischstämmige Elternvertreter.

Migrantinnen und Migranten, die sich als Ehrenamtliche engagieren, sind Brückenbauer mit Erfahrungen in drei Welten – der Herkunftsgesellschaft, der Migrationssituation und der Aufnahmegesellschaft. Sie leisten – ob als Integrationslotsen, Bildungspaten oder Stadtteilmütter – für die Integration eine

unschätzbare Arbeit, ergänzen die oft nicht ausreichende Unterstützung bildungsferner Familien und öffnen Türen in gesellschaftliche Bereiche hinein, die Migrantinnen und Migranten bislang oft verschlossen blieben.

„Aktion zusammen wachsen“

Die Notwendigkeit, insbesondere die junge Generation aus Zuwandererfamilien auf ihrem Bildungs- und Ausbildungsweg nachhaltig zu fördern, habe ich bereits dargelegt. Auch und gerade hier sind private Initiativen eine sinnvolle und notwendige Ergänzung zur individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen. In unserem Land existiert bereits eine Vielzahl von Patenprojekten, in denen zehntausende Ehrenamtliche in Kindergärten, Schulen und Ausbildungsbetrieben und -einrichtungen jungen Migrantinnen und Migranten unter die Arme greifen. Sie helfen beim Erlernen unserer Sprache, beim erfolgreichen Weg durch die Schule, beim Übergang ins Berufsleben oder – relativ neu – auch als Patinnen und Paten für Betriebsinhaber ausländischer Herkunft, die zum ersten Mal ausbilden.

Das Interesse in der Bevölkerung für ehrenamtliches Engagement gerade in diesem Bereich ist sehr groß. Insbesondere Menschen, die nach der Berufsphase und nachdem die eigenen Kinder aus dem Haus sind, nach einer ehrenamtlichen Beschäftigung suchen, die sie mit Kindern und Jugendlichen zusammenbringt, zeigen sich enorm aufgeschlossen und sind bereit und in der Lage, viel Zeit dafür aufzubringen. Nachdem ich Anfang 2007 erstmals in einem Interview die Idee für ein bundesweites Bildungspaten-Netzwerk öffentlich gemacht hatte, wurde ich mit Anfragen geradezu überschüttet, die alle annähernd gleich lauteten: „Ich möchte auch eine Patenschaft übernehmen, wo kann ich mich melden?“

Mit der „Aktion zusammen wachsen“, die ich im April 2008 gestartet habe, existiert nun eine Projektdatenbank, die interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Kontaktaufnahme zu Projekten in ihrer Nähe ermöglicht. Mir lag vor allem daran, diese Projekte untereinander zu vernetzen, erfolgreiche Modelle bekannt zu machen, neue zu initiieren und den Wissenstransfer zwischen den Akteuren zu organisieren. Die „Aktion zusammen wachsen“ bietet Infrastruktur- und Servicedienstleistungen auf regionaler und bundesweiter Ebene. Sie setzt bei bereits existierenden Patenschaftsprojekten und -initiativen an, baut für deren Arbeit regionale Unterstützungsangebote auf

und bündelt diese bei einer bundesweiten Servicestelle. Unter www.aktion-zusammen-wachsen.de wurde eine Informationsplattform mit Newsletter, Online-Bibliothek und Dokumenten für den Download (z. B. Patenprojekt-Atlas, Leitfaden für Patenschaften und Materialien zur Qualitätsentwicklung) eingerichtet.

Ausblick

Bürgerschaftliches Engagement bildet eine Brücke zwischen dem Individuum und der Gesellschaft. Es fördert die gemeinsame Verantwortungsübernahme, das gegenseitige Verständnis und die Identifikation mit der Nachbarschaft, dem Stadtteil und unserem Land insgesamt. Private Initiativen, Stiftungen und Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements können schnell und flexibel auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren und bilden somit eine unverzichtbare Ergänzung staatlicher Angebote in vielen Bereichen der Gesellschaft. Diese Initiativen werden in Zukunft für die Integration noch wichtiger werden. Der ehrenamtliche Bereich muss sich weiterhin interkulturell öffnen. Die gezielte Ansprache von jungen Menschen mit Migrationshintergrund für Freiwilligendienste oder die Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen als Träger von Programmen und Projekten sind gelungene Beispiele, die fortentwickelt werden müssen. Bürgerschaftliches Engagement ist das Fundament einer lebendigen, pluralen und entwicklungsfähigen Gesellschaft. Das Integrationsland Deutschland braucht bürgerschaftliches Engagement von, mit und für Menschen aus Zuwandererfamilien zur nachhaltigen Weiterentwicklung von Integration.

Dr. Michael Bürsch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Geboren am 3. Juni 1942 in Stettin



- 1967 – 1974** Juristische Ausbildung, Promotion
- 1975 – 1984** Mitarbeiter in der Ministerialverwaltung des Bundes
- 1984 – 1987** Mitarbeiter von Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt
- 1988 – 1993** Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein
- 1993 – 1997** Unternehmens- und Verwaltungsberater
- Seit 1997** Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1999 – 2002** Vorsitzender der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“
- Seit 2003** Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ im Deutschen Bundestag

Engagementpolitik im Dienste der Demokratie

Dr. Michael Bürsch

Demokratische Regeln und Institutionen sind die wichtigsten Garanten für den Bestand eines freiheitlichen Gemeinwesens. Doch auch die Demokratie ist auf ein vitales und intaktes Gemeinwesen angewiesen. Ihr Zustand hängt ganz entscheidend vom demokratischen Bürgersinn ab. Oder wie der frühere Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde in seinem bekannten Diktum sagt: Der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren und schaffen kann. Damit ist gemeint, dass demokratische Tugenden wie Toleranz, Fairness und Gewaltfreiheit, ohne die eine freiheitliche Gesellschaftsordnung nicht bestehen kann, nicht staatlich erzwungen werden können. Und so könnte man sich, wenn wir problematische Entwicklungen der Gegenwart ohne Gegenstrategie weiterlaufen lassen, einen gewissermaßen postdemokratischen Zustand vorstellen, in dem die Verfahren im demokratischen Rechtsstaat zwar einwandfrei funktionieren, die Demokratie aber dennoch in einen kritischen Zustand gerät, weil die demokratische Emphase zum Erliegen gekommen ist.

Heute, im 60. Jahr des Grundgesetzes, mehren sich leider die Anzeichen, dass das Zusammenspiel von Demokratie und Gemeinwesen aus dem Gleichgewicht zu geraten droht. Zumindest lassen sich gewisse Erosionserscheinungen im demokratischen Bewusstsein vieler Menschen nicht mehr ohne weiteres von der Hand weisen. So beurteilen laut einer repräsentativen Umfrage des Instituts Sinus/Polis in München 37 Prozent der Deutschen die Demokratie als „weniger gut“ bis „schlecht“, und etwa ein Drittel glaubt nicht, dass sich gesellschaftliche Probleme mit demokratischen Verfahren lösen lassen. 22 Prozent halten die demokratische Gesellschaftsordnung in Deutschland nicht für verteidigungswert. Dazu passt: 47 Prozent können sich vorstellen, bei der nächsten Bundestagswahl nicht zur Wahl zu gehen. In den ostdeutschen Bundesländern sind sogar 53 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, dass Demokratie die anstehenden Probleme nicht lösen könne, und immerhin 41 Prozent stimmen dem Satz zu: „Mit Demokratie, wie sie heute bei uns ist, habe ich nichts zu tun.“

Beteiligung erzeugt Verantwortung

Was ist gegen solch apathische und defätistische Einstellungen zur Demokratie zu tun? Die Lösung liegt auf der Hand: Wenn jemand sagt, dass er mit der Demokratie nichts zu tun hat, dann muss man dafür sorgen, dass er etwas damit zu tun bekommt! Es kommt darauf an, den Urimpuls der demokratischen Idee wiederzubeleben oder neu zu erfinden: Demokratie ist ein Projekt der Selbstbestimmung im menschlichen Zusammenleben. Dieses Projekt versucht sich an der Verwirklichung von Freiheit auf der Basis vernunftgeleiteter Einsicht. Es kann daher nur funktionieren, wenn diejenigen, die frei sein sollen und wollen, aktiv von ihrer Freiheit zur Gestaltung des Gemeinwesens Gebrauch machen. Zwar mag man dies für eine idealistische Überhöhung des Gemeinwesens halten. Doch ist ein vitales Gemeinwesen genau auf diese Emphase angewiesen. Nur wenn es Menschen gibt, die über ihre staatsbürgerlichen Freiheitsrechte hinaus Engagement für das Gemeinwesen zeigen, kann Demokratie letztlich mit Leben erfüllt werden. Und insofern ist es eine vordringliche Aufgabe der Politik, genau diese Haltung im Rahmen einer neu zu erfindenden Kultur der Beteiligung zu fördern. Jemand, der an gesellschaftlicher Selbstorganisation beteiligt ist – egal ob bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Selbsthilfegruppen, bei der Nachbarschaftshilfe oder auch bei Protestkundgebungen gegen die Politik von Parlament und Regierung –, der engagiert sich, übrigens ganz unabhängig von seiner persönlichen Motivation, nolens volens für das Gemeinwesen. Überspitzt könnte man sagen: Beteiligung erzeugt Verantwortung für das Gemeinwesen und damit auch für die Demokratie.

„Du machst den Unterschied!“

Daraus folgt für die Politik ein klarer Auftrag: Die Ermüdungserscheinungen, welche die heutzutage hochkomplexe und wenig transparente, von komplizierten Mehrheiten und schwierigen Kompromissen gekennzeichnete „amtliche“ Politik produziert, müssen durch eine neue Kultur der Beteiligung „von unten“ aufgefangen werden. Das Bewusstsein, dass „da oben“ Dinge entschieden werden, mit denen die meisten Menschen nichts zu tun haben, muss durch eine Politik der Teilhabe ersetzt werden. „Du machst den Unterschied!“, so muss die Botschaft an alle Engagierten, aber eben auch an potenziell Engagierte und (noch) nicht Engagierte lauten.

Dazu muss vor allem die Politik Impulse geben. In den letzten Jahren, seit dem Abschlussbericht der Enquête-Kommission zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland im Jahr 2002, ist zwar schon einiges in Bewegung geraten. So findet mittlerweile ein grundlegender Bewusstseinswandel vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement statt, in dessen Folge mehr und mehr klar wird, dass dem bürgerschaftlichen Engagement eine demokratiepolitische Dimension eigen ist. Wer mitzupackt, will auch mitbestimmen. Nach dieser Devise begreifen auch immer mehr Engagierte ihr Engagement als einen Beitrag zur Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens. Doch ist die Grundhaltung vieler politischer Akteurinnen und Akteure und Institutionen noch unverändert: Der Staat entscheidet und verwaltet nach seinen Spielregeln und Gesetzen. Eine ernsthafte Beteiligung der Bürgergesellschaft und ihrer Akteurinnen und Akteure ist dabei meist nicht vorgesehen.

Besser miteinander

Zunächst ist es ja auch nicht leicht, sich eine neue Beteiligungskultur vorzustellen. Denn mit Staat und Bürgergesellschaft treffen zwei sehr disparate Welten aufeinander: Hier Institutionen und Verwaltungsorgane, die nach gesetzlichen Regeln operieren und dadurch in einem distanzierten Verhältnis zur gesellschaftlichen Wirklichkeit stehen, dort die spontan, aktuell und unmittelbar handelnden bürgerschaftlich Engagierten, die ganz nah an den gesellschaftlichen Problemen und Gegebenheiten sind. Doch hat die Enquête-Kommission mit der Skizze eines neuen Leitbildes einen aussichtsreichen Ansatz beschrieben, wie Staat und Bürgergesellschaft zu einem kooperativen Miteinander kommen können: Das Leitbild Bürgergesellschaft beschreibt „ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie durch das Engagement in selbstorganisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens deutlich prägen können“ (Enquête-Bericht, S. 59). Die Pointe dieses neuen Staatsverständnisses liegt in dem Umstand, dass es den Staat dazu nötigt, sich selbst zu aktivieren. Die Bereitschaft zu Einmischung und Engagement seitens der Bürgergesellschaft ist durchaus vorhanden; die Bereitschaft staatlicher Institutionen und der Akteurinnen und Akteure, dieses Engagement auch tatsächlich in die Mitte des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses zu integrieren, ist demgegenüber bislang noch wenig ausgeprägt.

Neuer Gesellschaftsvertrag

Die Entwicklung des Gemeinwesens und die darauf ausgerichtete staatliche Politik sollte sich maßgeblich am Leitbild Bürgergesellschaft orientieren. Ein solches Leitbild umfasst letztlich auch die Vision von einem neuen Gesellschaftsvertrag, in dem Staat, Bürgergesellschaft und auch die Wirtschaft einen jeweils tragenden Part übernehmen:

- Ein funktionierender freiheitlicher Staat ist auf eine prosperierende Wirtschaft angewiesen. Das Wie des wirtschaftlichen Handelns wird damit – vor allem in Zeiten zunehmender Vielfalt und Komplexität – zu einer zentralen Frage modernen Regierens. Der Staat muss die Belange der Wirtschaft nicht nur unter ökonomischen Aspekten betrachten, sondern vor allem auch mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Staatliches Handeln bedeutet heute, die Wirtschaft in ihrer Verantwortung auch für die Bürgergesellschaft zu betrachten. Zugleich fördert und ermöglicht ein aktivierender (und selbst aktivierter) Staat bürgerschaftliches Engagement, ohne sich aus seiner Verantwortung zurückzuziehen.
- Die Wirtschaft übernimmt gesellschaftliche Verantwortung nicht nur durch Spenden und Sponsoring, sondern durch ein gezieltes Zusammenwirken mit Staat und Bürgergesellschaft. Heute existieren Konzerne, deren Wirtschaftskraft die ganzer Volkswirtschaften übertrifft. Damit wächst ihnen eine politische Verantwortung zu. Unternehmen sehen sich heute mehr und mehr in der Pflicht, ihre Verantwortung als Teil der Gesellschaft wahrzunehmen. Das moderne Unternehmen als „guter Unternehmensbürger“ (Corporate Citizen) wird heute mehr und mehr daran gemessen, wie ernst es seine gesellschaftliche Verantwortung nimmt. Auch die Unternehmen selbst erkennen immer stärker, dass sie zu öffentlichen Akteuren geworden sind, die nicht schlicht nach dem Grundsatz handeln dürfen, dass Wirtschaft per se moralfrei ist. Als Teil eines komplexen Ganzen müssen Unternehmen heute auch die Kooperation mit Akteurinnen und Akteuren der Bürgergesellschaft suchen.
- Die Bürgergesellschaft bzw. die in ihr engagierten Bürgerinnen und Bürger nutzen ihre Fähigkeiten und Erfahrungen, um Mitverantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Die Bürgergesellschaft als Gesamtheit bürgerschaftlich Engagierter und ihrer Organisationen wird heute zu einem bestimmten Faktor nicht nur der Politik, sondern auch der Wirtschaft. Bürgerschaftlich Engagierte erneuern mit ihrem freiwilligen Einsatz Tag für Tag

den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Daraus erwächst ihnen ein hohes Maß an Legitimität.

Zwar ist die Perspektive eines neuen Gesellschaftsvertrages heute erst in Umrissen zu erkennen. Doch scheint gerade in den letzten Jahren Bewegung in den Diskurs der Bürgergesellschaft gekommen zu sein. Es gelangt zunehmend ins Bewusstsein, dass die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements nicht nur karitativen Zwecken dient, sondern vor allem Demokratieförderung bedeutet. Menschen zu befähigen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen: Das muss das Credo einer Politik für die Bürgergesellschaft sein. Dazu brauchen wir neben angemessenen rechtlichen Rahmenbedingungen und einem verbesserten Schutz der Engagierten auch eine Kultur der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements. Zudem muss im komplizierten Beziehungsgeflecht von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft jede Politik daraufhin überprüft werden, welche Auswirkungen sie auf das bürgerschaftliche Engagement hat: Sorgt sie für Frustration und paternalistische Überformung gesellschaftlicher Impulse, oder trägt sie zur Befähigung und zur Übernahme von Verantwortung in Freiheit bei?

Rolle des Parlaments

Als Bindeglied zwischen Politik, Staat und Gesellschaft hat der Deutsche Bundestag 2003 einen Unterausschuss 'Bürgerschaftliches Engagement' eingesetzt. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, im Sinne der Handlungsempfehlungen der Enquête-Kommission die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in Deutschland zu verbessern. Dabei ist im Parlament bereits vieles erreicht worden: So gab es in den vergangenen Jahren mehrere Anhebungen der Übungsleiterpauschale, ein Gesetz zur steuerlichen Förderung der Stiftungen, das Bemühen um eine gezieltere Einbindung bürgerschaftlichen Engagements bei der Pflege, Erleichterungen des Engagements von Arbeitslosen, Förderprogramme gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, eine Öffnung der Freiwilligendienste, eine Befreiung von der Lohn- und Einkommensteuer für Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen, die Anerkennung von Freiwilligenagenturen als gemeinnützig, den Ausbau der gesetzlichen Unfallversicherung, die Einrichtung des Modellprogramms „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“, die Förderung von Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements (z. B. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Bundesarbeitsgemeinschaft der

Seniorenbüros) und verbesserte Fördermöglichkeiten für gesundheitsbezogene Selbsthilfe nach dem Gesundheitsreformgesetz.

Neben diesen zahlreichen konkreten Maßnahmen ist es für den Unterausschuss aber genauso zentral, den Diskurs über die Bürgergesellschaft weiterzuführen und zu begleiten. Zahlreiche Expertinnen- und Expertengespräche zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen, zur Zukunft der Wohlfahrtsverbände, zum bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten, zum bürgerschaftlichen Engagement in der Selbsthilfe, zu den Ergebnissen des 1. und 2. Freiwilligensurveys oder zur Evaluation der generationsübergreifenden Freiwilligendienste, um nur einige Beispiele zu nennen, zeigen dies.

Weitere Schwerpunkte liegen auf der Hand: So sind Verfahren zu einer verbesserten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger (z. B. Planungszelle, Bürgerinnen- und Bürgergutachten, Bürgerhaushalte, Community Organizing, Bürgerinnen- und Bürgerpanel) diskutiert worden. Ein weiteres Feld ist das bürgerschaftliche Engagement in Vereinen. Dabei wird möglichst das direkte Gespräch mit den Betroffenen gesucht, um Grundzüge der Reformen im Vereinsrecht abzustecken. In diesem Zusammenhang stehen auch weitere Verbesserungen der organisatorischen, betriebswirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für das Engagement sowie die Sicherung der Europatauglichkeit des deutschen Gemeinnützigkeitsrechts auf der Agenda.

Fazit

Heute gibt es in Deutschland mehr als 23 Millionen in unzähligen Organisationen bürgerschaftlich Engagierter. Das sind Menschen, denen der Zustand des Gemeinwesens und damit der Demokratie nicht gleichgültig ist. Ihr Engagement gibt die Richtung vor, in die sich staatliche Politik auf Dauer begeben muss: Weg vom administrativen Habitus des „Vater Staat“, hin zu partizipativen Strukturen, die in der Lage sind, gesellschaftliche Impulse aufzugreifen und in neue, bessere Regeln umzusetzen. Wenn dieser Richtungswechsel gelingt, dann werden sich auch die heutigen Krisensymptome verflüchtigen. Und Menschen, die heute sagen, dass sie mit der Demokratie nichts zu tun haben, werden erkennen, dass es sich – schon um der eigenen Perspektiven willen – doch lohnt, sich am nie abgeschlossenen Projekt Demokratie zu beteiligen.

Dr. Jet Bussemaker
**Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit,
Gemeinwohl und Sport der Niederlanden**
Geboren am 15. Januar 1961 in Capelle aan den IJssel
(Niederlande)



- 1986** Staatsexamen und Approbation
- 1993** Promotion Universität Stadt Amsterdam
- 1998 – 2007** Parlamentsmitglied für die PvdA, Niederländische Sozialdemokratische Partei
- Seit 2007** Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit, Gemeinwohl und Sport

Nachhaltigkeit durch bürgerschaftliches Engagement

Dr. Jet Bussemaker

Ohne ehrenamtliches Engagement wäre unsere Gesellschaft sehr viel eintöniger und unpersönlicher – die Menschen würden sich nur um sich selbst kümmern und lediglich dann etwas für andere tun, wenn sie daraus einen persönlichen Vorteil ziehen könnten. 4,5 Millionen Menschen, die sich in den Niederlanden ehrenamtlich engagieren, sprechen eine andere Sprache. 370.000 Menschen nehmen die Hilfe von Familie oder Freunden in Anspruch. 2006 unterstützten 1,4 Millionen Niederländerinnen und Niederländer kranke oder behinderte Familienangehörige, Freunde oder Bekannte im Alltag. Dank des Beistands, den die Hilfsbedürftigen erhalten, können sie länger selbstständig zu Hause wohnen bleiben. Und sie gewinnen damit ein gutes Stück Lebensqualität.

Die meisten Ehrenamtlichen engagieren sich im Sport, organisieren Aktivitäten für Jugendliche oder helfen Menschen, die aufgrund ihres Alters, einer Behinderung oder Krankheit auf Hilfe angewiesen sind. Auch wer ein Straßenfest organisiert oder für eine Stadtteilzeitung schreibt, leistet einen Beitrag zu einer besseren Gesellschaft.

Mir sind alle Formen des freiwilligen Engagements willkommen. Die niederländische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Freiwilligen bis zum Jahr 2011 deutlich zu erhöhen. In dem Strategiepapier „Voor elkaar“ (Füreinander), das ich dem Parlament am 9. Oktober 2007 vorgelegt habe, führe ich aus, wie wir dieses Ziel erreichen wollen. Das Papier wurde auch ins Deutsche übersetzt und ist auf Anfrage bei meinem Ministerium erhältlich.

In diesem Beitrag möchte ich darlegen, welche Bedeutung die niederländische Regierung bürgerschaftlichem Engagement beimisst. Dabei werde ich wunschgemäß insbesondere auf Freiwilligendienste und auf die Angehörigenpflege eingehen, weil sie zwei ausgesprochen wichtige Formen des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern sind. Als Staatssekretärin konzentriere ich mich in

diesem Zusammenhang auf politische Gestaltungsfragen. Bevor ich jedoch auf konkrete Vorhaben und ihre Umsetzung eingehe, möchte ich zeigen, dass die aktuelle Politik zukunftsorientiert ist.

Die Niederlande in zwanzig Jahren

Als im vergangenen Jahr der Haushalt des Gesundheitsministeriums für 2009 im Abgeordnetenhaus beraten wurde, versuchte ich mir vorzustellen, wie wir wohl als Bürgerinnen und Bürger in zwanzig Jahren miteinander umgehen werden. Wie wird unser Leben dann aussehen?

Wir schreiben das Jahr 2028. Die Olympischen Spiele haben begonnen – in Holland natürlich. Wir sitzen auf einer Tribüne und feuern unsere Kinder oder Enkelkinder an. Oder wir sehen ihnen dabei zu, wie sie die Athleten als freiwillige Helfer betreuen. Und nicht zuletzt dank des UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wird kein Unterschied mehr gemacht zwischen Behinderten und Nichtbehinderten, weswegen die Olympischen Spiele und die Paralympics zusammengelegt wurden. Die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung ist zum selbstverständlichen Bestandteil der Planung und Politik in sämtlichen Lebensbereichen geworden. Nach einem kurzen Tief im Zuge der Kreditkrise 2009 geht es uns 2028 wahrscheinlich ausgezeichnet. Obwohl ... einige von uns werden bis dahin an Demenz erkrankt, geschieden oder verwitwet sein. Andere werden chronisch krank sein oder psychologische Betreuung benötigen. Wieder andere werden unglücklich sein, weil sie ein behindertes Enkelkind bekommen haben. In allen Fällen stellt sich die zentrale Frage: Wie wollen wir – wenn wir alt oder behindert sind – behandelt werden? Wie viel und welche Art von Unterstützung brauchen wir?

Bis zu einem gewissen Grad ist das natürlich eine individuelle Entscheidung. Ich finde, die Menschen sollten so weit wie möglich selbst darüber entscheiden, wie sie wohnen und ihr Leben gestalten wollen. Mein ganz persönlicher Wunsch wäre es, in der Nähe meiner Angehörigen und Freunde zu wohnen. Ich würde mir wünschen, dass sich die Hilfe und Unterstützung, auf die ich angewiesen bin, auf mehrere Personen verteilt; dass der eine meinen Papierkram erledigt und der andere einkaufen geht. Diese Art der Hilfe wäre mir lieber als Hilfsangebote, bei denen für jeden Handgriff eine Fachkraft engagiert wird. Zusätzliche häusliche Pflege oder professionelle Betreuung

könnte bei Bedarf von Menschen geleistet werden, die mich kennen und die in der Nähe wohnen. Grundsätzlich würde ich, wie sicherlich viele andere auch, lieber in einem Umfeld wohnen, in dem man einander kennt und grüßt, in dem man aufeinander acht gibt und sich gegenseitig hilft, ohne sich aufzudrängen. Unterstützungs- und Betreuungsleistungen wären dann integraler Bestandteil des Wohnumfelds.

Anders ausgedrückt: 2028 werden wir hoffentlich für uns selbst sorgen können, aber auch anderen in unserem Umfeld helfen. Und wenn dennoch professionelle Hilfe erforderlich ist, sollte sie in möglichst kleinem und informellem Rahmen geleistet werden und sich daran orientieren, was die Menschen selbst tun können oder was aus ihrem Umfeld heraus organisiert werden kann. Personen, die längerfristig oder lebenslang auf professionelle Hilfe angewiesen sind, können sicher sein, dass sie qualitativ hochwertige Leistungen erhalten, bei denen sie nicht als Patientin oder Patient, sondern als Mensch im Mittelpunkt stehen.

Die Rolle der Politik: anerkennen, werben, fördern

Zurück ins Jahr 2009. Freiwilligendienste und Angehörigenpflege sind wichtige Säulen einer solidarischen Gesellschaft. Wir müssen uns jedoch darüber klar werden, dass ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, Pflegerinnen und Pfleger nicht vom Himmel fallen. Dem Staat kommt in diesem Zusammenhang zwar nur eine bescheidene Rolle zu, er ist aber nicht zur Untätigkeit verdammt. Weder Regierung noch Kommunen können die Zahl der ehrenamtlich Engagierten planen. Das heißt aber nicht, dass dem Staat die Hände gebunden wären: Er kann Anerkennung zum Ausdruck bringen, er kann werben und er kann fördern.

Sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene muss die Politik deutlich machen, dass sie allen Bürgern, die sich uneigennützig für andere einsetzen, höchste Anerkennung entgegenbringt und dass sie deren selbstlosen Einsatz als unentbehrlichen Beitrag zu einem intakten Gemeinwesen ansieht. Es ist wichtig, dass wir das Engagement der ehrenamtlichen Helfer würdigen. Beigeordnete sollten regelmäßig an Veranstaltungen der Freiwilligendienste teilnehmen und Gelegenheiten wie Jubiläen nutzen, um aktiven Bürgern für ihre Arbeit öffentlich zu danken. Ein gutes Beispiel ist in diesem Zusammenhang das sogenannte „Mantelzorgcompliment“, eine kleine finanzielle Unterstützung, die ehrenamtliche Helfer oder pflegende Angehörige einmal im Jahr erhalten können (max. 250 Euro).

Der Staat kann auch aktiv für bürgerschaftliches Engagement werben. Menschen, die sich um ihre Mitmenschen kümmern, hat es immer gegeben und wird es immer geben, doch es kann nicht schaden, das Thema regelmäßig ins Blickfeld zu rücken. Mit Konzepten wie dem landesweiten Freiwilligentag „Make a Difference Day“ und „Beursvloer“, einem Marktplatz für Unternehmen und Gemeinnützige, versucht der Staat, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Im Rahmen des „Make a Difference Day“ 2008 haben Schätzungen zufolge 29 000 Menschen an 900 registrierten Projekten teilgenommen, darunter auch Minister, Bürgermeister und Mitglieder des Königshauses. Dass die Marktplatzinitiative „Beursvloer“ Unternehmen und Freiwilligenorganisationen wirklich miteinander in Kontakt bringt, zeigt das Beispiel der Stadt Tilburg, wo 246 Partnerschaften geschlossen wurden. Auch lokale öffentliche Akteure, wie etwa Kommunen, Krankenhäuser oder Schulen, können sich an diesen Marktplätzen beteiligen und so mit gutem Beispiel vorangehen.

Die dritte Aufgabe, die der Staat in diesem Zusammenhang übernehmen kann, besteht darin, den Einsatz der Bürger zu fördern, etwa durch die Beseitigung von Hindernissen (z. B. mittels Abschluss von Sammelhaftpflichtversicherungen) oder durch Angebote zur Entlastung von Personen, die ihre kranken oder behinderten Angehörigen oder Nachbarn versorgen (Pflegeentlastung).

Die meisten ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrem Engagement begonnen, weil man sie – persönlich! – angesprochen hat. Eine lokale Infrastruktur, die an diesen dynamischen Prozess anknüpft, ihn aber nicht ersetzt, kann von großem Nutzen sein. In vielen niederländischen Kommunen gibt es Freiwilligenzentralen, die, unter verschiedenen Namen, aktiv und mit Begeisterung für ehrenamtliche Tätigkeiten werben und potenziellen Helfern den Einstieg erleichtern. Außerdem bieten sie Unterstützung in Angelegenheiten, die ehrenamtlich Tätige häufig als lästig empfinden, z. B. den Abschluss von Versicherungen, die Beantragung von Fördergeldern oder die Beschaffung eines polizeilichen Führungszeugnisses.

Für uns ist es wichtig, dass auch Jugendliche an Freiwilligendienste herangeführt werden. Seit kurzem müssen alle Sekundarschüler soziale Praktika absolvieren. Voraussetzung für den Erfolg ist natürlich, dass es gelingt, Angebot und Nachfrage aufeinander abzustimmen. Vielfach übernehmen dabei die Freiwilligenzentralen die Rolle des Vermittlers.

Nachfolgend möchte ich den Fokus auf drei Schwerpunktbereiche lenken:

Freiwillige und Fachkräfte im Gesundheitswesen

Die Langzeitpflege ist in den Niederlanden durch das Allgemeine Gesetz über besondere Krankheitskosten (Algemene Wet Bijzondere Ziektekosten/AWBZ) und die damit zusammenhängenden Rechtsvorschriften geregelt. In der Praxis haben Versicherungsunternehmen, Leistungsanbieter und natürlich die Patientinnen und Patienten selbst mit diesen Regelungen zu tun. Nach dem Gesetz über die gesellschaftliche Teilhabe (Wet maatschappelijke ondersteuning/Wmo) liegt die primäre Verantwortung mit Blick auf die Partizipation bei den Kommunen. Für die Zukunft würde ich mir wünschen, dass die beiden Gesetze nahtlos aneinander anschließen. Durch eine bereichsübergreifende lokale Maßarbeit, die echte Teilhabe fördert, lässt sich nach meiner Überzeugung die vorzeitige oder unnötige Inanspruchnahme von AWBZ-Leistungen verhindern. Würde man das AWBZ auf seinen Kern, die echte Langzeitpflege, beschränken, müsste das Wmo kreativ und nachfrageorientiert Lösungen anbieten, die es den Menschen ermöglichen, ihre Talente optimal zu nutzen. Sowohl im AWBZ als auch im Wmo muss das Verhältnis zwischen Bürger und Fachkräften stärker in den Vordergrund gerückt werden. Außerdem müssen sowohl die verschiedenen professionellen Akteure untereinander als auch Fachkräfte, Freiwillige und ehrenamtliche Pflegerinnen wie Pfleger besser zusammenarbeiten.

Unentgeltliche und uneigennützig erbrachte Hilfeleistungen sind eine äußerst wertvolle Ergänzung des öffentlichen Gesundheitssystems. Sie sind ein Zeichen der Solidarität, und Solidarität ist ein wirksames Mittel gegen Gleichgültigkeit. Wenn in einem Altenheim, einem Pflegeheim oder einem Hospiz Freiwillige helfen, können die professionellen Pflegekräfte ihren Klienten und Patienten mehr Zeit und Aufmerksamkeit widmen. Das kann die Lebensqualität der Betroffenen nur erhöhen.

Natürlich darf die Grenze zwischen professionellen Leistungen und Freiwilligendiensten oder ehrenamtlicher Pflege nicht verwischt werden. Es bedarf klarer Vereinbarungen über die Aufgabenverteilung zwischen den freiwilligen Helfern und dem professionellen Pflegepersonal. Nur so kann man sich auch ein Bild davon verschaffen, wie viele Freiwillige in den verschiedenen Bereichen benötigt werden.

Selbstständigkeit länger erhalten

Die Anschauungen über das Leben und Wohnen älterer Menschen und von Menschen mit Behinderung haben sich gewandelt. Die Betroffenen sind mündiger geworden, wollen länger am gesellschaftlichen Leben teilhaben, wollen mehr Wahlmöglichkeiten für die Gestaltung ihres Alltags. Dem trägt die lokale Praxis in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Lebensqualität zunehmend Rechnung.

Wir sind auf dem richtigen Weg, aber noch nicht am Ziel. Vor uns liegt eine gewaltige Aufgabe. Der Minister für Wohnen, Stadtteilentwicklung und Integration wurde beauftragt, im Zeitraum von 2006 bis 2015, 406 000 zusätzliche barrierefreie Wohnungen für alte Menschen und Menschen mit Behinderung zu schaffen. Die Regierung will außerdem darauf hinwirken, dass das persönliche Wohnumfeld, aber auch der öffentliche Raum so gestaltet werden, dass alle Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können und dort bei Bedarf die benötigte Betreuung und Unterstützung erhalten.

Besondere Aufmerksamkeit gilt in diesem Zusammenhang der Angehörigenpflege und den Freiwilligendiensten. In dem in der Einführung erwähnten Strategiepapier werden einige Schwerpunktmaßnahmen zur Stärkung der Position der ehrenamtlichen Pfleger genannt. Angestrebt wird z. B. die Verbesserung der Vereinbarkeit von Angehörigenpflege und Berufstätigkeit, die Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung und Konkretisierung einer auf ehrenamtliche Pflegerinnen und Pfleger ausgerichteten Politik und die besondere Förderung spezifischer Gruppen innerhalb der Angehörigenpflege, beispielsweise Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Diese Maßnahmen tragen direkt und indirekt dazu bei, dass alten Menschen oder Menschen mit Behinderung ihre Selbstständigkeit länger erhalten bleibt. Ein simples Beispiel dafür, wie die Kommunen ehrenamtliche Pflegerinnen und Pfleger unterstützen können, ist die Ausgabe von Parkausweisen. Es gibt aber auch spezifische Projekte für Freiwilligendienste im Gesundheitswesen, die die professionelle Pflegearbeit ergänzen.

Menschen, die in bestimmten Bereichen auf Hilfe angewiesen sind, können in anderen Bereichen oft noch einen Beitrag zur Gesellschaft leisten. Gegenseitigkeit in diesem Sinne zeugt meiner Ansicht nach ebenfalls von gesellschaftlichem Engagement. Ein Beispiel aus Almere soll das veranschaulichen. Beantragt dort jemand irgendeine Hilfe, egal welcher Art, so wird geprüft,

über welche Fähigkeiten und Talente der Antragsteller selbst verfügt, mit denen er seinerseits etwas für die Gemeinschaft tun kann. Bei der Prüfung von Anträgen orientiert sich die Kommune an drei zentralen Aspekten: der Art der beantragten Hilfe, der Selbstorganisationsfähigkeit des Antragstellers und der Nutzung des Potenzials des Umfelds. Wie andernorts auch haben die Behörden in Almere häufig mit älteren und sozial weitgehend isolierten Menschen zu tun, die nicht bereit sind, Hilfe anzunehmen, weil sie kein „Almosen“ wollen. So auch in dem Fall eines Ehepaares, das eine Putzhilfe benötigte. Erst als man das Paar um eine Gegenleistung bat, nämlich sich als Lesepatent in einer nahegelegenen Grundschule zu engagieren, akzeptierte es die angebotene Hilfe. Dieses Beispiel von Geben und Nehmen zeigt, wie sich Hilfeleistung auf einfache Weise mit gesellschaftlicher Teilhabe und der Überwindung sozialer Isolation verbinden lässt.

Im Pflegezentrum „De Schutse“ in Rotterdam leisten 60- bis 70-jährige Seniorinnen und Senioren aus der Nachbarschaft Freiwilligenarbeit für die meist über 80-jährigen Bewohnerinnen und Bewohner des Zentrums. Sie geben ihnen Computerunterricht und Tanzstunden oder helfen ihnen beim Essen. Dafür bekommen sie, neben der Anerkennung, auch etwas „Handfestes“ zurück: In einem bestimmten Restaurant können sie für wenig Geld essen gehen oder das Servicezentrum nutzen, z. B. um Kinogutscheine zu bestellen. So wird die Hilfe für andere in ein soziales Netz eingebettet.

Migrantinnen

In meinem persönlichen Umfeld sehe ich, wie wichtig es ist, dass sich auch Migrantinnen und Migranten ehrenamtlich betätigen. Ich wohne in Amsterdam im Stadtteil „De Baarsjes“. Dort sind viele Migrantinnen in Schulen, Sportvereinen, in der Altenpflege oder auf einem Kinderbauernhof aktiv. Das ist nicht nur für die Frauen selbst, sondern auch für das Viertel und damit für die Gesellschaft insgesamt eine gute Sache. Gleichwohl gibt es immer noch viele Bedenken und Hindernisse, die der Integration von Menschen mit einem anderen kulturellen oder ethnischen Hintergrund im Wege stehen. Unter der Federführung des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft bereiten derzeit vier niederländische Ministerien ein Projekt vor, in dessen Rahmen 50.000 arbeitsmarktfremde Frauen mit Migrationshintergrund an ehrenamtliche Tätigkeiten herangeführt werden sollen. Ehrenamtliches Engagement kann der erste Schritt auf dem Weg zu einer optimalen gesellschaftlichen Teilhabe sein. Dieses Projekt

mit dem Namen „1001 Kracht“ (1001 Kraft) ist eine speziell auf Migrantinnen ausgerichtete Ergänzung der allgemeinen niederländischen Integrationspolitik. Ziel ist die Stärkung ihrer Selbsthilfefähigkeit, die Aneignung von Wissen und Kompetenzen und die Verhinderung sozialer Ausgrenzung. Das Projekt kann für die Frauen auch ein erster Schritt in die Erwerbstätigkeit sein. Es soll außerdem dazu dienen, den Aspekt der Interkulturalität bei Freiwilligenorganisationen in den Fokus zu rücken, und dabei insbesondere die Rolle der Migrantinnen betonen.

Fazit

In gewisser Weise ist mein Beitrag eine Tour d'Horizon geworden. Angesichts des Themas ist das auch nicht verwunderlich. Bürgerschaftliches Engagement, Nachhaltigkeit und sozialer Zusammenhalt sind regelmäßig Gegenstand umfangreicher akademischer Abhandlungen. Die Initiatorinnen und Initiatoren des vorliegenden Readers verfolgen aber keine wissenschaftlichen Ambitionen. Vielmehr geht es ihnen darum, anhand von Beispielen aus der Praxis Wege zu einer funktionierenden bereichsübergreifenden Politik aufzuzeigen.

Der Bitte, einen Beitrag zu diesem Reader beizusteuern, bin ich gern nachgekommen. In erster Linie natürlich wegen des Interesses am niederländischen Ansatz, das darin zum Ausdruck kommt und über das ich mich sehr freue. Als Niederländerin sehe ich die Sache aber auch ganz pragmatisch. Ich weiß, dass ich ganz im Sinne von Geben und Nehmen eine „Belohnung“, eine Gegenleistung bekomme – denn als solche betrachte ich die Veröffentlichung des Readers im Frühjahr 2009. Ich freue mich darauf, das Endprodukt in den Händen zu halten!

Cornelia Coenen-Marx
Oberkirchenrätin

Geboren am 12. Oktober 1952 in Rheydt



- 1971 – 1977** Studium der Theologie und Germanistik in Wuppertal, Köln und Bonn
- 1977 – 1990** Gemeindepfarramt in Mönchengladbach
- 1990 – 1998** Verschiedene Leitungsaufgaben in der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) und im Diakonischen Werk der EKiR
- 1998 – 2004** Theologischer Vorstand der Kaiserswerther Diakonie
- Seit 2004** Oberkirchenrätin der Evangelischen Kirche in Deutschland, Referatsleitung Sozial- und Gesellschaftspolitik sowie Zivilgesellschaft und Ehrenamt

Berufung leben, Beteiligung ermöglichen – zum Engagement in der Kirche

Cornelia Coenen-Marx

Kleiner, älter, ärmer an Geld und an hauptamtlichem pastoralem Personal werde die Kirche im Jahre 2025 sein, heißt es in einem Perspektivpapier der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Das Reformpapier, das die Chancen in der Krise betont, mahnt einen Paradigmenwechsel im Verständnis des ehrenamtlichen Engagements an, der auf die „hohe Mobilität und individuelle Lebensgestaltung“ Rücksicht nimmt, die Möglichkeiten der Mitgestaltung und Mitentscheidung stärkt und die Anforderungen an Hauptamtliche deutlich verändert. „Mehr Professionalität im Umgang mit Ehrenamtlichen“, heißt die Devise für eine Kirche der Zukunft. Die Kompetenz der Ehrenamtlichen soll anerkannt, ihre Professionalität mit Informations- und Weiterbildungsangeboten gestärkt werden. Ehrenamtsakademien werden gegründet, und auch auf der regionalen Ebene werden Haupt- und Ehrenamtliche im Freiwilligenmanagement weitergebildet.

Der „Strukturwandel des Ehrenamts“, von dem in den letzten Jahren viel die Rede war, ist längst in den Kirchen angekommen. Die Verantwortlichen wissen: Ehrenamtliche brauchen Freiräume für eigene Gestaltungsmöglichkeiten und für ein zugleich sinnvolles wie selbstbewusstes Tun, das in der Erwerbsarbeit oft vermisst wird. Eine „neue Kultur der Wertschätzung“ etabliert sich allmählich – mit Auslagenersatz und Zertifikaten, mit klaren Vereinbarungen und Kompetenzen und vor allem mit wechselseitiger Achtung und (relativer) Gleichberechtigung von Haupt- und Ehrenamtlichen.

Freiwilliges Engagement und Priestertum aller

1,1 Millionen Menschen engagierten sich nach der Statistik der Evangelischen Kirche in Deutschland 2005 in den evangelischen Gemeinden. Ehrenamtliche Tätigkeit hat in der Kirche eine lange Tradition. Der deutsche Begriff allerdings setzt das freiwillige Engagement in Relation zu den so genannten Hauptamtlichen,

also den beruflich Tätigen. Auch wenn der Begriff „Ehrenamt“ ursprünglich keinerlei abwertenden Charakter hatte, sondern im Gegenteil das freie und unentgeltliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger für Staat, Gesellschaft und Kirche markierte, löst er damit heute gelegentlich ambivalente Gefühle aus – vor allem da, wo in einer Zeit rückläufiger kirchlicher Finanzen und notwendiger Veränderungsprozesse Haupt- und Ehrenamtliche um Gestaltungsspielräume und Einflussmöglichkeiten ringen. Die starke Verberuflichung in Kirche und Jugendarbeit, in Diakonie und Caritas, die wir seit Mitte der 60-er Jahre in der Bundesrepublik erlebt haben, stellt historisch aber keinesfalls den Normalfall dar. Nach evangelischem Verständnis ist es das Priestertum aller Gläubigen, das die Kirche trägt. Und dabei ist keine Funktion und kein Amt mehr wert als das andere. „Haupt- und ehrenamtliche Tätigkeiten ergänzen einander und sind zusammen Ausdruck des Reichtums an Fähigkeiten und Gaben, die der ‚Leib Christi‘ braucht, um lebendig zu sein“, heißt es denn auch in den Leitlinien für das Ehrenamtliche Engagement der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Johann Hinrich Wichern, der in der Mitte des 19. Jahrhunderts alles daran setzte, dass die Kirche seiner Zeit aus einer „obrigkeitlichen Anstalt“ zur geschwisterlichen Gemeinschaft wurde, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft und Milieus einander in Liebe verbunden waren, sah die wichtigsten Potenziale zur Veränderung in den Vereinen und Stiftungen der engagierten Bürgerinnen und Bürger. Diese „Netzwerke der brüderlichen Liebe“ bildeten für ihn den Kern der Kirche im Volk und für das Volk. Dabei gehörten Gottesdienst und Diakonie, Religion und soziales Engagement der Bürgerinnen und Bürger für Wichern untrennbar zusammen. Versteht man das „Priestertum aller“ in seinem Sinne, dann geht es darum, die eigene Berufung zu finden, die eigenen Gaben zu entdecken und einzusetzen und damit der Gemeinschaft zu dienen. Dieser Dienst lebt aus der Freiheit und entspricht damit einem modernen Verständnis von freiwilligem Engagement.

Religiöse Bindung und freiwilliges Engagement

Natürlich bedarf es heute nicht mehr der Verbundenheit mit der Kirche, um sich freiwillig zu engagieren, es bedarf nicht einmal mehr einer religiösen Verwurzelung. Dennoch weisen empirische Studien darauf hin, dass Religiosität und soziale Verantwortung bis heute stark miteinander verknüpft sind. Die Ergebnisse des Bertelsmann-Religionsmonitors, für den in Deutschland

334 Evangelische, 304 Katholikinnen und Katholiken und 315 Konfessionslose befragt wurden, zeigen, dass hierzulande religiöse Bindung nicht zuerst mit Gottesdienstteilnahme assoziiert wird. Vielmehr geht es darum, sich einer christlichen Wertegemeinschaft zugehörig zu fühlen, die für viele nach wie vor von den Kirchen verkörpert wird. Immerhin jede und jeder zweite freiwillig Engagierte in Deutschland ist nach den Angaben des Freiwilligensurvey der Kirche „stark“ bzw. „mittel“ verbunden.

Aber auch als eigener Engagementbereich spielen „Kirche und Religion“ eine wesentliche Rolle, nach „Sport“ und „Bildung“ sind sie der drittgrößte Bereich, in dem sich Menschen in Deutschland freiwillig engagieren. Und das Engagement hat – wie in den meisten anderen Bereichen auch – zwischen der 1. und 2. Untersuchung 1999 und 2004 leicht zugenommen: Sechs Prozent der Bevölkerung sind ehrenamtlich in diesem Bereich tätig (1999: 5,5 Prozent). Sieben Prozent der Protestantinnen und Protestanten, zehn Prozent der Katholikinnen und Katholiken und 0,5 Prozent der Konfessionslosen sind im Bereich „Kirche und Religion“ engagiert und viele geben an, ihre Kraft aus ihrem Glauben zu schöpfen. Es ist anzunehmen, dass das Engagement in kirchlichen Arbeitsfeldern noch deutlich weiter nach vorn rücken würde, wenn auch Diakonie und Caritas oder die kirchliche Jugendarbeit nicht nur unter ihren jeweiligen Fach-themen aufgeführt würden – schließlich ist die Anzahl der kirchlichen Träger der Freien Wohlfahrtspflege und der kirchlichen Jugendorganisationen unter den Verbänden erheblich. Das Engagement aus christlicher Überzeugung bleibt entscheidend wichtig für unsere Zivilgesellschaft.

Motive, soziale Strukturen, Potenziale

Wer sich in der Kirche engagiert, unterscheidet sich denn auch in seinen oder ihren Motiven nur in geringem Maße vom Durchschnitt aller Engagierten. Es geht darum, „die Gesellschaft zumindest im Kleinen mit zu gestalten“ (69 Prozent Protestantinnen und Protestanten) und „mit anderen Menschen zusammenzukommen“. Ähnlich wie im sozialen Engagement oder in der Bildungsarbeit wird auch das Engagement in der Kirche deutlich (zu zwei Dritteln) von Frauen getragen. Formal besser Gebildete sind wie in allen Engagementbereichen deutlich überrepräsentiert – bei den Protestantinnen und Protestanten sind es sogar 57 Prozent. Und immerhin 52 Prozent der protestantischen Engagierten (gegenüber 44 Prozent im Durchschnitt) stufen ihre finanzielle

Situation im Jahr 2004 als sehr gut oder gut ein, so die Sonderauswertung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD zu den Freiwilligensurveys.

Und noch etwas fällt auf: Tätigkeiten im kirchlich-religiösen Bereich werden stärker als in anderen Bereichen von über 65-Jährigen ausgeübt (22 Prozent; alle Bereiche: 13 Prozent). Dabei unterscheidet sich auch die Motivstruktur älterer Ehrenamtlicher von der der jüngeren. Während nur ein knappes Drittel der unter 45-Jährigen im kirchlich-religiösen Bereich „voll und ganz“ der Aussage zustimmt: „Mein Engagement ist eine Aufgabe, die gemacht werden muss und für die sich schwer jemand findet“, bejaht über die Hälfte der über 45-Jährigen dieses „Pflicht-Motiv“. Die kulturpessimistische These, das „alte Ehrenamt“ mit seiner altruistischen Motivation sei durch das zeitlich begrenzte neue Ehrenamt mit starkem Selbstverwirklichungsinteresse abgelöst worden, trifft also so einfach nicht zu. Neuere Untersuchungen weisen auf einen Motivmix hin: Gerade ältere freiwillig Engagierte verbinden selbstbezogene und altruistische Motive. Es geht ihnen um ein Gleichgewicht von Geben und Nehmen.

Chancen des Alters nutzen

Die überdurchschnittlich hohe Beteiligung älterer Freiwilliger in den Gemeinden und Diensten der Kirche wird gelegentlich kritisch gesehen – und das, obwohl die Beteiligung Jugendlicher keinesfalls geringer ist als in anderen Arbeitsfeldern. Tatsächlich stellt sie angesichts des demografischen Wandels zugleich eine Chance dar. Gerade die jungen Alten werden mehr und mehr umworben – in Kultur und Bildungsarbeit, aber auch in sozialen Diensten. Angesichts wachsenden Drucks in der so genannten „Rushhour“ des Lebens, in der Phase von Karriereorientierung und Familiengründung, können die älteren Bürgerinnen und Bürger ihre Erfahrung und ihre Freiheit einbringen, um den fragilen Zusammenhalt einer mobilen Gesellschaft zu stärken. Die Kirchen können viel dazu beitragen, die gesellschaftliche Reserviertheit gegenüber dem Alter aufzulösen, wenn sie das ehrenamtliche Engagement Älterer in den eigenen Gemeinden angemessen würdigen und nicht für selbstverständlich halten.

Dabei ist es entscheidend, die Pädagogisierung des Ehrenamts zu überwinden, wie wir sie vielleicht noch von dem „Altennachmittag“ früherer Zeiten kennen. Nicht jede Pfarrerin oder jeder Pfarrer muss nun aber zur Freiwilligenmanagerin oder zum Freiwilligenmanager werden. Die Arbeit

in Selbsthilfegruppen oder in der Tafelbewegung, in Sozialkaufhäusern oder Umweltprojekten zeigt, wie aus Betroffenen Engagierte werden können, die anderen auf ihrem Weg helfen. Pfarrerinnen und Pfarrer sollten ihre Professionalität nutzen, um Menschen in den Reflexions- und Veränderungsprozessen, in neuen Begegnungen und Erfahrungen seelsorglich zu begleiten. Gerade am Ende der Erwerbsphase tut sich die Chance auf, die ungelebten Seiten der eigenen Biographie zum Leuchten zu bringen und schlummernde Gaben neu zu entdecken. In der Auseinandersetzung mit dem gelebten Leben, auch mit seinen Schattenseiten, mit Verlusten, Scheitern und Endlichkeit, können neue Kräfte der Solidarität und Mitverantwortung wachsen. Produktivität gewinnt dann einen anderen Klang: Es geht nicht länger nur um Wirtschaftlichkeit und Effektivität; es geht darum, wie wir unsere Erfahrungen einsetzen, damit wir selbst und andere Sinn und ein lohnendes Leben finden.

Ältere Menschen in Gemeinden und Diensten der Kirche können so zu Begleiterinnen und Begleitern und Mentorinnen und Mentoren, zu Lesehelferinnen und -helfern und Seniortrainerinnen und -trainern werden. Als Freiwillige in Sozial- und Diakoniestationen leisten sie Nachbarschaftshilfe, in Selbsthilfeorganisationen wie „Rent a Grent“ arbeiten sie als Leihomas, in Mehrgenerationenhäusern geben sie den Kindern ein Stück Kontinuität in wechselnden Alltagsmustern. Mit all dem tragen sie entscheidend dazu bei, dass die Wohnquartiere wirklich lebendig und lebenswert bleiben und dass im wahrsten Sinne des Wortes „die Kirche im Dorf“ bleibt. Wo Gemeinden diese Potenziale nutzen, können sie selbst zu Mehrgenerationenhäusern werden; zu Orten, an denen das Ehrenamt nicht nur in der eigenen Gruppe oder Alterskohorte verbleibt, sondern soziale Grenzen überschreitet.

Von der Betreuungskirche zur Beteiligungskirche

Viele Freiwillige – gerade die jüngeren – suchen Alternativen zu den hoch-effizienten Großorganisationen. Sie engagieren sich, um das Politische und Soziale in ihrem Nahraum mit und neu zu gestalten. Große Organisationen scheinen ihnen nicht nah genug bei den Menschen zu sein und die Kreativität der Aktiven bürokratisch einzuhegen. Sie wollen sich aber durchaus professionell und effektiv einbringen. Diese neue Selbstbestimmung und Freiheit wird die Kirche in Zukunft berücksichtigen müssen – und sie hat in den Ortsgemeinden gute Voraussetzungen dafür, wenn sie akzeptiert, dass der Wunsch nach Mitarbeit nicht unbedingt bedeutet, dass Menschen sich voll mit der Institution

identifizieren wollen. Angesichts anderer Freizeit- und Gestaltungsmöglichkeiten schauen viele genau hin, ob ihre Gaben und die Herausforderungen wirklich zusammenpassen und ob ihre Persönlichkeit und biografische Prägung berücksichtigt werden.

Wer sich bislang in der Kirche engagiert, ist meistens von anderen angesprochen worden. Um auch die zu erreichen, die eher kirchendistanziert, aber auf der Suche sind, braucht es neue Wege wie Läden und Kirchencafés, aber auch eine Öffnung und Vernetzung mit Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Unternehmen. Bürgerschaftliches Engagement ist heute institutionen- und einrichtungsübergreifend und auch die Kirchengemeinden sind darauf angewiesen, mit anderen Organisationen zu kooperieren, wenn es darum geht, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und auch die zu erreichen, die oft übersehen werden und nur geringe Teilhabechancen haben: demenzerkrankte und pflegende Angehörige, Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger und junge Migrantinnen und Migranten. Ihnen Beteiligung zu ermöglichen und das Gemeinwesen zu stärken, bleibt auch 150 Jahre nach Wichern eine wesentliche Aufgabe der Kirche. Dazu gilt es, sich immer neu zu öffnen, Vorurteile und Milieuverengung zu überwinden und auch in Krisen Chancen zu entdecken. Die gegenwärtigen Veränderungsprozesse in Kirche und Gesellschaft sind eine Chance, das freiwillige Engagement neu wahrzunehmen und zu würdigen, aber auch die Quellen zu entdecken, aus denen viele Menschen bei ihrem Einsatz schöpfen: sei es das gemeinsame Singen in einem Chor, die Schönheit der alten Kirche am Ort, für deren Erhalt sie sich einsetzen, oder Sterbe- und Trauerrituale, die die Hospizbewegung neu entdeckt. Unsere Sozialkultur ist durch Spiritualität geprägt. Auch darum und um das zu erhalten, engagieren sich Ehrenamtliche in den Kirchen.

Prof. Dr. Ulrike Detmers
Gesellschafterin der Mestemacher-Gruppe
Geboren am 15. März 1956 in Herford



- 1979 – 1983** Studium der Wirtschaftswissenschaften, der Geschichte, der Pädagogik, Universität Bielefeld
- 1988 – 1994** Betriebswirtschaftliche Beratungstätigkeit mit den Schwerpunkten Betriebsorganisation und Personalmanagement
- Seit 1994** Mitglied der Geschäftsführung und Gesellschafterin Mestemacher-Gruppe, Gütersloh
- Seit 1994** Professorin für Betriebswirtschaftslehre, Fachhochschule Bielefeld
- 2000** Entwicklung und Idee des Markenkonzepts „Mestemacher – the lifestyle-bakery“, Mestemacher GmbH, Gütersloh

Starke Väter, starke Kinder, starke Managerinnen braucht das Land

Prof. Dr. Ulrike Detmers

Die Mestemacher-Gruppe ist ein Brot- und Backwarenunternehmen, das sich seit 1994 im sozialen Bereich engagiert. Projekte und Initiativen wurden entwickelt und ins Leben gerufen, die in unterschiedlicher Art und Weise gesellschaftliches Engagement würdigen, fördern und initiieren sollen. Auf diese Art nimmt die Mestemacher-Gruppe ihre Verantwortung für die Gesellschaft und in unserer Gesellschaft wahr. Für mich als Mitglied der Geschäftsführung und Gesellschafterin der Mestemacher-Gruppe gehört dies seit jeher zu verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln.

Mestemacher fördert mit dem Projekt „Panem et Artes“ internationale Künstlerinnen und Künstler. Im Jahr 2001 wurde der Mestemacher KITA-Preis ins Leben gerufen, der Kinderkrippen und Kindertagesstätten bei ihrer Arbeit unterstützt. Auf das Leistungsvermögen von Frauen weist seit 2002 die Verleihung des Mestemacher-Preises „Managerin des Jahres“ hin. Den Mestemacher Frauenkalender, mit der Sammlung herausragender Frauen des 20. und 21. Jahrhunderts, gibt es seit 2004. Neue Väter, die sich bei der Erziehung ihrer Sprösslinge engagieren, würdigt der Mestemacher-Preis „Spitzenvater des Jahres“. Diese Auszeichnung wird seit 2006 jedes Jahr verliehen. Das „Mestemacher Forum Zukunft“ ist 2008 ins Leben gerufen worden.

Engagement für Engagierte – so könnte man das Credo all dieser Initiativen des Unternehmens beschreiben. Die Würdigung besonderer Leistungen soll jene ermutigen, die sich in der Gesellschaft für andere einsetzen, und im besten Fall das Engagement anderer nach sich ziehen.

Ich möchte im Folgenden auf vier der genannten und von uns ins Leben gerufenen Initiativen näher eingehen.

Mestemacher KITA-Preis

Kindertagesstätten mit einem ausgezeichneten Leistungsangebot zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, ist das Anliegen des „Mestemacher KITA-Preises“, der seit 2001 jährlich in einem anderen Bundesland an zehn herausragende Kindertagesstätten verliehen wird.

Der Preis ist mit 16.750 Euro dotiert.

Mit dem Projekt engagiert sich Mestemacher für eine geschlechterdemokratische Erziehung sowie für eine individuelle Entwicklung von Kindern.

Managerinnen des Jahres gekürt

Wirtschaftsfachleute sind sich einig: Mit der weiblichen Elite stärkt die Wirtschaft im internationalen Wettbewerb ihre Wettbewerbskraft. Das Know-how und das Potenzial weiblicher Fach- und Führungskräfte müssen genutzt werden, um in der strategischen Spitze wie auf allen Unternehmensebenen geschlechtlich gemischte Leistungsteams zu positionieren. Die Erschließung professioneller Kompetenzen von Frauen wie Männern erweitert die strategisch-taktische Entscheidungsbasis in den Unternehmen.

Der Mestermacher-Preis „Managerin des Jahres“ wird seit 2002 jährlich an Managerinnen der ersten oder zweiten Leitungsebene in Unternehmen verliehen.

So sollen Spitzenfrauen der deutschen Wirtschaft für ihre beruflichen Leistungen, ihr Engagement für die Gleichstellung von Frau und Mann in der Wirtschaft und ihre Fähigkeit, berufliche und private Erfordernisse in Einklang zu bringen, geehrt werden. Das Preisgeld von 5.000 Euro stiftet die jeweilige Preisträgerin für soziale Zwecke.

Der Preis orientiert sich an den Prinzipien des Gender Mainstreaming. Sowohl auf europäischer Ebene als auch in Deutschland setzt Gender Mainstreaming auf die systematische Einbeziehung beider Geschlechter in die Gestaltung aller Strukturbereiche menschlicher Existenz.

Das Anforderungsprofil an die Managerin des Jahres beinhaltet die Qualität der Berufsbiografie sowie das Engagement für die Gleichstellung von

Mann und Frau. Die personenorientierten Kriterien zur Auswahl messen sich außerdem am Konzept Work-Life-Balance: Die Preisträgerin soll nicht nur in ihrer beruflichen Rolle Herausragendes leisten, sondern nach Harmonisierung von Beruf, Familie, Freizeit und Lebensqualität streben und in diesem Sinne ein Vorbild sein.

Mestemacher-Preis „Spitzenvater des Jahres“

Der Mestemacher-Preis „Spitzenvater des Jahres“ ehrt jährlich zwei von der Initiatorin ausgewählte Familienväter.

Ziel des Projektes ist die Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbskraft von Unternehmen im Profit- und im Nonprofit-Bereich.

Der „Spitzenvater des Jahres“, so wie wir ihn bei Mestemacher sehen und würdigen, verständigt sich mit der Mutter und findet mit ihr gemeinsam eine Lösung, wie sich Beruf und Familie für beide unter einen Hut bringen lassen. Dieses partnerschaftliche und gleichberechtigte Miteinander erspart Unternehmen komplizierte Personalplanung und -beschaffung und macht es zugleich den Eltern möglich, schnell wieder im Beruf, in der Arbeit Fuß zu fassen. Unternehmen können mit Spitzenvätern sowohl strategisch als auch operativ sicherer planen, Spitzenväter müssen nicht darauf verzichten, die Entwicklung ihres Kindes zu begleiten und zu fördern.

Dank einer derartig praktizierten Partnerschaft in Ehe und Familie kann jeder Elternteil wirtschaftliche Selbstständigkeit erlangen und zum Familienunterhalt beitragen. Mutter und Vater sind in der Lage, ihre Altersvorsorge zu gestalten. Im Ergebnis kann so auch der noch immer verbreiteten Altersarmut, insbesondere bei vielen alleinstehenden Frauen, vorgebeugt werden. Ehen, in denen Partnerin und Partner zur finanziellen Existenzsicherung beitragen, sind unabhängiger von staatlichen Transferleistungen und können mehr Geld in die Entwicklung ihrer Kinder investieren.

Das Projekt Mestemacher-Preis „Spitzenvater des Jahres“ strebt danach, die wichtige Rolle des Vaters für die Entwicklung des Kleinst-, Klein- und Schulkindes ins öffentliche Bewusstsein zu rufen. Es bricht mit der traditionellen Vorstellung, dass für die ersten Monate und Lebensjahre allein die Mutter zuständig ist. Betont wird vielmehr die Notwendigkeit einer intensiven Beziehung zwischen Vätern und ihren Kindern von Beginn an.

Zur Stärkung der Leistungsgesellschaft werden qualifizierte Frauen und Männer sowie Kinder gebraucht. Voraussetzung der Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit ist das praktizierte partnerschaftliche Ehe- und Familienmodell.

Diese Art der partnerschaftlichen Lebensweise wird in Deutschland aber noch zu wenig in der Praxis angewendet. Oftmals steigt die Frau nach der Geburt aus dem Erwerbsleben aus und widmet sich der Kindererziehung. Der Mann wird Haupternährer der Familie. Insbesondere jüngere Frauen können sich mit dieser traditionellen Lebensweise nicht mehr identifizieren. Sie wünschen sich eine egalitäre Ehe, in der beide berufstätig sind und gemeinsam Kinder erziehen. In Skandinavien hat die Lebensweise, in der beide Lebenspartner gleichberechtigt einen Beruf ausüben und gemeinsam Kinder großziehen, zu stabilen Geburtenraten und hoher Arbeitsproduktivität geführt. Die skandinavischen Volkswirtschaften befinden sich seit Jahren in einem kräftigen Aufschwung, weil ihnen motivierte und qualifizierte Arbeitskräfte bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

Die Großbäckerei Mestemacher will mit der Auszeichnung „Spitzenvater des Jahres“ die partnerschaftliche Gestaltung der Elternschaft nach skandinavischem Vorbild fördern. Zu diesem Zweck soll für jene Väter eine Lanze gebrochen werden, die Erwerbstätigkeit und Familienarbeit vereinbaren und ihrer Partnerin den Rücken freihalten, damit auch diese Karriere machen kann. Für die berufliche Entwicklung der Partnerin übernehmen Spitzenväter familiäre Aufgaben, die traditionellerweise der Hausfrau und Mutter oblagen.

Mestemacher Forum Zukunft

Im Jahr 2008 entstand bei mir die Idee, ein „Mestemacher Forum Zukunft“ ins Leben zu rufen. Noch im gleichen Jahr fanden mehrere erfolgreiche Veranstaltungen unter diesem Motto statt.

Das „Mestemacher Forum Zukunft“ greift im Gespräch mit hochkarätigen Expertinnen und Experten Entwicklungstendenzen auf, die Chancen und Risiken für die Gesellschaft bergen. Die Diskurse finden in verschiedenen deutschen Städten statt. Dabei ist es uns wichtig, unterschiedliche Positionen zu Wort kommen zu lassen, über die man sich auseinandersetzen

kann. Diese Art des lebendigen und produktiven „Streits“, so meinen wir, hilft, Lösungen zu entwickeln und Zukunftsstrategien zu formulieren.

Die erste Diskussionsrunde befasste sich beispielsweise mit dem Thema: „Wer regiert den Mittelstand? Geldgeber aus dem Nahen und Fernen Osten, Fremdmanagerinnen, Fremdmanager, Söhne oder Töchter?“.

An der Diskussion nahmen teil: Prof. Dr. Ulrike Detmers, Mitglied der Geschäftsführung und Gesellschafterin der Mestemacher-Gruppe, Albert Detmers, Geschäftsführender Gesellschafter der Mestemacher GmbH, Christa Thoben, Wirtschaftsministerin des Landes NRW und Maria Unger, Bürgermeisterin der Stadt Gütersloh.

Eine weitere Veranstaltung befasste sich mit dem Thema „Wird es einen Kampf um Nahrung geben?“.

Inzwischen bereiten wir das fünfte Zukunftsforum vor. Es hat sich gezeigt, dass diese Art des Miteinanderredens immer auch zu neuen Erkenntnissen führt.

Die Mestemacher-Gruppe wird sich auch künftig engagieren. Es bleibt fester Bestandteil unserer Geschäftspolitik, Verantwortung zu zeigen und zu leben.

Dr. Warnfried Dettling
Freier Publizist und Politikberater
Geboren 1943 in Kuppenheim/Baden



- 1962 – 1967** Studium der Politikwissenschaft und Soziologie, Klassischen Philologie und Philosophie an der Universität Würzburg, in Freiburg im Breisgau und an der London School of Economics and Political Science
- 1973 – 1983** Leiter der Planungsgruppe, später auch der Hauptabteilung Politik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- 1983 – 1991** Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
- Seit 1991** Freier Publizist und Autor für Tages- und Wochenzeitungen sowie TV und Radio in Berlin und im Waldviertel (Niederösterreich)

Soziale Ökologie – die andere Umweltbewegung

Dr. Warnfried Dettling

Der Begriff der Nachhaltigkeit kommt aus der ökologischen Bewegung. Seine Botschaft ist so einfach wie revolutionär: Die künftigen Generationen sollen die gleichen Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten haben wie die gegenwärtige Generation. Es ist moralisch und politisch nicht erlaubt, in der Gegenwart auf Kosten der nach uns lebenden Generationen zu leben. Diese Maxime entfaltet sich in eine doppelte Richtung: Sie erfordert zum einen, mit den gegebenen Ressourcen schonend umzugehen, und sie verlangt zum anderen, für die Erneuerung knapper Ressourcen Sorge zu tragen.

Paradigmenwechsel: Von der Ökologie der Natur zur Ökologie des Sozialen

Für den Bereich des Klimas, der Natur und der Umwelt haben sich diese Gedanken als normativer Horizont inzwischen durchgesetzt. Für das weite Feld des sozialen Zusammenlebens im Allgemeinen und einer sozialen Politik im Besonderen steht dieser Paradigmenwechsel erst noch bevor. Für die Familie und in der Familienpolitik hingegen, die zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft ja weit mehr beitragen als vieles andere, hat im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ein weit reichender Perspektivenwechsel stattgefunden, der für die Lebensqualität der Menschen und für die soziale Qualität des Gemeinwesens von ähnlicher Bedeutung sein wird wie die Erneuerung des Sozialstaates im engeren Sinne (Stichwort Agenda 2010).

Hier wie dort geht es darum, soziale Ressourcen nicht nur zu verbrauchen, sondern die soziale Landschaft so zu gestalten, dass soziale Ressourcen immer wieder nachwachsen. Der Paradigmenwechsel in der Familienpolitik, wie er insbesondere durch Ursula von der Leyen als Bundesfamilienministerin durchgesetzt und durch Angela Merkel als Bundeskanzlerin mitgewollt und unterstützt wurde, besteht im Wesentlichen darin, dass Familienpolitik nicht nur die heute lebenden Familien und ihre Kinder im Blick hat und diese durch finanzielle

Transfers unterstützt, sondern dass sie auch an die künftigen Familien und ihre Kinder denkt und diesen das Leben nicht nur durch Geld, sondern auch durch eine unterstützende Infrastruktur und durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern will.

Es geht ganz allgemein darum, heute die Bedingungen dafür zu schaffen, dass in Zukunft Familien gegründet und die Kinderwünsche auch verwirklicht werden – und die Familien und die Kinder dann auch in eine gute Zukunft hineinwachsen. Der Blick hat sich geöffnet: von der Binnensicht der Familie in die Gesellschaft hinein und von der Gesellschaft zurück zur Familie. Gesellschaft und Familie werden in ihrer wechselseitigen Bereicherung neu gedacht. So wie der Sozialstaat im Großen und Ganzen auf Dauer nicht bestehen kann, wenn ihm nicht immer wieder „moral sentiments“, wie Adam Smith das genannt hat, also soziale Tugenden, und Rücksichten, Empathie und Gemeinsinn nachwachsen – die nicht nur, aber vor allem in den Familien gelernt und eingeübt werden –, so wird auch die Familie keine nachhaltige Zukunft haben, wenn sie nicht aus der sozialen Umwelt, aus Gesellschaft, Staat und Wirtschaft vielfältige Unterstützung erfährt.

Wer die Familie als Insel in einer unwirtlichen Welt denkt und behandelt, der macht sie und die Gesellschaft ärmer. Familien bereichern die Gesellschaft, nicht nur in dem vordergründigen Sinne, dass die Kinder von heute einmal die Arbeitskräfte von morgen und die Rentenzahlerinnen und -zahler von übermorgen sind. Familien bereichern die Gesellschaft vor allem dadurch, dass sie immer wieder die sozialen Grundlagen, das soziale Kapital der Gesellschaft erneuern, auf dem Wohlstand, Wohlfahrt und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft aufbauen. Eine nachhaltige soziale Politik ist ohne Familien auf Dauer nicht zu haben.

Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft

Familie als Teil der Gesellschaft zu betrachten und die Gesellschaft als einen Ort, in dem nicht nur soziale Übel entstehen, sondern auch soziale Potenziale freigesetzt werden, ohne die viele Probleme gar nicht mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden können – diese Perspektive weitet das soziale Blickfeld und schafft neue Zugänge zu vielen Handlungsfeldern, die gegenwärtig im Argen liegen.

Ob es nun darum geht, die Chancen von Kindern und Jugendlichen aus den Unterschichten mit und ohne Migrationshintergrund zu verbessern, ganze Stadtviertel vor der Verwahrlosung und dem Abdriften zu bewahren, zu verhindern, dass Menschen ohne Arbeit oder Obdach ganz aus der Gesellschaft herausfallen oder alles zu tun, damit Kinder aus „failing families“ dennoch eine Aussicht auf ein gelingendes Leben haben, bei all diesen und vielen anderen Problemen wird es darauf ankommen, dass nicht nur der Staat seine Aufgaben erfüllt und Wirtschaft und Unternehmen mehr als bisher ihre soziale Verantwortung erkennen, sondern dass aus der Mitte und von den Graswurzeln der Gesellschaft soziale Aktivitäten und Bündnisse entstehen, die (negativ) soziale Übel bekämpfen und (positiv) soziale Entwicklungen befördern.

Eine wahrhaft soziale Gesellschaft lebt davon, dass Menschen im Laufe ihres Lebens nicht nur soziale Güter, Geld und Dienstleistungen „konsumieren“, wenn sie etwa krank, alt oder arbeitslos sind, sondern dass sie immer wieder, gemeinsam mit anderen, soziale Güter und Dienste, Zeit und Zuwendung für andere hervorbringen, dass sie also in verschiedenen Phasen ihres Lebens „Konsumentinnen und Konsumenten“ und „Produzentinnen und Produzenten“ des Sozialen sind. Das ist es, was der US-amerikanische Philosoph Michael Walzer gemeint hat mit seiner Aufforderung: „Vergesellschaftet den Wohlfahrtsstaat!“ Es ging ihm und es geht grundsätzlich nicht um einen Abbau des Sozialstaates, sondern um seine nachhaltige Sicherung, indem man ihn auf eine breitere Grundlage stellt.

Bürgerschaftliches Engagement legitimiert sich deshalb nicht in erster Linie als Ausfallbürge für klamme Kassen der öffentlichen Hand, und wer dies tut, leistet ihm einen schlechten Dienst. Bürgerschaftliches Engagement gewinnt seinen Sinn und seine Bedeutung in doppelter Hinsicht aus sich selbst: Es macht die Gesellschaft menschlicher, weil sozial produktiver. Und es ist eine ganz wesentliche Bedingung der Möglichkeit, die sozialen Grundlagen und das soziale Kapital der Gesellschaft auch für die Zukunft zu erhalten und zu mehren.

Damit es aber diese doppelte Leistung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erbringen kann, müssen für das bürgerschaftliche Engagement selbst die Voraussetzungen für Nachhaltigkeit erfüllt sein. Es kann „nach außen“ zur sozialen Nachhaltigkeit nur beitragen, wenn es „nach innen“ auf Dauer gestellt, wenn seine eigene Nachhaltigkeit gesichert ist. Nachhaltigkeit durch bürgerschaftliches Engagement setzt Nachhaltigkeit für bürgerschaftliches Engagement voraus. Was ist damit gemeint, wie kann das geschehen?

Notwendig: eine soziale Umweltpolitik

Bürgerschaftliches Engagement muss auf Dauer angelegt sein. Das kann nicht mehr bedeuten, dass es in jedem einzelnen Falle auf Dauer, das heißt auf ein ganzes Leben angelegt ist. Aber es darf in der Gesellschaft insgesamt nicht dem Zufall überlassen werden, ob, wann und wo es sich entfaltet, und es sollte dort, wo es sich bereits entfaltet hat, nicht auf wackligen Beinen stehen. Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, aber nicht privat; öffentlich wirksam, aber nicht unter staatlicher Regie; in der Regel von starken, aber nicht von materiellen Motiven getragen. Den Eigensinn des bürgerschaftlichen oder in traditioneller Sprache des ehrenamtlichen Engagements gilt es zu respektieren, auch wenn sich die Motive und die Formen des Engagements vielfach geändert haben mögen. Es kommt – wie in der Familienpolitik – darauf an, auf neuen Wegen zu bekannten Zielen zu gelangen. Eine intelligente Politik der sozialen Ökologie kann und muss mit den vorhandenen Bereitschaften der Menschen und mit neuen Anreizen und Strukturen aus kurzfristigen und projektbezogenen Engagements etwas Dauerhaftes möglich machen, wenn sie sich von drei Prinzipien leiten lässt:

Bei dem bürgerschaftlichen Engagement handelt es sich zum Ersten um ein öffentliches Anliegen, das gleichwohl nicht vom Staat in eigener Regie hergestellt werden kann, sowie um ein gemeinsames („kollektives“) Gut, von dem alle einen Gewinn haben und das gleichwohl nicht auf dem ökonomischen Markt produziert werden kann.

Nachhaltiges bürgerschaftliches Engagement wächst und lebt zweitens nicht wie die berühmten biblischen Lilien auf dem Felde und wie die Vögel des Himmels („sie säen nicht, sie ernten nicht – und ihr himmlischer Vater ernährt sie doch“), es ist vielmehr sehr an Voraussetzungen in struktureller und kultureller Hinsicht gebunden, die Staat und Wirtschaft auf vielfältige Weise hegen und pflegen können, ohne sie jedoch vereinnahmen zu dürfen, um den Sozialstaat billiger zu machen oder um Imagepflege zu betreiben. Es geht also darum, die klassischen Mittel (Geld und Recht und institutionelle Anreize) einzusetzen, um ein nachhaltiges bürgerschaftliches Engagement wahrscheinlicher zu machen, ohne den spezifischen Mehrwert, der seinen Kern ausmacht, zu zerstören.

Das bedeutet drittens und ganz konkret, dass es vor allem darauf ankommt, für das bürgerschaftliche Engagement eine stabile Infrastruktur vorzuhalten und die Kultur der Anerkennung sichtbar und öffentlich zu stärken.

Eine neue Architektur des Sozialen

Von einer Nachhaltigkeit durch und für bürgerschaftliches Engagement wird man erst dann wirklich sprechen können, wenn sich ein allgemeines Verständnis durchgesetzt hat, das darin nicht nur ein schmückendes Beiwerk sieht, das ganz schön und gut ist, nachdem alle wichtigen Aufgaben in Staat und Gesellschaft erfüllt sind (und wo entsprechend gespart werden kann, wenn die öffentlichen Mittel knapper werden). Der sozialen Nachhaltigkeit kommen Staat und Gesellschaft dann, aber auch erst dann einen entscheidenden Schritt näher, sobald sie im bürgerschaftlichen Engagement ein konstitutives, ein tragendes Fundament für ein sozial erfolgreiches Gemeinwesen sehen, ohne das auch soziale Kernaufgaben nicht wirklich erfüllt werden können. Auch hier können Familien als Beispiel dienen für die Entwicklung, die angestrebt ist. So wie vor über fünfundzwanzig Jahren zivilgesellschaftliche „Erfindungen“ wie Mütterzentren, Elterninitiativen und Familienselbsthilfe die Familien aus ihrer Isolierung herausgeholt und eben dadurch gestärkt haben, eine Entwicklung, die später dann im Rahmen der neuen Familienpolitik durch Initiativen wie die nationale Allianz für die Familie, durch lokale Bündnisse für die Familie oder durch das „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ auf breiter Basis verallgemeinert wurde, so wird das bürgerschaftliche Engagement dann erst seine Potenziale voll entfalten, aber auch auf neues Interesse stoßen, wenn keine der großen Reformen mehr ohne dessen spezifischen Beitrag gedacht oder gemacht werden kann, ob es nun darum geht, die Gesundheit der Menschen für ein langes Leben zu verbessern; die Ausgrenzung von Menschen zu verhindern, die scheinbar nicht gebraucht werden; Schulen zur Nachbarschaft zu öffnen oder die Pflege bedürftiger Menschen besser zu gestalten im Kooperationsdreieck zwischen Familien, professionellen Helferinnen und Helfern und Institutionen und freiwilligem Engagement. Bei dieser Integration des bürgerschaftlichen Engagements in ein neues Verständnis und eine neue Praxis sozialer Aufgabenerfüllung und Aufgabenteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft gibt es für Bund, Länder und Gemeinden noch viel zu tun, nicht zuletzt auf den Gebieten der Aus- und Weiterbildung und einer besseren Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen, die mehr erfordert als guten Willen auf beiden Seiten.

Engagement, das Gräben überwindet

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur gut und schön und ehrenvoll, es ist auch ganz und gar unerlässlich, um alte und neue soziale Fragen erfolgreich lösen zu können und die Gesellschaft auf vielfältige Weise zu bereichern, eine Gesellschaft, die, wenn man sie sich selbst und den partikularen und ökonomischen Interessen überlässt, immer wieder von Spaltungen und Ausfallserscheinungen bedroht ist. Es gibt in Deutschland gute Voraussetzungen, um in diese Richtung ein neues Kapitel für das bürgerschaftliche Engagement aufzuschlagen.

Die Krise des Finanzkapitalismus und die daraus folgende Wirtschaftskrise haben gezeigt, was geschehen kann, wenn das Finanzkapital implodiert oder die Finanzströme in der Wirtschaft nicht mehr fließen, weil das Vertrauen verloren gegangen ist.

So wie Staat und Wirtschaft geordnete Finanzmärkte brauchen und diese nicht sich selbst überlassen werden dürfen, so braucht eine Gesellschaft auch soziales Kapital, das nicht von alleine nachwächst, sondern für dessen Erneuerung sie beständig Sorge tragen muss. Eine Gesellschaft braucht soziales Kapital, um Menschen miteinander zu verbinden und um Gräben zu überwinden und Brücken zu schlagen. Der US-amerikanische Soziologe Robert A. Putnam unterscheidet zwischen einem sozialen Kapital, das Gleiche mit Gleichen gesellt, und einem „bridging social capital“, das auch ganz unterschiedliche Gruppen, Ethnien und Kulturen miteinander verbindet.

Nachhaltigkeit durch bürgerschaftliches Engagement bedeutet deshalb, den Blick zu öffnen für die neuen Chancen und Aufgaben in einer veränderten Zeit. Um die Quellen der Solidarität lebendig zu halten wie auch angesichts konkreter Handlungsfelder brauchen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erneuerbare soziale Ressourcen und Energien. Und dies ist auch der eigentliche Grund, warum die Akteurinnen und Akteure rund um das bürgerschaftliche Engagement einen Anspruch haben auf Unterstützung und Anerkennung.

Dr. Dieter Düsedau
Practice Leader Deutschland Strategy
McKinsey & Company
Geboren am 29. August 1958 in München



- 1979 – 1987** Studium der Physik an der Universität München, an der École Normale Supérieure Paris und dem Massachusetts Institute of Technology
- 1982 – 1988** Arbeit als Physiker am CERN in Genf, in Harvard am Max-Planck-Institut für Physik und an der University of Michigan in Ann Arbor
- Seit 1988** Arbeit bei McKinsey & Company, Inc.
- 2000** Wahl zum Direktor bei McKinsey; Leiter des TIME Sector und der Strategy Practice in Deutschland

startsocial – eine Initiative für mehr bürgerschaftliches Engagement

Dr. Dieter Düsedau

Das Jahr 2001 war das UNO-Jahr des Freiwilligen-Engagements. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder lud deshalb im Sommer 2000 eine Reihe von Menschen, die sich intensiv für die Idee der Tafeln in Deutschland engagiert hatten, zu einem Abendessen ein. Er wollte diskutieren, welchen Beitrag die deutsche Industrie zum Jahr des Freiwilligen-Engagements leisten könnte.

Zuerst wurde nach einer Idee von der Güte der Tafeln in diesem Kreis gesucht, die dann unterstützt werden sollte. Ein McKinsey-Team analysierte die Landschaft und fand einen übergreifenden Problemkreis: Viele Menschen in Deutschland würden sich gern sozial engagieren oder tun dies bereits, aber sie brauchen selbst Unterstützung – nicht so sehr Geld, sondern Ermutigung, Starthilfe, Begleitung, Wissen und Können in Bereichen, die sie selbst nicht beherrschen.

Wie findet und bindet man Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die gute Sache? Wie spricht man mögliche Sponsorinnen und Sponsoren, Spenderinnen und Spender an? Wie kommt man mit seiner Initiative in die Lokalzeitung, um in der Öffentlichkeit bekannter zu werden? Wie sieht eine gute Website für die Initiative aus? Die Antwort konnte aus der Wirtschaft übertragen werden: Businessplan-Wettbewerbe hatten wir sehr erfolgreich in Deutschland eingeführt – ein Transfer ins soziale Umfeld lag nahe – die Idee für startsocial war geboren.

„Hilfe für Helfer“ sollte das Motto sein. startsocial sollte Fachleute aus der Wirtschaft und anderen Institutionen als „Coachs“ mit sozial engagierten Menschen zusammenbringen, um deren Projektideen zum Durchbruch zu verhelfen. (Im Kontext von Unternehmensgründungen und Start-ups heißen diese Fachleute „Business Angels“. Jetzt also „Social Angels“.) Ausgangspunkt war die grundsätzliche Überlegung, dass auch kleinere soziale Projekte in gewisser Hinsicht „Unternehmungen“ sind und deshalb von Erfahrungen aus Wirtschafts- und Sozialunternehmen profitieren können.

Eine Idee wird Realität

Die ProSiebenSat1.Media AG (mit finanzieller Unterstützung durch Daimler Chrysler, Gerling und Deutsche Post World Net) und McKinsey riefen 2001 erstmals zum Wettbewerb um die „Beratungsstipendien“ auf – unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Schröder. Für McKinsey und auch für mich persönlich war startsocial eine Chance für konkretes soziales Engagement – mit dem zu helfen, was wir am besten können: beraten, um Dinge zum Positiven zu verändern.

„Hilfe für Helfer“ – diesem Motto ist startsocial seit 2001 treu geblieben. In jeder der mittlerweile sechs startsocial-Runden bewarben sich jeweils bis zu 1 000 soziale Projekte und Initiativen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Seit 2002 erhielten jeweils 100 von ihnen ein je dreimonatiges „Beratungsstipendium“ mit einem persönlichen Beratungsteam, bestehend aus einem Coach und einer Expertin oder einem Experten. Diese Beraterinnen und Berater sind zum Großteil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen, die startsocial unterstützen. Beratungsthemen und Auswahl der Coachs orientierten sich am Bedarf des einzelnen Projekts: Mal war es der Aufbau einer geeigneten Organisation für ein überregional tätiges Integrationsprojekt, mal die Entwicklung einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit für einen ambulanten Kinderhospizdienst, mal die Erarbeitung eines Umsetzungskonzepts für ein Projekt, das abgelegene Dörfer in Afrika mit elektrischer Energie aus regenerativen Quellen versorgen will. Die Arbeit mit den Coachs und den Expertinnen und Experten führt dazu, dass gute Ideen nicht nur Ideen bleiben, sondern verwirklicht werden, und sie sorgt dafür, dass bereits bestehende Projekte auch langfristig Erfolg haben. Sowohl die sozialen Projekte als auch die „Helferinnen und Helfer“, die selbst ehrenamtlich für startsocial im Einsatz sind, lernen aus der Zusammenarbeit – und viele von ihnen bleiben auf Dauer sozial engagiert. Damit wird startsocial selbst zum Motor für soziales Engagement innerhalb der Unternehmen, die die Initiative unterstützen.

Mittlerweile ist startsocial im sozialen Bereich so etwas wie eine Institution und ein Markenname geworden. Die Stipendiatenprojekte sehen und nutzen die Teilnahme an startsocial als Gütesiegel, und wenn jedes Jahr die sieben Bundesiegerinnen und -sieger – Projekte, die eine Jury als besonders wirksam, effizient, auf andere Regionen oder Themen übertragbar und nachhaltig bewertet – im Bundeskanzleramt prämiert werden, hat dies große Öffentlichkeitswirkung.

Für mich viel wichtiger ist allerdings, dass alle teilnehmenden Projekte durch startsocial tatsächlich „gewonnen“ haben. Ich bin sicher, dass ohne die Hilfe für Helferinnen und Helfer viele soziale Ideen nie verwirklicht worden und etliche Projekte aus der sozialen Landschaft verschwunden wären.

Die Stipendiatinnen und Stipendiaten – Beispiele einer Erfolgsgeschichte

startsocial wirkt – 83 Prozent der Stipendiatinnen und Stipendiaten sagen auch noch Jahre später, dass die Beratungsphase für die Entwicklung ihres Projekts wichtig oder sogar extrem wichtig war. Fast alle im Laufe der Jahre betreuten Projekte existieren noch heute, viele haben ihren Aktionskreis erweitert, um mit ihren Angeboten noch mehr Menschen zu erreichen. Die freiwilligen startsocial-Coachs und Jurorinnen und Juroren haben zusammengenommen je Wettbewerbsjahr mehr als 15 000 ehrenamtliche Arbeitsstunden geleistet – auch dies ein starker Impuls für das Ehrenamt in Deutschland.

Die Projekte, die durch startsocial gefördert wurden, bilden die gesamte Breite gesellschaftlichen Engagements ab. Ähnlich wie in den Vorjahren lagen beispielsweise die Schwerpunkte 2008 auf den Themen Kinder/Jugend und Familie (33 Prozent der Projekte), Krankheit und Behinderung (24 Prozent) und Seniorinnen und Senioren (15 Prozent). Initiatorinnen und Initiatoren und Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter kommen aus allen Lebensbereichen und allen Altersgruppen. Viele der Projektthemen werden gerade im Zeichen des demografischen Wandels relevant – etwa weil sie jüngere Bevölkerungsschichten mobilisieren, um alten Menschen zu helfen, aber mindestens ebenso viele bemühen sich, Seniorinnen und Senioren für soziale Projekte zu gewinnen. Einige Stipendiatenprojekte möchte ich beispielhaft vorstellen.

Projekt mōbile (Bundessieger 2008): Das Projekt möchte die geistigen und körperlichen Fähigkeiten von hochbetagten oder demenzkranken Menschen aktivieren, statt diese nur zu „pflegen“. Geschulte Freiwillige helfen den Betroffenen mit Übungen zur körperlichen und geistigen Bewegung in ihrer eigenen Wohnung. Eine bessere körperliche Beweglichkeit vermindert das Verletzungs- und Sturzrisiko im Haushalt. Das Herausfordern des geistigen Potenzials verbessert das Gedächtnis und hellt vielfach auch die Stimmung der Betroffenen auf. Die regelmäßigen Besuche der Freiwilligen wirken zudem der Vereinsamung der älteren Menschen entgegen und entlasten die Angehörigen. Das Projekt ist in Saarbrücken zu Hause. Der Saarländische Turnerbund und die

AWO Saarland sind Paten für die Aktion. Die AWO hat mit Unterstützung der ARD-Fernsehloterie und des Saarlands die Finanzierung des Projekts für drei Jahre übernommen.

Als die startsocial-Beratungsphase begann, hatte der Verein bereits einen detaillierten Projektplan und klar definierte Zielvorgaben. Allerdings war die Personaldecke viel zu dünn. Die Beratung bemühte sich daher primär darum, weitere Freiwillige zu gewinnen. Mit Erfolg: Innerhalb weniger Monate konnte mōbile über 60 Freiwillige für die Besuche interessieren. Viele von ihnen sind nach einer Schulung bereits im Einsatz für die gute Sache. mōbile ist dabei, das Hilfsangebot auch über Saarbrücken hinaus anzubieten.

Zeitzeugen e.V. (Bundesauswahl 2004): Geschichte kann man als bloße Abfolge von Daten und Fakten sehen. Man kann sie aber auch aus der Perspektive derer sehen, die die großen und kleinen Ereignisse gestalten und erleben, ganz persönlich und hautnah. Letzteres hat sich der Verein Zeitzeugen zur Aufgabe gemacht. Er vermittelt Zeitzeugen an Schulen und andere Bildungseinrichtungen, an Journalistinnen und Journalisten, Autorinnen und Autoren. Denn es gilt, bei der Weitergabe dieses Erfahrungsschatzes an jüngere Generationen den Wettlauf mit der Zeit nicht zu verlieren. Die Arbeit mit den startsocial-Expertinnen und -Experten und -Coachs löste im Verein eine Aufbruchstimmung aus. Es entstanden neue Ideen für konkrete Angebote, die dann bis zur Umsetzungsreife entwickelt wurden. Dies gab der Vereinsarbeit neue Impulse und stärkte die Motivation der Mitglieder. Nicht zuletzt trugen die Ideen und die Coachs dazu bei, das kollektive Gedächtnis aufzufrischen und Geschichte über persönliche Geschichten lebendig werden zu lassen.

Großelterndienst Berlin (Bundesauswahl 2006): Der Großelterndienst in Berlin vermittelt vitale ältere Menschen an Familien, die sich eine Unterstützung bei der Betreuung ihrer Kinder wünschen. Die Familien werden entlastet, die Kinder erhalten eine weitere Bezugsperson, die „Wunschgroßeltern“ erfahren, dass sie gebraucht werden. Angestrebt wird eine langfristige Beziehung. Der zeitliche Aufwand liegt bei maximal 20 Stunden pro Woche, die Eltern zahlen den Wunschgroßeltern eine Aufwandsentschädigung. Das Projekt bietet den betreuenden Seniorinnen und Senioren auch die Möglichkeit, sich bei gemeinsamen monatlichen Treffen kennenzulernen und auszutauschen. Zudem werden Weiterbildungsnachmittage und Ausflüge angeboten.

Das Projekt erzielte während der startsocial-Beratungsphase eine große Präsenz in wichtigen Medien. Dies hat auch dazu geführt, dass neue Wunschgroßeltern gefunden wurden. Fortschritte gab es auch bei der Umsetzung: So gelang es, zwei ehrenamtliche Mitarbeiter für die Vermittlung und Verwaltung zu gewinnen. Mittlerweile berät man auch ähnliche Projekte in anderen Städten.

Mentor – die Leselernhelfer Hamburg e.V. (Bundesauswahl 2008): Diese Initiative hilft Kindern, die nicht gut lesen können. Der Verein vermittelt Erwachsene, meist Seniorinnen und Senioren, die das Lesen lieben und diese Leidenschaft teilen wollen, als Mentorinnen und Mentoren an ein Schulkind, das Hilfe braucht. Beide treffen sich ein- bis zweimal pro Woche für eine Stunde, ein halbes bis ein ganzes Jahr lang. Bei Kindern mit Migrationshintergrund ist dies gleichzeitig ein wertvoller Beitrag zur Integration. 350 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bislang an 50 Hamburger Schulen in dieser Weise tätig.

Das Coaching-Team stieß auf eine ungewöhnliche Herausforderung: Nach diversen Pressemitteilungen hatten sich so viele freiwillige Helferinnen und Helfer, aber auch Schulen mit Schülervorschlägen gemeldet, dass der Verein mit dem Vermitteln gar nicht mehr nachkam. Die Aufgabe war, die Strukturen, die Finanzierung und die Abläufe so zu verbessern, dass die vielen willigen Helferinnen und Helfer auch wirklich helfen konnten. In gemeinsamer Arbeit von Coachs und Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern entstand ein Fortbildungskonzept für die Mentorinnen und Mentoren sowie eine Wissensdatenbank. Die Finanzierung wurde durch Gewinnung von Sponsoren über Öffentlichkeits- und Pressearbeit verbessert. Ein Konzept zur Messung des Mentoring-Erfolgs wurde eingeführt, und die Initiative definierte langfristige Ziele, um für künftiges Wachstum eine Richtschnur zu haben. Alle diese Maßnahmen erlaubten es „Mentor“, weiter zu wachsen, ohne die ehrenamtlichen Träger der Arbeit zu überlasten.

Warum ist McKinsey dabei?

startsocial ist eine Form des Engagements von McKinsey für das Gemeinwesen, aber nicht die einzige Form.

McKinsey & Company berät im Rahmen so genannter Pro-bono-Projekte unentgeltlich Organisationen und Institutionen im sozialen, kulturellen, sportlichen

oder im Bildungsbereich. In den letzten 15 Jahren hat das deutsche McKinsey-Büro über 50 solcher Organisationen unterstützt, so z. B. die Stuttgarter Staatsgalerie, das Deutsche Museum in München, die Berliner Humboldt-Universität, die deutsche Tafelbewegung, die Berlinale und das rumänische Kinderdorf Poiana Soarelui.

Für McKinsey ist es eine lange Tradition, sich pro bono zu engagieren. Der Wunsch, zum Wohlergehen der Gesellschaft beizutragen, in der das Unternehmen mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lebt und arbeitet, ist fester Bestandteil der Firmenkultur.

Eines haben all diese Engagements gemeinsam: McKinsey hat sich bewusst dagegen entschieden, als Sponsor bestimmte Projekte finanziell zu unterstützen. Stattdessen versuchen wir als Unternehmensberatung mit dem zu helfen, was wir am besten können: erstklassige Strategie- und Organisationsberatung. Dieser Grundgedanke bestimmt auch das Engagement für startsocial. Startsocial hat allerdings im Reigen der vielen Initiativen, die McKinsey im Laufe der Jahre pro bono unterstützt hat, einen besonderen Platz. Denn im Unterschied zu den meisten anderen Pro-bono-Projekten erfordert und ermöglicht startsocial ein jährlich wiederkehrendes Engagement, zum anderen erreicht startsocial viel mehr Menschen als das typische, lokal verankerte Pro-bono-Projekt. Die teilnehmenden Initiativen kommen aus dem gesamten Bundesgebiet und sie bilden das gesamte Spektrum bürgerschaftlichen Einsatzes ab. Die Grundthese von startsocial hat sich bestätigt: Auch in der Arbeit mit den sozialen Projekten dominieren Themen wie Strategie, Marketing/Vertrieb, Organisation und Abläufe. Allerdings haben pro bono geleistete Projekte sehr wohl einen anderen Charakter und ergänzen somit den Erfahrungshorizont der Beraterin oder des Beraters auf wertvolle Weise. Gemeinnützige Organisationen sind eben nicht gewinnorientiert, und „Leistung“ ist oft nicht in Zahlen auszudrücken. Dennoch ist der Erfolg der gemeinsamen Arbeit sichtbar und spürbar – in den Projekten selbst und im Beitrag zur Lebensqualität der vielen Menschen, denen diese Projekte Hilfe, Betreuung oder Lebensfreude vermitteln.

Diese Erfahrung des Helfen-Könnens und der Kontakt mit Menschen, die sich selbstlos und mitreißend für andere einsetzen, haben mich selbst und meine Kolleginnen und Kollegen im Projekt startsocial stets motiviert. Bei jenem Abendessen im Jahr 2000 hätte ich mir nicht träumen lassen, dass sich aus der kleinen Idee eine so großartige und für alle Beteiligten persönlich bereichernde Erfolgsgeschichte entwickeln würde.

Ich freue mich schon auf die neue Runde von startsocial im Jahr 2009 – diesmal geht startsocial – mittlerweile mit den Sponsoren Siemens, Pfizer und Audi zur Seite – selbst als Sieger an den Start: Wir wurden als ein „Ort im Land der Ideen 2009“ auserkoren. Ich bin sicher: Die Bewerberinnen und Bewerber werden wieder einen beeindruckenden Beweis für die Vielfalt an Ideen und Engagement in unserem Land liefern.

Dr. Ingrid Hamm
Geschäftsführerin Robert Bosch Stiftung
Geboren 25. Mai 1955 in Nürnberg



- 1975 – 1980** Studium der Sozialwissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg
- 1984** Promotion
- 1980 – 1988** Medienforschung
Sozialwissenschaftliches
Forschungsinstitut an der Uni-
versität Erlangen-Nürnberg
- 1988 – 2003** Leiterin des Bereichs Medien,
verantwortlich für das New Yorker
Büro und Mitglied der Geschäfts-
führung, Bertelsmann Stiftung
- Seit 2003** Geschäftsführerin
Robert Bosch Stiftung

Vordenker, Plattform, Katalysator

Stiftungen und bürgerschaftliches Engagement im demografischen Wandel

Dr. Ingrid Hamm

Als im Jahr 1973 die Zahl der Sterbefälle in Deutschland erstmals die Zahl der Geburten überstieg, verstand kaum einer, dass dies der Durchbruch des heute so viel zitierten demografischen Wandels war. Seitdem haben sich Bevölkerungszahl und Altersstruktur so stark verändert, dass Arbeitswelt, Sozialsysteme, Generationenverständnis und Familienbild neu gedacht werden müssen. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen kommt den Stiftungen eine besondere Rolle zu.

Drei Dimensionen des demografischen Wandels prägen unsere Gesellschaft in besonderer Weise: Zum einen nimmt die Zahl der Älteren im Verhältnis zu den Jüngeren zu. Dies liegt gleichermaßen an weniger Geburten wie an der steigenden Lebenserwartung. Zum anderen verliert das traditionelle Familienbild an Schärfe. Wo früher die klassische Großeltern-Eltern-Kinder-Familie anzutreffen war, finden wir heute immer mehr alleinerziehende Mütter und Väter, Familien, in denen die Großeltern oder Eltern geschieden sind, oder kinderlose Paare. Schließlich verändert sich die Altersstruktur der Gesellschaft in einer dritten Dimension: Unter den Kindern und Jugendlichen nimmt die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund stark zu.

Demografischer Wandel zieht wachsende Mobilität nach sich. Wo die Eltern berufstätig sind und nicht mehr den ganzen Tag über für ihre Kinder sorgen können, wo Seniorinnen und Senioren alleine sind, weil ihre Kinder und Enkel in anderen Städten arbeiten, wo sich Alt und Jung wieder neu kennen lernen müssen, ist bürgerschaftliches Engagement gefragt. Familiäre Strukturen und Denkweisen bleiben dabei unverzichtbar, werden noch wichtiger als bisher. Denn die Familie als Kern der Gesellschaft besitzt eine Qualität, die der Staat nicht ersetzen kann. Dem Nächsten vertrauen, sich persönlich kümmern und füreinander sorgen, vermag kein Staat, vermögen nur enge soziale Netze. Wo die Familie in alter Form zumindest nicht bedingungslos Zukunft hat, verdienen kleinere Lebenskreise Unterstützung. Freundschaften, Nachbarschaften,

Senioren-Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser sind nur vier von vielen Elementen, die soziale Netze neu knüpfen können.

Stiftungen sind auf zweierlei Art und Weise mit diesem bürgerschaftlichen Engagement verbunden: Sie sind selbst Teil des Engagements, denn jeder Stifter entscheidet sich mit der Errichtung einer gemeinnützigen Stiftung dafür, sich für die Gesellschaft zu engagieren. Gleichzeitig arbeiten Stiftungen als Förderer bürgerschaftlichen Engagements. Stiftungen sind dabei nie nur das eine oder das andere, nur Bestandteil oder Förderer. Sie sind immer sowohl Impulsgeber als auch Unterstützer.

Vordenker und Vermittler

Stiftungen fördern Projekte Dritter und entwickeln eigene Projekte und Lösungsansätze. Wo die Familie nicht mehr ihre klassischen Funktionen erfüllen kann, entstehen mit Hilfe der Stiftungen in Deutschland neue Formen gesellschaftlichen Lebens, eröffnen Stiftungen neue Perspektiven bei der Organisation des Arbeitsalltags, dienen Stiftungen als Plattform für die Diskussion neuer Lösungsansätze. Stiftungen regen an, sind neugierig und offen für Neues. Der Blick über den Tellerrand in andere Länder, andere Gesellschaften, auf andere Lösungsansätze ist ihnen nicht fremd. Mit Forschungsaufträgen und Kommissionen ermöglichen sie präzise Analysen und bitten um Empfehlungen. So hat beispielsweise eine hochrangige Gruppe von Expertinnen und Experten unter Leitung von Kurt Biedenkopf die Konsequenzen des demografischen Wandels für die Familie untersucht und ihre Befunde in der Studie „Starke Familie“ zusammengefasst. Weil die Befunde deutlich machen, wie stark Familien auf Unterstützung angewiesen sind, beauftragte die Robert Bosch Stiftung Roland Berger Strategy Consultants, Marktpotenziale für familienunterstützende Dienstleistungen zu analysieren. Die Studie liefert Beispiele für gelungene familienunterstützende Dienstleistungen und Kinderbetreuung. Dieses System funktioniert bereits seit Jahren bei der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. In Deutschland scheitern solche Modelle derzeit noch an arbeitsrechtlichen Strukturen und an der Steuer- und Sozialgesetzgebung. Beide Studien wurden von Bundesministerin Ursula von der Leyen aufgegriffen und gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium darauf aufbauende Praxisprojekte entworfen.

Stiftungen erweisen sich als verlässliche Impulsgeber bei den Veränderungen, die der demografische Wandel bewirkt. Als unverdächtige, unbestechliche

Partner können sie Entscheider und Experten in die Diskussion holen. Sie sind Vermittler zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Doch Stiftungen dürfen sich nicht auf die Vermittlerrolle beschränken. Es genügt nicht zu sagen, Kinder müssten stärker gefördert werden. Die Förderung muss konkrete Umsetzung erfahren. Wenn man weiß, dass die Älteren in dieser Gesellschaft eine wichtigere Rolle spielen sollen, muss man ihnen diese Rolle auch anbieten. Wenn die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden soll, bedarf es besonderer Unterstützung. Stiftungen entwickeln solche Projekte und führen sie als Pilotvorhaben durch.

Flexibel und unabhängig

Stiftungen agieren unabhängig von Märkten, Moden und Meinungen. Sie sind dem Stifterwillen verpflichtet, an keine Weisungen gebunden und können flexibel handeln.

Erst die Unabhängigkeit und die Freiheit von Interessenkonflikten ermöglicht den Stiftungen ihre Rolle als Initiator, Katalysator und Mahner bei der Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements. Viele Stiftungen versuchen frühzeitig gesellschaftliche Problemlagen aufzuzeigen, denn sie analysieren die Entwicklungen unabhängig von wirtschaftlichen Interessen. Das setzt sie auch in die Lage, glaubwürdig, beratend und vermittelnd an der Lösung sozialer Probleme mitzuwirken. Dabei arbeiten sie vermehrt zusammen.

Beispiele bürgerschaftlichen Stiftungsengagements für den demografischen Wandel

Stiftungen begegnen dem demografischen Wandel auf unterschiedliche Art und Weise; nicht nur hinsichtlich ihrer Rolle als Vordenker, Initiator, Vermittler und Förderer. Auch verschiedene Teilaspekte des demografischen Wandels erfahren Rat und Hilfe durch Stiftungen. Generationenverständigung, Integration und die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind die drei offensichtlichsten Felder, auf denen Stiftungen positive Akzente setzen. Doch bürgerschaftliches Engagement in Zeiten demografischen Wandels schließt Bildungsanstrengungen, interkulturellen Dialog und Integrationsprojekte ein. Vier Beispiele sollen die Vielfalt der Aktivitäten verdeutlichen.

Beruf und Familie: Dass die Zahl der Kinder abnimmt, liegt auch daran, dass Frauen nicht länger auf eine berufliche Herausforderung verzichten wollen. Doch trotz deutlicher Fortschritte steckt die Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit noch in den Kinderschuhen. Seit 1995 widmet sich die Gemeinnützige Hertie-Stiftung dem Thema „Beruf und Familie“. Sie fördert einen Perspektivenwechsel. Familiäre Interessen sehen immer mehr Unternehmen nun nicht mehr als Hindernis, sondern als Chance. Doch was gesellschaftliche Traditionen lange Zeit geprägt haben, kann von einzelnen Unternehmen nicht ad hoc richtig gestellt werden. Unternehmerische Maßnahmen, staatliche und kommunale Regelungen sollten stärker als bisher miteinander verzahnt werden. Bei diesem Lernprozess hilft die Hertie-Stiftung mit ihrer Initiative „Beruf und Familie“, die die Stiftung inzwischen als gemeinnützige GmbH in die Selbstständigkeit entlassen hat.

Dass Menschen, die sich im Arbeitsleben engagieren und gleichzeitig eine Familie gründen wollen, besondere Unterstützung verdienen, ist auch die grundlegende Erkenntnis für das Programm „Unternehmen Familie – Innovationen durch familienunterstützende Dienstleistungen“, das die Robert Bosch Stiftung im Sommer 2007 ins Leben gerufen hat. Unter der Schirmherrschaft von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen fördern Robert Bosch Stiftung, Bundesfamilienministerium und Europäischer Sozialfonds zwölf innovative Geschäftsmodelle und Unterstützungssysteme für Familien auf kommunaler Ebene.

Senioren: Die Menschen in unserer Gesellschaft werden immer älter. Mit zunehmendem Alter steigern sich gesundheitliche Risiken, als besondere Geißel gilt dabei die Demenz. Aber auch die Vielzahl anderer Gebrechen schränkt Mobilität und Handlungsfähigkeit ein. Gleichzeitig sind immer mehr ältere Menschen auf Hilfe von außen angewiesen. Gerade in den Ländern in Nordost- und Ostdeutschland sind viele Senioren auf sich gestellt. Im Gesundheitsbereich konnten durch die Robert Bosch Stiftung Projekte zur rehabilitativen und aktivierenden Pflege und Betreuung auf den Weg gebracht werden, die die Situation älterer Menschen spürbar verbessern. So fördert die Stiftung Modellvorhaben, die Menschen mit Demenz bei ihren vielfältigen Problemen Besserung versprechen. Sie ermöglicht es professionellen Helfern, Qualifizierungsmaßnahmen im Ausland wahrzunehmen. Aus der Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für ein besseres Leben mit Demenz“ ist im Jahr 2006 der Verein „Aktion Demenz“ hervorgegangen, der es sich zum Ziel gesetzt hat, Demenz auch als zivilgesellschaftliche Aufgabe zu

verstehen, und der diese Botschaft in die Kommunen trägt, um für die alltägliche Unterstützung der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu werben.

Im Mittelpunkt weiterer Vorhaben steht das bürgerschaftliche Engagement der „jungen Alten“ von 60 bis 75 Jahren. Viele Modellvorhaben zeigen, welche Bedeutung ihrer Kompetenz und ihrem Engagement bei der Bewältigung des demografischen Wandels zukommt.

Integration: Die Einbindung von Menschen unterschiedlicher Herkunft in die Aktivitäten der Gesellschaft in Deutschland ist ein Schwerpunktthema vieler Stiftungen. Multikultureller Dialog wird hier nicht als Problem, sondern als Vorteil verstanden. Neben vielen anderen Stiftungen hat die Hamburger Körber-Stiftung Akzente gesetzt. Sie hat ein Netzwerk türkischstämmiger Mandatsträger geschaffen, in dem sich Politikerinnen und Politiker aller demokratischen Parteien von der CSU bis zur Linken über gemeinsame Themen austauschen. Die Stiftung berichtet in ihrer „edition körber“ in zahlreichen Publikationen vom Alltag der Menschen, die zuwandern und fördert beispielhafte Projekte des interkulturellen Dialogs. Zuwanderer haben in den vergangenen Jahrzehnten den Druck des demografischen Wandels auf die gesamte Gesellschaft weniger spürbar gemacht. Die Integration dieser Menschen ist ein gemeinsames Anliegen vieler Stiftungen: Vor kurzem gründete sich der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, bei dem insgesamt neun Stiftungen die Beförderung wissenschaftlicher Erkenntnis mit konkreten Handlungsansätzen verbinden.

Regionale Netzwerke: Stiftungen sind in allen Bereichen bürgerschaftlichen Engagements aktiv. Sie unterstützen Kultur, Bildung, soziale Projekte, Generationenverständigung, Umwelt und Wissenschaft. Eine neue Form von Stiftung hat sich alle Aspekte gesellschaftlichen Einsatzes gleichermaßen auf die Fahnen geschrieben: Bürgerstiftungen fördern in Deutschland seit 1996 regional begrenzt, aber inhaltlich unbegrenzt das bürgerschaftliche Engagement auf allen Feldern, die das Zusammenleben innerhalb einer Stadt, einer Region oder einer Kommune verbessern helfen. Rund 200 Bürgerstiftungen sind inzwischen entstanden, die im Verbund mit anderen Stiftungen, mit Unternehmen, mit den Kommunen vor Ort oder auch eigenverantwortlich Leseförderung betreiben, sich mit Schulverweigerern auseinandersetzen, Jugend- oder Bürgerparlamente einrichten, die Renaturierung von Küstenstreifen unterstützen oder Musikinstrumente für Jugendliche sammeln und verleihen. Das ist der bunteste Strauß bürgerschaftlichen Engagements, den man sich denken kann.

Stiftungen ermöglichen bürgerschaftliches Engagement – der Staat sollte das Bürgerengagement noch stärker unterstützen

Der Zivilgesellschaft kommt heute größere Bedeutung zu als in früheren Jahrzehnten. Sie ist ein wichtiger Faktor, wenn es darum geht, die Veränderungen, die durch den demografischen Wandel entstehen, aufzufangen und in positive Entwicklungen umzusetzen. Stiftungen machen durch selbst initiierte Projekte oder durch die Förderung von Aktivitäten Dritter bürgerschaftliches Engagement in vielen Fällen erst möglich.

Allerdings stoßen die Initiativen der Stiftungen für die Zivilgesellschaft oft genug an bürokratische und rechtliche Grenzen. Erst seit 2007 ist mit dem Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements die Förderung dieses Engagements in den Katalog der gemeinnützigen Zwecke aufgenommen worden. Bis dahin galten die Werbung für mehr Freiwilligendienste, das Eintreten für mehr Stiftungen und die Förderung der Zivilgesellschaft in den Augen des Staates nicht als förderungswürdig. Stiftungen tun alles Erdenkliche, um die Bürgergesellschaft zu bereichern. Doch auch die Politik ist weiter gefordert, persönliches Engagement, die Arbeit von Vereinen und Non-Governmental-Organisations und das Ehrenamt zu honorieren. Der Abbau von Bürokratie oder die steuerliche Entlastung bürgerschaftlichen Engagements in Familien sind drängende Themen. Besonders in der internationalen Zusammenarbeit sind Stiftungen auf einheitliche und produktive Regelungen angewiesen. Stiftungen können einiges anstoßen. Eine Gesetzgebung, die der Subsidiarität Raum bietet, die Bereitschaft zum Dialog bei den Entscheidungsträgern und öffentlich-private Partnerschaften können die Wirkungen von Stiftungsaktivitäten vervielfachen.

Dr. Volker Hauff**Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung**

Geboren am 9. August 1940 in Backnang,
Württemberg



- 1959 – 1967** Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft
Freie Universität Berlin
- 1969 – 1989** Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1978 – 1980** Bundesminister für Forschung und Technologie
- 1980 – 1982** Bundesminister für Verkehr
- 1984 – 1987** Mitglied der „World Commission On Environment And Development“
der Vereinten Nationen
- Seit September 2001**
Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Mehr Nachhaltigkeit wagen!

Dr. Volker Hauff

Der Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und nachhaltiger Entwicklung mag sich für viele nicht unmittelbar erschließen. Dabei ist bürgerschaftliches Engagement für eine gelingende Nachhaltigkeitspolitik unverzichtbar. Bei Nachhaltigkeit geht es um nichts Geringeres als die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Um zukünftigen Generationen ein intaktes Gemeinwesen sowie eigene Gestaltungsspielräume zu sichern, sind neue Wege einzuschlagen. Das vielgestaltige bürgerschaftliche Engagement in Deutschland ist eine wesentliche Quelle für politische und soziale Innovationen.

Mit dem Konzept der Nachhaltigkeit hat die von der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland geleitete UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung 1987 eine Antwort auf den Nord-Süd-Konflikt sowie die Verschwendung und Zerstörung natürlicher Ressourcen gegeben. In ihrem Abschlussbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ wurde von der Kommission unter „nachhaltiger Entwicklung“ ein Zustand beschrieben, der „den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“ Der Gedanke der Generationenbilanz ist damit in die politische und öffentliche Debatte um Ressourcen- und Verteilungsprobleme eingebracht. Während Regierungen, Unternehmen und Medien in der Regel kurzfristige Interessen verfolgen, fordert das Konzept der Nachhaltigkeit eine langfristige Perspektive ein. Das Instrument der Generationenbilanz muss mit Widersprüchen umgehen, fordert vielgestaltige Antworten heraus und verlangt nach Diskurs. Auf dem Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro wurde der Nachhaltigkeitsgedanke international anerkannt.

Die Gesellschaft von morgen

Auch wenn der Begriff der Nachhaltigkeit schon seit vielen Jahren in den politischen Diskurs eingeführt ist und heutzutage geradezu allgegenwärtig erscheint, ist der Konflikt zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und ökologischer Stabilität nicht nur weiterhin ungelöst, sondern hat sich sogar noch verschärft. Neben dem Klimawandel sowie fortschreitender Umweltzerstörung und zunehmender Ressourcenknappheit stellt vor allem der demografische Wandel einen maßgeblichen Faktor für die Zukunft Deutschlands sowie der meisten Industrienationen dar. Die Veränderung der Bevölkerungsgröße und -struktur eines Landes hat einen gravierenden Einfluss auf die Nachhaltigkeit und Generationenbilanz. Auch wenn die Bevölkerungszahl in Deutschland in den vergangenen Jahren nahezu konstant geblieben ist, führt die relative Zunahme von alten bei einer gleichzeitigen Abnahme von jungen Menschen zu massiven ökonomischen und sozialen Herausforderungen. In dem Buch „Unterm Strich. Erbschaften und Erblasten für Deutschland von morgen. Eine Generationenbilanz“ hat der Nachhaltigkeitsrat diese Phänomene anschaulich zusammengefasst. Dabei ist deutlich geworden, dass der demografische Wandel in einer Vielzahl von Politikfeldern eine Anpassung an sich verändernde Gegebenheiten erfordert. Im Zuge dessen wird sich das historisch gewachsene Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Bürgern verändern. Um diesen Prozess erfolgreich zu meistern, wird es auf größere politische Kooperationsbereitschaft sowie stärkeres gegenseitiges Vertrauen ankommen.

In vielen Bereichen ist der Staat auf die Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger, durch unterschiedliche Vermittlungsinstanzen sowie angepasste Strukturen in Verwaltung, Organisationen, Einrichtungen, Verbänden, Vereinen und Initiativen angewiesen. Politik und Gesellschaft haben es in den vergangenen 30 Jahren versäumt, auf den demografischen Wandel frühzeitig angemessen zu reagieren. Diesen Fehler dürfen wir nicht erneut machen. Das soziale Sicherungssystem wie auch weite Teile des Wirtschafts- und Arbeitslebens sind heute auf die für die nahe Zukunft prognostizierten Verhältnisse einzustellen. Da der notwendige gesellschaftliche Umbau etablierte Strukturen und Besitzstände in Frage stellt, wird er zwangsläufig Widerstände der Betroffenen heraufbeschwören. Um diesen entschieden begegnen zu können, benötigt das Konzept der Nachhaltigkeit breite Akzeptanz und Unterstützung in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Hierzu ist es notwendig, sehr deutlich zu machen, dass es bei Nachhaltigkeit um ein integratives Konzept und nicht um ein Entweder-oder von ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen

Belangen handelt. Ziel ist es, diese vermeintlich widerstrebenden Interessen in Einklang zu bringen bzw. das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Integration der drei Dimensionen für alle von Vorteil ist.

Den veränderten Bedarf nachhaltig gestalten

Der Geburtenrückgang und die Alterung der Gesellschaft werden sich mittelfristig nicht rückgängig machen lassen. Es ist aber vernünftig heute Maßnahmen zu ergreifen, die aus dem demografischen Wandel resultierenden Veränderungen im Sinne der Nachhaltigkeit aktiv zu gestalten, als weiter abzuwarten. So ist heute schon deutlich sichtbar, dass sich der demografische Wandel regional als auch in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich niederschlägt. Um hierauf angemessen zu reagieren, ist es erforderlich, unterschiedliche Lösungsansätze auszuprobieren. Aufgrund ihrer stärkeren Problemnähe als auch unter dem Aspekt der Teilhabe und Akzeptanz sind hierbei die Betroffenen vor Ort stets einzubinden.

Der wirtschaftliche Strukturwandel sorgt seit geraumer Zeit dafür, dass ein Teil der Erwerbsbevölkerung aus ländlichen Gebieten in urbane Regionen und aus klassischen Industrievierteln in Gebiete mit innovativen Unternehmen und hoher Wirtschaftskraft abwandert. Dieser bereits in der alten Bundesrepublik zu beobachtende Prozess gilt für die neuen Bundesländer in besonderem Maße und verschärft das wirtschaftliche Gefälle zusätzlich. Die wachsende wirtschaftliche Asymmetrie erzeugt eine ganze Fülle an unterschiedlichsten Problemen, die gravierende Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben.

Ein Problem besteht beispielsweise darin, dass mit der Abwanderung ein Verlust an familiären Unterstützungsmöglichkeiten einhergeht. Um die Kinder- und Altenbetreuung sowie Hilfe in kritischen Lebensphasen gewährleisten zu können, müssen neue Netzwerke sozialer Verantwortung an die Stelle traditioneller Formen treten. Hierbei spielt das bürgerschaftliche Engagement eine entscheidende Rolle.

Die Abwanderung gut ausgebildeter und junger Menschen – vor allem junger Frauen – führt dazu, dass in den strukturschwachen Regionen neben Fachkräften auch potenzielle Familiengründerinnen und -gründer fehlen. Dies hat weitreichende Folgen für die Zukunft dieser Regionen. So finden Unternehmen

vor Ort nur gering qualifiziertes Personal. Das senkt die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen deutlich oder gipfelt sogar in Standortverlagerungen. Gleichzeitig gehen die Einnahmen der Kommunen zurück. Der allgemeine Rückgang des Bildungsniveaus verstärkt den Verlust an Attraktivität zusätzlich. Während der Zuzug in wirtschaftlich starke Regionen und Städte hier zu einem Anstieg der Immobilienpreise führt, ist entgegengesetzt ein Preisverfall zu beklagen. Der Wertverlust als auch die sinkenden Mieteinnahmen erschweren nicht nur die Instandhaltung, sondern stellen auch ein erhebliches Problem für eine auf Immobilienbesitz basierende private Altersvorsorge dar. Demgegenüber bedingt die Binnenwanderung in den wirtschaftlich potenten Regionen und Städten einen erhöhten als auch veränderten Bedarf an Wohnraum. In Folge der Zuwanderung kommt es zu einer vermehrten Zersiedelung der Stadtumlandgebiete, mit dem damit einhergehenden Flächenverbrauch und erhöhten Mobilitätsanforderungen. Unter dem Vorzeichen schwindender finanzieller Handlungsspielräume der Kommunen muss somit in den Wachstumsregionen der Neubau und in den Schwundregionen der Rückbau von Infrastruktur finanziert werden, wobei Letzteres aufgrund niedriger Bevölkerungszahlen überproportional viel Geld kostet.

Chancen erkennen und nutzen

Wegen der Versäumnisse in den vergangenen Jahrzehnten stellt der überfällige nachhaltige Umbau der Gesellschaft ein anspruchsvolles Unterfangen dar. Er muss heute in einem Umfeld bewerkstelligt werden, in dem die altersbedingte rückläufige Erwerbsquote ein geringeres Steueraufkommen zeitigt und mit der sinkenden Zahl an jungen Menschen ein Verlust an Kreativität und Innovationskraft besteht. Beides hat weit reichende Folgen für die finanziellen Handlungsspielräume des Staates. Nichtsdestotrotz ist der demografische Wandel aber nicht als Problem zu begreifen, sondern auch als Chance. So resultiert zwar aus der gestiegenen Lebenserwartung ein enormer Anpassungsdruck für unser umlagefinanziertes soziales Sicherungssystem, aber gleichzeitig steckt in den älteren Bürgerinnen und Bürgern auch ein großes Potenzial, das es zu aktivieren und zu nutzen gilt. Dem steigenden Bedarf an sozialen Dienstleistungen für kranke und pflegebedürftige ältere Menschen steht eine Vielzahl Seniorinnen und Senioren gegenüber, die sich noch bester Gesundheit erfreuen, materiell abgesichert sind, über Zeit verfügen und den Wunsch verspüren, weiterhin aktiv zu bleiben und ihre Lebenserfahrung für

das Gemeinwohl einzubringen. Dieses Bedürfnis nach Teilhabe und Engagement muss vom Staat ernst genommen und gezielt gefördert werden.

Natürlich gilt es, nicht nur die Älteren in stärkerem Maße für das bürgerschaftliche Engagement zu gewinnen, sondern vor allem auch junge Menschen. Wenn sie sich mit ihren Interessen und Bedürfnissen in ein Gemeinwesen einbringen können, steigt ihre Identifikation hiermit unmittelbar. Auch ihre relative Benachteiligung als „Wahlvolk“ gegenüber den Älteren wird somit graduell kompensiert. Von besonderer Bedeutung ist aber vor allem, dass so für strukturschwache Regionen eine Möglichkeit besteht, die eigene Attraktivität deutlich zu erhöhen und damit dem Bevölkerungsschwund entgegenzuwirken. Unter diesem Aspekt ist auch der positive Effekt des bürgerschaftlichen Engagements für die Integration von Migrantinnen und Migranten zu nennen. Zusätzlich zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird Deutschland zur Stabilisierung seiner Bevölkerungszahl auch wesentlich auf Zuwanderung angewiesen sein. Sowohl junge Menschen als auch Zuwanderinnen und Zuwanderer erleben in den Institutionen der Zivilgesellschaft praktizierte Demokratie aus erster Hand. Generell muss gelten, dass Bürgerinnen und Bürger jeden Alters und jeder sozialen Herkunft in ihrem Lebensumfeld Anknüpfungspunkte vorfinden, um eigenes Engagement zu entwickeln und zu gestalten. Der Staat und die Kommunen können dazu wesentlich beitragen, indem sie nicht nur entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, sondern das Geleistete in stärkerem Maße anerkennen und honorieren. Neben den wichtigen strukturellen Veränderungen braucht das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland auch eine neue Kultur der Anerkennung.

Verlässlichkeit und Anerkennung kultivieren

Wenn Politikerinnen und Politiker heute eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements propagieren, wird ihnen häufig viel Misstrauen entgegengebracht. Sie stehen im Verdacht, lediglich den Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung kaschieren zu wollen.

Sicherlich sind die finanziellen Handlungsspielräume des Staates nicht unbegrenzt, aber im Kern geht es immer um die Frage der politischen Prioritäten. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise beweist eindringlich, was möglich ist, wenn der politische Wille wirklich vorhanden ist. Über die Haushaltspolitik als auch durch die Setzung des rechtlichen Ordnungsrahmens

verfügt der Staat über immense Steuerungsmöglichkeiten. Im Mittelpunkt aller Überlegungen muss stehen, welche Maßnahmen eine Verbesserung unserer Zukunftschancen bewirken. Die Bürgerinnen und Bürger sind als aktive Mitgestalterinnen und Mitgestalter des Gemeinwesens mit ihren Interessen in diese Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Dem Staat und seinen Instanzen kommt dabei die Aufgabe zu, Strukturen zu schaffen, die gesellschaftlichen Austausch und Teilhabe ermöglichen und stärken.

Die bestehenden staatlichen Rahmenbedingungen reichen bei weitem noch nicht aus, um ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement in Deutschland zu ermöglichen und auf eine verlässliche Basis zu stellen. Hier existiert noch ein großer Nachholbedarf. So ist beispielsweise verstärkt darüber nachzudenken, wie unter dem Aspekt eines zunehmend zeitlich begrenzten und projektbezogenen Engagements stabilisierende Strukturen aufgebaut werden können, die die Kontinuität von Organisationen und deren Angebote sicherstellen. Generell sind von den Kommunen in stärkerem Umfang als bisher engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen und -zentren, Senioren- und Bürgerbüros sowie Selbsthilfekontaktstellen einzurichten. Auch sollte darüber nachgedacht werden, wie das Gemeinnützigkeitsrecht stärker an die Bedürfnisse von Non-Profit-Organisationen angepasst werden kann. Als weitere offene Punkte sind hier die Fragen nach Aufwandsentschädigungen, Freistellungen, Qualifizierungsmaßnahmen, Zertifizierung, Versicherungsschutz oder Lebensarbeitszeitkonten und die Anrechnung des Engagements auf die Rente zu nennen.

Wichtig bei all diesen Überlegungen ist vor allem, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement ernst genommen fühlen. Hierzu würde beispielsweise wesentlich beitragen, wenn sie durch „Bürgerhaushalte“ substantielle Mitsprache erhalten. Aber auch öffentliche Anerkennung ist äußerst wichtig für die Bereitschaft der Menschen, sich zu engagieren.

Ein aktuelles Beispiel hierfür – neben zahlreichen vorbildlichen regionalen Initiativen – ist der von der Bundesregierung in Kooperation mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung veranstaltete Wettbewerb „Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit“. Es gilt, den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur für ihren Beitrag zu unserem Gemeinwesen zu danken, sondern sie auch als Vorbilder zu preisen, die andere zu eigenem Engagement ermutigen.

Prof. Dr. Claudia Hübner
Staatsrätin für Demografischen Wandel
und für Senioren im Staatsministerium
Baden-Württemberg

Geboren am 6. August 1948 in Balingen



- 1967 – 1972** Studium der Rechtswissenschaften, München und Tübingen
- 1972 – 1974** Erste und Zweite Juristische Staatsprüfung
- 1981** Promotion
- Seit 1981** Professorin für Zivil- und Strafrecht, Hochschule für Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg
- 1992 – 1996** Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
- 1999** Mitglied der Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg
- Seit 2006** Staatsrätin für Demografischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium Baden-Württemberg

Demografischer Wandel: Renaissance oder Ende der Solidarität?

Prof. Dr. Claudia Hübner

Die Frage nach einer Nachhaltigkeit durch bürgerschaftliches Engagement auch aus Sicht der Regierung eines Bundeslandes beantworten zu lassen ist lohnend. Umso lohnender, als die Wahrheit – der demografische Wandel und nachhaltige Antworten auf ihn – wie so oft konkret ist. Konkret vor Ort zeigt sich dieser Wandel am deutlichsten. Bundesweit in enormer Bandbreite, mit unterschiedlichsten Auswirkungen. Und nur an den örtlichen Gegebenheiten orientiert werden wir die besten und nachhaltigsten Antworten auf ihn finden.

Was stellen wir in Baden-Württemberg fest: Demografischer Wandel als Generationenkonflikt? Als Ende der Solidarität zwischen Jung und Alt? Mitnichten. Unsere Antwort ist eine Renaissance der Solidarität, des Miteinanders der Generationen. Wir setzen alles daran, dass die Bürgerinnen und Bürger im lebenswerten Südwesten Deutschlands den demografischen Wandel nicht als etwas Schicksalhaftes „ertragen“ und hinnehmen, sondern ihn aktiv und zu ihren Gunsten gestalten. Ein entscheidender Schlüssel dafür ist bürgerschaftliches Engagement.

Der Staat kann nicht alles – und muss es nicht. Er soll es auch gar nicht. Viele Bereiche unseres Gemeinwesens leben vom persönlichen Einsatz unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Gerade in Baden-Württemberg hat das ehrenamtliche Engagement einen außergewöhnlich hohen Stellenwert und eine lange Tradition. Baden-Württemberg ist als Bundesland auch deshalb so attraktiv, weil es menschlich ist. Das große ehrenamtliche Engagement der Menschen bei uns ist ein wichtiger Grund hierfür. Etwa 4,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich im Land aus humanitären, solidarischen oder gemeinschaftlichen Gründen ehrenamtlich. Das sind über 40 Prozent der gesamten Bevölkerung. Damit nimmt Baden-Württemberg bundesweit eine Vorreiterrolle beim bürgerschaftlichen Engagement ein.

Schon Art. 1 Abs. 1 unserer Landesverfassung beschreibt Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement als Grundwert und entscheidenden Baustein unserer Demokratie: „Der Mensch ist berufen, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in Freiheit und in der Erfüllung des christlichen Sittengesetzes zu seinem und der anderen Wohl zu entfalten“. Eine intakte Gesellschaft braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger, die den Zusammenhalt stärken und dort helfen, wo staatliche Einrichtungen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen. Die Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement gehören deshalb zu den Schwerpunktaufgaben der Landespolitik. Es geht um Subsidiarität und um die Aktivierung von Selbsthilfepotenzialen.

Freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit beschränkt sich dabei nicht auf soziale Aufgaben, sondern umfasst nahezu alle Bereiche der Gesellschaft und auch des Staates – bis hin zur Landesregierung: Als Staatsrätin für Demografischen Wandel und für Senioren übe ich mein Amt gemäß Art. 45 Abs. 2 Landesverfassung ehrenamtlich aus.

Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement vor dem Hintergrund des demografischen Wandels

Der demografische Wandel gehört zu den größten Herausforderungen, denen wir uns auf absehbare Zeit zu stellen haben. Das ist keine Zukunftsprognose, sondern längst Gegenwart. Nur wenige Dinge werden unser aller Leben nachhaltiger beeinflussen als die demografischen Veränderungen. Diese Entwicklung wirkt sich auf den Generationenvertrag und die sozialen Sicherungssysteme, auf das Wachstumsvermögen unserer Wirtschaft und das Innovationspotenzial unserer Gesellschaft aus. Zentral in diesem Zusammenhang ist, nicht in eine negative Rhetorik zu verfallen, sondern sich bewusst mit den Gestaltungsmöglichkeiten dieser Entwicklung auseinanderzusetzen. Eine alternde Gesellschaft, sinkende Geburtenzahlen und ungleiche Wanderungsbewegungen stellen den Staat und das Gemeinwesen vor viele neue Aufgaben.

Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch zahlreiche Chancen für unsere Gesellschaft beinhaltet. Der demografische Wandel bietet uns die Chance, Lebensqualität, Bürgersinn und Gemeinschaft einen neuen Schub zu verleihen. Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip sollten die freiwilligen, kleinen und bürgernahen Einheiten auch hier den Vorrang haben. Es geht um neue Spielräume für selbstständiges,

verantwortliches und sozial orientiertes Handeln und die Rückbesinnung auf das eigene, naheliegende Lebensumfeld und die eigenen Stärken und Kräfte.

Viele Folgen des demografischen Wandels können daher am besten durch die Bürgerinnen und Bürger selbst bewältigt werden. Auf der Suche nach Antworten auf die demografische Entwicklung müssen wir neue Wege gehen. Weniger zu werden verlangt von uns auch, näher zusammenzurücken, unsere Fähigkeiten und Potenziale optimal auszunutzen und sie mit anderen zu teilen. Freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement wird angesichts der demografischen Entwicklung zu einer unerlässlichen Säule für unsere Gesellschaft.

Bürgerschaftliches Engagement ist sowohl Selbstverwirklichung des Einzelnen als auch Mehrwert für die Gesellschaft, weil es anderen nutzt. Es ist unverzichtbarer Bestandteil einer humanen Gesellschaftsordnung. Es stiftet Lebenssinn und fördert zwischenmenschliche Kontakte. Durch freiwillige Arbeit in Vereinen, Organisationen und Initiativen erfahren, erlernen und praktizieren Menschen aller Altersgruppen Gemeinschaftsempfinden, Fairness, Toleranz, Einsatzfreude, Selbstdisziplin, Durchhaltevermögen – Werte und Tugenden, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. In unserer Gesellschaft des langen Lebens wird es in Zukunft zwei Währungen geben: nicht nur den Euro, sondern auch die sozialen und zwischenmenschlichen Beziehungen – menschliche Netzwerke vor Ort.

Bürgerschaftliches Engagement schafft zudem große Werte. Engagierte Bürgerinnen und Bürger tragen schätzungsweise jährlich eine Arbeitsleistung im Wert von nahezu 35 Milliarden Euro zum Gemeinwesen bei. Allein durch diesen ökonomischen Nutzwert kommt bürgerschaftlichem Engagement ein hoher Stellenwert zu. Aber es geht um viel mehr als nur um monetäre Werte. Der soziale Wert solchen Engagements ist schlichtweg unermesslich.

Es gilt daher für die Zukunft, durch konkrete Unterstützung und Anerkennung die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement weiter zu stärken und auszubauen. Dazu gehört die gezielte Ansprache und Motivation von jüngeren Menschen, älteren Menschen sowie von Migrantinnen und Migranten. Angesichts der geringer werdenden Zahl Jugendlicher können wir uns keine Versäumnisse leisten. Gerade junge Menschen lernen durch ehrenamtliche Arbeit, z. B. in der Jugendhilfe oder im Sport, frühzeitig die Bedeutung eigenen Engagements für andere, für die Gesellschaft und für sich selbst kennen. Freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit ist ein wichtiges Angebot für

junge Menschen, ihre Kompetenz und Einsatzbereitschaft zu zeigen und Anerkennung in der Gemeinschaft zu finden. Zudem ist das Engagement junger Menschen besonders nachhaltig. Wer sich in jungen Jahren engagiert, bleibt auch in späteren Lebensphasen dabei.

Untersuchungen haben gezeigt, dass ältere Menschen beim bürgerschaftlichen Engagement im Vergleich zu anderen Altersgruppen stark unterrepräsentiert sind. Der Ausstieg aus dem Berufsleben darf nicht den Ausstieg aus der Gesellschaft bedeuten. Gerade ältere Menschen verfügen über Fähigkeiten und Potenziale, die wir als Gesellschaft noch längst nicht ausgeschöpft haben. Diese Potenziale gilt es zu entdecken, manchmal auch zu „erwecken“. Bürgerschaftliches Engagement stärkt zudem die Lebensfreude und Lebenskraft älterer Menschen, die nach der Erwerbsphase weiterhin sinnstiftend tätig sind – auch generationenübergreifend. Und wer sich engagiert, ist nicht allein und steht nicht auf dem „Abstellgleis“. Deshalb ist es wichtig, eine lebendige Gemeinschaft aller Generationen zu fördern.

Unterschiedliche Modellprojekte in Baden-Württemberg wenden sich gezielt an Jugendliche und an die so genannten jungen Alten, um die ohnehin hohe Bereitschaft dieser Bevölkerungsgruppen zum bürgerschaftlichen Engagement zu festigen und zu steigern.

Einige Beispiele: Im November 2007 hat der Landtag von Baden-Württemberg das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit verabschiedet. Mit Unterstützung des Landes wurde auch das Projekt „jes – Jugend engagiert sich“ initiiert und die dafür notwendigen Kosten getragen. Mit über 600 Projekten im ganzen Land ist „jes“ eine der erfolgreichsten Jugendbewegungen in Baden-Württemberg geworden. Ein anderes Projekt wendet sich an die Zielgruppe der aktiven Seniorinnen und Senioren. Mit Unterstützung der Landesregierung führt der Landesseniorenrat Baden-Württemberg unter dem Motto „Langlebigkeit verpflichtet“ Qualifizierungsmaßnahmen für Seniorenräte durch, um diese für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen zu befähigen.

Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement stärken

Der Staat kann und muss dafür sorgen, dass Menschen Rahmenbedingungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu

nehmen. Dieser Ansatz ist der Grundgedanke der Politik der Landesregierung für Baden-Württemberg: Wir setzen auf eine moderne, nachhaltige und generationengerechte Politik. Eine Politik, die die Einzelne und den Einzelnen in die Verantwortung nimmt, ihr und ihm aber auch ausreichend Freiheit zur Entfaltung gibt. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger braucht eine stabilisierende und fördernde Infrastruktur. Anlaufstellen, die ihnen behilflich sind bei den Fragen: Wie kann ich mich einbringen? Wo kann ich etwas tun? Wo werde ich gebraucht?

Der Staat muss jedoch auch die notwendigen Freiräume schaffen, die durch Engagement und Eigeninitiative ausgefüllt werden können.

Der baden-württembergische Weg zeichnet sich durch aufeinander abgestimmte Unterstützungsinstrumente und Maßnahmen aus: Der Ehrenamtsbeauftragte der Landesregierung koordiniert und bündelt die Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamts auf Landesebene. Dabei wird er vom „Landeskuratorium Bürgerarbeit“, einem unabhängigen, mit profunden Kennerinnen und Kennern des Ehrenamtes besetzten Gremium, unterstützt.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Ehrenamts wurde beim Kultusministerium das Landesbüro Ehrenamt als zentrale Beratungs- und Anlaufstelle für alle Ehrenamtlichen eingerichtet. Im Ministerium für Arbeit und Soziales fördert die Stabstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg gezielt ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement im Land. Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement als ein Netz von Netzwerken (z. B. Gemeindeforum, Landkreiszweitzentrum, Städtenetzwerk) ist dabei bundesweit einmalig und vorbildhaft.

Eine interministerielle Arbeitsgruppe Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement, in der alle Ministerien vertreten sind, und das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement koordinieren und bündeln die verschiedenen Maßnahmen der Ressorts zu einem abgestimmten, landesweiten Mix. Das Ineinandergreifen von Akteurinnen und Akteuren, Instrumenten und Netzwerken gibt landesweit Orientierung und sorgt dafür, dass Maßnahmen prinzipiell auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind. Der Dialog ermöglicht gemeinsame, abgestimmte Stellungnahmen, wie beispielsweise bei der Reform des Gemeinnützigkeits-, Stiftungs- und Steuerrechts, oder gemeinsame Projekte wie den Abschluss von Rahmenverträgen des Landes zum Haftpflicht- und

Unfallversicherungsschutz für bürgerschaftlich und ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger. Aktuelle Probleme werden gemeinsam aufgegriffen, Tagungen und Qualifizierungsmaßnahmen zusammen organisiert und durchgeführt. Neue Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften werden überprüft, ob und inwieweit bürgerschaftliches Engagement durch sie beeinträchtigt wird.

Der Dialog miteinander hat eine zentrale Funktion. Deshalb gibt es ein zentrales Internet-Portal zum Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement, das sämtliche Internet-Angebote der Ministerien vernetzt und den Ehrenamtlichen die entscheidenden Informationen über Adressaten oder Programme vermittelt. Unter www.ehrenamt-bw.de sind alle Informationen rund ums Ehrenamt gebündelt. Weitere Informationen stellt die Internetseite www.buergerengagement.de zur Verfügung.

Bürgerschaftliches Engagement braucht immer wieder neue Impulse und Anstöße. Es ist deshalb Aufgabe aller Verantwortlichen auf Landesebene wie auf kommunaler Ebene, sich für eine Kultur der dauerhaften Anerkennung, Wertschätzung und Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement einzusetzen. Um dem Rechnung zu tragen, wurde bereits im Jahr 2004 der Ehrenamtspreis „Echt gut! – Ehrenamt in Baden-Württemberg“ ins Leben gerufen. Bei diesem Wettbewerb zeichnet die Landesregierung mit Unterstützung von Sponsoren Einzelpersonen, aber auch Gruppen, Vereine, Projekte und Initiativen für herausragendes ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement aus. Der Wettbewerb hat sich in den letzten vier Jahren zum größten und medienwirksamsten Ehrenamtspreis des Landes entwickelt. Die beste Werbung für das Engagement für die Mitmenschen ist das persönliche, vorgelebte Beispiel.

Zu einer umfassenden Anerkennungskultur gehört aber auch die Qualifizierung der freiwillig Tätigen. Baden-Württemberg geht den Weg der Qualifizierung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern schon seit langer Zeit und wird diesen erfolgreichen Weg weiter beschreiten. In verschiedenen Bereichen existieren Mentorenprogramme.

Dass ehrenamtliche Wege gerade auch Lösungen für den Umgang mit dem demografischen Wandel bereithalten, hat Baden-Württemberg erkannt. Eine Enquêtekommision unseres Landtags hat in ihrem Empfehlungskatalog u. a. gefordert, eine Gesamtkonzeption zur Förderung des bürgerschaftlichen

Engagements zu entwickeln, um im demografischen Zusammenhang noch mehr Bürgerinnen und Bürger für Tätigkeiten in diesem Bereich zu gewinnen. Hier ist die Landesregierung aktuell „am Ball“.

Die vielfältigen Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg haben gefruchtet, das zeigt unsere überdurchschnittlich hohe Engagementquote. Diese Spitzenposition wollen wir ausbauen und dabei auch neue Wege gehen. So gibt es beispielsweise außerhalb der klassischen ehrenamtlichen Strukturen ein noch nicht ausgeschöpftes Potenzial an demokratischem Engagement, sozialer Sensibilität und Bereitschaft zur Mitwirkung. Ein wachsender Teil der Bevölkerung engagiert sich zunehmend außerhalb traditioneller Strukturen. So zeichnet sich ein Wandel ab, weg von den dauerhaft etablierten Großorganisationen hin zu projektbezogenen Aktivitäten. Diesen Wandel ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements gilt es in Zukunft stärker zu fördern und zu nutzen.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist der Staat mehr denn je auf die aktive Teilnahme und das nachhaltige bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Der demografische Wandel bietet uns die große Chance auf eine menschliche solidarische Gemeinschaft, auf ein neues Wir-Gefühl: Wir werden weniger, wir müssen zusammenhalten und Verantwortung füreinander übernehmen. Alt und Jung gemeinsam. Das ist das nachhaltige Rezept unseres Erfolgs und des lebens- und liebenswerten Miteinanders in Baden-Württemberg.

Prof. Dr. Dr. h. c. Ursula Lehr
Bundesministerin außer Dienst

Geboren am 5. Juni 1930 in Frankfurt am Main



- 1949 – 1954** Studium der Philosophie und Psychologie, anschließende Promotion, Universitäten Frankfurt am Main und Bonn
- 1968** Habilitation, Universität Bonn
- 1972 – 1991** Lehrstuhlinhaberin an den Universitäten Köln, Bonn und Heidelberg
- Seit 2000** Europa-Akademie, Yuste/Spanien
- 1988 – 1991** Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
- 1991 – 1994** Mitglied des Deutschen Bundestages
- 2004 – 2008** Präsidentin der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europaparlaments

Nicht nur dem Leben Jahre, sondern den Jahren Leben geben

Prof. Dr. Dr. h. c. Ursula Lehr

Wir leben in einer Zeit des demografischen Wandels, in einer Gesellschaft des langen Lebens. Zu keiner Zeit zuvor haben so viele alte Menschen so wenig jungen Menschen gegenüberstanden. Zu keiner Zeit zuvor haben so viele Menschen ein so hohes Lebensalter erreicht! Freuen wir uns darüber! Sehen wir darin nicht ein Problem, sondern eine Herausforderung und Chance. Machen wir die gewonnenen Jahre zu erfüllten Jahren! Aber zu keiner Zeit wurden so wenige Kinder geboren, und das ist traurig.

„Nachhaltigkeit“ und Generationensolidarität

Die heutigen Seniorinnen und Senioren haben fast alle Kinder großgezogen. Sie haben etwas für die „Nachhaltigkeit“ getan, wenn man den ursprünglich aus der Forstwirtschaft stammenden Begriff zugrunde legt, nach dem „Nachhaltigkeit“ bedeutet: „Es dürfen nicht mehr Bäume gefällt werden als neue nachwachsen können“. Die heutigen Seniorinnen und Senioren haben dafür gesorgt, dass „neue Bäume nachgewachsen“ sind. In Deutschland blieben nur elf Prozent der Frauen des Jahrgangs 1950 kinderlos – eine Zahl, die sich beim Jahrgang 1960 bereits verdoppelte und beim Jahrgang 1965 nahezu verdreifachte. Das heißt, etwa ein Drittel der zukünftig Alten wird kein Kind und mehr als die Hälfte kein Enkelkind mehr haben. Das bedeutet: Der persönliche Bezug zu den nachwachsenden Generationen fehlt mehr und mehr. Darin liegt zweifellos eine Gefahr. Während heutige Seniorinnen und Senioren sehr stark bemüht sind, ihren eigenen Kindern und Kindeskindern eine sichere Zukunft zu bereiten, sie in hohem Ausmaß durch Sachleistungen und finanziell unterstützen und ihnen helfen, besteht die Gefahr, dass bei Kinderlosen eine solche Zukunftsgerichtetheit entfällt. Zu Lasten seiner Kinder und Enkel möchte man sich nicht verschulden und tritt für eine nachhaltige Entwicklung im ökologischen, ökonomischen und soziologischen Bereich ein. Seniorinnen und Senioren heute möchten die Existenzgrundlagen künftiger Generationen nicht gefährden.

Auch wenn wir vielfache Veränderungen der Familiensituation zu konstatieren haben, ist im familiären Bereich eine Solidarität zwischen den Generationen nicht in Frage zu stellen. Das Vertrauensverhältnis zwischen Großeltern, Eltern und Kindern ist stärker als je zuvor. Man betont immer wieder, dass man über alle Gebiete miteinander reden kann. Der finanzielle Transfer zwischen den Generationen ist beachtlich. Doch im Verhältnis der Generationen zueinander geht es nicht nur um Materielles, sondern auch um die wechselseitige Achtung, Anerkennung, um wechselseitiges Füreinander-Einstehen und um gegenseitige Toleranz der Verschiedenheit. Und dies ist heute weit stärker verbreitet als man annimmt.

Untersuchungen zeigen, dass die Generationen in den Familien einen viel stärkeren Zusammenhalt erkennen lassen als ihnen im medialen Alltag zugetraut wird, dass sie in hohem Maße Aktivitäten entwickeln, um sich im Bedarfsfall gegenseitig zu helfen und zu unterstützen.

Eine „nachhaltige Entwicklung“ ist gegeben, wenn sie „den Bedürfnissen der gegenwärtigen Generation entspricht, ohne dass sie dabei die Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung künftiger Generationen gefährdet“. Dabei sollte sich die öffentliche Diskussion um die „Generationengerechtigkeit“ nicht nur um ökologische Aspekte (Klimaschutz, Energiesparen, Erhalt der Artenvielfalt) drehen oder ökonomische Aspekte in den Vordergrund stellen, nicht nur um Einzahlungen und Auszahlungen, um Entgeltpunkte und Prozentsätze kreisen und damit Generationenkonflikte schüren, sondern sollte soziale Aspekte weit stärker berücksichtigen.

Es kommt darauf an, aufgrund einer umfassenderen, lebenslaufumspannenden Sicht der jeweils gegebenen Chancen und Möglichkeiten und der besonderen Herausforderungen und Belastungen einer jeden Generation zum gegenseitigen Verständnis und somit zu größerer Generationensolidarität beizutragen. Es gilt, das Miteinander und Füreinander aller Generationen auch außerhalb des familiären Bereiches zu stärken.

Den demografischen Wandel gestalten

1993 erschien von Hans Mohl das Buch „Die Altersexplosion – Droht uns ein Krieg der Generationen?“. Das erste Kapitel hat den Titel „Krieg den Alten“. Später wird die Frage „Droht der Altersrassismus?“ gestellt und bejaht: Ist

es dem 70-Jährigen zu empfehlen, dem 75-Jährigen dann sogar vorzuschreiben, bei Rot über die Straße zu gehen? Und: Kommt es so weit, dass unheilbar kranke und alte Menschen „eine Pflicht zum Sterben“ haben, um den Jungen Platz zu machen? Gibt es „eine Fristenlösung für Anfang und Ende des Lebens“, gibt es nach der „Abtreibungspille“ die „Pille für Opa und Oma“? Mohl schließt seinen pessimistischen Ausblick: „Die aktive Sterbehilfe wird sich weiter durchsetzen. Immer mehr alte Menschen werden unter Druck gesetzt werden, von der Gesellschaft, von ihren Familien, nicht so lange zur Last zu fallen. Medizinische Beschränkungen werden immer energischer gefordert und durchgesetzt werden. Ein Aufstand der Jungen gegen die Alten erscheint nicht ausgeschlossen.“

Die Zeitbombe tickt. Doch, so Mohl, „wir können die Zeitbombe entschärfen, wenn der neuen Generation der jungen Alten mehr Chancen angeboten werden, sich sinnvoll sozial zu engagieren, wenn sie sich nicht vorzeitig aufs Abstellgleis geschoben fühlen muss.“

Wenn der Mensch heutzutage in Rente geht, dann hat er durchschnittlich noch ein Viertel seines Lebens, oft sogar noch eine längere Zeit vor sich. Wie kann er sie sinnvoll gestalten? Wie kann er die geschenkte Lebenszeit zu einer erfüllten Lebenszeit werden lassen?

Der demografische Wandel, das durch zunehmende Langlebigkeit und Geburtenrückgang bedingte Altern unserer Gesellschaft, verpflichtet zunächst einmal jeden Einzelnen von uns, alles zu tun, um selbst möglichst gesund und kompetent alt zu werden. Der demografische Wandel verpflichtet aber auch die Gesellschaft, alles für ein gesundes und kompetentes Altern ihrer Bürgerinnen und Bürger zu tun, einer Desintegration vorzubeugen, auch ältere Menschen mitwirken und mitgestalten zu lassen.

Wir leben heute in einer Zeit großer Hektik, in der alles schnell gehen muss, in der beispielsweise nach dem Pflegegesetz die Zuwendung zu Hilfsbedürftigen in Minuten dokumentiert werden muss, in der das kostbarste Gut ist, Zeit füreinander zu haben.

Ehrenamtlich Tätige haben die Zeit. Oder besser: Sie nehmen sie sich und schenken sie anderen Menschen. Menschen, die oft allein sind, sich hilflos der Situation ausgeliefert fühlen, die dankbar für Zuspruch und Verständnis sind, Jugendlichen, die fern ihrer Heimat aufwachsen und sich langsam in einem anderen Kulturkreis zurechtfinden müssen, Kindern, deren Großeltern weit

weg wohnen und deren Eltern froh sind, einen Menschen ihres Vertrauens gefunden zu haben.

Ehrenamtlich Tätige springen in Notsituationen ein, helfen, packen zu, machen anderen Menschen das Leben lebenswert, machen unsere Gesellschaft menschlicher.

Ehrenamtliche erleben die unterschiedlichsten Schicksale, werden konfrontiert mit den verschiedensten Problemen und Herausforderungen, mit erfreulichen Entwicklungen, auch mit Formen des seelischen und körperlichen Leidens, aber oft auch mit zufriedener Dankbarkeit. Viele konnten in den unterschiedlichsten Einsatzbereichen durch ihr Tun und Handeln, durch ihren selbstlosen Einsatz überzeugen. Ehrenamtliche sind eine Stütze unserer Gesellschaft. Unsere Zeit des Wandels verlangt geradezu bürgerschaftliches Engagement.

Kompetenz und Erfahrung – ein unschätzbare Gut

Die Lebenserfahrung, die Kompetenz, das Wissen, die besonderen Fähigkeiten auf den verschiedensten Gebieten und auch die Zeit und Geduld, die Ältere einzusetzen bereit sind, müssen wir als Chance und Motor für gesellschaftliche Veränderungen begreifen.

Ältere Menschen können ein Gewinn für die Gesellschaft sein! Untersuchungen haben sehr eindeutig gezeigt: Durch lebenslange Erfahrung gewinnt man oft mit zunehmendem Alter einen größeren Überblick, es wächst die Fähigkeit zur Zusammenschau, man neigt dazu, mehrere Einflussgrößen gleichzeitig zu überblicken und adäquat einzuordnen. Man neigt eher zum vorsichtigen Abwägen, zu größerer Besonnenheit und trifft dann klare, wohlüberlegte Entscheidungen. Freilich, wir brauchen auch die Ideen der jüngeren Generationen, ihre Dynamik, ihren Schwung, ihr Drängen nach Veränderung. Wir brauchen ein Miteinander aller Generationen!

Viele Studien belegen den Kompetenzgewinn mit zunehmendem Lebensalter und stellen die besonderen Potenziale des Alterns heraus. Sie weisen nach, dass man Abbau und Hinfälligkeit im Alter durch Prävention, durch Gesundheitsvorsorge, durch richtige Ernährung und hinreichende Bewegung, durch ein Training der körperlichen und geistigen Fähigkeiten und durch soziale Ak-

tivitäten, durch die Pflege sozialer Kontakte, bis ins hohe Alter hinausschieben oder gar vermeiden kann. Ein generelles Defizit-Modell des Alterns ist in Frage zu stellen. Altern muss nicht Abbau und Verlust bedeuten, sondern kann in vielen Bereichen geradezu Gewinn sein und damit eine Chance für die Einzelne und den Einzelnen und für die Gesellschaft!

Doch es gibt große Unterschiede zwischen Gleichaltrigen! Je älter wir werden, umso weniger sagt die Anzahl der Jahre etwas aus über Fähigkeiten, Fertigkeiten, Verhaltens- und Erlebnisweisen. Altern ist das Ergebnis eines lebenslangen Prozesses mit ureigensten Erfahrungen, mit ganz individuellen Formen der Auseinandersetzung mit Problem- und Belastungssituationen. Von daher sind alle Altersnormen, alle Altersgrenzen, die es auch heute noch im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements gibt, kritisch zu hinterfragen!

Doch Vorsicht ist geboten: Das Alter allein ist ein fragwürdiges Kriterium für zunehmende Erfahrung, Kompetenz und Wissen. Es gibt große interindividuelle Unterschiede. Genauso wenig, wie wir das Lebensalter für etwaige Verluste alleine verantwortlich machen dürfen, dürfen wir ihm alleine etwaige Gewinne zuschreiben. Die „Zunahme an Weisheit und Verstand“ ist nun einmal nicht von vornherein bei jedem Älterwerden gegeben. Nicht jeder hatte die Chance, Lebenserfahrungen zu sammeln und über ein Lebenswissen zu verfügen, das für andere Menschen und die Gesellschaft von Bedeutung ist. Und nicht jeder hat die Fähigkeit, sein Erfahrungswissen anderen zu vermitteln.

„Gut tun – tut gut“

Unsere Gesellschaft des langen Lebens braucht das bürgerschaftliche Engagement als Ergänzungsleistung! Aber auch der Mensch braucht eine Aufgabe, im familiären, beruflichen und/oder gesellschaftlichen Bereich. Wer keine Aufgabe hat, der gibt sich auf. Gut tun – tut gut! Das Gefühl, gebraucht zu werden, trägt zur Lebensqualität in jeder Altersstufe bei! Wir wollen und sollen die Potenziale der Älteren nutzen – aber nicht ausnutzen!

Engagieren wir uns für andere – auch zu unserem eigenen Gewinn! Es geht aber vor allem auch um einen Beitrag Älterer für unsere Gesellschaft, die das Engagement und den Einsatz der Seniorinnen und Senioren in vielen Bereichen des täglichen Lebens braucht. Durch solche Aktivitäten ändert sich auch das Altersbild in der Gesellschaft.

Bürgerschaftliches Engagement – Motivationen und Barrieren

Stärken wir die Motivation und ergründen die Barrieren, die einer Tätigkeit im Wege stehen, und beseitigen wir diese! Zeigen wir die positiven Seiten eines bürgerschaftlichen Engagements auf, welches das eigene Leben bereichern, in mancher Hinsicht Erfüllung bringen, Kompetenzen erhalten und steigern kann. Motivieren wir zur Tätigkeit, zum Nutzen und zur Weitergabe von Lebenserfahrung und Lebenswissen, aber wir sollten jenen älteren Menschen, die ihre Lebensleistung vollbracht haben, auch das Recht zugestehen, sich zurückzuziehen, „auszuruhen“ – sofern sie das wollen. Sie haben es verdient.

Doch es gibt viele Engagementbereite, denen wir helfen sollten, die Hemmschwellen zu überwinden. Solche Barrieren zur Übernahme einer Tätigkeit mögen Zeitprobleme sein, zu denen durchaus berechnete Freizeitaktivitäten zählen, aber häufiger auch ein Gebrauchtwerden im familiären Bereich bei Kindern, Enkeln und vielleicht auch noch den eigenen alten Eltern. Weiterhin fanden wir eine Scheu, sich zeitlich festzulegen, zu bestimmten Tagen und Stunden immer zur Verfügung zu stehen. Nach dem Ende der Berufstätigkeit fühlt man sich endlich frei, zeitlich ungebunden und möchte das ausnutzen. Bietet man bei der ehrenamtlichen Tätigkeit mehr Flexibilität, dann steigert das die Bereitschaft. Ein weiteres Problem mag der eigene schwankende Gesundheitszustand sein bzw. bestimmte gesundheitliche Probleme, mit denen man selbst mehr oder minder zu kämpfen hat. Interessant ist jedoch, dass mit der Übernahme einer als sinnvoll erlebten Tätigkeit manche gesundheitlichen Probleme verschwinden bzw. nicht mehr so stark erlebt werden. Es gibt aber auch Barrieren, die nicht beim Einzelnen liegen, wie z. B. gewisse Verwaltungsvorschriften im Hinblick auf den Versicherungsschutz, die Befürchtung, eine ehrenamtliche Tätigkeit würde zum Stellenabbau beitragen oder die Befürchtung einer Rivalität zwischen „Professionellen“ und Ehrenamtlichen. Sicher spielen auch die Erreichbarkeit des Einsatzortes und die entstehenden Kosten eine Rolle.

Es gilt, Barrieren zu ergründen und abzubauen und Motivationen zu stärken, unter anderem durch die Schaffung und Verbesserung geeigneter Rahmenbedingungen, den Ausbau einer engagementfördernden Infrastruktur, durch eindeutige Information, klares Aufgabenprofil, organisatorische Hilfen, Klärung der Versicherungsleistung, Unkostenerstattung bzw. Auslagenersatz, durch das Angebot von Fortbildungsmöglichkeiten und nichtzuletzt durch Anerkennung und Würdigung der freiwillig erbrachten Leistungen.

- Dass wir älter werden, daran können wir nichts ändern, aber wie wir älter werden, das haben zum Teil wir selbst in der Hand
- Und es kommt ja nicht nur darauf an, wie alt wir werden, sondern wie wir alt werden
- Es gilt, nicht nur dem Leben Jahre zu geben, sondern den Jahren Leben zu geben!

Dr. Reinhard Marx
Erzbischof von München und Freising
Geboren 1953 in Geseke



Studium der Theologie und Philosophie in Paderborn, Paris, Münster und Bochum

- 1979** Zum Priester geweiht
- 1981 – 1986** Geistlicher Rektor des Sozialinstituts Kommende und Diözesanbeauftragter für die Betriebsseelsorge, Erzbistum Paderborn
- 1989 – 1996** Direktor des Sozialinstituts Kommende Dortmund
- 1996 – 2002** Weihbischof in Paderborn und Professor für Christliche Gesellschaftslehre, Theologische Fakultät Paderborn
- 2002 – 2008** Bischof von Trier
- Seit 2004** Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz
- Seit 2008** Erzbischof von München und Freising

Nachhaltigkeit – eine Frage der intergenerationellen Gerechtigkeit

Dr. Reinhard Marx

Wenn es um Zukunftsfragen geht, hat der Begriff der Nachhaltigkeit seit einigen Jahren geradezu Hochkonjunktur. Dabei wird er sehr unterschiedlich und in vielfältigen Zusammenhängen verwendet. Auf den Punkt gebracht, lässt sich Nachhaltigkeit aber am ehesten mit „Zukunftsfähigkeit“ übersetzen. Die Idee der Nachhaltigkeit fordert uns auf, unsere Lebensgrundlagen verantwortungsvoll zu nutzen, sie zu schonen und so für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

Diese Forderung betrifft aber nicht nur die natürliche, sondern in ähnlicher Weise auch die soziale Umwelt. So gilt das Leitbild der Nachhaltigkeit ebenso für die geistig-ethischen Werte und Tugenden, die auf eine längerfristige Perspektive angelegt sind. Auch im kulturellen und sozialen Bereich schließt jede Generation an das Erbe an, das ihre Vorgänger hinterlassen haben: Wir leben aus Überliefertem, mehr als uns oft bewusst ist. Deshalb ist es zwar oft leicht, Traditionen in Frage zu stellen, ihre orientierende Kraft zu ersetzen aber ist kaum möglich. Jede Generation übernimmt das Kapital, aber auch die Schulden der vorhergehenden. Daher wird ohne das Leitbild der Nachhaltigkeit eine umfassende Gestaltung der Zukunft kaum möglich sein, geht es hier doch um die Frage von Solidarität und Gerechtigkeit in Bezug auf die gegenwärtigen und künftigen Generationen, mithin um intergenerationelle Gerechtigkeit. Unser Handeln muss in allen Dimensionen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein und langfristig tragfähige Lösungen suchen.

Aktuelle Herausforderungen

Dies gewinnt eine besondere Dringlichkeit angesichts der großen Aufgaben, vor denen die Gesellschaft auf ökologischer und zivilgesellschaftlicher Ebene steht: Der Klimawandel bedroht die natürlichen Ressourcen und unsere Lebensräume. Das soziale und ökonomische Konfliktpotenzial dieser globalen Entwicklung liegt auf der Hand. Der demografische Wandel führt zu einem problematischen

Fehlen von jungen Menschen – problematisch nicht nur mit Blick auf die Systeme sozialer Sicherung, deren Finanzbasis zunehmend gefährdet ist, weil immer mehr ältere Menschen über die Sozialbeiträge von immer weniger jungen Menschen finanziert werden müssen, sondern auch problematisch, weil sich immer weniger Menschen für eine Familie entscheiden.

Der Anblick spielender Kinder ist in den westlichen Gesellschaften zu einem seltenen Gut geworden. Die Familie als primärer Ort des Heranwachsens von Kindern und damit als Garant nachwachsender Generationen, als wichtigste Gemeinschaft des Dialogs, des gegenseitigen Beistands und des Zusammenlebens schwindet. Damit hängt ein Weiteres zusammen: Auch wenn bundesweit ein Drittel der Deutschen über 16 Jahre bürgerschaftlich engagiert ist, bleiben die stark ausgeprägte Individualisierung und die berufliche Mobilität nicht wirkungslos für das traditionelle ehrenamtliche Engagement in Vereinen und Verbänden. Mit diesen Entwicklungen sind individual- und sozialetische Anfragen an unser Handeln verbunden. Ohne saubere ökologische Systeme können Mensch und Natur nicht überleben. Ohne Kinder und neue Generationen geht unsere Gesellschaft zugrunde. Ohne bürgerschaftliches Engagement verliert unsere Gesellschaft eine unentbehrliche Schule der Solidarität.

Das Leitbild der Nachhaltigkeit – ein Schlüssel zur intergenerationellen Gerechtigkeit?

Angesichts der Verantwortung für die Zukunft müssen nicht nur die Politik und die unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteure, sondern muss auch die Kirche diesen Entwicklungen aktiv und konstruktiv begegnen.

Aus meiner Sicht werden an die Kirche vor allem zwei Erwartungen herangebracht: Zum einen soll sich die Kirche einbringen, die Konturen des Nachhaltigkeitsbegriffs zu schärfen, zum anderen soll sie als konstruktive Dialogpartnerin im gesamtgesellschaftlichen Diskurs über eine nachhaltige Entwicklung Position beziehen. Die Kirche versteht sich selbst nicht primär als zivilgesellschaftlicher Akteur, sondern als Gemeinschaft des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung. Grundlegend für das Handeln der Kirche in der Welt ist ihr Auftrag zum Mitwirken am rechten Aufbau der Gesellschaft. Geleitet wird sie dabei von den Sozialprinzipien der Solidarität, der Subsidiarität und des Gemeinwohls sowie vom Zielwert der sozialen Gerechtigkeit als Teilhabegerechtigkeit.

Sie kann und darf im Ringen um Gerechtigkeit nicht abseits bleiben, weil sie sich insbesondere als Anwältin derjenigen versteht, die von der Gesellschaft ausgeschlossen sind oder deren Anliegen nicht gehört werden. Der politisch-diakonische Auftrag der Kirche richtet sich damit nicht darauf, eine christliche, katholische Kontrastgesellschaft zu begründen, sondern in die Gesellschaft hineinzuwirken und für Menschenwürde und Gerechtigkeit einzustehen. Als einer der ältesten Global-Player hat sie dabei den Blick nicht nur auf die Voraussetzungen des Gemeinwohls für die gegenwärtigen, sondern auch für die zukünftigen Generationen zu richten. Letztlich geht es um die zentrale Frage: Welche Voraussetzungen müssen geschaffen sein, damit Gemeinwohl und Gerechtigkeit als Teilhabegerechtigkeit für die gegenwärtigen und die zukünftigen Generationen gesichert werden können?

Vor diesem Hintergrund ist das Nachhaltigkeitsthema bestimmend für die Auseinandersetzung der Deutschen Bischofskonferenz mit den gesellschaftlichen und ökologischen Aufgaben unserer Zeit. Das 1997 publizierte Gemeinsame Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ fordert, die christliche Soziallehre müsse „künftig mehr als bisher das Bewusstsein von der Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Problematik wecken“. Der Text stellt heraus, dass die gegenwärtigen Generationen „nicht auf Kosten der Kinder, der Kindeskiner wirtschaften, die Ressourcen verbrauchen [...] und die Umwelt belasten“ dürfen. Dieses Anliegen wird auch in der Stellungnahme der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz „Handeln für die Zukunft der Schöpfung“ von 1998 aufgegriffen. In dem Expertentext der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen und der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz „Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit“ von 2007 wird schließlich die Verpflichtung zur Orientierung am Leitbild der Nachhaltigkeit erneuert und werden Kriterien einer Ethik der Nachhaltigkeit benannt, zu denen die Würde des Menschen, der Eigenwert der Schöpfung, Gerechtigkeit, Solidarität, die Option für die Armen, das Verursacher- und Vorsorgeprinzip sowie das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zählen.

Als einer der für die Zukunft maßgeblichen Träger der Gesellschaft weiß sich die Kirche nicht nur ihren Sozialprinzipien, sondern auch dem Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichtet. Ihr aktiver Beitrag besteht zum einen darin, das Bewusstsein für Nachhaltigkeit in der Gesellschaft zu fördern, zum anderen aber auch darin, selbst nachhaltig zu handeln und zu wirtschaften. Im Folgenden werden

exemplarisch drei gesellschaftliche Handlungsfelder vorgestellt, in denen die Orientierung an Nachhaltigkeit einen Beitrag zur intergenerationellen Gerechtigkeit leisten kann: Bewahrung der Schöpfung, familiengerechte Rente, bürgerschaftliches Engagement.

Bewahrung der Schöpfung – ein Beitrag zur intergenerationellen Gerechtigkeit

Der Klimawandel ist eine der aktuellen Herausforderungen im Bereich der Schöpfungsverantwortung, der Christen aktiv begegnen müssen. Er stellt sich in mehrfacher Weise als eine Frage der Gerechtigkeit dar. Die Lasten des auch anthropogen verursachten Klimawandels sind auf globaler Ebene sehr ungleich verteilt. Insbesondere Ländern des Südens fehlt es an Rahmenbedingungen, um die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen, obwohl ihr Beitrag bei der Emission der klimaschädlichen Treibhausgase im Verhältnis zu den Industriestaaten eher gering ist. Aufgrund der Ungleichheit zwischen Leidtragenden und Verursachern ist der Klimawandel ein grundlegendes Problem globaler, aber auch intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit. Denn die Auswirkungen des Klimawandels und somit auch unseres Verhaltens betreffen auch die zukünftigen Generationen sowie die ökologischen Systeme.

Die Kirche sieht sich in der Mitverantwortung für einen gesellschaftlichen Wertewandel hin zur globalen Gerechtigkeit, zur langfristigen Sicherung der Lebensbedingungen und zu neuen ökologischen Wohlstandsmodellen.

Schon jetzt werden in zahlreichen kirchlichen Einrichtungen vielfältige Klimaschutzmaßnahmen ergriffen, um den Ausstoß von Treibhausgasen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Breiten Raum nimmt dabei die Frage nach einer nachhaltigen Energieversorgung ein. Viele kirchliche Einrichtungen setzen inzwischen auf erneuerbare Energien. Der Weltjugendtag 2005 in Köln und der Katholikentag 2008 in Osnabrück fanden klimaneutral statt. Einige Diözesen haben Fonds eingerichtet, um Klimaschutzprojekte in kirchlichen Einrichtungen zu fördern. Auch in der Bildungsarbeit wird das Thema Klima- und Umweltschutz ausführlich behandelt und so ein wichtiger Beitrag zur Bewusstseinsbildung geleistet.

Familiengerechte Rente – ein Beitrag zur intergenerationellen Gerechtigkeit

Lebensorientierung, Wertebildung und praktische Alltagsbewältigung werden durch die Familie maßgeblich gefördert. Um die Herausforderungen einer immer komplexer werdenden Gesellschaft zu bewältigen, braucht es eine starke Persönlichkeitsstruktur und ein festes Wertefundament. Beides entwickelt sich in den Familien, an dem Ort, an dem die Kinder aufwachsen. Durch die Geburt und Erziehung der Kinder leisten Eltern einen grundlegenden Beitrag zu Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Deshalb ist die Stärkung der Familien für unser Gemeinwesen lebensnotwendig. Familienpolitik ist eine Investition in die Zukunft. Allerdings sind wir von einer gesellschaftlichen und finanziellen Anerkennung dieser von Familien erbrachten Leistungen noch weit entfernt. Vor allem in der gesetzlichen Rentenversicherung tritt zutage, dass das Verhältnis zwischen den Leistungen der Familien und den Gegenleistungen der Gemeinschaft nicht ausgewogen ist. Weil uns als Kirche die Frage der Familiengerechtigkeit in besonderer Weise ein Anliegen ist, hat die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen ein Gutachten zu einer familiengerechten Reform der gesetzlichen Rentenversicherung in Auftrag gegeben, das von dem Ökonomen Jörg Althammer ausgearbeitet wurde.

Die Studie diskutiert verschiedene Lösungsvorschläge zur Berücksichtigung familiärer Leistungen und berechnet den Finanzierungsbedarf für den Fall einer Ausweitung von Kindererziehungszeiten. Es ist ein Plädoyer für eine stärkere Berücksichtigung der Erziehungsleistungen der Familie im System sozialer Sicherung – nicht, weil der demografische Wandel die sozialen Sicherungssysteme vor ungekannte Herausforderungen stellt, sondern, weil es ein Gebot sozialer Gerechtigkeit ist. Die Leistung, die Eltern durch die Geburt und Erziehung von Kindern erbringen, muss anerkannt und berücksichtigt werden. Ziel der Familienpolitik muss die leistungsgerechte Behandlung der Familien sein. Dass eine familiengerechte Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung möglich ist, zeigt die vorgelegte Studie.

Familienpolitik ist eine Frage der Gesellschaftspolitik. Dabei muss es zunächst um den konsequenten Abbau der bestehenden finanziellen Benachteiligungen und Diskriminierungen von Familien gehen. Die nahezu alleinige Orientierung der sozialen Alterssicherung an der Erwerbsarbeit muss überwunden werden, weil sie zwangsläufig die Leistung von Elternschaft unberücksichtigt lässt. Das steht keineswegs im Gegensatz zum eingeschlagenen Weg einer deutlichen Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, denn auch hier geht

es um die Stärkung der Familien und die Zukunftsfähigkeit der ganzen Gesellschaft. Allerdings darf es in der Familienpolitik nicht um die Bevormundung, sondern es muss um die Befähigung von Menschen gehen, Familie sein zu können. Letztlich geht es um das gesamtgesellschaftliche Klima, das für Familien herrscht. Wenn es uns gelingt, wieder weniger über die Lasten reden zu müssen und mehr von den Freuden eines Lebens mit Kindern sprechen zu können, dann erleben wir gewiss, dass sich wieder mehr Menschen für Kinder entscheiden.

Bürgerschaftliches Engagement – ein Beitrag zur intergenerationellen Gerechtigkeit

Bürgerschaftliches Engagement, oft auch zivilgesellschaftliches, freiwilliges oder ehrenamtliches Engagement genannt, ist ein weiteres gesellschaftliches Handlungsfeld, das einen Beitrag zur intergenerationellen Gerechtigkeit leisten kann. Es findet vielfach in kirchlichen Einrichtungen und Diensten statt. Die Tätigkeitsfelder reichen dabei von pädagogischen Aufgaben etwa in der Kinder- und Jugendarbeit über verkündigende, liturgische, caritative und lebensbegleitende Dienste bis zu leitenden und politischen Tätigkeiten in Kirchenvorständen und Pfarrgemeinderäten sowie in Vereinen und Verbänden. Die Anzahl der ehrenamtlich Tätigen ist schwer zu ermitteln. Alleine im Bereich des Caritasverbandes wirken ca. 500 000 Ehrenamtliche in den unterschiedlichen Gliederungen des Verbandes. Die Motive der vielen Engagierten im kirchlichen Bereich sind sicherlich nicht grundsätzlich andere als die Motive von bürgerschaftlich Engagierten in nichtkirchlichen Feldern. Diese beziehen sich etwa auf die Lösung eigener Probleme oder gemeinschaftlicher Missstände, auf die Suche nach Sinn gebender Beschäftigung und sozialer Integration, auf das Bedürfnis nach Zukunftsfähigkeit, den Wunsch nach Partizipation und Durchsetzung politischer Ziele oder auf die Möglichkeit zur individuellen Entwicklung im sozialen Kontext. Gleichwohl hat ehrenamtliches Engagement im kirchlichen Bereich zusätzlich eine christlich geprägte Motivation zur Grundlage, die allgemein mit dem Stichwort der Verantwortung für andere und für die Welt aus dem Glauben heraus beschrieben werden kann. Nach katholischem Verständnis sind die Gläubigen durch das Sakrament der Taufe und der Firmung dazu befähigt, die Sendung Jesu mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und Begabungen nach Wort und Tat weiterzutragen. Dieses Engagement hat immer schon zur intergenerationellen Gerechtigkeit beigetragen. Das gilt für die ganz praktische, lokale Ebene, wenn beispielsweise junge Menschen im Rahmen des Zivildienstes oder des Freiwilligen Sozialen Jahres bei der Betreuung alter, kranker oder

behinderter Menschen helfen. Das gilt ebenso auf der programmatischen Ebene, denn das Engagement für andere ist ohne ein Verantwortungsbewusstsein für nachfolgende Generationen, ihre Lebensumstände und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht dauerhaft tragfähig.

Die hohe Bedeutung eines religiösen und kirchlichen Hintergrundes, wie es bei der repräsentativen Befragung Ehrenamtlicher in der Caritas jüngst deutlich wurde, bestätigt dabei die tiefe Verwurzelung vieler Engagierter im christlichen Glauben.

Fazit

Angesichts der Individualisierung sowie der schnellen gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationen kommen wir auch heute nicht an der Erkenntnis vorbei, dass eine Gesellschaft nur dann gelingen und ihre Zukunftsfähigkeit behaupten kann, wenn wir Klarheit über zentrale Grundlagen und Voraussetzungen für das Zusammenleben haben. Das Paradigma der Nachhaltigkeit kann hierzu einen Beitrag leisten, um Gemeinwohl und Gerechtigkeit für die gegenwärtigen und künftigen Generationen zu ermöglichen. Wer für Nachhaltigkeit wirbt, braucht einen langen Atem! Eine Disziplin übrigens, in der die Kirche mit ihren 2000 Jahren einige Übung hat.

Dr. Claudia Neu
Wissenschaftliche Angestellte
am Johann Heinrich von Thünen-Institut
Geboren am 25. September 1967 in Aachen



- 1987 – 1993** Studium der Oecotrophologie,
Universität Bonn
- 1994 – 2000** Wissenschaftliche Mitarbeiterin
am Lehrstuhl für Wirtschaftssozio-
logie, Promotion, Universität Bonn
- 2001 – 2008** Wissenschaftliche Assistentin am
Lehrstuhl für Makrosoziologie,
Universität Rostock
- 2004 – 2007** Mitglied der Interdisziplinären
Arbeitsgruppe „LandInnovation“
der Berlin Brandenburgischen
Akademie der Wissenschaften
(BBAW)
- Seit 2008** Wissenschaftliche Angestellte am
Johann Heinrich von Thünen-
Institut, Bundesforschungsinstitut
für Ländliche Räume, Wald und
Fischerei, Braunschweig
- Seit 2008** Mitglied der Interdisziplinären
Arbeitsgruppe „Globaler Wandel
– Regionale Entwicklungen“ der
BBAW

Demografischer Wandel in entlegenen ländlichen Räumen – Herausforderung für die Zivilgesellschaft

Dr. Claudia Neu

Die Scheibenwischer konnten den dichten Schneefall kaum bewältigen, die Fahrbahn war nur undeutlich zu erkennen, doch im Wageninneren herrschte fast euphorische Stimmung. „Mir würde es Freude machen, einen Kinderkochkurs anzubieten.“ „Ich könnte eine Foto-AG organisieren.“ „Bei der Theatergruppe würde ich gerne mitmachen“ – jedem der vier Wageninsassinnen und -insassen war an diesem winterlichen Abend mindestens eine Idee gekommen, wie sie sich in das kulturelle und soziale Leben der Gemeinde Balow, die sie wenige Stunden zuvor im Rahmen der Untersuchung „Das aktive und soziale Dorf“ besucht hatten, einbringen könnten. Es war überwältigend zu sehen, wie die Bewohnerinnen und Bewohner dieser mit ökonomischen und geografischen Vorzügen wenig bedachten winzigen Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestalten. Nahezu jede Bürgerin und jeder Bürger zwischen drei und 93 Jahren ist zumindest in einem der ortsansässigen Vereine aktiv, treibt Sport, spielt Theater oder engagiert sich für den Erhalt der Grundschule. Balow ist der lebende Beweis: Engagement ist ansteckend – und die Forscherinnen und Forscher waren bereits nach wenigen Stunden in der Gemeinde von diesem Virus befallen.

Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktor für den ländlichen Raum

Die mediale Darstellung entlegener ländlicher Räume – überwiegend in Ostdeutschland – hat in den vergangenen Jahren zu einer fast zwanghaften Verknüpfung mit Abwanderung, Entleerung und Verödung geführt. Die bedrängte Lage vieler ländlicher Gemeinden darf keinesfalls verniedlicht werden, dennoch lassen sich eindringliche Beispiele finden, die belegen, dass der demografische Wandel kein unabwendbares Schicksal ist – und welche entscheidende Rolle eine aktive Bürgerschaft dabei spielt. Angestachelt nicht zuletzt durch die allein negative Berichterstattung über ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern machte sich in den Jahren 2005/06 ein kleiner

Trupp von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Studentinnen und Studenten der Universität Rostock und der Hochschule Neubrandenburg auf die Suche nach „erfolgreichen“ Dörfern. Freilich wurden die üblichen Vorstellungen von Erfolg in den ausgewählten Gemeinden rundweg enttäuscht. Interviews mit Bewohnerinnen und Bewohnern und zentralen Akteurinnen und Akteuren in den ländlich gelegenen Gemeinden Balow (355 Einwohnerinnen und Einwohner), Divitz-Spoldershagen (490) und Spornitz (1051) sowie den beiden Stadtumlandgemeinden Woggersin (530) und Bröbberow (520) förderten rasch zu Tage, dass nicht vorrangig ökonomische Stärken die ausgewählten Gemeinden auszeichneten. Weder fanden sich – mit Ausnahme von Spornitz – eine nennenswerte Anzahl von Gewerbeansiedlungen oder landwirtschaftlichen Betrieben, die vor Ort Arbeitsplätze hätten bieten können. Noch waren die Gemeinden nennenswert touristisch erschlossen. Warum aber wurden den Forscherinnen und Forschern die fünf Gemeinden von den zuständigen Ämtern für Landwirtschaft als besonders „erfolgreich“ vorgestellt, wenn sie weder ökonomisch noch landschaftlich etwas „zu bieten“ hatten?

Der Erfolg der Untersuchungsgemeinden lässt sich freilich vor allem auf dem Gebiet der Bevölkerungsentwicklung konstatieren, denn entgegen dem allgemeinen Trend des beschleunigten Bevölkerungsrückganges ist es Balow, Spoldershagen und den anderen Dörfern gelungen, den Bevölkerungsrückgang abzumildern oder gar ganz zu stoppen. Besonders deutlich wird diese Entwicklung durch eine dynamische Geburtenentwicklung und die gelungene Neuansiedlung junger Paare. Die von den Gemeinden ergriffenen Maßnahmen zur Steigerung der dörflichen Attraktivität dürfen durchaus als „aktive Bevölkerungspolitik“ beschrieben werden, denn neben der Ausweisung günstigen Baulandes und der Sanierung attraktiven innerdörflichen Altbaubestandes bemühten sich die Gemeinden besonders um den Erhalt und Ausbau kinderfreundlicher Infrastruktur wie Kindergärten und Schulen. Doch als entscheidender Erfolgsfaktor lässt sich das ungemein vielfältige und vitale Gemeindeleben in allen Orten benennen. Ähnlich wie in Balow bieten alle Dörfer ein reichhaltiges Programm für Jung und Alt. Die Vereine – allen voran Sportvereine und Freiwillige Feuerwehren – sind in diesen Dörfern die Träger gesellschaftlichen Lebens. Sei es das Tonnenabschlagen in Divitz-Spoldershagen, das jährlich tausende Besucherinnen und Besucher in die entlegene Ortschaft lockt, oder seien es die Veranstaltungen im historischen Speicher in Woggersin bei Neubrandenburg.

Fragen wir nach Indikatoren, die ein solch aktives Miteinander möglich machen, so lassen sich trotz der sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Untersuchungsgemeinden übergreifende Hinweise geben: Es braucht neben „Zugpferden“ (häufig waren dies die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister) einen ganzen Kreis von Akteurinnen und Akteuren, die sich um die öffentlichen Belange kümmern – denn Engagement ist keine One-Woman- oder One-Man-Show. Wenig verwunderlich ist, dass diese „Zugpferde“ über gute Kontakte zur Verwaltung verfügen und wissen, wo man sich Hilfe holt. Ihre ausgeprägten Aktivitäten führen aber keineswegs zu verringerter Aktivität der anderen Bewohnerinnen und Bewohner. Alle fünf Dörfer zeichnen sich durch eine ausgeprägte „Kultur der Eigenverantwortung“ aus, die von der Erkenntnis geprägt ist, dass ein bestimmtes Angebot an sozialen Leistungen nur zustande kommt, wenn man sich persönlich engagiert. Doch neben diesen vielfältigen sozialen Komponenten darf die physische Seite von Engagement nicht unberücksichtigt bleiben. Soziale Aktivitäten brauchen öffentliche Räume der Kommunikation, soziale Orte, an denen bürgerschaftliches Engagement gelebt werden kann. Die untersuchten Gemeinden haben erhebliche Anstrengungen unternommen, um diese Begegnungsstätten zu schaffen – Spiel- und Sportplätze wurden gebaut und mit großem Engagement wurde darum gekämpft, dass Schulen in der Gemeinde blieben. Denn gerade die Kindergärten und Schulen sind weit mehr als Bildungsstätten, sie sind Kristallisationspunkte des dörflichen Lebens, an die sich vielfältiges Engagement anbinden kann.

Die „aktiven und sozialen Dörfer“ zeigen sehr deutlich, welche positiven Entwicklungen eine gelingende Zivilgesellschaft entfalten kann. Denn die Erfolge der Gemeinden lassen sich nicht an ökonomischen Größen oder reizvoller Landschaft festmachen. Ihnen ist es aber gelungen, sich durch den Erhalt sozialer und kultureller Infrastruktur und eine aktive Gemeinschaft als lebenswerte Gemeinden zu präsentieren. Einerseits fühlen sich davon junge Familien angezogen, andererseits ist die hohe Lebensqualität Grund genug für viele Pendler am Ort wohnen zu bleiben.

Bürgerliches Engagement unter Druck

Doch Balow ist nicht überall. Nicht selten gelingt es entlegenen ländlichen Gemeinden weniger gut, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Sie leiden unter den Folgen des demografischen Wandels und der Finanzknappheit öffentlicher Kassen, die sich nur allzu häufig im Abbau öffentlicher Infrastruktur

niederschlagen. Schulen und Kindergärten schließen, Bushäuschen verwaisten, Post- und Bankfilialen sind längst aufgegeben. Für die verbleibende, schnell alternde Bevölkerung bedeutet dies nicht zuletzt einen empfindlichen Verlust an Lebensqualität, der durch ruhiges naturnahes Wohnen nicht wettgemacht werden kann. Strukturschwache ländliche Regionen geraten so in einen Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Alterung, der wiederum leere Staatskassen und einen Abbau an Infrastruktur nach sich zieht.

Nur selten wird danach gefragt, welche Folgen (und politischen Kosten) der Abbau der öffentlichen Infrastruktur für diese peripheren Regionen hat. Vielmehr ist es so, dass die Bürgerinnen und Bürger immer deutlicher darauf eingestimmt werden, dass von ihnen zukünftig größere Selbstverantwortung und Eigenleistung bei der Erbringung bisher staatlicher Leistungen erwartet wird. Ob diese Appelle bei den Menschen überhaupt auf fruchtbaren Boden fallen, ist bisher völlig ungeklärt. Unzweifelhaft erfordern der demografische Wandel und der damit verbundene Wandel der Daseinsvorsorge neue Lösungen, die jenseits einer einseitigen Wachstumsorientierung liegen und bisher unerforschtes Terrain betreten. Eingespielte Rollenmuster zwischen Staat, Markt und Bürgerinnen und Bürgern beginnen sich aufzulösen, ohne dass neue Wege bereits deutlich erkennbar wären. Welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, dass eine aktive Bürgerschaft einen Beitrag zur Problemlösung leisten kann, wird am Beispiel der Gemeinde Galenbeck aufgezeigt, die 2006 Ziel des Forschungsprojektes „Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum“ der Universität Rostock war.

Galenbeck ist eine Gemeinde im Nordosten der Republik, die seit der Gemeindegebietsreform im Jahr 2003 über neun Ortsteile und rund 1 500 Einwohnerinnen und Einwohner verfügt. Wenngleich Galenbeck landschaftlich durchaus reizvoll ist, hat sich der Tourismus doch kaum entwickelt. Öffentliche Infrastruktur beschränkt sich in Galenbeck auf einen Kindergarten und den Schulbusverkehr, der durch einen einmal wöchentlich zusätzlich verkehrenden Linienbus in die nächstgrößere Stadt ergänzt wird. Ein Kiosk versorgt die Bewohnerinnen und Bewohner mit einem winzigen Warenangebot. Weder Sport- noch Spielplätze oder jugendkulturelle Einrichtungen bieten Kindern und Jugendlichen Abwechslung in ihrer Freizeit. In den neun zum Teil aufwendig restaurierten Kirchen werden – wenn überhaupt – nur noch an hohen Feiertagen Gottesdienste abgehalten.

Im Unterschied zu den „aktiven und sozialen Dörfern“ ist das gering ausgeprägte öffentliche Leben in Galenbeck sehr auffällig. Kein Sportverein lädt zum Fußball ein und kein Kirchenchor singt mehr am Donnerstagabend. Letzte Bastion des öffentlichen Lebens sind die vier Freiwilligen Feuerwehren und zwei Heimatvereine. So verwundert es nicht, dass nur rund ein Drittel der Galenbecker Einwohnerinnen und Einwohner bürgerschaftlich aktiv ist (im Vergleich dazu beteiligen sich nach Angaben des Freiwilligensurvey 2004 gut zwei Drittel der Bundesbürgerinnen und -bürger ab 14 Jahre am öffentlichen Leben). In Galenbeck lässt sich gut beobachten wie bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen von Strukturkrise, fehlendem Nachwuchs und rasant voranschreitender Alterung unter Druck gerät. Fehlen soziale Orte wie Schulen oder Kindergärten, an denen bürgerschaftliches Engagement erlebt und erlernt werden kann, dann hat dies – flankiert durch hohe Arbeitslosigkeit und voranschreitenden demografischen Wandel – unmittelbare Folgen für die Mitwirkung im öffentlichen Raum. Ergibt sich keine Gelegenheit mehr – sei es im Ort, im Haushalt oder im Beruf –, auf bürgerschaftlich Engagierte zu treffen, so sinkt die Wahrscheinlichkeit, selbst aktiv zu werden.

Mehr Engagement für Kommunen?

Nehmen wir die Aufforderungen ernst, dass Bürgerinnen und Bürger sich zukünftig stärker für die Belange ihrer Kommune einzusetzen hätten, und fragen die Galenbeckerinnen und Galenbecker, ob sie bereit wären, Seniorenfahrtdienste anzubieten, öffentliche Plätze zu pflegen oder den Kindergarten zu renovieren. Trotz eines gering ausgeprägten bürgerschaftlichen Engagements in der Gemeinde konnte sich doch eine breite Mehrheit der Befragten vorstellen, zumindest fallweise einzuspringen. Insbesondere die eher zupackenden Tätigkeiten (Pflege öffentlicher Plätze, Baumaßnahmen in der Gemeinde) und organisierenden Aktivitäten (Fahrgemeinschaften bilden, Feste veranstalten) sowie soziale Angebote (Pflege von Nachbarinnen und Nachbarn) fanden am ehesten Zuspruch. Die direkte Mitarbeit im Seniorenheim, Kindergarten und in der Schule verlor schon deutlich an Attraktivität. Politisch aktiv zu werden oder die kommunale Verwaltung bei der Antragstellung von Fördermitteln zu unterstützen kam nur noch für fünf bzw. drei Prozent der befragten Haushalte in Frage. Beim Aufbau einer privaten Schule mitzuwirken war sogar für nur zwei Prozent vorstellbar. Trotz der beachtlichen Bereitschaft der Menschen, sich auch für kommunale Belange einzusetzen, wurde in den Interviews stets betont, dass der Einsatz für die Kommune eher fallbezogen betrachtet

und eine Institutionalisierung dieser „Arbeiten“ nicht gewünscht wird. Die zukünftige Gestaltung der Daseinsvorsorge wird beachten müssen, dass das kommunale Engagement der Bürgerinnen und Bürger maximal als Ergänzung zur staatlichen Leistungserbringung „zum Einsatz“ kommen kann, nachhaltige Infrastrukturlösungen lassen sich daraus nicht ableiten.

Große Potenziale, aber ...

Der Wandel der Daseinsvorsorge, der aktuell besonders entlegene ländliche Räume betrifft, ist nicht nur Zeichen einer Krise, sondern auch Aufforderung zu einer Neugestaltung des Miteinanders zwischen Staat, Markt und Bürgerinnen und Bürgern. Der aktiven Zivilgesellschaft wird dabei eine gewichtige Rolle zukommen, daher gilt es, das unzweifelhaft vorhandene Potenzial auch zu entdecken, zu wecken und zu fördern. Die „aktiven und sozialen Dörfer“ belegen, dass zu häufig allein auf ökonomische Größen gestarrt wird und die Leistungen der Zivilgesellschaft unberücksichtigt bleiben. Aber: Bürgerschaftliches Engagement braucht neben tatkräftigen Akteurinnen und Akteuren soziale Orte, an denen öffentliche Kommunikation stattfinden kann. Fehlen öffentliche Räume wie Schulgebäude, Sportstätten oder Wartehallen – eine „Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute“ (Jürgen Habermas) –, in der die öffentliche Meinung verhandelt werden kann, so ist die Zivilgesellschaft ernsthaft in Gefahr. Denn öffentliche Mitwirkung muss erlern- und erlebbar bleiben.

Dem Ansinnen, bürgerschaftliches Engagement, das in Deutschland stark an Sport, Spiel und geselligem Zusammensein orientiert ist, auf bisher private oder staatliche Leistungserbringung auszuweiten, sind keine bedeutenden Erfolgsaussichten zu bescheinigen. Denn die verstärkte Inpflichtnahme der Bürgerinnen und Bürger steht häufig im Gegensatz zum bisherigen Verständnis von Daseinsvorsorge, demzufolge Daseinsvorsorge vor allem in der Verantwortlichkeit des Staates liegt und somit den Menschen keine aktive Rolle bei der Leistungserbringung zukommt. Vielen will es daher nicht recht einleuchten, warum nun Leistungen in Eigenarbeit erbracht werden sollen, für die sie Steuern und Abgaben zahlen (Sanierung öffentlicher Bauten, Fahrdienste für Seniorinnen und Senioren etc.). Eine aktive Zivilgesellschaft braucht neben Anerkennung und Unterstützung vor allem mehr rechtliche und finanzielle Handlungsspielräume, um den Herausforderungen, die sich in vielen entlegenen ländlichen Regionen stellen, gewachsen zu sein.

Die Studien „Das aktive und soziale Dorf“ sowie „Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum“ wurden freundlicherweise vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Die Berichte sind auf der Seite des Ministeriums unter www.mv-regierung.de zu finden.

Matthias Platzeck**Ministerpräsident des Landes Brandenburg**

Geboren am 29. Dezember 1953 in Potsdam



- 1974 – 1979 Studium der biomedizinischen Kybernetik an der Technischen Hochschule Ilmenau
- 1979 – 1980 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Lufthygiene Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)
- 1980 – 1982 Direktor für Ökonomie und Technik des Kreiskrankenhauses Bad Freienwalde
- 1982 – 1990 Abteilungsleiter Umwelthygiene bei der Hygieneinspektion Potsdam; postgraduales Studium der Umwelthygiene, Akademie für Ärztliche Fortbildung, Berlin (bis 1987)
- 1990 – 1990 Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Modrow
- 1990 – 1998 Minister für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg
- 1998 – 2002 Oberbürgermeister der Stadt Potsdam
- Seit 2002 Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Engagiert für Brandenburg – Wir sind auf einem guten Weg

Matthias Platzeck

Regine Hildebrandt hat kurz vor ihrem Tod als Bitte für künftiges Handeln den Satz geprägt: „Kinder, der tiefere Sinn des Lebens liegt im Miteinander“. Für mich ist dieses Credo ein Leitgedanke für mein eigenes politisches Handeln geworden. So sind die wirtschaftliche Entwicklung und das Schaffen und Erhalten von Arbeitsplätzen von hoher Bedeutung für den Wohlstand eines Landes. Für das Wohlfühlen in einer Gesellschaft und die Lebensqualität sind andere Faktoren maßgeblich: Mitbestimmen, Verantwortung übernehmen, im eigenen Lebensumfeld selbst aktiv werden – dem haben sich erfreulicherweise viele Brandenburgerinnen und Brandenburger bereits verschrieben. Das bürgerschaftliche Engagement ist auch in Brandenburg eine der Säulen des Gemeinwesens. Es bietet ungeahnte Chancen für die Gestaltung des Gemeinschaftslebens und des sozialen Zusammenhalts. Bürgerschaftliches Engagement soll aber sozialstaatliches Handeln und kommunale Daseinsvorsorge nur ergänzen. Es darf nie als Ersatz Lücken schließen, wo staatliches Handeln geboten wäre. Der Gewinn bürgerschaftlichen Handelns für die Gesellschaft ist unbestritten. Der Mehrwert für die Engagierten selbstredend. Auch in Zeiten von Unsicherheit und wirtschaftlichem Druck bleibt die Arbeit der vielen Freiwilligen eine Konstante. Sie garantiert eine Nachhaltigkeit des Zusammenlebens. Nur wenn bürgerschaftliche Kompetenz besonders vom Staat ernst genommen wird, wächst die Verantwortungsbereitschaft für die res publica.

Auch wenn in diesen Tagen ständig von Aktienwerten und Konjunkturkurven die Rede ist, trifft das die Alltagserfahrungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger doch nur selten. Lebensqualität lässt sich nur bedingt an den Börsenwerten in Tokio oder Frankfurt am Main ablesen. Lebensqualität wird eher in konkreten Situationen des Alltags spürbar. Dann nämlich, wenn in Frankfurt(Oder) und in Woltersdorf Solidarität im Kleinen gelebt wird. Wenn Menschen ihre Kraft und ihre Zeit für andere einsetzen, ohne dabei nach Geld oder eigenem Vorteil zu fragen.

Neuere empirische Untersuchungen belegen eindrucksvoll, wie viele Menschen derzeit schon in den Feldern der sozialen Arbeit „unterwegs“ sind. Viele könnten noch hinzukommen, da sie für ein Engagement bereit sind, aber noch nicht „abgeholt“ wurden. Dieses enorme Potenzial muss in den nächsten Jahren aktiviert werden.

Viele Formen dieses Engagements sind inzwischen fester Bestandteil des kommunalen Lebens in Brandenburg, beispielsweise die Arbeit von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern oder der Freiwilligen Feuerwehren. Daneben gibt es zahlreiche Initiativen, die sich bestimmten Gruppen der Gesellschaft zuwenden, etwa die Brandenburger Seniorenverbände. Auch Menschen mit Handicap und besonderem Förderbedarf, Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund oder aus benachteiligten Verhältnissen erfahren in Brandenburg viel Unterstützung. Das soziale Ehrenamt lindert Notlagen und baut gesellschaftliche Spannungen ab. Es ermöglicht Teilhabe und Integration. Das reicht von den ehrenamtlich betriebenen Sportvereinen für die Kleinsten bis hin zu Initiativen für das Zusammenwachsen der deutsch-polnischen Grenzregion zu einem gemeinsamen Kultur- und Wirtschaftsraum. Daneben gibt es Formen des Engagements, die sich besonderen Brandenburger Belangen widmen – etwa unserer schönen Landschaft, unserer Geschichte und unseren Kulturschätzen, seien sie noch im Boden vergraben oder vom Verfall bedroht. Bürgerschaftliches Engagement dieser Art hilft, Wertvolles zu bewahren, Vergangenheit und Gegenwart in Einklang zu bringen.

Die Landesregierung unterstützt diese vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements durch eine kontinuierliche Verbesserung der Rahmenbedingungen. Beispielsweise wurde im Jahre 2005 die Koordinierungsstelle für Bürgerschaftliches Engagement in der Staatskanzlei als Ansprechpartner für alle freiwillig Engagierten eingerichtet und zum 1. Januar 2006 ein Versicherungsschutz für freiwillige Helfer eingeführt.

Eine erfreuliche Entwicklung verzeichnet Brandenburg auch bei der Kultur der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements. Ehrenamt wird stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt durch Ereignisse wie die Auszeichnung „Ehrenamtler des Monats“ und jährliche Empfänge anlässlich des Internationalen Tags des Ehrenamtes.

Brandenburg beteiligt sich auch an der bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements – und zwar mit wachsender Resonanz. Im Ver-

gleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl der Veranstaltungen zu diesem Anlass im Land erhöht und die Vielfalt vergrößert.

Im Oktober 2008 fand außerdem ein Kongress mit Unternehmern statt, die sich bürgerschaftlich engagieren und dabei über Spenden und Sponsoring oft weit hinausgehen. Solche Unternehmen bauen eine Brücke zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Wie ein Unternehmen mit seinen spezifischen Kompetenzen dem Gemeinwohl dienen kann, hat z. B. die Brandenburger Firma GSE Protect gezeigt: Sie fördert Konflikttraining in Schulen und arbeitet dabei mit freien Trägern der Jugendhilfe zusammen. Auf diese Weise werden auch professionell agierende Wohlfahrtsverbände eingebunden. Daraus ziehen natürlich alle Beteiligten großen Nutzen.

Viele andere beeindruckende, nachahmenswerte Projekte wurden bei diesem Kongress unter dem Motto „Zusammen in Brandenburg“ von den Wirtschaftsvertretern vorgestellt. Bei solchen Projekten werden zum Teil ganz neue Wege beschritten. Auch das Ehrenamt entwickelt sich mit der Zeit. Die Landesregierung muss darauf reagieren und ihren Maßnahmenkatalog entsprechend anpassen. Eine wichtige Struktur dafür sind die Freiwilligen-Agenturen, wo Angebot und Nachfrage für ehrenamtliche Tätigkeit zueinander finden. 18 derartige Agenturen gibt es in Brandenburg und auch eine übergreifende Landesarbeitsgemeinschaft – die LAGFA.

Auch die Einrichtung von Bürgerstiftungen hat sich bewährt. Sie tragen dazu bei, das große Potenzial an Hilfsbereitschaft im Land gerade bei benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Alltag umsetzbar zu machen. Dazu gehören unter anderem Menschen, die von sehr geringen Einkommen leben müssen. Auch diese Menschen würden sehr gern ihr Können und Herzblut für ehrenamtliche Tätigkeiten aufbringen. Sie haben zwar die Zeit, aber nicht das Geld, um beispielsweise Anfahrten oder ähnliche Aufwendungen zu bezahlen. Hier können die Bürgerstiftungen helfen. Das Prinzip: Wer kein Geld hat, kann durch Zeit- und Ideenspenden Gutes tun. Wer keinen Euro geben kann, schenkt eine Stunde freiwilliger Arbeit. Auch das bürgerschaftliche Engagement kann – und muss – auf kleine Schritte bauen. Feste Funktionen oder langfristige Aufgaben sind nicht immer erforderlich, kleine Beiträge dagegen immer willkommen. In Elsterwerda (Südbrandenburg) funktioniert das Bürgerstiftungs-Prinzip schon sehr gut. Das soll Vorbild für andere Städte in Brandenburg sein.

In der Landesregierung Brandenburgs haben freiwillig Engagierte einen festen Partner, der sie in ihrem Engagement unterstützt. Auch in Zukunft werden wir weiter am Projekt Bürgergesellschaft arbeiten. Wir sollten nicht vergessen: Die Wertschätzung, die dem Ehrenamt und dem gesellschaftlichen Engagement des Einzelnen entgegengebracht wird, sagt viel über Solidarität und Verantwortungsbewusstsein in einer Gesellschaft aus.

Carola Schaaf-Derichs
Geschäftsführerin der Landesfreiwilligen-
agentur Berlin

Geboren am 16. Juli 1958 in Stuttgart



- 1978 – 1980** Studium der Diplom-Psychologie,
Eberhard-Karls-Universität in
Tübingen
- 1980 – 1984** Hauptstudium der
Community-Psychology,
Freie Universität Berlin
- 1984 – 1989** Freiberufliche Gerontologin,
freie Beraterin für Organisationen
- 1989 – 1992** Projektmanagerin für soziale
Organisationen,
Senat für Gesundheit und Soziales
Berlin
- Seit 1992** Geschäftsführerin der
Landesfreiwilligenagentur Berlin

Engagement-Lotsen für die Berliner Gropiusstadt

Carola Schaaf-Derichs

In diesem Beitrag wird ein aktueller Ausschnitt aus einer laufenden Projektarbeit geschildert, die von der Landesfreiwilligenagentur Berlin, dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft, ausgeht. Seit 2005 haben wir das SeniorekompetenzTeam Berlin aufgebaut. Es versammelt derzeit aus Leben und Beruf erfahrene Frauen und Männer zwischen 42 und 75 Jahren, die ihre eigenen Horizonte mit neuen Rollen und Verantwortungen als bürgerschaftlich Engagierte erweitern wollen. Nach der Qualifizierung zum SeniorTrainer bzw. zur SeniorTrainerin engagierten sich die Mitglieder des SeniorekompetenzTeams Berlin in der Beratung von Projekten und Vereinen bzw. Vereinsvorständen. Sie entwickelten neue, jeweils individuelle Rollen als bürgerschaftliche Unterstützer des Berliner Freiwilligentages und der Berliner Freiwilligenbörse. Sie brachten in dieser Lern- und Entwicklungssituation ihr eigenes Potenzial hervor: als Schatzsucherinnen und Schatzsucher für unentdecktes bürgerschaftliches Engagement, als Mentorinnen und Mentoren für Projekte mit Startschwierigkeiten und in der Rolle der Vermittler zwischen Jung und Alt, zwischen Neuem und Bekanntem in dieser Gesellschaft.

Diese besonderen Erfahrungen und Fähigkeiten der SeniorTrainer waren ausschlaggebend dafür, dass sich unsere Freiwilligenagentur und das SeniorekompetenzTeam gemeinsam für die Umsetzung eines Projektes aus dem Bereich der Stadtentwicklung entschieden. Mit der Erfahrung aus zwanzig Praxisjahren als Freiwilligenagentur brachten wir, die Hauptamtlichen, die Kompetenz im Freiwilligenmanagement mit, erarbeiteten relevante zivilgesellschaftliche Fragen, organisierten Aktivierungskampagnen wie den Berliner Freiwilligentag und die „Marktplatz“-Methode, übernahmen das Projektmanagement und die Verantwortung für das Gesamtereignis.

Die Aufgabe bestand darin, das Engagement in einem Stadtteil Berlins, der Gropiusstadt, anzuregen und dort das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner zu fördern. Wir setzten uns das operative Ziel, das bestehende Engage-

gement in diesem Stadtteil sichtbar zu machen, die aktiven Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen und zu ermutigen, ihren Beitrag zum Gemeinwesen aufzuwerten und für Anerkennung zu sorgen. Neue Engagierte suchten wir vor allem im Umfeld von Schulen, Freizeit-Clubs und Stadtteilprojekten. Unser nachhaltiges Ziel ist es, eine offene, anregende Kultur für das Engagement zu schaffen, eine Atmosphäre im Stadtteil, die einlädt zum Mithin und das freiwillige Engagement als lohnenswert für alle Beteiligten herausstreicht. Ein Engagement, das die eigenen Interessen anspricht und so gesehen eine sinnvolle Selbstverwirklichung sein kann.

Als literarisches Beispiel diene uns der junge Protagonist Tom Sawyer aus dem Abenteuerroman des amerikanischen Schriftstellers Mark Twain, der einen Zaun streichen muss. Indem er das ungeliebte Streichen mit Hingabe vormacht, kommt es zu einer Umdeutung der Situation und alle anderen Jugendlichen wollen nun mitstreichen. Um so einen Umdeutungsprozess anzusteuern, haben wir als ersten Schritt ein „EngagementNetz Gropiusstadt“ zum Ziel genommen, ein Netzwerk der Engagierten und Interessierten. Als „Spinne im Netz“ soll dann die Freiwilligenagentur Gropiusstadt gegründet werden.

Die Anfrage: Das freiwillige Engagement im Stadtteil fördern

Berlin ist nicht nur die größte deutsche Stadt, sondern auch die Stadt mit den meisten Quartiersmanagement-Gebieten, 35 sind es derzeit. Sie sind ein Zeichen für die Vielzahl der Veränderungen im soziodemografischen Bild der Stadt Berlin. Es gibt drei Stufen der Intervention, die das Quartiersmanagement unterscheiden: „starke Intervention“, „mittlere Intervention“ und „Prävention“. Unter dem letztgenannten Aspekt arbeitet das Quartiersmanagement Lipschitzallee/Gropiusstadt seit 2006 und fördert dort lokale Aktivitäten und Initiativen.

Hier ein Ausschnitt aus der Homepage dieses QM-Gebietes:

„Viel Grün zwischen den drei- bis neunzehngeschossigen Gebäuden, Nahversorgungseinrichtungen in zwei Ladenzentren, Kitas, Schulen, Gesundheitszentrum, Seniorenhäuser, ein guter Anschluss an das öffentliche U-Bahnnetz, der Einzugsbereich der Gropiuspassagen, Berlins größtem Einkaufszentrum: Betrachtet man lediglich die sehr gute Infrastruktur in

der Gropiusstadt ganz im Südosten Neuköllns – in dem Gebiet rund um die Lipschitzallee bis zum Zwickauer Damm –, sind keine Probleme erkennbar.

Auf den zweiten Blick werden die Probleme der rund 24.400 Bewohner des neuen Präventionsgebietes deutlich: Sie wohnen in einer Großsiedlung aus den 60er und 70er Jahren zwar eng beieinander, dennoch gibt es eine große Anonymität. Zwischen den Nachbarn aus verschiedenen Herkunftsländern treten Spannungen auf – untereinander und mit der deutschen Stambevölkerung, es gibt viel Arbeitslosigkeit, Jugendliche haben keine berufliche Perspektive. Straßen und Plätze sind schmutziger und unsicherer geworden.“

Unser Auftrag lautete, in der Gropiusstadt eine Freiwilligenagentur zu gründen, die als Vernetzerin zwischen den bestehenden Einrichtungen und Initiativen sowie den engagementbereiten Bewohnerinnen und Bewohnern der Gropiusstadt wirkt, bürgerschaftliche Verbindungen und Vertrauen schafft sowie Neugier und Interesse an Beteiligung weckt. Die erste Aufgabe bestand darin, die verschiedenen Teile der Bevölkerung, ihre Anliegen und Einstellungen gegenüber dem Bürgerschaftlichen Engagement kennen zu lernen. Dazu wurden im SeniorskompetenzTeam verschiedene Methoden entwickelt, die uns in die Lage versetzten, Kontakte, O-Töne und Eindrücke zu sammeln:

- Kiezspaziergänge, um Wohnsituationen, Lokalitäten und Bevölkerung wahrzunehmen,
- Systematische Recherche der ansässigen Einrichtungen, Vereine und Initiativen,
- Kontakt zur ortsansässigen Wirtschaft, zu den Gewerbetreibenden,
- Kontakt zu den maßgeblichen Wohnungsbaugesellschaften,
- Kontakt zu Bürgerinitiativen.

Gleich zu Beginn dieser Arbeit wurde ein „Projektteam“ als Untergruppe des SeniorskompetenzTeams gebildet: Es waren ausschließlich diejenigen, die sich auf die Länge des Projektes (ca. zwei Jahre), auf seine Themen (soziodemografischer Wandel, Stadtentwicklung, Strukturen schaffen für Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement) und auf den Ist-Stand der Gropiusstadt einlassen konnten und wollten und darüber hinaus Neugier und Tatendurst mitbrachten. So fand sich schließlich eine Zehner-Gruppe zusammen. Für sie war das so genannte „Fachteam“, bestehend aus vier im

Freiwilligenmanagement langjährig erfahrenen und für dieses Projekt spezifisch qualifizierten Hauptamtlichen (Projektleiterin, Organisationsentwicklerin, Beteiligungsexpertin, Journalist), der zentrale Partner. Die Zusammenarbeit beider Teams war die wichtigste Ausgangsbedingung, die wir vereinbart hatten. Gemeinsam aus Theorie und Praxis zu lernen, das war die Plattform, auf der sich die Haupt- und Ehrenamtlichen mit großem Engagement trafen.

Die Entdeckung des Engagements beginnt

Aller Anfang ist schwer. Die Kiezspaziergänge waren aufschlussreich, und wir entdeckten neben einer dichten Wohnsituation in den Hochhäusern eine ehemals aktive, heute verhalten engagierte Bewohnerschaft. Früher war alles besser, erfuhren wir vereinfacht ausgedrückt. Und dann waren Veränderungen eingetreten, neue Generationen von Bewohnerinnen und Bewohnern zugezogen, die in verschiedener Hinsicht „anders“ waren. Unser Themenspektrum erweiterte sich, wir waren zur Förderung von Engagement besonders in Hinsicht auf kulturelle Unterschiede gefordert.

Unsere Aufgaben und Rollen im Projekt EngagementNetz Gropiusstadt konnten folgendermaßen differenziert werden:

Die hauptamtliche Arbeit des Fachteams konzentrierte sich auf die Schaffung von Aktivierungs- und Beteiligungsformen sowie auf die Förderung von Akzeptanz anderer Organisationen in Bezug auf die geplante Freiwilligenagentur.

Die Aufgabe unserer ehrenamtlichen Gruppe ergab sich aus zwei konzeptionellen Schritten: Zu Beginn sahen wir die Ehrenamtlichen als „Engagement-Scouts“, die die Pfadfinderinnen und Pfadfinder, Erkunderinnen und Erkunder, Kontaktknüpferinnen und -knüpfer, Gesprächspartnerinnen und -partner vor Ort waren. Ihre Ziele als Scouts blieben prozessoffen, denn uns war bewusst, dass wir zuerst eine „Diagnose“ der Gegebenheiten brauchen. Als Hintergrundwissen waren alle Erfahrungen aus eigener Anwohnerschaft, aus Umzügen und dem Auf und Ab des Nachbarschaftslebens gefragt.

In unseren Diagnosen und Analysen ging es auch um die Kenntnisse der verbandlichen, der politischen und der Verwaltungsseite der Gropiusstadt:

Wie wirken sich bestehende Strukturen des Zusammenlebens auf die Kooperationsbereitschaft und auf die Arbeitsebene von sozialen und gemeinwohlorientierten Diensten aus?

Auf einer weiteren Ebene war zu erfassen, was durch die Rahmenstrategie des Quartiersmanagements zur Abwendung von „negativen Entwicklungen“ im Stadtteil Gropiusstadt an Ergebnissen entstand. Schließlich bewirkte das QM einen Strom von finanziellen Mitteln, um neue Projekte anzuregen. Gleichzeitig war aber zu bedenken, dass die eigenen Potenziale des Quartiers damit nicht zwangsläufig aktiviert wurden. Wie war der Stand zum Thema „Eigeninitiative“, der Grundlage allen bürgerschaftlichen Engagements, im Quartier?

Diese Potenziale aufzuspüren und sichtbar zu machen, war eine der schwierigsten Aufgaben der Engagement-Scouts. Die meisterten sie hervorragend: Stets offen für Mitteilungen aus dem Quartier sein, sich in die Lage der Bewohnerinnen und Bewohner und dort Arbeitenden versetzen und nicht nachlassen, bis es zu dem erhofften Austausch der Information kommt. Ganz offen thematisierten wir die Anforderungen an diese Rolle bei unseren regelmäßigen Austauschtreffen von Fachteam und Engagement-Scouts. Sie verlangten immer wieder, die eigene Person vorzustellen und den Trägern zu erklären, und unser Anliegen nahe zu bringen. Gebraucht wurden große Präsenzzeiten, Flexibilität bei Terminvereinbarungen und ein gutes Gespür für wichtige soziale Knotenpunkte oder Zusammenkünfte im Quartier, um bei den Gesprächen vor Ort dabei zu sein. Auf den Punkt gebracht: Die Rolle der Engagement-Scouts konnte unseres Erachtens am besten von bürgerschaftlich Engagierten ausgeführt werden, sie wäre nur schwer mit der Rolle von Hauptamtlichen vereinbar gewesen.

Umgekehrt war es die Rolle der Hauptamtlichen und damit der Projektleitung, die großen Schritte des Entwicklungsprozesses mit Lernangeboten vorzubereiten, zu begleiten und zu vertiefen. Damit konnte das Fachteam die Kompetenzentwicklung der Engagement-Scouts weiter untermauern und Lernprozesse sowie spontane Treffen in kleinen Lerngruppen anregen. Vor allem war der Zuwachs an Selbstbewusstsein bei den Scouts eines der wichtigsten Ergebnisse: Sie konnten ihre Rolle und ihre Position im Gesamtprozess immer differenzierter wahrnehmen und gestalten.

Nach einem halben Jahr gab es eine positive Zwischenbilanz: So gut wie alle Einrichtungen, die potenzielle Kooperationspartner der Freiwilligenagentur

werden könnten, waren kontaktiert und nach ihrem Bedarf an Freiwilligen befragt worden. Die überwiegende Zahl der Einrichtungen ging auf dieses Angebot erfreut ein. Auch die Chancen, Freiwillige zu gewinnen, schienen gegeben. Aber dafür müsste sich der Kreis der Angesprochenen über die Grenzen des Stadtteils hinaus ziehen, also auch Nicht-Gropiusstädterinnen und -städter sollten hierzu gewonnen werden. Die problematischer werden den Beziehungen in dieser Großsiedelung zeigten deutliche Folgen. Unsere kritische Auswertung der bisherigen Entwicklungen und unserer Erfahrungen für die künftigen Perspektiven der Freiwilligenagentur bewiesen, dass in der konsequenten bürgerschaftlichen Öffnung große Chancen liegen würden. Diese Erkenntnis teilte das Fachteam mit den Scouts einhellig.

Der zweite Schritt konnte nun eingeleitet werden: die Recherche-Phase. Das Kennenlernen war weitgehend abgeschlossen, nun ging es um die strategische Vernetzung. Als Engagement-Lotsen begannen die Ehrenamtlichen nun, die Verbindung zu den Einrichtungen und den zu gewinnenden Freiwilligen mit der vorläufigen Ansiedelung der Freiwilligenagentur im zentral gelegenen Gemeinschaftshaus der Gropiusstadt herzustellen. Auf diese Phase bereiteten wir uns entsprechend vor. In vier eintägigen Seminareinheiten erarbeiteten wir die institutionellen Aspekte von Freiwilligenagenturen und zwar zusammen mit einer Gruppe von Freiwilligenagenturen aus anderen Stadtteilen. Diese Qualifizierung war gut für das ganze Team. Wir konnten ohne die Betriebsamkeit im Projektalltag die bisherigen Entwicklungen, Ein- und Ausblicke auf unsere Zielsetzung reflektieren und deren Beziehung zu gesellschaftlichen oder überregionalen Prozessen diskutieren. Nicht zu unterschätzen war die fachliche Anerkennung, die die ehrenamtlichen Engagement-Lotsinnen und -Lotsen von ihren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Freiwilligenagenturen erfuhren und ihrerseits geben konnten. Wir alle haben diese Wertschätzung und Bewertung unserer Leistungen durch Außenstehende als Motivation für die nächste Phase mitgenommen.

Unsere Zwischenbilanz für ein „Gemischtes Doppel“

An diesem Punkt waren wir, als dieser Beitrag geschrieben wurde. Wir haben die notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau der Freiwilligenagentur Gropiusstadt in die Praxis umgesetzt:

- Es gibt einen Überblick über die Wünsche und den Bedarf an bürgerschaftli-

chem Engagement, sei es aus Sicht der Organisationen, aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger, der Bürgerinitiativen oder der engagierten Wirtschaft.

- Verschiedene Formen der Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements wurden praktisch umgesetzt und haben bei den Akteurinnen und Akteuren in der Gropiusstadt großes Interesse hervorgerufen.
- Die Mischung von Theorie und Praxis war als ausgewogen und angemessen für ein gemischtes Team empfunden worden: Recherche von Dokumenten und Informationen als „Wissensspeicher“, Erfahrung sammeln im Quartier, Bedürfnisse von Betroffenen ermitteln, Aktivierungsverfahren vorleben, passende Lernangebote als Unterstützung schaffen, selbst Erfahrungen weitergeben.
- Aus den Widerständen lernen: Die Ehrenamtlichen sahen sich immer wieder mit Hürden, Schwierigkeiten und Widerständen konfrontiert, die auch für die Bewohnerinnen und Bewohner der Gropiusstadt in ihrem bürgerschaftlichen Engagement bestanden. Hier waren die Fähigkeit der Gruppe, Probleme zu lösen, und die Verankerung als Projekt mit einem autonomen Träger ausschlaggebend für Lösungsansätze. Einzelne Engagierte hätten vermutlich kaum Chancen auf Erfolg gehabt.
- Die Kooperationskultur von haupt- und ehrenamtlich Tätigen im Projekt war bei der Außendarstellung ein wichtiges Argument für die Qualität der Arbeit: Wir verstehen uns als partnerschaftlich, kollegial und gleichberechtigt, was im Alltag viel Respekt für die Rollen und Funktionen der jeweils anderen abverlangte.
- Die große Kompetenz der Ehrenamtlichen als Scouts und als Lotsen war der Hauptgrund für das Vertrauen, das ihnen von den Menschen in der Gropiusstadt entgegengebracht wurde. Dazu zählten nicht nur Berufs- und Lebenserfahrung, sondern auch die Sensibilität und Aufgeschlossenheit für verschiedene Generationen, Herkünfte, Familienstände, Arbeitsbelastungen, Strukturprobleme im Quartier sowie die eigene hohe Motivation und der Enthusiasmus, konstruktiv Veränderungen herbeizuführen.

Interessanterweise spielte das biologische Alter der Aktiven im SeniorekompetenzTeam Berlin als Engagement-Lotsen oder Scouts keine zentrale Rolle, es sei denn bei eigenen Lebensthemen, familiärer Inanspruchnahme oder Einschränkungen der Gesundheit oder der Mobilität. Der Begriff des „Erfahrungswissens“

bekam eine generationenübergreifende Bedeutung. Dieses Konzept sollte daher auch in der wissenschaftlichen Betrachtung noch viel mehr Aufmerksamkeit bekommen.

Ein ganzheitliches Verständnis für die Vielfalt der Lebenslagen wurde durch diejenigen im Team gefördert, die mit Behinderung oder anderen Beeinträchtigungen leben. Sie konnten aus ihrer Sicht wertvolle Hinweise und Eindrücke vermitteln, die für Barrierefreiheit, Erreichbarkeit oder Mobilitätsunterstützung in der Gropiusstadt insgesamt oder in einzelnen Einrichtungen und an verschiedenen Orten beitragen. Damit ließ sich für die ganze Gruppe besser nachvollziehen, was es heißt, als beeinträchtigter oder behinderter Mensch im städtischen Raum unterwegs zu sein.

Die Ehrenamtlichen des EngagementNetzes Gropiusstadt haben eine Vorbildfunktion für andere Aktive im Quartier übernommen. Sie stehen mit ihren Aufgaben nicht unmittelbar im Feld klassischer Ehrenämter, wie z. B. in Vereinsvorständen oder dem Quartiersbeirat, wohl aber in der Rolle der bürgerschaftlich Engagierten für das Lebensumfeld. Sie sind damit die „active citizens“, um die es in der Gropiusstadt geht. So arbeiten sie z. B. mit einer Ethiklehrerin und rund zehn engagierten Schülerinnen und Schülern einer Schule an den Projekten weiter, die vom Berliner Freiwilligentag 2008 in der Gropiusstadt angestoßen wurden. Dazu gehören die Pflege eines öffentlichen Parks, die Kooperation mit einem Seniorenheim, wo die Schülerinnen und Schüler im Kontakt mit Bewohnerinnen und Bewohnern sind, die Betreuung von Kindern in einem Freizeit-Club und das Interesse an weiteren Initiativen und Einrichtungen als potenzielle Einsatzorte eines spannenden bürgerschaftlichen Engagements.

Fazit

Wir haben als Gesamtgruppe aus vier haupt- und rund zehn ehrenamtlich Tätigen auch Grenzen erfahren. Vom bürgerschaftlichen Engagement werden immer mehr Lösungen für komplexe gesellschaftliche Problemlagen erwartet, aber auch die motiviertesten Engagierten können nicht zaubern. Die zentrale Botschaft heißt deshalb nach wie vor, dass Ehrenamtliche einen sehr gut organisierten und verlässlichen Projektrahmen brauchen, dass sie Entlastung durch die Kooperation mit speziell qualifizierten Hauptamtlichen im Projekt benötigen, um komplexe und kompetente Leistungen mit einem

Gewinn für sich und die Gesellschaft realisieren zu können. Die Ergebnisse, die daraus entstehen, wie das hier geschilderte EngagementNetz Gropiusstadt, sind von besonders beeindruckender, lebensnaher und anstiftender Art: eben bürgerschaftlich nachhaltig.

Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesminister des Innern

Geboren am 18. September 1942 in Freiburg



- | | |
|--------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Seit 1965 | Mitglied der Christlich Demokratischen Union |
| Seit 1972 | Mitglied des Deutschen Bundestages |
| 1976 – 1984 | Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sport der CDU |
| 1981 – 1984 | Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion |
| 1984 – 1989 | Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes |
| 1989 – 1991 | Bundesminister des Innern |
| 1991 – 2000 | Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages |
| 1998 – 2000 | Vorsitzender der CDU Deutschlands |
| Seit 2000 | Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands |
| 2002 – 2005 | Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik |
| Seit 2005 | Bundesminister des Innern |

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und ehrenamtliches Engagement

Dr. Wolfgang Schäuble

Deutschland ist eine lebendige Demokratie. Die Menschen in Deutschland nutzen die Beteiligungsmöglichkeiten unserer freiheitlichen Ordnung, um sich mit ihren Vorstellungen einzubringen und den gesellschaftlichen Wandel mitzugestalten. Dieser Wille zum Mitgestalten ist die vielleicht wichtigste Form der Identifikation mit unserem Gemeinwesen und seinen Institutionen. Er ist eine Ressource für die Bewahrung und Fortentwicklung unserer Ordnung und damit der beste Schutz für unsere Freiheit.

Vielfalt – Chance und Herausforderung

Die aktive Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger ist umso wichtiger, je größer der Wandel ist, den eine Gesellschaft bewältigen muss. In Deutschland erleben wir in fast allen Lebensbereichen Veränderungen, wie sie typisch für moderne Gesellschaften sind. Die Spezialisierung des Wirtschaftens führt auch zu immer individuelleren Lebensweisen. Stabile Lebenswelten und Milieus geraten in Bewegung. Damit gehen viele Chancen einher. So gab es zu keiner Zeit mehr Selbstbestimmtheit im Lebensentwurf oder Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Die Wissensgesellschaft bietet viele Freiräume, in denen Kreativität und Eigeninitiative auch mehr Eigenständigkeit und persönliche Freiheiten eröffnen. Unsere Gesellschaft wird dadurch insgesamt heterogener, vielfältiger und damit auch widersprüchlicher. Die Folgen der zunehmenden Globalisierung, also der weltweiten Vernetzung von Menschen, Gruppen und Unternehmen, verstärken diesen Effekt.

Unsere freiheitliche demokratische Ordnung hat sich gerade in ihrer Offenheit für Wandel bewährt. Sie wird jedoch zunehmend durch Folgen dieses Wandels gefährdet, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger schwinden lassen: die hohe Gewaltbereitschaft und Gewaltkriminalität insbesondere bei Kindern und Jugendlichen; die Zunahme extremistischer Einstellungen und Straftaten;

wachsende Politikverdrossenheit und zum Teil auch schwindende Beteiligung am demokratischen Prozess. Manche Menschen tun sich schwer, mit den Anforderungen einer modernen und komplexen Gesellschaft Schritt zu halten. Sie empfinden mehr Entscheidungsmöglichkeiten als Belastung, fühlen sich damit allein gelassen und überfordert. Andere vergessen, dass mit mehr Freiheit des Einzelnen auch mehr Verantwortung für die Folgen des eigenen Handelns einhergeht.

Demokratie bedeutet Mitverantwortung

Der Staat steht in der Verantwortung, darauf eine Antwort zu geben. In einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung ist der Staat aber letztlich darauf angewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger gesellschaftlichen Wandel verantwortlich gestalten. Ihr Engagement ist Voraussetzung für das Gelingen von Demokratie. Deshalb sind Staat und Bürgerinnen sowie Bürger verantwortlich für den Fortbestand unserer Ordnung – und für die Lösung all der Probleme, die sich aus den Veränderungen unserer Lebens- und Wirtschaftsweise ergeben. Es ist Aufgabe von Politik, den Bürgerinnen und Bürgern Räume und Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung zu eröffnen, sie zum Engagement zu ermutigen und dazu beizutragen, dass ihr Engagement positive Wirkungen entfalten kann. Ziel muss es sein, dass Engagement zu politischer Partizipation, also zu Teilhabe und Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsprozessen führt.

Die Formen und Ebenen demokratischer Partizipation sind vielfältig. Bürgerinnen und Bürger bestimmen bei Wahlen, wer sie in politischen Entscheidungsprozessen vertreten soll. Sie wirken in Städten und Gemeinden bei konkreten Planungsvorhaben mit, stimmen in Volksentscheiden selbst über ihnen besonders wichtig erscheinende Fragen ab. Um ihre Interessen zu artikulieren, organisieren sie sich in Parteien, Verbänden, Vereinen und vielen anderen, immer wieder neu entstehenden Formen demokratischer Selbstorganisation.

Bereitschaft und Befähigung zu Engagement

Jede Bürgerin, jeder Bürger in Deutschland kann sich engagieren. Mit der Komplexität unserer Gesellschaft nimmt aber auch die Komplexität der Fragen und Probleme zu, auf die wir Antworten finden müssen. Deshalb ist der Staat gefordert, nicht nur die Bereitschaft zu Engagement zu fördern, sondern

auch die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger, die Voraussetzung sind für gelingendes Engagement. Der politischen Bildung kommt dabei eine wesentliche Rolle zu: Sie informiert über konkrete Partizipationsmöglichkeiten, eröffnet Reflexionsräume, vermittelt das erforderliche Wissen, fördert „Demokratielernen“ und politische Urteilsfähigkeit.

Die Bundeszentrale für politische Bildung, eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums des Innern, und die Landeszentralen für politische Bildung in den Ländern leisten hier wertvolle Grundlagenarbeit – zusammen mit vielen Bildungsträgern der Zivilgesellschaft. In einer zunehmend heterogenen Gesellschaft sind sie alle noch mehr gefordert, verschiedenste Zielgruppen zu erreichen und für ein demokratisches Zusammenwirken zu gewinnen. Es gilt, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen Interesse zu wecken und Lust auf Engagement und Beteiligung zu machen. Untersuchungen haben gezeigt, dass der Grundstein für das Engagement in der Kindheit und Jugend gelegt wird. Die Förderung bürgerschaftlicher Aktivitäten muss deshalb schon frühzeitig beginnen. Auch Zuwanderinnen und Zuwanderer und Angehörige so genannter bildungsferner Schichten müssen stärker als bisher für das bürgerschaftliche Engagement gewonnen werden.

Folgen der demografischen Entwicklung

Wie wichtig es ist, dass wir bei allen Menschen dafür werben mitzumachen, zeigen Studien zu den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Einer Umfrage nach waren 2005 etwa 33 Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich tätig. Damit ist der Anteil engagierter Personen in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Bei den Männern dominierten Sport und Bewegung das Engagement; bei den Frauen dagegen soziale Zwecke sowie Tätigkeiten rund um die Förderung von Kindern, etwa in Schulen und Kindergärten. Menschen zwischen 35 und 65 Jahren bringen unter allen Altersgruppen die meiste Zeit für Engagement auf. Auffällig ist der starke Anstieg bei den Älteren – ein Spiegelbild der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft.

Die über 65-jährigen werden künftig eine noch wichtigere Rolle in bürgerschaftlichen Aktivitäten einnehmen. Wenn wir die demografische Entwicklung meistern wollen, müssen wir ihnen attraktive und geeignete Angebote machen, wie sie die in einem langen Berufs- und Familienleben erworbenen Erfahrun-

gen und Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen können. Die Alterung der Gesellschaft zieht jedoch auch nach sich, dass die Zahl der engagierten jüngeren Personen vermutlich langfristig sinken wird. Das wird vor allem die Betreuung von und die Vertretung der Interessen von Schülern und Jugendlichen treffen. Auch wenn die Zahl der Schülerinnen und Schüler und der Jugendlichen aktuellen Prognosen nach ebenfalls sinken wird, müssen wir zukünftig noch mehr junge Menschen für das Engagement gewinnen, wenn wir heute selbstverständliche Angebote in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erhalten wollen.

Besonders starke Auswirkungen wird die demografische Entwicklung auf viele ländliche oder strukturschwache Gebiete haben. Sie sehen sich schon jetzt mit einem Bevölkerungsschwund konfrontiert, der Auswirkungen auf die vielen Angebote auf kommunaler Ebene hat, die von Ehrenamtlichen getragen werden. Ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement könnte helfen, entstehende Engpässe abzumildern – beispielsweise im Pflegebereich, in der Kinderbetreuung, in der Seelsorge oder in Beratungseinrichtungen.

Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz

Politische Bildung kann zu Engagement inspirieren, notwendiges Wissen und auch Fähigkeiten vermitteln. Ob und wie nachhaltig Menschen sich engagieren, hängt jedoch maßgeblich auch davon ab, ob sie attraktive und geeignete Angebote vorfinden. Ein Bereich, in den sich besonders viele Menschen einbringen, ist der Zivil- und Katastrophenschutz. Die in Deutschland praktizierte enge Verzahnung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist weltweit einmalig. 1,8 Millionen überwiegend freiwillig oder ehrenamtlich tätige Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz bilden das Rückgrat dieses Systems. Dazu gehören ca. 80.000 Helferinnen und Helfer des Technischen Hilfswerks (THW), rund 1,1 Millionen Feuerwehrleute sowie 600.000 Helferinnen und Helfer beim Deutschen Roten Kreuz (DRK), dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), beim Malteser Hilfsdienst (MHD), bei der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG).

Diese Organisationen und die in ihnen engagierten Menschen sind nicht nur ein solides Fundament für die innere Sicherheit in unserem Land. Mit ihren Ausbildungsleistungen, ihrer flächendeckenden Präsenz und ihrer aktiven

Jugendarbeit leisten sie auch einen unverzichtbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. An manchen Orten geben allein sie Jugendlichen die Chance, von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen zu lernen, die eigenen Talente zu entwickeln und Gemeinschaft zu erleben.

Weil die demografische Entwicklung auch diese Organisationen treffen wird, entwickeln das Bundesministerium des Innern und die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern gemeinsam mit den Organisationen Lösungen für die Zukunftssicherung des Bevölkerungsschutzes. Neben moderner technischer Ausstattung braucht es vor allem eine zeitgemäße Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um sie dauerhaft zu motivieren und um neue Helferinnen und Helfer zu gewinnen. Die Aus- und Fortbildung wird künftig noch stärker auch die berufliche Qualifizierung der Ehrenamtlichen in den Blick nehmen, damit sowohl für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer als auch für ihre Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ein zusätzlicher Nutzen entsteht. Die Hilfsorganisationen wollen außerdem mehr Migrantinnen und Migranten und mehr Frauen gewinnen.

Ein Beispiel dafür ist die Initiative „Frauen an den Brand-Herd“ des Deutschen Feuerwehrverbandes. Das THW setzt stark auf Jugendarbeit. In seinen Jugendgruppen lernen derzeit über 15.000 Jugendliche von 10 bis 17 Jahren. Jugendliche und junge Erwachsene können beim THW seit 2008 auch ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren. Diese Initiative ist vorbildlich, weil sie junge Menschen in Verantwortung bringt, die sich oft ihr Leben lang für unsere Gesellschaft und ihre Menschen einsetzen.

Ehrenamtliche im Sport

Eine besondere Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt spielt der Sport. Nicht nur, aber auch weil er von allen Bereichen unserer Gesellschaft derjenige ist, in dem sich die meisten Menschen organisieren. 27,3 Millionen Menschen sind Mitglied in einem der 90 000 Sportvereine in Deutschland. Davon bringen sich über 2,7 Millionen Menschen in Ämter und Funktionen ein, ob als Trainerrinnen oder Trainer, Übungsleiterinnen oder Übungsleiter und Betreuerinnen und Betreuer oder in Führungs- und Verwaltungsaufgaben. Hinzu kommen nochmals 4,7 Millionen Menschen, die freiwillige Tätigkeiten übernehmen, etwa bei Sportveranstaltungen. Ohne sie könnten weder Trainingseinheiten noch Wettkämpfe stattfinden.

Besonders gut schneiden hier die neuen Bundesländer ab. Durchweg 40 Prozent der Mitglieder in den dortigen Vereinen übernehmen Funktionen und Aufgaben, eine Quote, die sonst nur in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein erreicht wird. In den neuen Bundesländern gibt es dafür Nachholbedarf bei den Breitensport-Angeboten, die sich an Jugendliche richten. Und in ganz Deutschland könnte noch mehr getan werden, um den Anteil der Frauen in Ämtern und Funktionen, der in den vergangenen Jahren auf etwa ein Drittel gestiegen ist, weiter zu erhöhen. Nur wenige Frauen üben das Amt einer Vereinsvorsitzenden aus. Hier gilt es ein Potenzial zu heben, auch durch bessere Rahmenbedingungen, zum Beispiel was die Vereinbarkeit zusätzlichen Engagements mit Beruf und Familie angeht.

Wie alle anderen gesellschaftlichen Organisationen wird zudem auch der Sport gefordert sein, einer eher nachlassenden Bereitschaft zur Übernahme von Funktionen und Ämtern entgegenzuwirken.

Auch wenn es immer noch etwas zu verbessern gibt: Der Einsatz der Ehrenamtlichen im und für den Sport ist vorbildlich. Wie viel Zeit sie investieren, ist kaum zu messen. Der Sportentwicklungsbericht der Bundesregierung kommt auf der Grundlage von Schätzungen zu dem Ergebnis, dass im „Durchschnittsverein“ 525 Stunden unentgeltlicher Arbeit pro Monat geleistet werden. Das würde einem Gegenwert von etwa 7.875 Euro entsprechen. Solche Zahlen untermauern, wie unverzichtbar dieser Einsatz auch in wirtschaftlicher Hinsicht für eine lebendige Bürgergesellschaft ist.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Nicht nur der Sport und der Katastrophenschutz würden unter einem Rückgang von Engagement leiden, sondern auch die soziale Betreuung, die in Deutschland oft auch die christlichen Kirchen leisten. Allein in den evangelischen Kirchen sind 1,1 Millionen Gläubige ehrenamtlich aktiv; 500 000 arbeiten in der Diakonie. Ungefähr die gleiche Zahl engagiert sich in der Katholischen Kirche und der Caritas. Diese insgesamt drei Millionen Menschen leisten einen unschätzbaren Beitrag zum sozialen Leben und zur sozialen Versorgung in unserem Land. Die kirchliche Jugendarbeit macht sinnvolle Freizeitangebote und vermittelt die Werte der Kirchen wie auch unseres freiheitlichen Gemeinwesens. Viele Christinnen und Christen bringen sich in demokratische Parteien und Organisationen ein; die friedliche demo-

kratische Revolution 1989 und der folgende demokratische Neubeginn in den neuen Ländern wären ohne engagierte Christinnen und Christen kaum möglich gewesen.

Auch die Zukunftsfragen der Gegenwart wie die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern haben sich die Kirchen vor vielen anderen auf die Fahnen geschrieben. So feiert 2009 CIBEDO, die Zentralstelle der Katholischen Kirche in Deutschland für den christlich-muslimischen Dialog, das 30. Jahr ihres Bestehens. Auch die jüdischen Gemeinschaften und die vielen islamischen Gemeinden in Deutschland sind gefordert, zugewanderte Angehörige ihres Glaubens bei der Integration in die deutsche Gesellschaft zu unterstützen. Der interreligiöse Dialog zwischen Christen, Juden und Muslimen wie auch der interkulturelle Dialog mit Staat und Gesellschaft sind wichtige Instrumente, um unsere Gesellschaft trotz wachsender Unterschiede zusammenzuhalten.

Gemeinsam für unsere Demokratie

Das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist das Rückgrat unserer Demokratie. Wenn wir es noch stärker wirksam machen wollen, müssen wir Mittel und Wege finden, ehrenamtliche Arbeit attraktiver zu gestalten und die Vielfalt von Möglichkeiten des sich Einbringens aufzuzeigen. Männer und Frauen, Ältere und Jüngere, höher und geringer Qualifizierte, Menschen in den neuen wie auch in den alten Bundesländern: Alle können etwas beitragen, um ihr Lebensumfeld noch lebenswerter zu machen und den gesellschaftlichen Wandel zu gestalten. Gesellschaftlicher Zusammenhalt lässt sich nicht vom Staat verordnen. Er wächst im gemeinsamen Eintreten für unsere freiheitliche Demokratie.

Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg
Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft
der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)

Geboren am 10. März 1951 in Oberaula-Hausen



- | | |
|--------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1972 | Abschluss als Sozialpädagogin |
| 1972/1973 | Praktische Ausbildung und Tätigkeit als Betreuerin im Heim für milieugeschädigte Jugendliche Sankt Elisabeth, Marburg |
| 1975 – 1978 | Jugendleiterin in einer evangelischen Kirchengemeinde |
| 1969 – 1985 | Ehrenamtliche Betreuung einzelner Strafgefangener sowie drogenabhängiger und psychisch kranker Jugendlicher |
| Seit 1979 | Ehrenamtliche Tätigkeit im Kreisverband Wuppertal des DRK in verschiedenen Funktionen |
| Seit 2006 | Vizepräsidentin des Deutschen Roten Kreuzes |
| 2007/2008 | Vizepräsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) |
| Seit 2009 | Präsidentin der BAGFW |

Engagement für den Erhalt eines sozialen Gemeinwesens

Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg

Die Einladung der Bundesministerin zur Mitgestaltung dieses Readers ist aus Sicht der Wohlfahrtspflege ein Beleg für das konstruktiv-kritische Miteinander von Politik und Wohlfahrtspflege und ermutigt dazu, diesen Weg weiter miteinander zu gehen.

Zunächst ist zu klären, wie der Begriff der Nachhaltigkeit im Kontext des bürgerschaftlichen Engagements im Folgenden verstanden werden soll.

Nachhaltigkeit bezeichnet im Allgemeinen nur die Nutzung bzw. Bewirtschaftung eines regenerierbaren bzw. regenerativen Systems – und zwar in einer Weise, dass dieses System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Bestand auf natürliche Weise nachwachsen kann. Ursprung und bekanntestes Beispiel zur Verwendung dieses Begriffes ist die Forstwirtschaft. Erstmals wurde die Grundidee 1560 in der kursächsischen Forstordnung formuliert. Der Grund dafür war der hohe Bedarf an Holz für die Bergwerksverbauungen: „... dass den Untertanen und Bergwerken, soviel möglichen und die Gehölze ertragen können, eine währende Hilfe, auch eine unseren Ämtern eine vor und vor bleibende und beharrliche Nutzung bleiben möge.“

Nachhaltigkeit an sich ist zunächst also nur die Beschreibung einer systembezogenen Art des Handelns bzw. des Wirtschaftens. Will man Nachhaltigkeit aber nicht nur theoretisch diskutieren, muss sie immer auf etwas, dem sie dienen soll, bezogen werden.

Der Untertitel dieses Readers, „Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement“, lässt offen, was durch bürgerschaftliches Engagement nachhaltig sein oder werden soll. Diese Offenheit soll an dieser Stelle als Chance genutzt werden, sie auf einen für die Wohlfahrtspflege bedeutsamen Aspekt zu beziehen. Da es nicht heißt „Nachhaltige Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement“, sondern „Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaft-

liches Engagement“, soll in diesem Beitrag der Begriff der Nachhaltigkeit auf den Erhalt des sozialen Gemeinwesens bezogen werden, für den natürlich ein nachhaltiges bürgerschaftliches Engagement unerlässlich ist. Daher ist die Nachhaltigkeit von bürgerschaftlichem Engagement auch die Voraussetzung für seinen besonderen Beitrag zur Gestaltung und Unterstützung des sozialen Gemeinwesens – auch mit Blick auf die Erfordernisse und Auswirkungen der demografischen Entwicklung.

Überalterung Europas nicht umkehrbar

Der demografische Wandel – insbesondere in den westeuropäischen Staaten – ist das Ergebnis gesellschaftlicher Veränderungen, die ihrerseits wiederum kulturelle, politische, ökonomische und andere Gründe haben. Er ist somit auch Ausdruck von Lebensweisen, individueller und gesellschaftlicher Leitbilder, Ziele und Werte. Eine bürgerliche Gesellschaft drückt sich frei aus – auch in ihrer Geburtenrate.

Die neueste Studie des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung und des Rostocker Zentrums zur Erforschung des demografischen Wandels bestätigt dies, weist aber auch auf neue Entwicklungen hin: „Der ursprünglich negative Zusammenhang zwischen dem Kultur- und Wertewandel und der Geburtenrate hat sich sogar in einen positiven verkehrt.“ Die wachsende Toleranz gegenüber eheähnlichen Gemeinschaften und nicht-ehelichen Kindern wirke sich inzwischen positiv aus.

Doch mittelfristig ist die Überalterung Europas nicht umkehrbar. „Schrumpfende und vergreisende Gesellschaften: In allen Ländern Europas sind die Geburtenraten zu niedrig, um die gegenwärtige Bevölkerungszahl zu halten. Weil die Ausbildung immer länger dauert, schieben viele Paare ihren Kinderwunsch auf – und setzen ihn dann nicht mehr um.“ Das wusste der „Spiegel“ in seiner Online-Ausgabe zu berichten.

Tatsache ist – um den Begriff der Nachhaltigkeit zu strapazieren –, dass sich die Gesellschaft hinsichtlich ihrer eigenen Erneuerung seit Mitte/Ende der 1960er Jahre nicht nachhaltig verhält.

Ebenfalls wahr ist, dass sich voraussichtlich die Zahl der bürgerschaftlich Engagierten, die auch noch nach neuen Herausforderungen im sozialen

ehrenamtlichen Bereich suchen, nicht mit der Gruppe von alten Menschen vergrößern wird, die auf Unterstützung angewiesen ist. Denn, um es provokant zu formulieren, eine Generation, die immer weniger stabile soziale Beziehungen, Bindungen und freiwillige familiäre Verantwortungsübernahme hinbekommt, wird nicht plötzlich in riesigem Umfang bürgerschaftlich tätig werden.

Bekannt ist auch, dass die Menschen, die sich im Alter bürgerschaftlich engagieren, die gleichen sind, die dies schon während ihrer Erwerbszeit taten. Es ist zu befürchten, dass auch hier Hans nimmermehr lernt, was Hänschen nicht gelernt hat. Diese pessimistische Sicht ist notwendig. Denn wenn es heute um Nachhaltigkeit von bürgerschaftlichem Engagement geht, geht es um die Gewinnung der Generation der neuen Alten einschließlich ihrer Lebenserfahrungen und Lebenseinstellungen. Wer nichts oder nur wenig darüber gelernt hat, wie man sich um seinen Nächsten kümmert, wird dies nicht schnell und einfach erlernen können. Und um es auf die Spitze zu treiben: Von den in jungen Jahren bürgerschaftlich Engagierten, die Kinder haben und damit sowieso in sozialer Verantwortung stehen, wird sich ein großer Teil zunächst nur um seine Kinder und Enkel kümmern, bevor er sich für die Allgemeinheit einsetzt.

Bereitschaft für Engagement entwickelt sich nicht automatisch

Obwohl ältere Menschen heute zunehmend größere Potenziale für ein bürgerschaftliches Engagement im Ruhestand haben – sie sind länger gesund und mobil –, heißt dies nicht, dass sie ihre Lebens- und Berufserfahrungen dem sozialen Gemeinwesen zur Verfügung stellen wollen.

Die Suche nach neuen Erfahrungsräumen und Möglichkeiten der persönlichen Weiterentwicklung in Zeiten persönlicher biografischer Umbrüche und Neuorientierungen führt nicht automatisch zur Bereitschaft für bürgerschaftliches Engagement für andere Menschen.

Daher kann es bei der Gewinnung von Engagierten also nicht nur um die Gewinnung oder Abschreibung einer bestimmten Generation gehen. Viel wichtiger ist es, herauszufinden und zu wissen, wo und wie genau angesetzt werden muss.

Die Wohlfahrtsverbände können hier – und tun dies ja schon – eine Schlüssel-funktion übernehmen. Sie dürfen „Hans“ nicht abschreiben, sondern müssen

ihn gewinnen und helfen, dass Hans lernt, was Hänschen versäumt hat. Die Förderung der Jugend(sozial)arbeit, der Erhalt bzw. die Wiederherstellung ihrer Zentren ist dringend geboten, damit Hänschen wieder ein positiver Zugang zum Gemeinwesen eröffnet wird, sodass er dort soziale Zuwendung erfahren und erlernen kann.

Und hier liegt der Bezug zur Nachhaltigkeit des sozialen Gemeinwesens durch bürgerschaftliches Engagement.

In Wohlfahrtsverbänden übernehmen – immer noch – Millionen engagierte Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich Verantwortung für ihre Mitmenschen und für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Wohlfahrtsverbände gewährleisten durch ihre Verlässlichkeit und ihr dauerhaftes Wirken mit Engagierten im sozialen Gemeinwesen, dass dort nicht nur partikulare Wirtschaftlichkeitsinteressen, sondern menschliche Zuwendung und Anteilnahme Platz haben. Darüber hinaus garantiert bürgerschaftliches Engagement einen über die jeweilige Organisation hinausreichenden Bezugsrahmen. Engagierte sind freier und unabhängiger als Angestellte es sein können und dadurch in der Lage, Anregungen und Kreativität in ihre Arbeit einzubringen, die über den reinen Selbsterhaltungszweck einer Organisation hinausreichen: Engagierte kritisieren und inspirieren (qualitativ anders). In den Einrichtungen und Diensten der Wohlfahrtspflege verbinden und ergänzen sich bürgerschaftliches und berufliches Engagement. Ihre Strukturen, ihre lokalen Verwurzelungen ermöglichen ihr, kleinräumig, nachbarschafts- bzw. gemeinwesenbezogen zu wirken.

Das Besondere an der Einbindung von Engagierten in der sozialen Arbeit ist, dass sie eine rein fachlich-monetäre Ausrichtung von Diensten nicht zulassen und Fragestellungen und Sichtweisen einbringen, die die Atmosphäre und Lebensqualität in Diensten verbessern.

Den Wert des sozialen Gemeinwesens neu entdecken

Das soziale Gemeinwesen bleibt nachhaltig, wenn bürgerschaftliches Engagement dauerhaft und stabil ist. Deshalb muss sein Wert und seine besondere Qualität für ein stabiles soziales Gemeinwesen neu entdeckt werden. So könnten z. B. Menschen im (Vor-)Ruhestand, bevor sie selbst auf Hilfe Anderer angewiesen sind, von sich aus junge Familien freiwillig unterstützen. Dies

gilt besonders für Menschen, die selbst im Alltag kaum Kontakt zu Kindern haben. Sie müssen lernen, dass sie beziehungs begründete Verbindungen in die nächste Generation benötigen. Durch selbst gewährte Verlässlichkeit gegenüber Anderen und so erfahrenes bzw. gewährtes Vertrauen entstehen Beziehungen und Zuwendung. Wer dies morgen erleben möchte, sollte es heute auch geben wollen.

Die Mehrgenerationenhäuser sind ein herausragendes und gutes Beispiel für ein Miteinander der Generationen. In den Mehrgenerationenhäusern werden der Austausch und die gegenseitige Unterstützung zwischen Jung und Alt gefördert. 500 Mehrgenerationenhäuser sind mittlerweile auf Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend entstanden. In Kursen, beim Spielen, in Selbsthilfegruppen oder einfach in der Begegnung beim gemütlichen Beisammensein lernen sich junge und alte Menschen kennen und schätzen. Es entstehen Beziehungen und Vertrauensverhältnisse. Die alltägliche gegenseitige Unterstützung und Hilfe zwischen den Generationen wächst wieder.

Die Wohlfahrtsverbände haben sich mit großem Engagement am Modellprojekt der generationsübergreifenden Freiwilligendienste beteiligt und engagieren sich auch weiterhin im neu gestarteten Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“. Im Sinne eines Paktes der Generationen und der Vermeidung des oft beschworenen Krieges der Generationen sind die Wohlfahrtsverbände mit ihren generationsübergreifenden Freiwilligendiensten – ebenfalls gefördert vom BMFSFJ – schon seit längerem aktiv.

Ein Beispiel ist der Workshop „Theaterprojekt“ in Köln. Eine Theaterpädagogin gründete Ende 2006 eine Gruppe mit dem Namen „Zeitgenossen“, in der sich FSJlerinnen und FSJler sowie Teilnehmende aus dem Projekt „Perspektivenwechsel“ einmal wöchentlich trafen, um Theater zu spielen. Daraus entstand innerhalb weniger Monate ein komplettes Theaterstück, „Lebensspuren – der Mythos von Giglamesch“, das im Theater im Hof am 2. Mai 2007 erstmalig aufgeführt wurde.

Das Stück lehnt sich an den Mythos um Giglamesch (König von Uruk im 27. Jahrhundert vor Christus) an. Darin geht es um die immer wieder gerne gestellte Frage nach dem Sinn des Lebens. Alle Darsteller trugen zu dieser Frage ihre eigenen Gedanken vor. Der jüngste Schauspieler war 16, der älteste 78. Ein Projektteilnehmer aus „Perspektivenwechsel“ gestaltete die Flyer und schrieb die Texte. Das Stück beeindruckte sehr und hat die Generationen miteinander ins Gespräch gebracht.

So werden Räume geschaffen, in denen junge und alte Menschen erleben und lernen, was sie selbst von einem Miteinander der Generationen haben.

Jung und Alt lernen, was sie jetzt dafür und damit für ein gelingendes Gemeinwesen tun können.

Denn heute kann nur das geerntet werden, was vorgestern gepflanzt wurde und gestern noch gewachsen ist. Und übermorgen kann nur das geerntet werden, was heute gepflanzt wird und morgen noch wächst – nachhaltig durch bürgerschaftliches Engagement.

Ulla Schmidt
Bundesministerin für Gesundheit
Geboren am 13. Juni 1949 in Aachen



- 1968 – 1976** Studium der Psychologie, RWTH in Aachen, sowie Studium an der Pädagogischen Hochschule für das Lehramt für Grund- und Hauptschule, Aachen
- 1976 – 1985** Lehrerin an der Schule für Lernbehinderte, Stolberg
- 1980 – 1984** Studium und Hochschulabschluss für das Lehramt zur Rehabilitation lernbehinderter und erziehungsschwieriger Schülerinnen und Schüler, Fernuniversität Hagen
- 1985 – 1990** Lehrerin an der Schule für Erziehungshilfe, Bereich Integration, Kreis Aachen
- Seit 1983** Mitglied der SPD
- Seit 1990** Mitglied des Parteirats der SPD und des Deutschen Bundestages
- 2001 – 2002** Bundesministerin für Gesundheit
- 2002 – 2005** Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung
- Seit 2005** Bundesministerin für Gesundheit

Gesundheit und Pflege – Aufgabenfelder für bürgerschaftliches Engagement

Ulla Schmidt

Bei akuten Erkrankungen im Pflege- und Betreuungsfall ist persönliche Zuwendung fast ebenso wichtig wie die professionelle medizinische und pflegerische Versorgung. Hier leisten viele Angehörige und Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren, unverzichtbare Arbeit.

Ob es die Unterstützung von Krankenhauspatienten durch die traditionellen „Grünen Damen“, das Kümmern um einen älteren Angehörigen, eine Nachbarin oder einen Nachbarn oder das Engagement für das gesunde Aufwachsen von Kindern ist – auf den Gebieten Prävention, Gesundheit, Pflege und Betreuung finden sich viele Möglichkeiten für ehrenamtlichen Einsatz.

Den leisten auch die vielen Menschen, die in Selbsthilfegruppen mitarbeiten. Ebenso wären die zahlreichen Angebote im Sport, bei der Förderung der Kindergesundheit oder in der Drogenprävention nicht möglich ohne die Einbindung von engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Frauen und Männer in allen Altersstufen bringen ihre persönlichen Ressourcen und Fähigkeiten ein und sie alle tragen dazu bei, Artikel 1 des Grundgesetzes aktiv zu erfüllen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Der Kreativität, wie man anderen helfen kann, sind kaum Grenzen gesetzt. Politik und Gesellschaft sind nicht nur dankbar für alle, die mitmachen; unser Gemeinwesen beruht geradezu auf Partizipation und Teilhabe. Zwei Felder des bürgerschaftlichen Engagements – die Selbsthilfe und die Unterstützung pflegender Angehöriger – möchte ich im Folgenden genauer betrachten, ohne damit andere Formen des Engagements abzuwerten.

Bürgerschaftliches Engagement in der Selbsthilfearbeit

Ein altes chinesisches Sprichwort lautet: „Wenn du etwas lernen möchtest, frage einen Erfahrenen und keinen Gelehrten.“ Von diesem Gedanken lebt die meist ehrenamtlich geleistete Selbsthilfearbeit. Selbsthilfegruppen, -organisationen und -verbände sind heute nicht mehr aus dem Gesundheitssystem wegzudenken. Menschen, bei denen eine schwere Krankheit festgestellt wird, sind zunächst oft hilflos. In dieser Lage ist es wichtig, dass ihnen Menschen mit ähnlichen Erfahrungen zur Seite stehen. Verbündete, die einen Weg gefunden haben, mit der Erkrankung umzugehen, die aktiv unterstützen und vermitteln, dass es trotz der Diagnose möglicherweise ein zufriedenes, erfülltes Leben geben kann.

Selbsthilfegruppen sind anerkannte Partnerinnen der so genannten „Professionellen“ bei der Versorgung und Begleitung chronisch kranker und behinderter Menschen. Schätzungen zufolge gibt es in Deutschland zwischen 70 000 und 100 000 Selbsthilfegruppen mit 2,5 Millionen bis 3 Millionen Engagierten.

Selbsthilfegruppen schärfen das Problembewusstsein und verschaffen ihrem Anliegen auch bei politisch Verantwortlichen Gehör und Einfluss. Lange Zeit war unser Gesundheitswesen sehr anbieter- und trägerorientiert. Ärztinnen und Ärzte, Einrichtungsträger, Kranken- und Pflegekassen, Pharmaunternehmen - sie alle bilden eine mächtige Lobby, während die Stimme der Patientinnen und Patienten nicht ausreichend gehört wurde. Durch die Stärkung der Selbsthilfe und ihre zunehmende Beteiligung an Entscheidungsprozessen wurde die Rolle der Patientinnen und Patienten in unserem Gesundheitswesen neu austariert. Als „Expertinnen und Experten in eigener Sache“ geben sie wichtige Hinweise auf Möglichkeiten für Verbesserungen in der gesundheitlichen Versorgung. Hier zeigt sich glücklicherweise ein neues Selbstbewusstsein der Patientinnen und Patienten.

Die im Jahr 2004 eingeführte Beteiligung von Patientenvertretern im wichtigsten Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung – dem Gemeinsamen Bundesausschuss – hat sich bewährt, ebenso wie die Ernennung einer Patientenbeauftragten auf Bundesebene. Im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbes in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde die Beteiligung von Patientenverbänden und Selbsthilfegruppen weiter ausgebaut, indem die Unterstützung der Patientenseite dem Gemeinsamen Bundesausschuss ausdrücklich als Aufgabe zugewiesen wurde.

Mit der Gesundheitsreform 2000 wurde erstmals festgelegt, dass die Krankenkassen Selbsthilfegruppen, die sich die Prävention oder Rehabilitation zum Ziel gesetzt haben, finanziell fördern. Außerdem sind die Krankenkassen und ihre Verbände verpflichtet, mindestens 50 Prozent der Fördermittel in eine kassenartenübergreifende Gemeinschaftsförderung einzubringen. Damit können bestehende, bewährte Selbsthilfeförderungen der einzelnen Krankenkassen fortgeführt werden und die noch nicht ausgeschöpften finanziellen Ressourcen für eine gemeinsame Förderung genutzt werden.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Stütze bei Pflege und Betreuung

In einer Gesellschaft, in der die Zahl der älteren Menschen stetig steigt und damit auch die Zahl der Pflegebedürftigen und chronisch Kranken, die z. B. an Diabetes, Hypertonie, koronaren Herzerkrankungen oder demenziellen Erkrankungen leiden, wird das bürgerschaftliche Engagement zu einer wichtigen Stütze neben der Arbeit der Professionellen in unserem Gesundheits- und Pflegesystem. Das wird am Beispiel Demenz sehr deutlich. Schon heute leben in Deutschland etwa 1,1 Millionen Demenzkranke und wenn es nicht erhebliche medizinische Fortschritte gibt, werden es im Jahr 2030 bereits um die 1,7 Millionen sein. Heute engagieren sich schon rund 1 800 Freiwillige im Rahmen des Bundesmodellprogrammes „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ als Pflegebegleiterinnen und -begleiter. Die Zahl der Erkrankten macht deutlich, wie dringend ehrenamtliche Hilfe benötigt wird.

Pflege, Betreuung und Palliativversorgung sind anspruchsvolle Aufgaben, bei denen in besonderem Maße die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement stimmen müssen. Aufgabe der Politik ist es, mögliche Hürden zu beseitigen und Anreize für dieses soziale Engagement zu stärken.

Wichtig sind zunächst die finanziellen Rahmenbedingungen, die mit der Einführung von Leistungen für die selbstorganisierte Pflege und mit der sozialen Absicherung von Pflegepersonen in den vergangenen Jahren durch die Pflegeversicherung deutlich verbessert wurden. Aber auch die Vermittlung der benötigten Kenntnisse und Fertigkeiten sowie die Begleitung der Pflegepersonen bei ihrer schwierigen Aufgabe (z. B. die Supervision in der Hospizarbeit) erhalten heute endlich die notwendige Aufwertung und Unterstützung.

Um das ehrenamtliche Engagement gerade in diesem Bereich zu stärken, werden die Fördermittel für niedrigschwellige Pflege- und Betreuungsangebote von bisher 20 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro erhöht. Dieses Geld soll eingesetzt werden, um das bürgerschaftliche Engagement und das Engagement der Selbsthilfe zu fördern und damit die Pflege zu stärken. Es ist außerdem ausdrückliches Ziel, durch die Pflegestützpunkte die vorhandenen Strukturen weiterzuentwickeln, um die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Selbsthilfegruppen einzubinden.

Zudem ermöglichen wir es Angehörigen mit der neuen möglichen Arbeitsfreistellung im Rahmen der „Pflegezeit“, Betreuung zu organisieren oder selbst zu übernehmen. Nehmen Angehörige beruflich eine Auszeit, um zu pflegen, wird für sechs Monate die soziale Sicherung gewährleistet und, falls erforderlich, durch Übernahme von Sozialbeiträgen abgesichert. Wenn jemand in der Familie unvorhergesehen zum Pflegefall wird, können Angehörige sich kurzfristig für zehn Tage freistellen lassen, um die nötigsten Dinge zu organisieren. Auch damit stärken wir die Pflege in der Familie.

Meine Kollegin Dr. Jet Bussemaker, Staatssekretärin im niederländischen Ministerium für Gesundheit, Gemeinwohl und Sport, beschreibt in ihrem Beitrag ihre Vision eines Lebensumfeldes und eines Miteinanders in 20 Jahren, das ich mir auch in Deutschland gut vorstellen kann.

Ich bin sicher, die meisten Menschen möchten im Alter ein möglichst selbstbestimmtes Leben in ihrem vertrauten Umfeld führen. Sie sind dankbar für Hilfsangebote von Angehörigen, Freundinnen und Freunden, möchten aber deren Hilfsbereitschaft nicht überstrapazieren. Gerade von Menschen, die heute bereits zur älteren Generation gehören, hört man häufig, dass sie niemandem zur Last fallen möchten. Wir wissen aus vielen Berichten, dass die Pflege von Angehörigen tatsächlich eine Belastung darstellen kann, die der oder die Einzelne nicht mehr tragen kann, ohne selbst Schaden zu nehmen. Wenn sich aber viele ihren Fähigkeiten entsprechend einsetzen und Angehörige auch durch Menschen aus ihrem Umfeld unterstützt werden, muss es nicht dazu kommen, dass jemand überfordert wird. Zudem stehen mit den Leistungen der Pflegeversicherung für häusliche Pflege auch Mittel zur Verfügung, ergänzend professionelle Leistungen in Anspruch zu nehmen, wo dies nötig ist.

Wir müssen unseren Blick stärker darauf richten, dass ein älterer Mensch nicht ausschließlich auf Hilfe angewiesen ist, sondern oftmals selbst noch etwas „zu

bieten“ hat, das wiederum anderen Menschen helfen kann. Dieses „Geben und Nehmen“ wird sicher nicht in jedem Einzelfall gelingen, aber wo es möglich ist, unterstützt es den sozialen Zusammenhalt zwischen den Generationen.

Ein Blick in die Zukunft

Angesichts der demografischen Entwicklung ist umfassende Prävention in allen Altersgruppen und eine angemessene Versorgung älterer Menschen in unserem Gesundheitssystem von zentraler Bedeutung.

Wir müssen die Prävention zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitssystems ausbauen. Wichtig ist, dass Maßnahmen dort angeboten werden, wo die Menschen „leben“ – im Kindergarten, in der Schule, am Arbeitsplatz, in Vereinen, im Stadtviertel – und dass sie jene Menschen erreichen, die bisher zwar wenig angesprochen wurden, die Hilfe aber am meisten benötigen. Dabei ist nicht allein der Staat gefragt. Alle müssen ihren Teil beitragen: Sozialversicherungen, KITAS und Schulen, Stadtteilinitiativen, die Wirtschaft – aber eben auch viele Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und ehrenamtliche Organisationen. Ich werde weiter darum kämpfen, dass es hierzu die politischen Mehrheiten gibt.

Ich bin überzeugt, dass wir für die Zukunft eine noch engere Verzahnung von professionellem und bürgerschaftlichem Engagement brauchen. Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement müssen verstärkt als integraler Teil der sozialen Arbeit angesehen werden. Nur so wird es gelingen, weitere Zielgruppen für bürgerschaftliches Engagement und für die Selbsthilfe zu erschließen. So sind zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund derzeit in den Selbsthilfegruppen noch deutlich unterrepräsentiert. Ich bin sicher, dass auch sie nicht nur vom bürgerschaftlichen Engagement profitieren können, sondern das Engagement mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen bereichern werden.

Bürgerschaftliches Engagement kann den Staat nicht von seiner Verantwortung entbinden, aber es kann – sinnvoll mit professionellen und familiären Hilfsangeboten verzahnt – eine unverzichtbare Ergänzung zu staatlichen Hilfsangeboten sein. Ohne bürgerschaftlich engagierte Menschen würde unsere Gesellschaft nicht bestehen. Allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die bereits heute durch bürgerschaftliches Engagement für andere Menschen eintreten, möchte ich daher an dieser Stelle meinen Dank aussprechen.

Fritz Schramma**Oberbürgermeister der Stadt Köln**

Geboren am 27. August 1947 in Köln



- 1966 – 1972** Studium Latein, Philosophie, Pädagogik, Universität zu Köln
- 1972 – 1988** Studienreferendar und Lehrer an Gymnasien, Köln-Rodenkirchen, Wesel, Hürth
- 1988 – 2000** Studiendirektor am Geschwister-Scholl-Gymnasium, Pulheim
- 1989 – 2000** Mitglied im Kölner Rat
- 1999 – 2000** Erster Bürgermeister der Stadt Köln
- Seit 2000** Oberbürgermeister der Stadt Köln

Von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger: Engagement auf kommunaler Ebene

Fritz Schramma

Köln ist eine Stadt, die stark geprägt ist vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Durch ein Füreinander-Einstehen und Kümmern machen sie unsere Stadt lebens- und liebenswert und verleihen ihr ein besonderes Flair.

In den Städten und Gemeinden wird mehr und mehr sichtbar, dass wir auf das Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind. Ob nun im Sport- oder Heimatverein, in Elterninitiativen, im Krankenhaus, im Pflegeheim, in der Kirche, in Parteien oder im Naturschutz – überall sind Ehrenamtliche tätig und unterstützen mit ihrer Arbeit nicht nur das Funktionieren unseres Gemeinwesens, sondern fördern auch die Lebensqualität unserer Gesellschaft. Gerade vor dem Hintergrund von Globalisierung, Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen zeigt sich immer deutlicher, wie wichtig ehrenamtliche Arbeit für alle Beteiligten ist. Die Kommunen sind auf die Ideen und die Tatkraft der Bürgerschaft angewiesen, um zukünftige Aufgaben erfüllen zu können. Deshalb müssen wir mehr denn je das Engagement und das Wissen unserer Bürgerinnen und Bürger als eine unserer wichtigsten Ressourcen bei der Gestaltung des Gemeinwesens einbeziehen. Und vor allem ist es wichtig, engagierte Bürgerinnen und Bürger als Partner ernst zu nehmen.

Daher habe ich es mir von Beginn meiner Amtszeit zur Aufgabe gemacht, das bürgerschaftliche Engagement in Köln zu fördern, den Engagierten mehr Anerkennung zu vermitteln, Möglichkeiten aufzuzeigen, sich zu engagieren und Menschen anzusprechen, sich für unsere Stadt und die Kölnerinnen und Kölner einzusetzen. Köln hätte sich ohne den großartigen Einsatz seiner Bürgerinnen und Bürger sicherlich nicht so erfolgreich entwickeln können. Da ist es für mich selbstverständlich, diesen Einsatz öffentlich besonders zu würdigen.

Der Kölner Ehrenamtstag und der Ehrenamtspreis „KölnEngagiert“

Ein Baustein dieser Anerkennung in Köln ist die jährliche Ausrichtung des Ehrenamtstages, der 2009 bereits zum zehnten Mal im Tanzbrunnen, einem sehr schön gelegenen Open-Air-Gelände direkt am Rhein, stattfindet. Mit diesem Fest danke ich allen Ehrenamtlichen für ihr Engagement in Köln und stelle ihren Einsatz in den Mittelpunkt. Neben einem familienfreundlichen Programm gibt es eine große Informationsbörse, bei der über 70 Kölner Institutionen ihre Arbeit vorstellen und rund um die Themen Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe informieren.

Zu der Ausrichtung des Ehrenamtstages kommt die jährliche Auslobung des Ehrenamtspreises „KölnEngagiert“, deren Preisverleihung beim Ehrenamtstag im Tanzbrunnen erfolgt. Der Ehrenamtspreis „KölnEngagiert“, wird in diesem Jahr bereits das zehnte Mal ausgeschrieben. Dabei übernimmt jedes Jahr eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens in Köln die Aufgabe als Ehrenamtspatin oder Ehrenamtspate. Mit diesem Engagement unterstützen die Patinnen und Paten meine Initiative, bürgerschaftliches Engagement stärker anzuerkennen und zu fördern. Diesmal konnte ich Horst Lichter, den bekannten Fernsehkoch und Kabarettist, als „Ehrenamtspaten 2009“ gewinnen. Bei „KölnEngagiert“ können alle Kölner Bürgerinnen und Bürger teilnehmen, die sich in unserer Stadt freiwillig engagieren. Gleiches gilt für Vereine, Organisationen und Gruppen. „KölnEngagiert“ ist mit einem Preisgeld von 6 000 Euro ausgestattet.

Unter dem Motto „Eine Frage der Ehre“ wird im Rahmen von „KölnEngagiert“ seit fünf Jahren ein Sonderpreis für die Kölner Schulen ausgelobt. Als zentrale Lern- und Lebensorte für Kinder und Jugendliche haben die Schulen für freiwilliges Engagement eine besondere Vorbildwirkung. Der Ehrenamtspreis soll sie bei diesen Bemühungen unterstützen.

Das Erich-Gutenberg-Berufskolleg in Köln ist ein preisgekröntes Beispiel in diesem Bereich, denn es beteiligt sich an einem einzigartigen Integrationsprojekt. In diesem Projekt führen ältere Schülerinnen und Schüler Grundschülerinnen und Grundschüler aus sozial schwachen Familien in die Welt des Personalcomputers (PC) ein. Sie stehen ihnen als „Patinnen und Paten“ zur Seite und bringen ihnen die Nutzung moderner Medien nahe. Mit einem speziell dafür erarbeiteten medienpädagogischen und didaktischen Konzept erwerben Kinder so grundlegende Kenntnisse rund um den PC und das

Betriebssystem Windows. Dies ist gerade für diejenigen Kinder, die zu Hause kaum die Möglichkeit haben, mit einem Computer in Kontakt zu kommen, ein hervorragendes Angebot. Sie verbessern nicht nur ihre IT-Kenntnisse, sondern oft auch ihre Leistungen im normalen Unterricht, weil sie eine Unterstützung erfahren, die weit über die Nutzung der Technik hinausgeht.

Die Kommunalstelle FABE

Die technischen, wirtschaftlichen und demografischen Trends der letzten Jahrzehnte haben die Entwicklungsbedingungen für die Städte und das soziale Zusammenleben ihrer Bewohnerinnen und Bewohner erheblich verändert.

Für die Kommunen bedeutet das: Wir müssen neue Wege finden und Rollen definieren, um das bürgerschaftliche Engagement nachhaltig zu erhalten und stärker zu fördern. Aus diesem Grund habe ich in meinem Amt die Kommunalstelle FABE – das ist die Abkürzung für „Förderung und Anerkennung Bürger-schaftlichen Engagements“ – eingerichtet. FABE bringt das Thema Ehrenamt stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit und macht es dadurch bekannter. Sie ist die zentrale Anlaufstelle für alle Kölnerinnen und Kölner sowie für alle Vereine, Initiativen und Unternehmen, wenn es um ehrenamtliche Tätigkeit in Köln geht.

Förderung des Corporate Volunteering

Ein wichtiger Baustein dieser Arbeit ist die Förderung des Unternehmensengagements in Form von Corporate Volunteering, bei dem sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrer Zeit und ihrem Fachwissen zur Verfügung stellen um gemeinnützige Projekte umzusetzen. Zahlreiche Kölner Firmen sind sich bewusst, dass sie nicht nur Teil eines Marktes sind, sondern einer Gesellschaft, von deren Zusammenhalt und Wohlstand sie profitieren. Daher übernehmen sie freiwillig Verantwortung für Köln und engagieren sich mit Kompetenz, Zeit und Sachleistungen für das Gemeinwohl.

In Köln wird dieses spezielle Unternehmensengagement auf vielfältige Weise gefördert. Beispielsweise erhält jedes Jahr bei der Preisverleihung von „KölnEngagiert“ ein Unternehmen, das sich durch sein Engagement hervorgetan hat, einen Sonderpreis. Die Initiative „Unternehmen – engagiert in Köln“ ist ein wei-

teres gutes Beispiel dieser Förderung und wurde vom Kölner Netzwerk Bürgerengagement ins Leben gerufen, deren Geschäftsstelle bei FABE angesiedelt ist. Bei einer Veranstaltung im Rathaus wird nun im dritten Jahr ein Jurypreis an ein Unternehmen verliehen, das sich durch ein herausragendes gemeinnütziges Engagement hervorgetan hat.

StadtAktiv - Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung engagieren sich

Um die Wichtigkeit des Einsatzes für das Gemeinwohl zu unterstreichen fördert auch die Stadtverwaltung das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unter dem Namen „StadtAktiv“ werden die aktiven Beschäftigten für einen Tag im Jahr von ihrer eigentlichen Tätigkeit freigestellt, damit sie ihre Arbeitskraft, ihre Zeit und ihr Fachwissen gemeinnützigen Einrichtungen zur Verfügung stellen können.

Durch den sozialen Einsatz gewinnen die Beschäftigten der Stadt Einblicke in andere Lebenswelten. Gefördert und trainiert werden dabei Kommunikations- und Teamfähigkeit, Sozial- und Führungskompetenzen und Toleranz. Eigenschaften, von denen nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren, sondern ebenso der Arbeitgeber – also die Stadtverwaltung. Die Projekte werden in der Regel in Teamarbeit umgesetzt. Dies verstärkt das Wir-Gefühl, verbessert die Identifikation untereinander und innerhalb der Stadtverwaltung. Es ergeben sich neue Kontakte, da fast alle Projekte ämterübergreifend durchgeführt werden, die Beschäftigten sammeln wertvolle Erfahrungen, die ihnen im beruflichen Alltag nützen. Darum möchte ich in einem nächsten Schritt Ehrenamtsbeauftragte in allen städtischen Dienststellen einführen.

„StadtAktiv“ ist inzwischen fest in der Kölner Stadtverwaltung verankert und bildet den Rahmen für zahlreiche bürgerschaftliche Aktivitäten städtischer Beschäftigter.

Ehrenamt im Ruhestand

Unsere Gesellschaft birgt jedoch noch einen weiteren großen Schatz: das Erfahrungswissen der älteren Generation, das sie im Berufs- und Familienleben

sowie im Ehrenamt erworben hat. Vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft gewinnt gerade dieses Engagement mehr und mehr an Bedeutung.

Schon heute leben in Köln 226 000 Menschen, die 60 Jahre und älter sind. Im Jahre 2025 werden es sogar 231 000 sein. Die Tatsache, dass die Lebenserwartung stetig ansteigt, ist eine positive Botschaft. Hierin liegen für die Stadtgesellschaft große Chancen.

Viele Seniorinnen und Senioren sind heute bis ins hohe Alter tatkräftig, leistungsbereit und leistungsfähig. Sie wollen aktiv mitmachen, sich persönlich einbringen, Neues erfahren, sich austauschen, Ideen sammeln, Kontakt mit Menschen haben, insbesondere auch mit der jüngeren Generation, kurzum – sie wollen weiterhin aktiv am Leben teilnehmen!

Mehr denn je wachsen also die Wünsche der älteren Generation an einer aktiven Gestaltung dieser Lebensphase. Doch es ist nicht nur ein besonderes Anliegen, sondern gleichzeitig auch eine feste Entschlossenheit der älteren Generation, an dieser Gestaltung mitzuarbeiten, die sich insbesondere in zahlreichen ehrenamtlichen Aktivitäten deutlich widerspiegelt.

Dies wird in Köln durch die neue Initiative „Ehrenamt im Ruhestand“ unterstützt. Mit dieser Initiative werden die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Köln motiviert, sich nach ihrer beruflichen Phase vermehrt bürgerschaftlich zu engagieren.

Die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen dieses Angebot sehr gut an und sind begeistert, welche Einsatzmöglichkeiten ihnen eröffnet werden.

Die Vielfältigkeit des Bürgerengagements bietet große Chancen für die Gemeinden und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Beide Seiten profitieren davon. Es erwächst eine Kultur der wechselseitigen Anerkennung und Zugehörigkeit. Das gemeinschaftliche Leben wird interessanter, verantwortungsvoller und lebendiger.

Dr. Vladimír Špidla**EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale
Angelegenheiten und Chancengleichheit**

Geboren am 22. April 1951 in Prag,
Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR)



- | | |
|------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1974 | Master Degree an der Schule der Freien Künste und Wissenschaften, Karls-Universität Prag |
| 1976 | Promotion in Geschichte und Frühgeschichte |
| 1990 | Stellvertretender Leiter der Regionalbehörde in Jindřichův Hradec |
| 1991 | Leiter des regionalen Arbeitsamtes in Jindřichův Hradec |
| 1996 | Mitglied der Abgeordnetenversammlung des Tschechischen Parlaments, Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses |
| 1998 | Erster stellvertretender Ministerpräsident der Tschechischen Republik, Minister für Arbeit und Soziales |
| 2001 | Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) |
| 2002 | Ministerpräsident der Tschechischen Republik |
| Seit 2004 | EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit |

Generationenübergreifende Solidarität und bürgerschaftliches Engagement in der Europäischen Union

Dr. Vladimír Špidla

Der demografische Wandel wird unsere Gesellschaften tiefgreifend verändern und zu einem anderen Altersgefüge führen: Eine sinkende Zahl von Kindern, Jugendlichen sowie jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird einhergehen mit einer wachsenden Zahl älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner sowie pflegebedürftiger älterer Menschen. Diese Verschiebung wird auch das Funktionieren unserer Gesellschaften und deren inneren Zusammenhalt verändern: Bürgerschaftliches Engagement wird an Bedeutung gewinnen, neue Formen des Zusammenlebens zwischen Jung und Alt und der Solidarität zwischen den Generationen werden entstehen.

Babyboomer gehen in Rente

Im letzten Jahrzehnt sind sowohl die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (20 bis 59 Jahre) als auch die im Alter von 60 Jahren und darüber durchschnittlich um 1 bis 1,5 Millionen Menschen pro Jahr angewachsen. Das Jahr 2008 markiert nun einen Wendepunkt in der demografischen Entwicklung der Europäischen Union. Denn von jetzt an liegt die Bevölkerungsalterung nicht mehr in ferner Zukunft, sondern findet bereits sehr reell und spürbar statt: Seit 2008 wächst die Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und darüber jährlich um zwei Millionen Menschen, und dieser jährliche Zuwachs wird für die nächsten 35 Jahre anhalten. Das Wachstum der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wird sich dagegen verlangsamen und in etwa sechs Jahren vollständig zum Stillstand kommen. Danach wird diese Altersgruppe jährlich um bis zu 1,5 Millionen Menschen abnehmen. Die Erklärung für diese Entwicklung liegt im Älterwerden der geburtenstarken Jahrgänge, der „Babyboomer“, die nach und nach das Rentenalter erreichen.

Demografischer Wandel als Chance für eine bessere Gesellschaft

Neben den Herausforderungen, die insbesondere die Alterung der Bevölkerung mit sich bringt, birgt der demografische Wandel auch Chancen. Eine der großen Chancen liegt darin, dass langfristig die Potenziale aller Bevölkerungsgruppen besser zur Geltung gebracht und bestehende gesellschaftliche Missstände abgebaut werden müssen. Nur so wird sich die Zukunftsfähigkeit der europäischen Gesellschaften sicherstellen lassen. Wir werden uns die immer noch viel zu hohe Arbeitslosigkeit, die hohe Zahl an Schulabbrecherinnen und -abbrechern oder die mangelhafte Eingliederung von Einwandererinnen und Einwanderern samt deren Kindern nicht mehr erlauben können. Mit der erneuerten Sozialagenda hat die Europäische Kommission im Juli 2008 die Vision einer solchen besseren Gesellschaft umrissen, die auf drei Grundprinzipien beruht: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität.

Neue Formen der generationenübergreifenden Solidarität

Bis heute sind Familien der wichtigste Ort für die Begegnung zwischen den Generationen. In der Familie werden Kenntnisse, Erfahrungen und Werte der älteren an die jüngeren Generationen weitergegeben und wird die Solidarität zwischen den Generationen gelebt. Laut des „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe“ (SHARE) über Menschen im Alter 50+ in Europa betreuen etwa zwei von fünf Großeltern in den von der Umfrage abgedeckten Ländern ihre Enkelkinder, einer von fünf Großvätern und fast eine von vier Großmüttern tun dies nahezu wöchentlich oder öfter.

Als Folge der niedrigen Geburtenraten wird es jedoch mehr und mehr Menschen geben, die an diesen generationenübergreifenden Begegnungen innerhalb der Familien nicht mehr teilhaben werden. Für Deutschland wird vorausgesagt, dass im Jahr 2020 rund ein Drittel der älteren Menschen weder Kinder noch Enkelkinder haben werden. Vor diesem Hintergrund scheint es nötig, über andere Wege für einen Austausch zwischen den Generationen nachzudenken. In vielen Mitgliedstaaten werden bereits solche Wege beschritten, wie etwa die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern veranschaulicht.

Die Europäische Kommission hat in diesen Bereichen nur begrenzte Zuständigkeiten, aber sie kann einen Beitrag leisten, um die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen im Hinblick auf die alternden Gesellschaften zu unterstützen.

Alle Mitgliedstaaten stehen vor ähnlichen Herausforderungen und es scheint eine Bereitschaft zu geben, Erfahrungen und Strategien auszutauschen und voneinander zu lernen. Dies wurde insbesondere bei der Konferenz der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft zur generationenübergreifenden Solidarität im Frühjahr 2008 deutlich.

Bürgerschaftliches Engagement in Europa

Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union engagieren sich in zahlreichen Bereichen der Gesellschaft, von der Unterstützung hilfsbedürftiger Angehöriger, von Nachbarinnen und Nachbarn oder Freundinnen und Freunden bis hin zur aktiven Beteiligung in Politik, Gewerkschaften, im sozialen und karitativen Bereich und in Religionsgemeinschaften. Gemäß einer europaweiten Befragung zur sozialen Teilhabe ist das organisierte bürgerschaftliche Engagement in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union heute jedoch relativ niedrig: Rund fünf Prozent der EU-Bürger und EU-Bürgerinnen sind in einer Partei oder Gewerkschaft aktiv, sieben Prozent betätigen sich in einer sozialen oder karitativen Organisation, 20 Prozent beteiligen sich aktiv an Religionsgemeinschaften. Die Teilnahme an sozialen oder karitativen Organisationen nimmt mit dem Alter zu: Menschen im Alter über 65 Jahre sind häufig aktiver in kirchlichen und religiösen Einrichtungen als Menschen im Alter unter 65, dafür aber weniger aktiv in politischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Die SHARE-Umfrage bietet ein umfassenderes Bild der sozialen Beteiligung von Menschen im Alter über 50. Es bestehen beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen. Am häufigsten engagieren sich ältere Menschen in den Niederlanden, Schweden und Dänemark, während die Aktivitäten in den von der Erhebung abgedeckten Ländern Süd- und Mitteleuropas am niedrigsten ausfallen. Für die kommenden Jahre ist eine weitere Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen zu erwarten. Zum einen ähneln die 60-Jährigen schon heute eher den 50-Jährigen von vor 30 Jahren und weisen einen viel besseren Gesundheitszustand auf. Zum anderen deuten Umfragen darauf hin, dass die Mehrzahl der „Babyboomer“ auch nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben aktiv bleiben möchte. Laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Herbst 2008 wären drei Viertel der Befragten dazu bereit, sich als Rentnerinnen und Rentner in einer lokalen Initiative oder einer gesellschaftlichen Organisation zu engagieren.

Rahmenbedingungen verbessern

Bürgerschaftliches Engagement bereichert das Leben derer, die sich daran beteiligen. Man beobachtet größere Lebensfreude, bessere Gesundheit und weniger funktionelle Einschränkungen bei aktiven älteren Menschen. Bürgerschaftliches Engagement ist jedoch auch von großem Vorteil für die Gesellschaft. In vielen Bereichen, insbesondere auf lokaler Ebene, ist das Engagement Freiwilliger unverzichtbar.

Auch wenn bereits heute viele Menschen ehrenamtlich tätig sind, so dürfte das Potenzial für bürgerschaftliches Engagement weitaus höher liegen. Ein wesentliches Hindernis besteht heutzutage darin, dass es interessierten Menschen nicht gelingt, die geeignete Betätigung für sich zu finden. Hier könnten Regionen und Kommunen eine Art Mittlerfunktion übernehmen, indem sie dafür sorgen, dass Angebot und Nachfrage besser zueinanderkommen. In einigen Mitgliedstaaten sind zu diesem Zweck „Börsen“ oder „Marktplätze“ für das bürgerschaftliche Engagement geschaffen worden.

Daneben müssen sich Freiwilligenorganisationen den Erwartungen und Potenzialen ihrer Zielgruppen anpassen. Denn die 60-Jährigen von heute stellen vielfach ganz andere Ansprüche an ehrenamtliche Tätigkeiten als frühere 60-Jährige. So möchten viele von ihnen an ihre frühere berufliche Tätigkeit anknüpfen. Sie suchen eine qualifizierte ehrenamtliche Tätigkeit.

Die EU und die Förderung des Freiwilligendienstes

Der Europäische Freiwilligendienst (EFD) bietet jungen Europäerinnen und Europäern die Chance, ihr persönliches Engagement durch unbezahlte freiwillige Aktivitäten zu entfalten, indem sie in einem fremden Land innerhalb oder außerhalb der EU in Vollzeit ehrenamtlich tätig werden.

Durch den Europäischen Freiwilligendienst wird versucht, die Solidarität, das gegenseitige Verständnis und die Toleranz unter jungen Menschen zu fördern und dadurch den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union zu stärken und das bürgerschaftliche Engagement junger Menschen zu erweitern.

Seit 1996 kommt der Europäische Freiwilligendienst in einer Vielzahl von Bereichen zum Einsatz, unter anderem Kultur, Jugend, Sport, Sozialfürsorge,

Denkmalpflege, Kunst, Katastrophenschutz, Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit. Innerhalb der ersten zehn Jahre seines Bestehens haben bereits über 30 000 junge Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren am Europäischen Freiwilligendienst teilgenommen. Durch ihre Teilnahme nutzen die jungen Freiwilligen den lokalen Organisationen, während sie ihrerseits neue Fähigkeiten und Erfahrungen erwerben, die ihr persönliches oder berufliches Fortkommen verbessern können.

Ausgehend von den erfolgreichen Erfahrungen mit dem Europäischen Freiwilligendienst prüft die Europäische Union, inwieweit ein vergleichbares Angebot auch für ältere Menschen entstehen könnte. Nachdem zunächst eine Reihe von Maßnahmen im Rahmen des europäischen Pilotprojektes zur Mobilität älterer Menschen (ENEA) durchgeführt wurde, wird transnationale Freiwilligenarbeit älterer Menschen in Europa ab 2009 über das Europäische Programm für die allgemeine Erwachsenenbildung GRUNDTVIG gefördert. Das Programm unterstützt Partnerschaften zwischen Freiwilligenorganisationen in unterschiedlichen Mitgliedstaaten, die jeweils zwei bis sechs ältere Freiwillige über 50 für einige Wochen zur Partnerorganisation entsenden.

Dem bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen kommt heutzutage noch nicht die Aufmerksamkeit zu, die ihm angesichts der Alterung der Bevölkerung und dem vorhandenen Potenzial gebührt. Deshalb hat die Kommission das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen zu einem der Schwerpunktthemen des 2. Europäischen Demografieforums gemacht, das im November 2008 in Brüssel stattfand. Auf dem Demografieforum wurde deutlich, dass zahlreiche Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene bereits Strategien und Maßnahmen eingeleitet haben, die das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen fördern. Auch die generationenübergreifende Solidarität und der Austausch zwischen Jung und Alt werden zunehmend in den Blick genommen.

Die Kommission wird die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Kompetenzen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen und der Stärkung der generationenübergreifenden Solidarität unterstützen. Die Europäische Kommission stellt in diesem Zusammenhang derzeit Überlegungen an, einen Vorschlag für ein Europäisches Jahr für aktives Altern und generationenübergreifende Solidarität 2012 vorzulegen.

Peer Steinbrück
Bundesminister der Finanzen

Geboren am 10. Januar 1947 in Hamburg



- 1970 – 1974** Studium der Volkswirtschaft und der Sozialwissenschaft, Christian-Albrechts-Universität in Kiel, Abschluss als Diplom-Volkswirt
- 1974 – 1986** Tätigkeit in verschiedenen Bundesministerien, im Bundeskanzleramt, in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, in der SPD-Bundestagsfraktion und in der Landesregierung Nordrhein-Westfalen
- 1986 – 1990** Leiter des Büros des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau
- 1990 – 1998** Staatssekretär und Minister in Schleswig-Holstein
- 1998 – 2005** Minister und Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen
- Seit 2005** Bundesminister der Finanzen und stellvertretender Vorsitzender der SPD

Die wahren Vorbilder unserer Zeit

Peer Steinbrück

Eigene Erfahrungen

Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren, geben unserer Gesellschaft auf sehr unterschiedliche Weise und an sehr unterschiedlichen Stellen ein menschlicheres Gesicht: In den Kirchen und großen Wohlfahrtsverbänden, in Hospizen, in Freiwilligenzentralen, in Heimatvereinen und Museen, in Initiativen für körperlich benachteiligte Menschen, für Kinder, für Ältere, für Zugewanderte, in Krankenhäusern und Altenheimen, in Sportvereinen und Feuerwehren, in Stadtteilinitiativen und Selbsthilfegruppen – um nur einige Beispiele aus dem breiten und vielfältigen Spektrum des bürgerschaftlichen Engagements zu nennen.

Dazu kommen jene Menschen, die große oder kleinere Stiftungen gründen, die dort aktiv sind oder die Stiftungen durch Spenden unterstützen. So verschieden das Engagement all dieser bürgerschaftlich engagierten Menschen ist – ihr Ziel ist dasselbe: sich für unsere Gesellschaft stark zu machen an den Stellen, wo sie schwach ist. Diese Bürgerinnen und Bürger tragen dazu bei, das Leben ihrer Mitmenschen ein Stück lebenswerter zu machen, indem sie auf ganz unterschiedliche Art und Weise ihren ganz persönlichen Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten – und zwar ohne viel Aufhebens.

Als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen konnte ich mir bei mehreren Ehrenamtstouren ein sicherlich nicht vollständiges, aber beeindruckendes Bild von der Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements machen. Diese Besuche habe ich als Bundesfinanzminister fortgesetzt, um mich aus erster Hand über die ehrenamtliche Arbeit vor Ort zu informieren. Was funktioniert? Welche Probleme, Sorgen und Nöte gibt es immer noch? Wie kann man sie lösen? Solche Besuche bieten natürlich viele Gelegenheiten, für das bürgerschaftliche Engagement zu werben, damit sich möglichst viele Nachahmerinnen und Nachahmer finden.

Ehrenamt spricht für sich selbst. Es gibt zahllose beeindruckende Beispiele. Einige wenige, die ich habe aus nächster Nähe kennenlernen dürfen, will ich stellvertretend für Tausende andere nennen.

Da gab es drei ältere Damen, die sich als „Leihomas“ um Kinder aus Familien kümmern, in denen es keine Oma mehr gibt, die ihnen bei den Hausaufgaben hilft, mit ihnen auf den Spielplatz geht, die ihnen vorliest oder auf sie aufpasst, damit die Eltern abends endlich mal wieder etwas unternehmen können. Ich habe Männer und Frauen ganz unterschiedlichen Alters in einem kirchlichen Hospiz kennengelernt, die sich darum kümmern, dass die letzten Tage eines Menschen würdevoll, menschlich, ja sogar fröhlich verlaufen. Ich habe einige beruflich stark eingespannte Frauen und Männer kennen gelernt, die es trotz ihrer Belastungen noch hinbekommen, über einen Tafelverein rund 80 Menschen eine warme Mahlzeit und verschiedene Artikel des täglichen Bedarfs zu organisieren. Und dann gibt es eine Nachbarschaftsinitiative, die in einem sozial hoch problematischen und zudem stigmatisierten Stadtteil eine Hausaufgabenhilfe organisiert und bei Bewerbungen praktische Hilfestellung leistet, damit die jungen Menschen aus diesem Viertel überhaupt eine Chance auf einen Ausbildungsplatz bekommen.

Das mag für Berichte im Fernsehen nicht reichen. Aber gerade solche Initiativen sind besonders wichtig. Solange es sie gibt, wird unsere Gesellschaft funktionieren. Und so lange kann sie eine menschliche Gesellschaft sein. Würden diese Menschen in Ehrenämtern, in den Stiftungen, nicht mehr tun als sie müssten, würden sie nicht weit über das normale Maß, weit über ihr tägliches Pflichtenheft hinaus Zeit, Kraft und Nerven in das Gemeinwohl investieren, wäre unsere Gesellschaft nicht nur ärmer, nein, sie würde nicht funktionieren, jedenfalls nicht ohne tiefe Brüche, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land schwer beschädigen würden. Etwas pathetischer formuliert: Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren – und nicht fremdbestimmte junge Leute in Casting-Shows – sind die wahren Superstars unserer Zeit. Sie sind echte Helden des Alltags. Sie sind die wahren Vorbilder unserer Zeit.

Dabei ist das Ehrenamt keine Einbahnstraße. Es ist immer ein Geben, aber es ist auch ein Nehmen. Und das ist gut und richtig so. In meinen Gesprächen mit bürgerschaftlich Engagierten höre ich immer wieder zwei wichtige Sätze: „Ich bekomme so viel zurück von den Menschen, um die ich mich kümmere“ und „Sinnvoller kann ich meine freie Zeit überhaupt nicht verbringen“.

Wir brauchen diese Menschen – in dieser schnelllebigen, gehetzten Zeit mehr denn je. Ich will damit auch klar machen, dass bürgerschaftliches Engagement seit langem und nach meinem Eindruck immer mehr heißt, ein hohes Maß an sozialer Verantwortung zu übernehmen und das auch unter persönlich belastenden Verhältnissen zu tun. Das wird nach meiner Wahrnehmung zu wenig bemerkt. Denn machen wir uns nichts vor: Die Bedeutung des Ehrenamtes für unsere Gesellschaft insgesamt wird noch immer ziemlich unterschätzt. Das soll niemanden entmutigen, denn der Satz von Hermann Gmeiner bleibt ja richtig: „Alles Gute auf der Welt geschieht nur, wenn einer mehr tut, als er tun muss.“

Die „Hilfen für Helfer“

Bei allem Respekt vor diesen Menschen geht es mir nicht darum, ihr Engagement zu idealisieren oder die Schwierigkeiten kleinzureden, mit denen bürgerschaftlich engagierte Menschen zu kämpfen haben. Es darf nicht so sein, dass ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern in den berühmt-berüchtigten Sonntagsreden kräftig auf die Schulter geklopft wird und sie im Alltag dann ziemlich allein dastehen, wenn es etwa um materielle Unterstützung des Staates geht.

Es gibt allerdings eine sehr erfreuliche Ausnahme von dieser Regel: das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“, die von uns so genannten „Hilfen für Helfer“. Dieses Programm, das im Bundesministerium der Finanzen gemeinsam mit den großen Wohlfahrtsverbänden entwickelt worden ist, konnte Dank des besonderen Engagements zahlreicher Parlamentarierinnen und Parlamentarier und der breiten Unterstützung in Bundestag und Bundesrat geradezu in Rekordzeit zwischen Konzeption und Verabschiedung in Kraft treten. Wenn man berücksichtigt, dass dieses Gesetz rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist, dann lagen zwischen Planung und Realisierung gerade einmal drei Monate.

Zweifellos sind in der Politik Solidität und Wirksamkeit viel wichtiger als Tempo. Aber bei dieser wichtigen Initiative der Bundesregierung kam all das zusammen. Was am Ende zählt – und das ist ja selbst in der Politik gelegentlich so – ist das Ergebnis. Dieses Ergebnis bedeutet für eine große Gruppe von Menschen, besser noch für die gesamte Gesellschaft, einen echten Fortschritt. Darüber können sich ruhig einmal alle Skeptiker und Zweifler freuen oder zumindest anerkennen, dass Staat, dass Parteien und die Politik generell auch einmal etwas Gutes zustande bringen können.

Viele hat damals überrascht, dass ausgerechnet der Bundesfinanzminister dieses neue Gesetz auf den Weg gebracht hat, obwohl es – auf den ersten Blick – viel Geld kostet, nämlich bis zu 500 Millionen Euro jährlich an Steuereinnahmen, auf die der Staat verzichtet. Diese „Hilfen für Helfer“ heißen nämlich, dass wir die ehrenamtlich Engagierten und gemeinnützigen Vereine sehr gezielt materiell unterstützen, z. B. mit einem neuen Steuerfreibetrag von 500 Euro im Jahr für jene, die sich nebenberuflich im mildtätigen, im gemeinnützigen oder im kirchlichen Bereich engagieren oder indem die Übungsleiterinnen und Übungsleiter mehr Geld steuerfrei verdienen dürfen als bisher – statt 1.848 sind es jetzt 2.100 Euro, indem Vereine jetzt bis zu 35.000 Euro steuerfrei erwirtschaften können (früher 30.678 Euro). Es bleibt also mehr in der Vereinskasse, indem die Höchstgrenze für den Sonderausgabenabzug von Spenden für alle förderungswürdigen Zwecke auf 20 Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte angehoben wird – die steuerliche Spendenhöchstgrenze gegenüber dem alten Recht damit mehr als verdoppelt wird.

Es gibt nicht viele Beispiele dafür, dass eine Reform innerhalb kürzester Zeit eine solch positive Wirkung entfaltet hat. Bereits einen Tag nach dem Inkrafttreten des Gesetzes haben ein bekannter deutscher Verleger und seine Frau angekündigt, jeweils eine Million Euro in eine neue Stiftung einzubringen, die sich um Kinder in der Welt kümmert. Diese Stiftung ist jetzt mit einem Kapitalstock von nicht „nur“ zwei, sondern fünf Millionen Euro gegründet worden.

Abseits dieses einzelnen Beispiels lässt sich die Wirkung der „Hilfen für Helfer“ auch an der Zahl der neuen Stiftungen in Deutschland ablesen. Stiftungen sind für das bürgerschaftliche Engagement von herausragender Bedeutung, geben sie ihm doch einen soliden Rahmen, eine stabile organisatorische und natürlich auch finanzielle Grundlage. Das ist die Aufgabe und das ist das große Verdienst der Stiftungen in unserem Land.

Und auch und eben das macht Stiftungen so attraktiv für viele Bürgerinnen und Bürger. Seit der Reform des Stiftungsrechts durch die Bundesregierung Schröder im Jahr 2002 erleben wir einen echten Boom bei den Stiftungsgründungen. Im Vergleich zu den 80er Jahren hat sich die Zahl der jährlich neu gegründeten Stiftungen 2006 auf rund 900 fast versechsfacht. Und dieser Trend ist seit dem Inkrafttreten der „Hilfen für Helfer“ noch stärker geworden. Seitdem liegt der steuerliche Höchstbetrag für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital um mehr als das Dreifache höher als vorher und beträgt nun eine Million Euro. Außerdem können Stifter jetzt bis zu 20 Prozent ihrer Einkünfte

steuerfrei in eine Stiftung einbringen; das können dann bis zu einer Million Euro sein. Zu Beginn des Jahres 2008 hatte der Bundesverband der deutschen Stiftungen die neuesten Zahlen für 2007 bekannt gegeben und dabei ausdrücklich unterstrichen, dass sich die Zahl der gemeinnützigen Stiftungen in Deutschland vor allem auf Grund der „Hilfen für Helfer“ innerhalb nur eines Jahres um 1.100 erhöht hat. 2008 haben die Stiftungsgründungen erneut die 1000er Marke überschritten. Laut Bundesverband Deutscher Stiftungen hat Deutschland sich „mit dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ... ins Spitzenfeld der stiftungsfreundlichsten Länder Europas katapultiert“. Mittlerweile gibt es in Deutschland fast 16 500 rechtsfähige Stiftungen. Das sind die Dimensionen, mit denen wir es zu tun haben dank der neuen Möglichkeiten, die es bei uns gibt.

Kleine Marken, große Taten

Es sind besonders die großen Wohlfahrtsverbände, die unverzichtbare Arbeit leisten für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Mit unseren Wohlfahrtsmarken investieren wir direkt in diesen Zusammenhalt, in die Bekämpfung der sozialen Fliehkräfte und damit in ein besseres Leben für viele Menschen.

Und deshalb bleibt es wichtig, immer wieder an alle Bürgerinnen und Bürger zu plädieren, zumindest beim Briefmarkenkauf einige Cent draufzulegen und jene Briefmarken zu kaufen, die als Wohlfahrtsmarken bekannt sind. Immerhin konnten wir in den vergangenen fünf Jahren rund 65 Millionen Euro durch den Verkauf der vom Bundesfinanzministerium herausgegebenen Wohlfahrtsmarken an die Wohlfahrtsverbände weitergeben.

Was passiert mit diesem Geld? Auch dazu nur vier Beispiele aus allen Himmelsrichtungen unseres Landes, wie im scheinbar Kleinen wirklich Großes zustande gebracht wird:

Mit diesem Geld werden Urlaubsreisen für behinderte Kinder finanziert, die sich ihre Eltern sonst nicht leisten könnten. Mit diesem Geld werden Aktivitäten für ältere Menschen veranstaltet, die sonst vielleicht einsam zu Hause sitzen würden. Mit diesem Geld wird es möglich, dass obdachlos gewordene Menschen aufgenommen, beherbergt und begleitet werden. Und mit diesem Geld können seelisch behinderte Erwachsene praktische Hilfestellung bekommen, um ein möglichst eigenständiges Leben führen zu können.

Solche konkreten Beispiele sind zweifellos die beste Werbung für die Wohlfahrtsmarken, wenn die Kundinnen und Kunden am Postschalter genau wissen, dass mit ihrem Geld Gutes möglich gemacht wird. Im Idealfall erfahren sie sogar, dass dieses Geld direkt in ein Projekt in ihrer Heimatstadt investiert wird. Das wollen wir gemeinsam mit der Deutschen Post AG transparenter als bisher machen.

Sondermarken, die ehrenamtliches Engagement und damit den sozialen Zusammenhalt in unserem Land fördern, erhalten sogar ein eigenes Gütezeichen. Die Weihnachtsmarke 2008 war die erste Marke mit dem neuen „Plus“. Mit der Einführung dieses Gütezeichens will das Bundesministerium der Finanzen als Herausgeber aller deutschen Sondermarken erstens ein Zeichen setzen für das Ehrenamt in unserem Land und zweitens auf den guten Zweck der Cent-Spende beim Briefmarkenkauf hinweisen. So wird noch deutlicher, dass der Erwerb dieser Sondermarken mit einem „Plus“ von wenigen Cent eine ganz persönliche gute Tat mit großer Wirkung ist. Wie in der Vergangenheit auch, werden die Cent-Erlöse in der Summe zahlreiche gemeinnützige Projekte unterstützen. Dabei geht es um eine Größenordnung von bisher rund 18 Millionen Euro pro Jahr. Ich bin sicher: Da ist noch Luft nach oben!

Der Erlös aus dem Verkauf dieser Marken kommt direkt den gemeinnützigen Stiftungen, Verbänden und Vereinen zugute, in denen sich Millionen von Menschen engagieren. Diese Marken sind also gleich in dreifacher Hinsicht von hohem Wert: Neben ihrem künstlerischen Wert halten sie die gemeinsamen Werte unserer Gesellschaft für alle Bürgerinnen und Bürger lebendig, und sie sind ein sichtbares Zeichen dafür, dass der Absender soziale Verantwortung übernimmt. Wer eine solche Marke kauft, setzt selber ein Zeichen dafür, dass jeder Cent gut angelegt ist und direkt bei den Menschen ankommt, die auf die Solidarität unserer Gesellschaft angewiesen sind. Sinnvoller kann man wohl nur selten mit kleinen Beträgen große Hilfe leisten. Und einfacher kann man das Ehrenamt nicht unterstützen.

Ermuntern und ermutigen

Wie es richtig bleibt, dass das Ehrenamt nicht der sozialpolitische Reparaturbetrieb des Staates ist, so bleibt richtig, dass Menschen ihren Mitmenschen wirksamer helfen können, als es der bestausgestattete Sozialstaat könnte. Denn der kann Mitmenschlichkeit nicht ersetzen. Aber der Staat kann einiges

dafür tun, um ehrenamtliches Engagement zu fördern, um es an manchen Stellen überhaupt erst möglich oder doch zumindest leichter zu machen. Menschen, die sich dafür entscheiden, etwas für andere zu tun, tun das aus eigenem Antrieb, nicht, weil es vom Staat honoriert würde. Aber wenn es uns gelingt, jenen, die noch zögern, den letzten Anstoß zu geben, selber aktiv zu werden, dann wäre das ein wichtiger Erfolg für uns alle. Sie werden merken: Wenn sie etwas für andere tun, tun sie auch etwas für sich selber. Und sie tun uns allen etwas Gutes.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin der Stadt Halle

Geboren am 10. November 1947 in Hohlstedt
(Kreis Sangerhausen)



- 1966 – 1971** Chemiestudium, Bergakademie
Freiberg

- 1985** Weiterbildung zur Fachchemikerin
der Medizin

- 1990 – 1994** Bürgermeisterin der Stadt Halle
(Saale) und Dezernentin für Umwelt
und kommunale Wirtschaft

- 1994 – 2007** Bürgermeisterin der Stadt Halle und
Beigeordnete der Stadt Halle für
Jugend, Soziales und Gesundheit

- Seit 2007** Oberbürgermeisterin der Stadt Halle

Bürgerschaftliches Engagement in Halle an der Saale

Dagmar Szabados

Halle an der Saale ist eine Stadt mit einer mehr als 1200-jährigen Geschichte. Einer Geschichte, die in erster Linie geprägt ist durch die Bürgerinnen und Bürger, die in der größten Stadt Sachsen-Anhalts lebten und leben – heute sind es rund 230 000 – und sich aktiv an ihrer Entwicklung beteiligen.

Bürgerschaftliches Engagement wird in Halle groß geschrieben, was in der nachfolgenden kleinen Auswahl von Projekten verdeutlicht werden soll. Diese Projekte stehen stellvertretend für viele aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich uneigennützig und ehrenamtlich für das Gemeinwohl engagieren und damit den kreativen Charakter unserer Stadt ausmachen.

Die „Bürger.Stiftung.Halle“

Seit nunmehr fünf Jahren gibt es in Halle eine Bürgerstiftung, an der viele Menschen unserer Stadt einen Anteil haben. Die Idee ist einfach: Viele Bürgerinnen und Bürger geben Geld in eine gemeinsame Stiftung. Im Gegensatz zu einer Spende bleiben die gestifteten Beiträge dauerhaft erhalten. Allein von den Zinsen fördert und initiiert die „Bürger.Stiftung.Halle“ Projekte von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger – in Erziehung, Kunst, Wissenschaft und Kultur, in sozialer Arbeit oder Umwelt und Denkmalschutz. Die „Bürger. Stiftung.Halle“ will erreichen, dass sich Bürgerinnen und Bürger noch stärker in die Belange ihres Gemeinwesens einmischen. Sie will zeigen, dass es für viele Probleme Lösungen gibt, und gute Beispiele hervorheben und unterstützen, die zur Lösung dieser Schwierigkeiten beitragen.

Die „Bürger.Stiftung.Halle“ arbeitet unabhängig und transparent. Eine Dominanz einzelner Stifterinnen und Stifter, Unternehmen, Parteien oder Kirchen lehnt sie ab. Sie bekennt sich aber deutlich zu einer demokratischen Kultur unter Mitwirkung vieler Bürgerinnen und Bürger unabhängig von deren sozialer, geografischer oder

kultureller Herkunft. Die hallesche Bürgerstiftung wurde am 1. Oktober 2004 mit dem Gütesiegel des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen ausgezeichnet.

Seit ihrer Gründung wurde die Bürgerstiftung bereits von über 900 Menschen als Stifterinnen und Stiftern, Spenderinnen und Spendern und als aktive Akteurinnen und Akteure unterstützt. Gemeinsam ist es gelungen, das Stiftungskapital auf über 120.000 Euro anwachsen zu lassen, und mehr als 20 engagierte Projekte in den Bereichen Kunst, Kultur und Bildung konnten bisher gefördert und initiiert werden.

Zu den Projekten der Bürgerstiftung gehören u.a. „Halle hat Talent“ – hier übernehmen Bürgerinnen und Bürger eine Patenschaft über ein Kindertalent, „Bildung im Vorübergehen“ – dabei werden Straßenschilder mit Zusatzinformationen zum Straßennamen und damit zur Stadtgeschichte versehen, und „Verborgene Schätze“ – hier wird außergewöhnliches bürgerschaftliches Engagement gefördert.

Das „Wächterhaus“ – ein Gewinn für alle

Viele, zu viele Gründerzeithäuser stehen aus den unterschiedlichsten Gründen in Halle leer und verfallen. Auch am stattlichen Eckhaus gegenüber der Lutherlinde, in der nördlichen Altstadt, bröckelt seit Jahren der Putz. Aber etwas ist hier anders: „WÄCHTERHAUS“ steht in großen Lettern an der Fassade, und regelmäßig öffnen sich die Türen.

Die Hauswächter sind Absolventinnen und Absolventen und Studentinnen und Studenten der nahe gelegenen Kunsthochschule, der „Burg“. Sie machen und zeigen hier seit Juni 2007 Kunst: Schmuck, Keramik, Malerei und Textiles. Zwei Galerien, eine kleine Bar und ein Kino locken Besucherinnen und Besucher zu Filmen, Lesungen und Ausstellungen.

Die Atelier- und Galerieräume dafür haben sich die jungen Leute selbst hergerichtet. Sie fordern keine Miete. Nur ein Euro für die Nebenkosten wird pro Quadratmeter fällig. Im Gegenzug halten die „Wächter“ das Haus in Schuss, führen kleinere Reparaturen selbst durch und verhindern so den weiteren Verfall des Hauses. Das städtische Wohnungsunternehmen HWG hat den gegenseitigen Vorteil erkannt.

Viel Raum für wenig Geld – die ebenso einfache wie wirkungsvolle Idee dahinter setzt der Trägerverein „HausHalten Halle“ um: Er vermittelt zwischen Interessentinnen und Interessenten mit kleinem Budget und dem Hauseigentümer, der sein Haus vor Verfall bewahren möchte. Fünf Jahre geht die Nutzungsvereinbarung. Verlängerung nicht ausgeschlossen, wenn sich, wie in den Jahren zuvor, keine Investorin, kein Investor findet.

Entwickelt wurde dieses Konzept in Leipzig, wo der dortige HausHalten-Verein mittlerweile 12 Wächterhäuser betreibt. Nach Halle wurde die Idee auch in anderen Städten wie Görlitz, Dresden, Chemnitz und Erfurt aufgegriffen. Vor der Eröffnung des ersten Wächterhauses der Saalestadt haben die Mitglieder von „HausHalten Halle“ selbst viel Kraft, Zeit und privates Geld investiert: Genehmigungen wurden beantragt, Wasserleitungen geflickt, marode Fußböden erneuert und Öfen repariert, die Elektrik wurde instandgesetzt. Fast 2 000 ehrenamtliche Arbeitsstunden wurden erbracht.

Aber es hat sich gelohnt. Das Haus ist belegt bis aufs letzte Zimmer. Und die Warteliste der Interessierten ist lang. „HausHalten Halle“ rennt deshalb mit seinen Ambitionen auf das nächste Wächterhaus offene Türen ein.

Im „Glauchaviertel“ – mitten im Umbruch als Projekt der Internationalen Bauausstellung 2010 – ist ein neues Objekt im Visier des Vereins. Seine besten Tage hat das 1880 erbaute Eckhaus längst hinter sich. Die letzten Sanierungsmaßnahmen liegen 25 Jahre zurück. Durch die Fenster wächst schon der Efeu. Aus dem Keller riecht es muffig und vor dem Haus schützt ein provisorisch aufgestellter Zaun die Vorübergehenden vor herabfallenden Dachziegeln. Viel Arbeit für die 25 Ehrenamtlichen von „HausHalten Halle“. Die Gespräche mit dem Eigentümer laufen. Ein Trickfilmstudio, ein preisgekrönter Fotograf, eine Theatergruppe und Künstlerinnen und Künstler wollen hier eine Bleibe finden.

Familienpatenschaften des Villa Jühling e.V.

Familienleben gestaltet sich nicht immer einfach, vor allem dann, wenn keine ausreichenden Entlastungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Idee der Familienpatenschaften ist es, Familien im Alltag zu unterstützen, wenn sie Unterstützung und Kontakt suchen und ihnen kein ausreichendes soziales Netzwerk aus Freundinnen und Freunden oder Familienangehörigen

zur Verfügung steht. Die Gründe dafür können vielfältig sein. Die hohe Belastung für Alleinerziehende, fehlende soziale Kontakte, z. B. durch einen Wohnortwechsel können dafür Ursachen sein, ebenso soziale Problemlagen, wie Krankheit eines Elternteils, soziale Benachteiligungen, wie ein Migrationshintergrund, oder fehlende Fähigkeiten der Eltern zur Gestaltung förderlicher Beziehungen in der Familie, z.B. aus Mangel an eigenen positiven Erfahrungen. Manchmal kann eine Familienpatenschaft auch professionelle Familienhilfe unterstützen oder im Anschluss einer Hilfeleistung nach dem SGB VIII sinnvoll sein. Dann ist gar nicht immer „hauptamtliche“ Hilfe gefragt. Hier braucht es Menschen mit Gelassenheit und Verständnis, die ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen und im Geiste eines freundschaftlichen und partnerschaftlichen Verhältnisses helfen. Familienpatinnen und -paten stehen der Familie als Ansprechpartnerinnen und -partner und Vertrauensperson zur Seite und geben Anregungen in der Erziehung und zur Freizeitgestaltung, unterstützen bei der Alltags- und Haushaltsorganisation, schaffen Entlastungsmöglichkeiten, z. B. durch Kinderbetreuung oder unterstützen bei der Hausaufgabenbetreuung.

Die Patinnen und Paten werden in einem Kurs auf ihre Aufgabe vorbereitet. Im Verlauf der Patenschaften finden regelmäßige Patentreffen zum gegenseitigen Austausch statt. Bei diesen Treffen haben die Patinnen und Paten Gelegenheit, Erfahrungen mit anderen auszutauschen und Anregungen für ihre Arbeit zu bekommen.

Als Familienpatinnen und -paten sind Menschen gefragt, die über soziale Ressourcen verfügen. Sie sollten sich in einer Lebenslage befinden, in der sie über fünf bis acht Stunden Zeit pro Woche verfügen. Neben alltagspraktischen Erfahrungen sollten sie Einfühlungsvermögen, Geduld und Toleranz besitzen und die Bereitschaft mitbringen, sich unvoreingenommen und vorurteilsfrei auf eine Familie einzulassen sowie eine längerfristige vertrauensvolle Beziehung aufzubauen.

Es ist uns bewusst, dass Familienpatinnen und -paten notwendige professionelle Hilfe in vielen Fällen nicht ersetzen können. Wir wissen auch, dass wir Probleme der Familien, wie Arbeitslosigkeit o.ä. damit nicht lösen können. Aber es passiert etwas ganz Wichtiges: Menschen engagieren sich für andere Menschen und für Kinder in ihrem Umfeld. Sie übernehmen ganz persönlich Verantwortung. Und Kinder bekommen Chancen auf Teilhabe am sozialen Leben und Zugang zu ganz neuen Erfahrungen.

Die Patinnen und Paten bekommen für anfallende Unkosten, wie Fahrtkosten und Handgeld für Eintrittskarten etc. eine Aufwandsentschädigung sowie eine kleine Summe für Materialien, z. B. Bücher zum Vorlesen, Zutaten zum Backen, Kleinspielzeug, Malzeug o. ä. um Aktivitäten zu gestalten.

Momentan gibt es 15 aktive Patenschaften. Viele Kontakte sind geknüpft und wir wissen, dass noch viele Familien eine Patin oder einen Paten suchen.

Das Familienkompetenzzentrum der Franckeschen Stiftungen zu Halle

Als Ergebnis des stadtweiten kulturellen Themenjahres 2005 „Familie und Gemeinschaft“ ist das Familienkompetenzzentrum für Bildung und Gesundheit der Franckeschen Stiftungen zu Halle im „Haus der Generationen“ gegründet worden. Das „Haus der Generationen“ ist im ehemaligen Königlichen Pädagogium untergebracht, 1713 gegründet und einst die bedeutendste Schule Preußens. Das „Haus der Generationen“ in einem fünfgeschossigen denkmalgeschützten Gebäude mit modernem Anbau bildet mit einem generationenübergreifenden, ganzheitlichen Ansatz das Dach, das die Evangelische Grundschule „Maria Montessori“, das Altenpflegeheim der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale, das Familienkompetenzzentrum der Franckeschen Stiftungen zu Halle und damit alle Lebensalter miteinander verbindet. Hier begegnen sich die Generationen im Alltag zwanglos, das Miteinanderleben und -arbeiten wird zum Schlüssel für gegenseitiges Verständnis und für den generationenübergreifenden Zusammenhalt, um die Isolation im Alter oder durch soziale Herkunft zu verhindern. Dafür wurde das „Haus der Generationen“ 2006 im Rahmen der Bundesinitiative „Deutschland. Land der Ideen“ durch seinen Schirmherren, Bundespräsident Horst Köhler, als ausgewählter Ort gewürdigt.

Das Familienkompetenzzentrum für Bildung und Gesundheit ergänzt das pädagogische und soziale Programm der Franckeschen Stiftungen und dient grundlegend der Förderung der öffentlichen Gesundheit. Dabei hat es die Familie und ihre Mitglieder im Blick, vom Säugling bis zum Greis, sowie die Institutionen, die Familien unterstützen, ergänzen oder ersetzen wollen, vom Kindergarten bis zum Altenheim. Innerhalb eines stadtweiten Netzwerkes wird das Potenzial der Bürgergesellschaft aktiviert, das Engagement von Menschen jeden Alters und von Unternehmen, die ihre Kompetenzen und Ressourcen in die familienfreundliche Stadt Halle an der Saale einbringen wollen. Im „Haus der Generationen“ findet bürgerschaftliches Engagement statt: Nachhilfe,

Projektgestaltung, handwerkliche Tätigkeiten, Gestaltung generationenübergreifender Aktivitäten, Gruppentreffen, Themennachmittage. Im Rahmen des Familienkompetenzzentrums: Vorleseinitiative „Lesewelt Halle“, regelmäßige Generationengespräche, Kreativnachmittage, Feste und Feiern, Schülerinnen und Schüler absolvieren hier ihre Praxistage, junge Menschen das Freiwillige Soziale Jahr, Eltern profitieren von Kinderbetreuung zu Randzeiten oder von den Spiel- und Sportgruppen für Familien.

Das Projekt wird in der Regie der Franckeschen Stiftungen mit maßgeblicher Unterstützung ihres Freundeskreises und der Stadt Halle (Saale) vorangetrieben. Bereits im Jahr 2005 konnten ein Servicebüro im Kindertageszentrum der Stiftungen eingerichtet und ein generationenübergreifendes und familienorientiertes Bildungsangebot mit dem Schwerpunkt Prävention und Gesundheitsförderung in den Stiftungen aufgebaut werden. Dazu gehört ein breites Spektrum an Bewegungs-, Entspannungs- und Ernährungskursen, die durch Angebote zur Begegnung und zum Austausch zwischen den Generationen ergänzt werden, beispielsweise der Frühstückstisch, das Elterncafé und die Generationengespräche. Im Jahr 2009 wird das zentrale Element der Einrichtung, die Familienetage mit einem Café, einer Familienbibliothek, dem „Ambulatorium“ und Mehrzweckräumen im „Haus der Generationen“ eröffnet, wo alle laufenden Aktivitäten koordiniert und weiter ausgebaut werden können.

Zwischen 2006 und 2008 wurden diese Angebote weiter ausgestaltet und neue Angebote aufgebaut. So wurde im Januar 2008 unter dem Dach des Familienkompetenzzentrums der Sportverein der Franckeschen Stiftungen 2008 e.V. (SV Francke 08) gegründet, um das Gesundheitsangebot adäquat zu erweitern. Die Stiftungen kooperieren mit den Sportwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern der Martin-Luther-Universität und mit dem dort ansässigen Ballschule Zentrum Halle. Durch diese Zusammenarbeit konnte das bundesweit verbreitete und prämierte Konzept der „Ballschule – ABC des Spielens“, das an der Universität Heidelberg entwickelt wurde, für Vor- und Grundschul-kinder vor Ort eingeführt werden. Das Ballschulkonzept zielt darauf ab, Kinder möglichst früh mit verschiedenen Formen des Ballspiels vertraut zu machen und sie so in ihrer körperlichen Entwicklung zu fördern.

Im Herbst 2008 fiel auch der Startschuss für das Teilprojekt „Familienpaten“, das in Kooperation mit der Sozialmedizinischen Ambulanz des Universitätsklinikums Halle umgesetzt und vom Ministerium für Gesundheit und Soziales

Sachsen-Anhalt gefördert wird. Im Rahmen des Projekts stellen die Franckeschen Stiftungen Familien mit Säuglingen/ Kleinkindern eine ehrenamtliche Familienpatin, einen Familienpaten zur Seite. Diese sind qualifizierte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die junge Eltern unterstützen und in den ersten Lebensjahren begleiten. Sie helfen im Haushalt und bei der Betreuung, Erziehung, Pflege und Versorgung der Kinder, können mit Rat und Tat unterstützen und verschaffen den Familien Zeit. Sie stehen der Familie insbesondere dann zur Seite, wenn die Eltern aufgrund von Überforderungssituationen an ihre Grenzen stoßen.

So wird die Tradition der Franckeschen Stiftungen, die vor über 300 Jahren durch den engagierten Bürger August Hermann Francke zum Wohle des Gemeinwesens und vor allem der Kinder gegründet wurden und deren Wiederbelebung nach der Wende in erheblichem Maße durch das bürgerschaftliche Engagement vieler Menschen ermöglicht wurde, fortgesetzt.

Wolfgang Tiefensee
**Bundesminister für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**
Geboren am 4. Januar 1955 in Gera



- | | |
|--------------------|----------------------------------------------------------------------------------|
| 1979 | Ingenieur für industrielle Elektronik |
| 1988 | Diplomingenieur für Elektrotechnik |
| 1990 | Vertreter der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ am Runden Tisch in Leipzig |
| 1998 – 2005 | Oberbürgermeister der Stadt Leipzig |
| Seit 2005 | Mitglied im Bundesvorstand der SPD |
| Seit 2005 | Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung |

Stadt und Land im demografischen Wandel

Wolfgang Tiefensee

Der demografische Wandel gehört zu den größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung wirken sich auf alle Lebensbereiche aus. Dazu zählen auch die Entwicklung unserer Städte und die Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen. Diese komplexen Aufgaben können nicht allein durch staatliches Handeln bewältigt werden. Sie erfordern auch die aktive Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger. Gerade hier sind wir darauf angewiesen, dass möglichst viele Menschen eigene Ideen einbringen, umsetzen und damit Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen.

Der demografische Wandel verändert das Leben in den Städten. In den Klein-, Mittel- und Großstädten unseres Landes leben 70 Prozent der Bevölkerung. Deshalb müssen sich die Städte in besonderer Weise mit den Folgen des demografischen Wandels auseinandersetzen. Das wird nur dann erfolgreich gelingen, wenn gezielt alle Beteiligten in den Prozess der Stadt- und Gesellschaftsentwicklung einbezogen werden. Wir brauchen daher eine neue Kultur des Zusammenlebens von Jung und Alt, aber auch wachsende Anstrengungen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Bundesregierung stellt sich dieser Aufgabe mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik – Hand in Hand mit unseren Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels in ländlichen Räumen.

Auch die ländlichen Räume, zu denen die Klein- und Mittelstädte gehören, sind im besonderen Maße vom demografischen Wandel betroffen. Der dort im Vergleich zu größeren Städten meist deutlicher ausgeprägte Bevölkerungsrückgang wirft die Frage auf, wie dennoch auch künftig Daseinsvorsorge im ländlichen Raum organisiert werden kann. Das erfordert einen schwierigen Spagat zwischen zwei Zielen: Eines davon ist die Sicherung infrastruktureller Angebote in angemessener Erreichbarkeit. Das andere Ziel ist nicht weniger wichtig: die Wahrung vertretbarer Kosten. In dem Modell-

vorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ erproben wir daher neue Möglichkeiten zur Sicherung von Daseinsvorsorge und Lebensqualität in ländlichen Regionen.

Ein entscheidender Faktor bei diesen Aufgaben ist die Einbindung der Bevölkerung. Die durch die demografische Entwicklung verursachten Aufgaben – die Neustrukturierung des städtischen Lebens und die Sicherung der Daseinsvorsorge in peripheren und ländlichen Räumen – sind ohne eine aktive und engagierte Mitarbeit der betroffenen Bürgerinnen und Bürger nicht lösbar. In beiden Politikfeldern sind wir auf die freiwillige Mitarbeit engagierter Menschen angewiesen. Bürgerschaftliches Engagement vermittelt dabei einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik und Raumordnung/Regionalplanung neue Impulse. Ich möchte dies anhand einiger Beispiele aus unseren Programmen illustrieren, die anschaulich die Vielfalt dieser Initiativen zeigen.

Nationale Stadtentwicklungspolitik

Zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik zählen neben den Programmen der Städtebauförderung auch neue experimentelle und kooperative Ansätze. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik versteht sich dabei als Angebot an alle Verantwortlichen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, neue Kooperationen für das Zusammenleben in der Stadt zu entwickeln. Über die Fortführung und Weiterentwicklung der Städtebauförderinstrumente hinaus wollen wir deshalb möglichst unterschiedliche Akteurinnen und Akteure in die Stadtentwicklungsstrategie einbinden. Mit zwei Projektaufufen sind wir dabei auf ein besonders hohes Interesse gestoßen. Dabei ging es um die Schwerpunktthemen „Bürger für ihre Stadt aktivieren“ sowie „Chancen schaffen und Zusammenhalt bewahren“. In Ostdeutschland gibt es beispielsweise in den Städten Dessau, Halle, Lauchhammer und Guben Projektinitiativen, die sich für die Sanierung und Wiedernutzung leer stehender Gebäude für soziale und soziokulturelle Nutzungen stark machen. Die Häuser werden zum großen Teil in Eigenarbeit saniert, parallel wird eine finanzielle Förderung zur Umsetzung der Projekte gesucht. Ziel ist, nach Bau und einer betrieblichen Anlaufzeit die langfristige Tragfähigkeit der Projekte ohne öffentliche Zuschüsse zu sichern.

Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“

Städte sind Orte, an denen sich auch soziale Probleme verdichten. Mit unserer Stadtentwicklungspolitik leisten wir deshalb auch einen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt. In dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ hat sich die Verknüpfung von Städtebauförderung mit den Bereichen soziale Sicherheit, Arbeit, Bildung und Integration gut bewährt. Für die Implementierung bürgerschaftlichen Engagements in die Projekte der Sozialen Stadt gibt es zahlreiche Beispiele. Ein herausragender Beleg für bürgerschaftliches Engagement im Programm „Soziale Stadt“ ist das Projekt „Rheinische Strecke“ in Wuppertal. Es wird von der Initiative „Wuppertalbewegung“ mit breiter Unterstützung in der Bürgerschaft getragen. Ziel des Modellvorhabens ist die Umnutzung von Teilstücken der ehemaligen Bahntrasse der Rheinischen Strecke zu einem verbindenden Fuß- und Radwanderweg mit Freizeit- und Spielflächen. Bewohnerinnen und Bewohner aus den hoch verdichteten Stadtteilen profitieren davon. Ein weiteres Beispiel, das im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstützt wird, sind die Stadteillotsen im Quartier „Kleines Feld“ in Herford, die sich zum Ziel gesetzt haben, alte und junge Bewohner und Bewohnerinnen, insbesondere auch mit Migrationshintergrund, für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen. So finden sich in benachteiligten Quartieren immer mehr „Aktive Alte“, die Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, den Schulabschluss zu erreichen, während junge Menschen Älteren im Umgang mit PC und Handys helfen.

Modellvorhaben der Raumordnung

Das Programm „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) widmet sich seit längerem auch der Sicherung der Daseinsvorsorge. Dazu gehört auch die Sicherung der Mobilität für alle. Aus dem MORO-Projekt in der sächsischen Region „Lommatzche Pflege“ ist z. B. das Projekt „Bürgerbus“ hervorgegangen. Viele Engagierte schlossen sich zu einem Verein zusammen und starteten am 18.08.2008 den ersten von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger fahrenden Bus im ländlichen Raum Sachsens. Der Bus verbindet Orte, die bisher nicht von öffentlichen Verkehrsmitteln angefahren wurden. Das gibt vor allem den älteren bzw. wenig mobilen Menschen die Möglichkeit, zum Einkaufen und zu anderen Besorgungen in die Stadt Lommatzsch bzw. in das größere Dorf Krögis zu gelangen.

Ein weiteres Beispiel für die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in den Bereichen der Daseinsvorsorge ist der Aufbau von dualen Netzwerk-Infrastrukturen für Seniorinnen und Senioren im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz. Im Mittelpunkt des Modellvorhabens stand die Verbesserung der Versorgungssituation der Seniorinnen und Senioren. Bürgerschaftliches Engagement ermöglicht den Aufbau einer regionalen Koordinierungsstelle und den Ausbau von kommunalen Nachbarschaftshilfen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind bereit, sich gerade im Bereich der Altenhilfe zu engagieren. Dieses große Potenzial muss durch ein konkretes Konzept erschlossen und in die kommunale und regionale Planung eingebunden werden.

Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“

Das seit 2007 zunächst in Ostdeutschland laufende Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ baut auf den Erfahrungen der Modellvorhaben für Raumordnung auf. Es erreicht eine neue Stufe, indem es mehrere vorhandene Forschungsprogramme des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bündelt und gezielt einsetzt. In zwei Regionen (Stettiner Haff und Südharz/Kyffhäuser) werden Möglichkeiten erprobt, wie trotz tief greifender demografischer Veränderungen die Lebensqualität und die Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden gesichert und auch neue Chancen für das soziale Zusammenleben genutzt werden können. Insgesamt werden 40 Projekte in den beiden Modellregionen verwirklicht. Viele davon wären ohne die aktive Mitarbeit engagierter Bürgerinnen und Bürger nicht denkbar. Beispielhaft zu nennen ist der „Stammtisch Nahverkehr“ aus der Region Südharz/Kyffhäuser, wo die handelnden Akteure, darunter Landkreise und Verkehrsunternehmen zusammen mit ehrenamtlichen Seniorenbeiräten ein Erfolg versprechendes, praxistaugliches Mobilitätskonzept für die Region erarbeiten.

Gleichfalls in der Modellregion Südharz/Kyffhäuser ist im Rahmen des Programms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ das Projekt „Bürgerzentrum Cruciskirche Sondershausen“ angelaufen. In einer Plattenbausiedlung mit schwieriger sozialer Struktur steht in der thüringischen Kleinstadt Sondershausen die aus dem 14. Jahrhundert stammende Cruciskirche. Mit großem Engagement treibt der „Förderverein Cruciskirche“ den Umbau dieses Gebäudes zu einem Bürgerzentrum im Sinne eines Mehrgenerationshauses mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten voran. Als sozialer und kultureller

Mittelpunkt des Wohngebiets soll die Kirche Jung und Alt als Begegnungsstätte und Veranstaltungsort offen stehen. Die Bauarbeiten wurden zum großen Teil von Mitgliedern des Fördervereins in Eigenleistung erbracht, indem sich die Bürgerschaft und Unternehmen der Region zusammengeschlossen haben. Seit Übergabe des 2. Bauabschnitts im August 2008 kann das Kirchenschiff bereits ganzjährig für Veranstaltungen genutzt werden. Das Projekt besitzt Vorbildcharakter für die Kooperation zwischen kommunaler Verwaltung, Politik, Wirtschaft und engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

Im Rahmen der Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ konnten bisher wertvolle Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge insbesondere in ländlichen Regionen entwickelt werden. Da die demografische Entwicklung, die Ostdeutschland im Zeitraffertempo durchlaufen hat, künftig auch weite Teile der alten Länder erfassen wird, beabsichtigen wir, auch Modellvorhaben in Westdeutschland durchzuführen. Das geschieht auch vor dem Hintergrund der Raumordnungsprognose 2025 (Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung), wonach innerhalb der nächsten Jahre auch große Teile der alten Länder von einer deutlichen Alterung und regionalen Umverteilung der Bevölkerung betroffen sein werden. Deshalb wird auch dort in zahlreichen Regionen zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung eine Neuorganisation der Daseinsvorsorge erforderlich sein. Das Projekt soll in zwei Modellregionen Westdeutschlands im April 2009 starten.

Ausblick

Die Beispiele aus der Stadtentwicklungspolitik, aus den Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) und aus dem Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ zeigen, wie bürgerschaftliches Engagement den Generationenzusammenhalt fördert und damit auch konkrete Impulse für eine nachhaltige Entwicklung vermittelt. Bürgerschaftliches Engagement kann somit dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Funktionierende soziale Netzwerke bringen allen Beteiligten Nutzen.

Das bedeutet nicht, dass der Staat sich aus der Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt zurückziehen darf. Politik, die auf das Zusammenleben der Menschen gerichtet ist, sei es in der Stadt oder in ländlichen Räumen, kann jedoch nur unter Mitwirkung der dort lebenden Menschen erfolgreich umgesetzt werden. Mit gezielten Programmen und einer verstärkten Anerkennungs-

kultur ist die Bundesregierung daher bestrebt, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement anzustoßen und zu unterstützen. Dabei geht es nicht in erster Linie um Geld, sondern um eine gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung der geleisteten Arbeit. Das Engagement der Menschen ist entscheidend, um die Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich zu gestalten.

Sabine Werth**Vorsitzende der Berliner Tafel**

Geboren am 16. Januar 1957 in Berlin



- 1980 – 1984** Studium an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit/ Sozialpädagogik, Berlin
- 1984 – 1987** Sozialarbeiterin in einer Sozialstation, u. a. Aufbau des Bereichs Familienpflege
- 1987** Gründung des Betriebes „Familienpflege – Sabine Werth“
- 1993** Gründung der Berliner Tafel, der ersten Tafel in Deutschland, seitdem ehrenamtliche Vorsitzende
- 1995** Initiierung eines Bundesverbandes der Tafeln
- 1995 – 1996, 2001 – 2003** Bundesvorsitzende des Bundesverbandes der Tafeln
- 2005** Gründung der Berliner Tafel Stiftung, seitdem ehrenamtliche Vorsitzende
- 2007** Mitbegründerin des Landesverbandes der Tafel in Berlin und Brandenburg, seit 2008 stellvertretende Vorsitzende

Berliner Tafel: Erschreckend erfolgreich und langlebig

Sabine Werth

Im Februar 1993 gründete die Initiativgruppe Berliner Frauen die Berliner Tafel. Die Initiativgruppe war ein Zusammenschluss von Frauen, die durch ihr soziales Engagement in Berlin etwas bewegen wollten.

Wir hatten einen Vortrag zum Thema „Obdachlosigkeit in Berlin“ von der damaligen Sozialsenatorin Ingrid Stahmer gehört und Dr. Ursula Kretzer-Mossner, ein Mitglied unseres Vereins, erzählte uns von City Harvest New York, die gespendete Lebensmittel an Obdachlose und andere Bedürftige verteilen. Die Initiativgruppe beschloss, genau das in Berlin zu starten. Schließlich wurden damals etwa 20 Prozent der Lebensmittel in Deutschland weggeworfen, obwohl sie noch brauchbar gewesen wären. Reina Mehnert, Präsidentin der Initiativgruppe und ich erfanden den Namen „Berliner Tafel“. Wir wollten denen, die es sich nicht leisten können, eine Tafel decken.

Eine Erfolgsgeschichte

Was als kleine Initiative begann, ist zur größten sozialen Bewegung der 90er Jahre geworden. Heute gibt es über 800 Tafeln in ganz Deutschland und ein Ende ist nicht abzusehen. In Deutschland werden aktuell eine Million Menschen durch die Tafeln mit Lebensmitteln versorgt. Lebensmittel, die sie sich nicht kaufen würden. Die Rente, der Verdienst, die staatlichen Leistungen sind zu niedrig, die Mieten zu hoch, die Nebenkosten lassen sich nicht senken und so fort.

Bundesweit helfen rund 35 000 Menschen bei den Tafeln. Die meisten davon arbeiten ehrenamtlich. Das Besondere bei den Tafeln ist die Altersstruktur: Von Jung bis Alt machen alle mit. Es scheint immer mehr „zum guten Ton“ zu gehören, bei einer Tafel mitzuarbeiten. Kaum ein Gespräch über die Tafel, bei dem nicht gesagt wird, die Freundin, die Schwägerin, der Schwiegervater oder die Firma seien aktiv bei der einen oder anderen Tafel. Schulklassen laufen, backen

oder sammeln für „ihre“ Tafel, Firmen verzichten auf Präsente für ihre Kunden und spenden das Geld der Tafel am Ort des Firmensitzes oder die Firmen üben sich in Corporate Citizenship und schicken ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Unterstützung einer Tafel.

Ein Zuhause für Menschen aller Schichten

Neben den üblicherweise ehrenamtlichen Engagierten aus der Mittelschicht machen auch viele Arbeitslose mit. Für sie ist es wichtig, dabei zu sein, eine Aufgabe zu haben, nützlich zu sein. Viele Menschen kommen zu uns und bitten darum, mitmachen zu können, damit ihr Tag wieder Struktur bekommt. Sie wollen wieder einen Grund haben, morgens aufzustehen. Ebenso geht es aber auch vielen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Sie sind aus dem Berufsleben ausgeschieden, fühlen sich aber körperlich und geistig viel zu fit, um nichts mehr tun zu wollen. Viele haben keine Familie oder wollen ihren Kindern nicht zur Last fallen. Viele von ihnen finden bei der Tafel ein „Zuhause“.

Ein Berliner Problem

Die Berliner Tafel ist nicht nur die älteste Tafel in Deutschland, sondern auch die größte. Das liegt daran, dass Berlin eine sehr große Stadt ist, und es liegt auch an der sozialen Struktur Berlins. Zu Mauerzeiten hatte Berlin die größte Vereins- und Initiativendichte in Deutschland. Ständig entstand etwas Neues, beispielsweise für Menschen in psychischen Notlagen, für Kinder, für Jugendliche, für Seniorinnen und Senioren, für Menschen mit Migrationshintergrund, für Frauen, für Homosexuelle. Das meiste mit staatlicher finanzieller Förderung, denn Geld war da.

Nach dem Mauerfall siedelten sich viele neue Initiativen im Ostteil Berlins an. Auch sie erhielten meist staatliche Gelder. Der Bedarf für all diese Vereine und Initiativen war zu jeder Zeit gegeben.

Nach der Wiedervereinigung ging langsam, aber sicher das Geld aus. Es wurde im sozialen Bereich gekürzt und gestrichen. Manche Vereine gaben die Arbeit gleich auf, aber die meisten versuchten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln weiterzumachen.

Genau in dieser Zeit gründeten wir die Berliner Tafel. Zu Beginn als Hilfe für Obdachlose gedacht, stellte sich schnell heraus, dass wir von immer mehr Gruppen gebraucht wurden, von Vereinen und Initiativen, die keine Gelder mehr für ihre Essensangebote zur Verfügung hatten, weil diese als erstes vom Senat gestrichen worden waren, Gruppen, für die es wichtig war, gemeinsam zu kochen, die dafür aber keine öffentlichen Gelder bekamen, Gruppen, die immer häufiger erlebten, dass sie von ihrem Angebot her ganz bestimmte Zielgruppen ansprachen, nun aber immer häufiger zusätzlich Kinder und Jugendliche bei ihnen an das Ladenfenster klopfen und fragten, ob sie etwas zu essen bekommen könnten.

Heute beliefert die Berliner Tafel 300 soziale Einrichtungen mit Lebensmitteln, Obst, Gemüse, Belag, fertigem Essen. Je nach Angebot und Bedarf der Einrichtung. Zusätzlich wurde 2004 „LAIB und SEELE“, eine Aktion der Berliner Tafel, der Kirchen und des Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB) ins Leben gerufen. Inzwischen gibt es in 45 Berliner Kirchengemeinden Ausgabestellen, die pro Monat an über 45 000 Menschen Lebensmittel verteilen, darunter ein Drittel Kinder und Jugendliche.

Ein folgenschwerer Erfolg

Inzwischen gehört es für die meisten Firmen zum guten Ton, die Tafeln zu unterstützen. Namhafte Firmen und verantwortungsbewusste Händlerinnen und Händler geben überschüssige, nicht verkaufte Waren an ihre örtlichen Tafeln. Damit haben wir unser erstes Ziel längst erreicht: Die Lebensmittel sterben nicht mehr den sinnlosen Abfalltod.

Die Firmen haben aber durch unsere Arbeit, die mit Lieferscheinen dokumentiert wird, auch festgestellt, wie viele Waren sie „entsorgen“, wie viele Waren, die bezahlt waren, nun kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Das schaffte ein gutes soziales Gewissen, war aber nicht wirtschaftlich. Die Folge macht sich bei den Tafeln sehr bemerkbar: Wir müssen zu mehr Stellen fahren, um die gleiche Menge an Waren zu sammeln, und das bei einer ständig steigenden Zahl der Bedürftigen, die bei der Tafel um Lebensmittel bitten.

Das ist ein Grund, weshalb die Berliner Tafel stetig wuchs. Immer mehr Ehrenamtliche hörten über die Medien von der Tafelarbeit und wollten mitmachen. Waren es bei Vereinsgründung 45, wurden es schnell mehr als 100 Personen.

Heute sind es rund 600 Aktive allein bei der Berliner Tafel und zusätzlich etwa 1 200 in den Gemeinden bei LAIB und SEELE, eine Aktion der Berliner Tafel, der Kirchen und des RBB.

Eine gemeinsame Aufgabe

Das Bemerkenswerte an der Zahl der Ehrenamtlichen bei der Tafel ist, dass bis heute der Männeranteil (bundesweit) sehr hoch ist. In Berlin liegt er stetig bei 43 Prozent. In sozialen Vereinen liegt er sonst zwischen fünf und zehn Prozent. Oft heißt es dann von außen, dass das doch kein Wunder sei, denn Tafelarbeit sei doch sicher Kistenschleppen und Autofahren, also nach wie vor eine Männerdomäne.

Eine andere Erklärung ist wahrscheinlicher: Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Probleme für alle greifbar werden. Waren es in der Vergangenheit Randgruppen, die spezielle, für andere nur bedingt nachvollziehbare Probleme hatten, wird es immer stärker zu einer „gefühlten“ Realität, dass unsere Gesellschaft sich in einer gewaltigen Schieflage befindet. Die Einen sind arbeitslos, die Anderen sind alt, die Dritten sind krank, die Vierten haben einen Migrationshintergrund, die Fünften sind alles zusammen.

Spätestens Hartz IV eint sie alle. Menschen mit guter oder schlechter Ausbildung, Menschen allen Alters, körperlich Gesunde wie Gebrechliche. Immer häufiger werden Gemeinsamkeiten dort festgestellt, wo sie niemand vermutet. Das kann dennoch trennen, aber bietet auch die Chance des Miteinanders. Bei den Tafeln machen die verschiedensten Menschen mit und sie tun es gerne. Sie fühlen sich nützlich und gebraucht, sie haben eine Aufgabe und können für andere und dadurch auch für sich etwas tun.

Eine stete Forderung

Sind Tafeln dort, wo der Staat, die Politik versagt haben? „Ja“ ist da schnell gesagt und stimmt sicher auch in vieler Hinsicht, aber nicht in jeder. Ich halte es da lieber mit John F. Kennedy: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frage, was du für dein Land tun kannst.“

Es ist wichtig, durch unsere Arbeit bei den Tafeln landauf, landab darauf hinzuweisen, was alles schief läuft, wie viele Menschen auf die Unterstützung durch Tafeln angewiesen sind, wie groß die zahlenmäßige Zunahme der Bedürftigen ist. Unsere Arbeit darf nicht zum Feigenblatt werden, zur Verhüllung all der Missstände, die durch Gesetze, Ausführungsvorschriften, EU-Normen und Ähnliches überhaupt erst entstehen konnten.

125.000 Menschen werden monatlich von der Berliner Tafel mit Lebensmitteln versorgt. Das ist ein Viertel der Bedürftigen in Berlin – viele Menschen und dennoch nicht genug. Von diesen 125 000 Menschen sind ein Drittel Kinder und Jugendliche. Junge Menschen, die abhängig von den Lebensumständen der Eltern mit in diese Situation geraten sind. Junge Menschen, die keine Chance haben, aus dieser augenblicklichen Situation herauszukommen, weil sie zu jung sind, um etwas zu verändern. Deren Perspektive es ist, einmal in der Woche mit den Eltern zur Tafel zu gehen.

Spätestens das ist der Augenblick, in dem die ganze Idee der Tafel danach schreit, abgeschafft zu werden. Aber was bliebe dann? Andere, die nicht „Tafel“ heißen, aber die gleiche Arbeit machen und sich freuen, die Tafelarbeit zu übernehmen, weil ja auch sie „die Guten“ sein wollen und es plötzlich viel stärker sein dürften, träten an die Stelle der Tafeln.

Allein die Tatsache, dass es inzwischen in jeder Stadt andere Vereine gibt, die sich „Tisch“ oder „Lebensmittelkorb“ oder wie auch immer nennen, zeigt, wie gefragt das „Tafelgeschäft“ ist. Es ist relativ leicht, kostenlos an Lebensmittel zu kommen. Es ist so schön, sie weiterzugeben, aber es ist auch so leicht zu vergessen, dass der politische Fingerzeig mit dazugehört. Wenn sich nämlich mehrere oder gar viele solcher Initiativen in einer Stadt gründen, ist der Tag nicht fern, wo öffentliche Gelder gekürzt werden mit dem Hinweis, alle könnten doch zur Tafel oder zum Tisch oder zum Lebensmittelkorb gehen, um sich dort für den täglichen Bedarf einzudecken. Da ein Teil von Hartz IV, der Renten, der Transferleistungen etc. genau diesen Bereich, nämlich die Versorgung mit Lebensmitteln abdecken soll, wäre das die optimale Stelle zur Kürzung, wenn es wieder einmal um „Sparmaßnahmen“ geht.

In der Vergangenheit gab es bereits eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag, in der es um die „Einsparpotenziale“ bei Menschen ging, die bei einer Tafel Lebensmittel bekommen.

Eine breite Basis ohne staatliche Zuschüsse und Ansprüche

Die Berliner Tafel finanziert sich auch aus diesem Grund sehr bewusst ausschließlich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Wir bekommen zwar auch einige größere Spenden, leben aber vorrangig von den vielen kleinen Spenden wie den 2,75 Euro Mitgliedsbeitrag pro Monat unserer knapp 1 600 Mitglieder, gespendeten Pfandbons an Flaschenautomaten und dem Euro in der Spendendose. Die breite Basis sichert uns davor, durch den Wegfall einer Spenderin oder eines Spenders von einem Tag auf den anderen vor dem Nichts zu stehen.

Würden wir öffentliche Gelder für unsere tägliche Arbeit in Anspruch nehmen, müssten wir nachweisen, wer womit durch uns unterstützt wird und der Weg für weitere umfangreiche Kürzungen wäre damit geebnet.

Aber nicht nur unsere finanzielle Unabhängigkeit von der Regierung muss gewährleistet sein. Wie viele Lebensmittel die Menschen wie oft bekommen, muss ebenso offen sein. Es darf nicht dazu führen, dass die Tafeln für die Grundversorgung geradestehen.

Die Grundversorgung ist eine originäre Aufgabe des Staates. Alle Menschen müssen in der Lage sein, mit dem Geld, das sie zur Verfügung haben, ihren Bedarf zu decken. Die Lebensmittel, die von der Tafel kommen, dürfen nur eine zusätzliche Leistung sein, auf die kein Anspruch besteht.

Das Ziel, dorthin zu kommen, dass die Menschen unseres Landes nicht mehr auf die Tafeln angewiesen sind, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Hierzu braucht niemand mehr Geld im eigenen Geldbeutel, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geändert werden. Lehr- und Lernmittelfreiheit, Schulspeisungen, verbilligter Eintritt in Opernhäusern, Theatern, Kinos, bezahlbare Beförderung im öffentlichen Nahverkehr, kostenlose Benutzung öffentlicher Bibliotheken, um nur einige Beispiele zu nennen. Möglichkeiten der Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben, die den einen zur Verfügung stehen, den anderen leider nicht.

Bis dahin machen wir weiter, Frauen und Männer, die es besser finden, etwas zu tun, als nur zu klagen. Menschen, denen der Überfluss auf der einen und die Not auf der anderen Seite zu denken geben und die versuchen, die Lücke zu füllen. Menschen, die ihre Verantwortung erkennen, etwas für unser Land

zu tun, die nicht glauben, mit ihrem Kreuz auf einem Wahlzettel alles getan zu haben. Menschen, die glauben, dass „Gesellschaft“ auch etwas mit „Geselligkeit“ und „Gemeinschaft“ zu tun haben kann.

Die vielen tausend Menschen, die bei den Tafeln mitarbeiten, sind eine wesentliche Stütze unserer Gesellschaft und zeigen uns, dass es viele Menschen mit Verantwortungsgefühl gibt.

Theo Zellner**Landrat des Landkreises Cham**

Geboren am 1. Februar 1949 in Blaibach



- 1968 – 1971** Studium Betriebswirtschaft und Pädagogik in Regensburg
- 1971 – 1989** Volksschullehrer in Bad Kötzing
- 1989 – 1996** Bürgermeister der Stadt Bad Kötzing
- Seit 1996** Landrat des Landkreises Cham
- Seit 2000** Präsident des Bayerischen Landkreistages
- Seit 2003** Vizepräsident des Deutschen Landkreistages

Eine neue Plattform für das Ehrenamt

Theo Zellner

„Was wäre die Welt ohne die Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht?“ Diese Frage von Hans Balseer besitzt mehr Aktualität denn je in einer Zeit, in der viele Menschen das Gefühl haben, dass alles härter und kälter wird.

Der Bedarf an ehrenamtlichem Engagement steigt unaufhaltsam. Soziales Ehrenamt und Selbsthilfe sind für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft nach wie vor von großer Bedeutung. Sie sind unverzichtbare Bausteine des sozialen Netzes und sichern Zuwendung und Hilfe von Mensch zu Mensch.

In diesem Kontext liegt die Legitimation für die Gründung des „Treffpunkt Ehrenamt“.

Ziel: Bereicherung der Freiwilligenkultur

Mit dem „Treffpunkt Ehrenamt“ sollte die sich ohnehin auf hohem Niveau befindende Freiwilligenkultur im Landkreis Cham eine Bereicherung erfahren. Vor allem auf der Grundlage der Freiwilligensurveys von 1999 und 2004 sollte damit bereits engagierten und noch zögernden Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform auch jenseits der klassischen Betätigungsfelder in Verbänden und Vereinen geboten werden.

Unter Rücksichtnahme auf die besonderen Strukturen und Anforderungen eines Flächenlandkreises versteht sich die Entwicklungsstelle für bürgerschaftliches Engagement als

- Anlaufstation für Personen mit verantwortungsbewusstem Selbstverständnis und dem Bedürfnis nach bürgerschaftlichem Engagement,
- Informations-, Beratungs- und Vermittlungsquelle für Ehrenamtliche und Organisationen,
- Partnerin bei der Entwicklung von ehrenamtlichen Betätigungsfeldern,

- Zentrale für Fort- und Weiterbildungsangebote im ehrenamtlichen Sektor,
- Motor zur Schaffung von Rahmenbedingungen zur gesellschaftspolitischen Aufwertung des Ehrenamts,
- Raum zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung des Ehrenamts,
- Forum zur Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern außerhalb und innerhalb von Projekten,
- Begegnungsraum von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch.

Konzeption, Durchführung und Finanzierung

Ehrenamt und Sport werden oft in einem Atemzug genannt. Die Konzeption und Ansiedlung der Kontaktstelle im Sportreferat des Landratsamtes war von dieser Logik geleitet. Um die gesellschaftlich übergreifende Bedeutung, aber auch die politische Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements deutlich zu machen, wurde „Treffpunkt Ehrenamt“ direkt dem Landrat unterstellt. Die finanzielle Leistung des Landkreises beschränkt sich im Wesentlichen auf die infrastrukturelle Unterstützung und Versorgung. „Treffpunkt Ehrenamt“ lebt von den Zeitspenden seiner Freiwilligen und den Geld- und Sachspenden der Landkreisbürgerinnen und -bürger und Unternehmerinnen und Unternehmer.

Zwischen Konzepterstellung und Umsetzung lag der kurze Zeitraum von sechs Monaten, in denen die Arbeitsweisen und Erfahrungen bereits tätiger Freiwilligenagenturen studiert und auf die Verhältnisse des Landkreises heruntergebrochen wurden.

Der offizielle Start am 13. Juli 2000 wurde mit der Verleihung der Ehrenzeichen des Bayerischen Ministerpräsidenten für Verdienste im Ehrenamt an verschiedene Bürgerinnen und Bürger des Landkreises verknüpft und sorgte damit und von Beginn an für entsprechende Wirkung in der Öffentlichkeit. Bereits im Vorfeld wurden die Stellen mit Informationsbroschüren versorgt, bei denen allgemeiner Hilfebedarf vermutet wird und gleichzeitig zahlreiche Bürgerinnen und Bürger werbewirksam erreicht werden konnten (wie z. B. Arzt- und Physiotherapiepraxen, Krankenhäuser und -kassen und Apotheken. „Treffpunkt Ehrenamt“ vermittelt ehrenamtliche Helferinnen und Helfer nicht nur an Organisationen (Krankenhäuser, Seniorenheime etc.), sondern auch an private Einsatzstellen. Die Palette der Möglichkeiten ist so vielfältig,

wie es die individuellen Bedürfnisse im gesellschaftlichen Raum sind. Da die Freiwilligen möglichst standortnah eingesetzt werden, erweist sich die Vermittlung von und in Privathaushalte häufig als Wiederentdeckung der Nachbarschaftshilfe.

Einen breiteren Raum nimmt die Projektarbeit ein. So wurden zum Internationalen Jahr der Freiwilligenarbeit 2001 verschiedene Wettbewerbe veranstaltet. In einem Fotowettbewerb sollte das Ehrenamt im Bild dargestellt werden. In zwei weiteren Wettbewerben wurden die Schulen des Landkreises einbezogen. Der Geschichtenwettbewerb thematisierte das Ehrenamt allgemein. Unter dem Titel „JES 2001“ (Jugend+Ehrenamt+Schule) wurden Schulklassen aufgefordert, eigene Projekte zu entwickeln und durchzuführen. An beiden Projekten beteiligten sich mehr als 500 Schülerinnen und Schüler.

Ein zusätzliches Zeugnis für ehrenamtliches Engagement

Auf die Einbeziehung der Jugend wird ein besonderes Augenmerk gelegt. So soll mit dem neuen Projekt „EmS“ (Ehrenamt macht Schule) die Förderung des Bürgerengagements schon im Schulalter forciert werden. Schülerinnen und Schüler können sich im Schuljahr vor der Abschlussklasse in allen Bereichen des täglichen Lebens für ein Jahr ehrenamtlich betätigen. Für diesen Einsatz erhalten sie dann am Schuljahresende mit dem Jahreszeugnis ein Dokument ausgehändigt, das ihr bürgerschaftliches Engagement bestätigt. Dieses zusätzliche Zeugnis kann den Bewerbungsunterlagen beigefügt werden. Innovative Unternehmen und Arbeitgeber wissen dies in ihren Einstellungskonzepten zu berücksichtigen.

Dadurch soll den Schülerinnen und Schülern der Zugang zu ehrenamtlicher Arbeit und wichtigen außerschulischen Erfahrungen gegeben werden. Das Modell ist ein Lösungskonzept mit großem gesellschaftlichem Nutzen und vielschichtigen Wirkungen. Es

- sichert nachhaltig den ehrenamtlichen Nachwuchs,
- fördert das soziale Verantwortungsbewusstsein junger Menschen,
- verbessert das Sozialklima,
- vermittelt positive Gemeinschaftserlebnisse,
- steigert die Qualität der sozialen bzw. gemeinnützigen Arbeit,
- bietet berufliche Einblicke und Chancen für junge Menschen,
- ist einfach, flexibel und überall umsetzbar,

- ist überkonfessionell und verbandsübergreifend,
- steigert die Attraktivität für den Lebensraum Landkreis Cham und
- wirkt vielschichtig und nachhaltig.

Ein besonderer Schwerpunkt ruht auf der Bildung im Ehrenamt. Intensive Fort- und Weiterbildungsangebote wurden für die mit EU-Mitteln geförderte „Lernende Region“ erarbeitet und durchgeführt. Dabei nimmt die Ausbildung von 40 neuen Vereinsmanagerinnen und -managern, die sich einer umfangreichen Schulung unterzogen haben, einen außergewöhnlichen Stellenwert ein. Die Bayerische Akademie für Erwachsenenbildung im Sport und der Treffpunkt Ehrenamt haben ein dafür speziell zugeschnittenes Konzept entwickelt. Bayernweit hat der Landkreis Cham daher heute den höchsten Anteil an lizenzierten Vereinsführungskräften.

Einen Beitrag zur Stärkung der Familie leistet die Zusammenarbeit mit dem Projekt „TAKA TUKA, Ferien für Kinder“, in der Trägerschaft der Diakonie Hasenberg e.V. Seit 2002 nehmen in den Sommerferien Gastfamilien aus dem Landkreis Kinder mit sozialen Defiziten aus einem bayerischen Großstadtviertel für drei Wochen kostenlos bei sich auf. Die Ferienkinder, die vorwiegend in familiär instabilen oder wirtschaftlich benachteiligten Verhältnissen leben, lernen eine intakte Familienwelt kennen.

Dieses Projekt macht aber vor allem die typische Win-Win-Situation sichtbar, die bürgerschaftliches Engagement kennzeichnet, weil es sowohl für die Gesellschaft als auch für jeden Einzelnen gewinn- und nutzbringend ist. Der gesamtgesellschaftliche Nutzen entsteht dadurch, dass die Hilfe für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen in erster Linie nicht die öffentlichen Kassen belastet, sondern durch die unmittelbare Solidarität ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger geleistet wird.

Die Mitgliedschaft in der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa Bayern) ermöglicht eine landesweite Vernetzung der Freiwilligenzentren von Stadt und Land. Ein reger Erfahrungs- und Ideenaustausch ist für die Freiwilligenkultur von zentraler Bedeutung, da auf dessen Basis vielfältige Multiplikationseffekte entstehen. So wurde am 24.10.2003 erstmals bayernweit ein Freiwilligentag durchgeführt, bei dem der Landkreis Cham die Schulen wieder stark eingebunden hat. Hier wurden z.B. Tagespatenschaften zwischen Schulklassen und Sportvereinen oder Rettungsdiensten eingegangen, um die Schülerinnen und Schüler frühzeitig auf die Möglichkeiten ehrenamtlichen

Wirksam aufmerksam zu machen. Da die Jugendlichen die „Freiwilligen“ von morgen sind, bezieht sie Treffpunkt Ehrenamt bewusst in verstärkter Form in den Aktionsraum ein, um die Bereitschaft für das bürgerschaftliche Engagement bereits in jungen Jahren zu fördern.

In einem zusammenwachsenden Europa baut eine engere Zusammenarbeit mit den angrenzenden östlichen Nachbarn Berührungspunkte ab. So sind die ersten Kontakte zur tschechischen Freiwilligenagentur TOTEM in Pilsen bereits geknüpft, die schließlich in einen stetigen Austausch und Miteinander münden sollen.

Erkenntnisse für die Zukunft

„Treffpunkt Ehrenamt“ hat sich etabliert und ist aus der Freiwilligenlandschaft des Landkreises Cham und sogar darüber hinaus nicht mehr wegzudenken. Es ist zweifellos gelungen, Bürgerinnen und Bürger für ehrenamtliche Betätigungen zu begeistern, die sich ohne die Kontaktstelle kaum oder überhaupt nicht engagiert hätten.

Wir alle sind dankbar für jene Menschen, die sich unentgeltlich um Alte und Kranke kümmern: für die Übungsleiterinnen und Übungsleiter, die unsere Kinder trainieren, für die Heimatpflegerinnen und die Heimatpfleger, die unsere lokale Geschichte und Tradition wiederbeleben, für die Zeitzeuginnen und -zeugen, die den Geschichtsunterricht durch die Erzählung der eigenen Biografie begreifbar machen, für die Gasteltern, die für drei Wochen ein sozial benachteiligtes Kind bei sich aufnehmen, und für all die anderen, die sich mit viel Engagement in sozialen Fragen, für kulturelle Belange oder auch für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen. Ohne ihr Wirken wäre unsere Welt weniger menschlich und damit um Vieles ärmer.

Freiwilliges Engagement bedeutet aber nicht nur Arbeit und Belastung, sondern auch viel Freude durch das Erleben von Gemeinschaft und gegenseitige Unterstützung. Im Ehrenamt lernen sich Menschen kennen und sammeln Erfahrungen, die sie ohne Engagement nicht gewonnen hätten. Überall dort, wo sich Menschen engagieren, ob in Vereinen und Verbänden oder auch vorübergehend in Projekten, erwerben sie soziale Kompetenz. Sie helfen, gestalten, setzen sich ein, entwickeln sich dabei in ihrer Persönlichkeit weiter und setzen Demokratie von unten um. Auch Arbeitgeberinnen und -geber erkennen zu-

nehmend, wie wertvoll ehrenamtlich tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Betriebsklima sind. Durch ihre Teamfähigkeit und ihr projektorientiertes Denken können sie leichter über den eigenen Arbeitsbereich hinausschauen und sich zielgerichtet und engagiert für die Belange des Betriebes einsetzen. Hier kann das Ehrenamt noch viele Spielräume nutzen.

Gerade in einer Zeit, in der zunehmender Verlust von Solidarität und Mitmenschlichkeit beklagt wird, brauchen wir eine neue Kultur der Anerkennung. Denn mit ihrem persönlichen Einsatz machen Ehrenamtliche unsere Welt menschlicher und leistungsfähiger zugleich.

Bürgerschaftliches Engagement braucht aber nicht nur Anerkennung, sondern auch Orientierung. Wer kennt nicht die Klagen von Menschen, die gern etwas täten, sich für etwas einsetzen würden, aber nicht wissen wie. Um ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, aber auch um den Kontakt zwischen den ehrenamtlich Tätigen zu stärken und ihr Engagement zu koordinieren, können Anlaufstellen wie der „Treffpunkt Ehrenamt“ richtungsweisende Partner sein. Gleiches gilt für die Freiwilligenagenturen mit unterschiedlichen Trägerschaften.

Die Zeit ist reif! Staat, Kommunen und vor allem ihre Politikerinnen und Politiker müssen lernen, sich nicht nur in Sonntagsreden auf ehrenamtliches Engagement zu besinnen. Neben der Wirtschaft ist das Ehrenamt der wichtigste und treueste Partner einer zukunftsorientierten Gesellschaft. Es versammelt das sozial orientierte Humankapital unserer Gesellschaft.

Nicht nur der Umbau des Sozialstaates bietet Kommunen die Chance, das bürgerschaftliche Engagement neu zu entdecken und zu fördern. Die Renaissance des Ehrenamts ist auch Folge einer allmählichen Entdeckung neuer Ausrichtung der oder des Einzelnen auf die Gemeinschaft, in der wir leben. Ehrenamt ist als eine der größten Ressourcen für die Zukunft zu betrachten, weil es gegenüber dem Verschwinden nicht erneuerbarer Energien eine gesellschaftliche Energiequelle darstellt, die sich immer wieder aus eigenem Antrieb erneuern kann. Familien spielen in diesem Zusammenhang eine besonders große Rolle: Ehrenamtliches Engagement wird in vielen Familien „gelernt“ und häufig auf die folgende Generation übertragen, sozusagen vererbt. In einer Gesellschaft, in der über Glasfaser und Satellitensysteme zwar rund um die Welt kommuniziert werden kann, Menschen aber gleichzeitig in zunehmender Isolation vereinsamen, gewinnt das Ehrenamt zusätzlich

an humanitärer Bedeutung: Ehrenamtlich Tätige sind als Gemeinwohlunternehmerinnen und -unternehmer die Kommunikationsmittler in der Welt von heute und morgen. Zugleich sind sie eine wirtschaftliche Größe, die auf kommunaler Ebene durch die Leistung unbezahlter Arbeitsstunden den Beitrag kommunaler Haushalte übersteigen kann. Es ist in der Tat auch eine ökonomisch beachtliche Ressource lokaler Lebensqualität.

Dies alles und vieles mehr spricht für eine Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auf staatlicher und kommunaler Ebene. Unsere Gesellschaft braucht das Ehrenamt heute mehr denn je.

Anhang: Bildquellen

Bundesregierung *(Seite 5/Foto Dr. Angela Merkel)*

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(Seite 6/Foto Dr. Ursula von der Leyen)

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz/
BILDSCHÖN *(Seite 14/Foto Ilse Aigner)*

Deutscher Bundestag/Saskia Schmidt *(Seite 20/Foto Antje Blumenthal)*

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
(Seite 28/Foto Prof. Dr. Maria Böhmer)

Deutscher Bundestag
(Seite 36/Foto Dr. Michael Bürsch)

Ministry of Health, Welfare and Sport; Netherlands
(Seite 44/Foto Dr. Jet Bussemaker)

Peter Wirtz *(Seite 54/Foto Cornelia Coenen-Marx)*

FOTO session *(Seite 62/Foto Prof. Dr. Ulrike Detmers)*

Ralf Baumgarten *(Seite 68/Foto Dr. Warnfried Dettling)*

McKinsey & Company, Inc. *(Seite 76/Foto Dr. Dieter Düsedau)*

Robert Bosch Stiftung GmbH/Maks Richter *(Seite 84/Foto Dr. Ingrid Hamm)*

Rat für Nachhaltige Entwicklung *(Seite 92/Foto Dr. Volker Hauff)*

Staatsministerium Baden-Württemberg
(Seite 100/Foto Prof. Dr. Claudia Hübner)

Bundestagsfotograf Achim Melde/Lichtblick
(Seite 108/Foto Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr)

Erzbischöfliches Ordinariat München und Freising/Thomas Klinger
(Seite 116/Foto Dr. Reinhard Marx)

Privat (Seite 124/Foto Dr. Claudia Neu)

Staatskanzlei Brandenburg (Seite 132/Foto Matthias Platzeck)

Privat (Seite 138/Foto Carola Schaaf-Derichs)

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
(Seite 148/Foto Dr. Wolfgang Schäuble)

Deutsches Rotes Kreuz Archiv/Tom Maelser
(Seite 156/Foto Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg)

Bundesministerium für Gesundheit (Seite 164/Foto Ulla Schmidt)

Stadt Köln (Seite 170/Foto Fritz Schramma)

Europäische Kommission (Seite 176/Foto Dr. Vladimír Špidla)

Bundesministerium für Finanzen/Ilja C. Hendel (Seite 182/Foto Peer Steinbrück)

Stadt Halle (Saale)/Thomas Ziegler (Seite 190/Foto Dagmar Szabados)

photothek.net (Seite 198/Foto Wolfgang Tiefensee)

Sybille Baier (Seite 206/Foto Sabine Werth)

Privat (Seite 214/Foto Theo Zellner)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
11018 Berlin
Internet: www.bmfsfj.de

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 0 18 05 / 77 80 90*
Fax: 0 18 05 / 77 80 94*
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmfsfj.de

Stand: April 2009

Gestaltung und Layout:

familie redlich Agentur für Marken und Kommunikation GmbH, Berlin

Druck: Silber Druck oHG

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0 18 01 / 90 70 50**
Fax: 0 30 18 / 5 55 44 00
Montag bis Donnerstag 9–18 Uhr
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

* jeder Anruf kostet 14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz,
abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich

** nur Anrufe aus dem Festnetz, 3,9 Cent pro angefangene Minute